



Institut suisse de droit comparé
Schweizerisches Institut für Rechtsvergleichung
Istituto svizzero di diritto comparato
Swiss Institute of Comparative Law

**ANZEIGEVERHALTEN DER OPFER VON STRAFTATEN
INSBESONDERE DER HÄUSLICHEN GEWALT UND
DER SEXUELLEN GEWALT GEGEN KINDER UND JUGENDLICHE**

Avis 11-160

Lausanne, den 5. April 2012

LHU/MM/AA/AF/AP/stagiaire/ba

INHALTSVERZEICHNIS

ZUSAMMENFASSUNG	4
I. SACHVERHALT	6
II. FRAGEN	7
III. Länderberichte	10
A. Deutschland	10
1. Erstattung von Strafanzeige und Strafantrag	10
2. Sonderregeln im Strafverfahren	13
3. Opferberatung	25
4. Staatliche Opferentschädigung.....	25
5. Mediation und Täter-Opfer-Ausgleich.....	26
B. Frankreich	29
1. Erstattung von Strafanzeige und Strafantrag	29
2. Sonderregeln im Strafverfahren	33
3. Opferberatung	45
4. Staatliche Opferentschädigung.....	46
5. Mediation und Täter-Opfer-Ausgleich.....	48
C. Niederlande	50
1. Erstattung von Strafanzeige und Strafantrag	50
2. Sonderregeln im Strafverfahren	52
3. Opferberatung	62
4. Staatliche Opferentschädigung.....	63
5. Mediation und Täter-Opfer-Ausgleich.....	64
D. Österreich	66
1. Erstattung von Strafanzeige und Strafantrag	66
2. Sonderregeln im Strafverfahren	67
3. Opferberatung	77
4. Opferentschädigung	77
5. Mediation und Täter-Opfer-Ausgleich.....	78

E. Spanien	80
1. Erstattung von Strafanzeige und Strafantrag	81
2. Sonderregeln im Strafverfahren	83
3. Opferberatung	96
4. Staatliche Opferentschädigung.....	96
5. Mediation und Täter-Opfer-Ausgleich.....	99
F. Vereinigtes Königreich	100
IV. RECHTSVERGLEICHENDE SCHLUSSFOLGERUNG	117
A. Vergleichende Analyse	117
1. Erstattung von Strafanzeige und Strafantrag	117
2. Sonderregeln im Strafverfahren	117
3. Opferberatung	121
4. Staatliche Opferentschädigung.....	121
5. Mediation und Täter-Opfer-Ausgleich.....	122
B. Fazit	123
Anhang: Vergleichende Tabellen	125

ZUSAMMENFASSUNG

1. Straftaten der **häuslichen Gewalt** und Straftaten **sexuellen Charakters**, auch und insbesondere gegenüber minderjährigen Opfern, nehmen im Rahmen der Strafverfolgung eine Sonderstellung ein. Einerseits wird die Strafverfolgung durch die Tatsache erheblich erschwert, dass die Opfer aus Scham oder aber Verbundenheit und Nähe zum Täter oder zur Täterin häufig von der Anzeigenerstattung absehen. Andererseits stehen Vorschriften zum Schutze der Opfer im Strafverfahren häufig in einem Spannungsverhältnis zu den Verfahrensrechten des Beschuldigten.
2. Der **schweizerische Bundesrat** untersucht in diesem Zusammenhang in Beantwortung eines parlamentarischen Vorstosses die Gründe, aus welchen Opfer derartiger Straftaten von einer Anzeige absehen und wie die Anzeigequote gesteigert werden kann. Im Rahmen dieser Untersuchung ist das **Bundesamt für Justiz** mit der Erstellung eines Berichts betraut, der unter anderem Handlungsbedarf und Handlungsmöglichkeiten untersucht und Massnahmen zur Steigerung der Anzeigequote prüft.
3. Das vorliegende, vom Bundesamt für Justiz in Auftrag gegebene Gutachten vergleicht und analysiert die **Ansätze und Massnahmen** der deutschen, französischen, niederländischen, österreichischen, spanischen und englischen Rechtsordnungen zur Ermütigung der Opfer derartiger Straftaten zur **Anzeigenerstattung** sowie die Stellung und den **Schutz des Opfers** im Strafverfahren. Darüber hinaus werden Regelungen im Bereich der **Opferberatung**, der **Opferentschädigung** sowie des **Täter-Opfer-Ausgleichs** und der **Mediation** dargestellt und untersucht, inwieweit diese an die Erstattung einer Anzeige bzw. die Stellung eines Strafantrags durch das Opfer gekoppelt sind.
4. In **Deutschland** existiert keine spezielle Gesetzgebung in Bezug auf den Schutz der Opfer von häuslicher Gewalt und sexueller Straftaten. Man wendet vielmehr die allgemeinen Regelungen zum Opfer- und Zeugenschutz an. Normen im Rahmen der Strafprozessordnung, die zugunsten des Opfers von den allgemeinen Prozessregeln abweichen, stellen im Allgemeinen auf die **besondere Schutzbedürftigkeit** des Opfers aufgrund der besonderen Belastungen im Rahmen des Verfahrens oder aber auf die Tatsache ab, dass das Opfer, gleich welcher Art von Straftat, **minderjährig** ist. Im Zusammenhang mit Sexualdelikten wird die besondere Schutzbedürftigkeit des Opfers dabei regelmässig bejaht. Ob das Opfer einer Straftat **Strafanzeige oder Strafantrag** gestellt hat, spielt dabei nur in Bezug auf die Möglichkeit der Durchführung des Klageerzwingungsverfahrens sowie im Rahmen der staatlichen Opferentschädigung eine Rolle.
5. In **Frankreich** stellt der Schutz von Opfern häuslicher Gewalt dagegen ein Herzstück der Justizpolitik dar. Dies spiegelt sich in einer Reihe von Spezialgesetzen wieder, die zu diesem Thema sowie zum allgemeinen Opferschutz vor, während und nach dem Strafverfahren erlassen wurden. Enthalten die Spezialgesetze keine einschlägigen Sonderregelungen, so wird auf die allgemeine Gesetzgebung zum Opferschutz zurückgegriffen. Eckpfeiler der neueren französischen Gesetzgebung ist die sog. „**Ordonnance de protection**“, die der Familienrichter zugunsten des Opfers häuslicher Gewalt erlassen kann und die verschiedene, unter Anderem familien- und strafrechtliche Elemente, miteinander vereint. Die Erstattung von **Strafanzeige oder Strafantrag** ist grundsätzlich nicht Voraussetzung für die Anwendung von Schutzvorschriften, mit der Ausnahme der Erteilung eines Aufenthaltstitels für ausländische Opfer, sofern hier keine „Ordonnance de protection“ beantragt wurde.

6. In den **Niederlanden** finden sich die Regelungen zum Schutze von Opfern häuslicher Gewalt, Sexualstraftaten sowie von minderjährigen Opfern von Straftaten auf untergesetzlicher Ebene in der Form von drei quasi-gesetzlichen, bindenden Richtlinien. Gerade in Fällen der häuslichen Gewalt und der sog. „ehrenbezogenen Gewalt“ setzen diese Richtlinien neben dem Schutz des Opfers zur Vermeidung zukünftiger Straftaten auch auf staatliche Hilfsangebote an den Täter oder die Täterin. Das niederländische Strafrecht räumt dem Opfer daneben die Möglichkeit ein, im Rahmen der Gerichtsverhandlung eine Erklärung zu den Auswirkungen der Tat in der Form eines „**Victim Impact Statement**“ abzugeben. Die Erstattung einer **Strafanzeige oder eines Strafantrags** ist für den Genuss der Schutzbestimmungen nicht notwendig; einige Vorteile wie die Zahlung eines staatlichen Vorschusses auf Ersatzleistungen des Täters bzw. der Täterin hängen jedoch von der vorherigen Durchführung eines Strafverfahrens ab.

7. Das **österreichische** Strafrecht weicht insofern von den in der Schweiz, Deutschland, Frankreich und den Niederlanden anwendbaren Verfahren ab, als es zwar die Strafanzeige, nicht jedoch den Strafantrag kennt. Vielmehr ist es die Aufgabe der Strafermittlungsbehörden, bei bestimmten Delikten die **Ermächtigung** des Opfers zur Strafverfolgung einzuholen. Im Falle der Verweigerung der Ermächtigung ist das Ermittlungsverfahren einzustellen; bei Rücknahme der Ermächtigung nach der Anklageerhebung hat ein Freispruch zu erfolgen. Der vom österreichischen Strafrecht verfolgte Ansatz des Opferschutzes ähnelt in groben Zügen dem des deutschen Rechts, da es ebenfalls eher auf **allgemeine Regelungen** des Strafrechts und weniger auf Sonderregelungen oder Spezialgesetze für Opfer spezifischer Straftaten zurückgreift. Schutzmassnahmen für Opfer sind **nicht** an die Anzeigeerstattung bzw. an die Erteilung der Ermächtigung gekoppelt.

8. **Spanien** verfolgt bereits seit den neunziger Jahren eine **Strategie zur Bekämpfung der häuslichen Gewalt** und von Sexualstraftaten durch den Erlass von diversen Spezialgesetzen zur Regelung von präventiven, sozialen, medizinischen und strafrechtlichen Aspekten sowie der Information und Hilfe in diesem Bereich. Ähnlich wie in Frankreich kann Opfern von häuslicher Gewalt und von Sexualstraftaten eine „**Ordre de protection**“ ausgestellt werden, die als Legitimationstitel für die Inanspruchnahme verschiedener Hilfen und die Anerkennung bestimmter wirtschaftlicher und sozialer Ansprüche gilt.

9. In **England** scheint der Opferschutz dem aus dem Bereich des Common Law hinreichend bekannten Prinzip der Regelung von Einzelfällen in einer Vielzahl von **Spezialgesetzen** zu folgen, was die Thematik unübersichtlich und schwer durchschaubar macht. Auch bei einer auf bestimmte Aspekte des Opferschutzes beschränkte Darstellung fällt jedoch auf, dass das englische Recht das Konzept des Antragsdelikts bzw. des Strafantrags nicht zu kennen scheint. Es ist weiterhin zu bemerken, dass bei der englischen Polizei mehrere **Spezialabteilungen** eingerichtet sind, die sich mit Fragen der häuslichen Gewalt befassen. Ebenfalls existiert eine besondere Abteilung für den Zeugenschutz. Schliesslich scheint in England die familienrechtliche Mediation - zumindest auch teilweise - Fragen der häuslichen Gewalt zu erfassen.

I. SACHVERHALT

10. Mit dem Postulat Fehr 09.3878 «Mehr Anzeigen, mehr Abschreckung» vom 24. September 2009 wird verlangt, der Bundesrat solle untersuchen, weshalb Opfer von einer Anzeige absehen und wie die Anzeigequote gesteigert werden kann. Im Vordergrund stehen dabei häusliche Gewalt und sexuelle Gewalt gegen Kinder und Jugendliche.

11. Der Bundesrat hat in seiner Antwort vom 18. November 2009 erklärt, er sei bereit, die Gründe der niedrigen Anzeigebereitschaft näher abzuklären und nach Gegenmitteln zu suchen; er werde dafür in erster Linie auf bestehende Untersuchungen zurückgreifen und nur falls nötig weitere Studien in Auftrag geben. Das Postulat ist am 11. Dezember 2009 vom Nationalrat angenommen worden.

12. Das Bundesamt für Justiz als Auftraggeber dieses Gutachtens bereitet hierzu einen zweiteiligen Bericht vor.

13. Im ersten Teil soll das gegenwärtige Anzeigeverhalten dargestellt werden. Im zweiten Teil werden Handlungsbedarf und Handlungsmöglichkeiten zu untersuchen und Massnahmen zur Steigerung der Anzeigequote zu prüfen sein. Nach dem vorgesehenen Zeitplan sollte Ende Jahr ein Berichtsentwurf vorliegen, in dem die Frage, ob weiterer Handlungsbedarf im Bereich Forschung besteht, beantwortet wird. Nach dem Stand der bisherigen Abklärungen ist eher damit zu rechnen, dass das Anzeigeverhalten nicht mit neuen zusätzlichen Studien untersucht werden muss. Wichtige Determinanten (Abhängigkeit von der Schwere der Tat bzw. den Tatfolgen, Abhängigkeit vom Alter des Opfers, Einstellungen des Opfers) sind bekannt; oft kommen aber noch andere Faktoren dazu (z.B. Geschlecht, Art der Beziehung zum Täter bzw. zur Täterin), deren Einfluss je nach Konstellation unterschiedlich stark ist.

II. FRAGEN

Es interessieren einerseits die Verfahren und Vorschriften im Zusammenhang mit der Erstattung einer Anzeige durch die von der Tat betroffene Person bei den Strafverfolgungsbehörden. Erfasst werden sollen sowohl allgemeine Anzeigen (vgl. Art. 301 StPO) als auch Strafanträge (vgl. Art. 30 StGB). Wie wird die Anzeigeerstattung erleichtert?

Andererseits interessieren die Folgen einer Anzeige im damit ausgelösten Strafverfahren. Inwiefern wird die antragsstellende Person ins Verfahren einbezogen? Gibt es besondere Schutzvorschriften und Rechte für sie? Von besonderem Interesse sind Sonderregeln für Opfer von häuslicher Gewalt und von Sexualdelikten.

Dabei sind nicht nur die juristischen Möglichkeiten des Opfers im Strafverfahren von Interesse, sondern auch andere Massnahmen, die indirekt eine Anzeige fördern können oder die Stellung des Opfers während des Verfahrens und danach erleichtern:

- Information des Opfers über das Funktionieren des Verfahrens (z.B. mit einem Video zum Ablauf eines Strafverfahrens), über seine Rechte in und ausserhalb des Strafverfahrens, und gegenüber der Täterschaft ergriffene Massnahmen (erfolgen die Informationen von Amts wegen oder auf Anfrage?)
- Besondere Vorkehrungen und Hilfe für eingeschüchterte oder verletzte Opfer (z.B. Menschen mit Behinderung, Kinder, Opfer mit Kindern)
- Massnahmen zum Schutz des Opfers vor allfälligen Vergeltungs- oder Racheakten
- Begleitung des Opfers während des Verfahrens und danach (auch bei Freispruch)

Weiter interessiert es das Bundesamt für Justiz, ob staatliche Leistungen (Leistungen von Sozialversicherungen, staatliche Entschädigung der Opfer, Opferberatung) davon abhängig sind, dass das Gewaltdelikt angezeigt worden ist und somit ein Strafverfahren ausgelöst wurde.

Schliesslich interessiert, ob dem Opfer eines Gewaltdelikts andere rechtliche Möglichkeiten als das Strafverfahren zur Verfügung stehen, die seine Interessen nach Schutz (z.B. Wegweisung des Täters bzw. der Täterin aus dem gemeinsamen Haushalt oder spezifische Programme für die Tatperson) und Ausgleich des Unrechts abdecken können (z.B. Formen des Täter-Opfer-Ausgleichs). Auch hier liegt das Hauptgewicht auf dem Bereich Opfer von häuslicher Gewalt und von Sexualdelikten. Es genügt, wenn diese Verfahren nur kurz skizziert werden.

Im Einzelnen befasst sich dieses Gutachten mit folgenden Fragen:

1. Erstattung von Strafanzeige und Strafantrag

Wie kann Strafanzeige (Art. 301 StPO)¹ und Strafantrag (Art. 30 StGB)² erstattet werden? Welche Erleichterungen gibt es (z.B. elektronische Einreichung, Einreichung am Wohnort, von wo aus die Anzeige weitergeleitet wird)? Gibt es weitere Massnahmen zur Förderung der Anzeigebereitschaft (wie Information des Opfers über das Funktionieren des Verfahrens [z.B. mit einem Video zum Ablauf eines Strafverfahrens], über seine Rechte in und ausserhalb des Strafverfahrens, und gegenüber der Täterschaft ergriffene Massnahmen [erfolgen die Informationen von Amts wegen oder auf Anfrage])?

Dabei sind nicht nur die juristischen Möglichkeiten des Opfers im Strafverfahren von Interesse, sondern auch andere Massnahmen, die indirekt eine Anzeige fördern können oder die Stellung des Opfers während des Verfahrens und danach erleichtern.

2. Sonderregeln im Strafverfahren

Gibt es Sonderregeln für Opfer von häuslicher Gewalt und von Sexualdelikten (insb. Kinder und Frauen) im Strafverfahren? Inwiefern wird die antragsstellende Person ins Verfahren einbezogen?

Dabei sind nicht nur die juristischen Möglichkeiten des Opfers im Strafverfahren von Interesse, sondern auch andere Massnahmen, die indirekt eine Anzeige fördern können oder die Stellung des Opfers während des Verfahrens und danach erleichtern.

2.1. Sonderregeln bezüglich des Personals

Muss besonders ausgebildetes Personal der Strafverfolgung (Polizei, Staatsanwaltschaft, Gericht) beigezogen werden? Bei welchen Verfahrensschritten (z.B. Anzeige, Befragung, Urteil)?

2.2. Sonderregeln bezüglich der Gerichte und der Verfahren

Gibt es spezialisierte Gerichte bzw. Verfahren für solche Delikte?

¹ **Art. 301 Anzeigerecht**

1 Jede Person ist berechtigt, Straftaten bei einer Strafverfolgungsbehörde schriftlich oder mündlich anzuzeigen.

2 Die Strafverfolgungsbehörde teilt der anzeigenden Person auf deren Anfrage mit, ob ein Strafverfahren eingeleitet und wie es erledigt wird.

3 Der anzeigenden Person, die weder geschädigt noch Privatklägerin oder Privatkläger ist, stehen keine weitergehenden Verfahrensrechte zu.

² **Art. 30 Strafantrag**

1 Ist eine Tat nur auf Antrag strafbar, so kann jede Person, die durch sie verletzt worden ist, die Bestrafung des Täters beantragen.

2 Ist die verletzte Person handlungsunfähig, so ist ihr gesetzlicher Vertreter zum Antrag berechtigt. Ist sie bevormundet, so steht das Antragsrecht auch der Vormundschaftsbehörde zu.

3 Ist die verletzte Person unmündig oder entmündigt, so ist auch sie zum Antrag berechtigt, wenn sie urteilsfähig ist.

4 Stirbt die verletzte Person, ohne dass sie den Strafantrag gestellt oder auf den Strafantrag ausdrücklich verzichtet hat, so steht das Antragsrecht jedem Angehörigen zu.

5 Hat eine antragsberechtigte Person ausdrücklich auf den Antrag verzichtet, so ist ihr Verzicht endgültig.

2.3. Sonderregeln im Beweisrecht

Gibt es beweisrechtliche Sonderregeln?

2.4. Sonderregeln bezüglich des Schutzes der Betroffenen

Gibt es besondere Schutzvorschriften für die Betroffenen, z.B.:

- Vorgehen bei der Befragung des Opfers
- Besondere Vorkehrungen und Hilfe für eingeschüchterte oder verletzte Opfer (z.B. Menschen mit Behinderung, Kinder, Opfer mit Kindern)
- Gesonderte Zugänge zum Verhandlungsort
- Massnahmen zum Schutz des Opfers vor allfälligen Vergeltungs- oder Racheakten
- Begleitung des Opfers während des Verfahrens und danach (auch bei Freispruch)

2.5. Weitere Sonderregeln

Gibt es weitere Besonderheiten (z.B. provisorische Einstellung des Verfahrens bei leichteren Beziehungsdelikten gemäss Art. 55a StGB); besondere Massnahmen gegenüber der gewaltbereiten Person wie z.B. elektronische Fussfesseln?

3. Opferberatung

Setzen die Beratungsangebote für Opfer eine Strafanzeige voraus? Oder ist dies explizit verboten?

4. Staatliche Opferentschädigung

Setzen staatliche Entschädigungsleistungen eine Strafanzeige voraus? Diese betrifft auch Sozialversicherungsleistungen. Oder ist dies explizit verboten?

5. Mediation und Täter-Opfer-Ausgleich

Sind derartige Verfahren vorgesehen? Welchen Einfluss haben sie auf das Strafverfahren?

III. LÄNDERBERICHTE

A. Deutschland

1. Erstattung von Strafanzeige und Strafantrag

1.1. Unterscheidung von Strafantrag und Strafanzeige

14. Das deutsche Recht unterscheidet zwischen dem **Strafantrag** und der **Strafanzeige**.

15. Eine **Strafanzeige** nach § 158 Abs. 1 der Strafprozessordnung (StPO)³ kann von **jedermann** gestellt werden, der ein Geschehen wahrgenommen hat, von dem er denkt, dass es strafrechtlich relevant sein könnte.⁴ Es kann sich dabei auch um den bloßen Hinweis eines Außenstehenden handeln. Geht bei den Ermittlungsbehörden eine Strafanzeige ein, so sind sie zur Prüfung des Sachverhalts verpflichtet (§§ 152 Abs. 2, 160 Abs. 1 StPO).

16. Ein **Strafantrag** nach § 158 Abs. 2 StPO kann dagegen nur vom **Verletzten** oder einem eingeschränkten Personenkreis, der anstelle des Verletzten handeln kann, gestellt werden. Das Erfordernis eines Strafantrags ergibt sich dabei aus dem materiellen Strafrecht, insbesondere dem Strafgesetzbuch (StGB)⁵. Wird bei einem reinen Antragsdelikt (z.B. der Beleidigung) kein Antrag gestellt oder ein bereits gestellter Strafantrag zurück genommen, so steht der strafrechtlichen Verfolgung des Täters (oder der Täterin) ein Prozesshindernis entgegen.⁶ Demgegenüber gibt es Delikte, die zwar einen Antrag voraussetzen, dessen Fehlen jedoch aufgrund des Vorliegens eines **besonderen öffentlichen Interesses** an der Strafverfolgung überwunden werden kann. Dies gilt beispielsweise für die sog. „einfache“ Körperverletzung, für die § 230 Abs. 1 StGB vorsieht:

„Die vorsätzliche Körperverletzung nach § 223 und die fahrlässige Körperverletzung nach § 229 werden nur auf Antrag verfolgt, es sei denn, dass die Strafverfolgungsbehörde wegen des besonderen öffentlichen Interesses an der Strafverfolgung ein Einschreiten von Amts wegen für geboten hält.“

17. Die Richtlinien für das Strafverfahren und das Bußgeldverfahren (RiStBV)⁷, die ergänzende Verwaltungsvorschriften für das Strafverfahren enthalten, präzisieren diese Bestimmung wie folgt:

³ Strafprozessordnung (StPO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. April 1987 (BGBl. I S. 1074, ber. S. 1319), zuletzt geändert durch Art. 5 G zur Bekämpfung der Zwangsheirat und zum besseren Schutz der Opfer von Zwangsheirat sowie zur Änd. weiterer aufenthalts- und asylrechtl. Vorschriften vom 23. 6. 2011 (BGBl. I S. 1266).

⁴ Graf, Strafprozessordnung, 1. Auflage, München 2010, § 158, Rn. 1.

⁵ Strafgesetzbuch (StGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. November 1998 (BGBl. I S. 3322), zuletzt geändert durch Art. 4 G zur Bekämpfung der Zwangsheirat und zum besseren Schutz der Opfer von Zwangsheirat sowie zur Änd. weiterer aufenthalts- und asylrechtl. Vorschriften vom 23. 6. 2011 (BGBl. I S. 1266).

⁶ Siehe hierzu Tröndle/Fischer, Strafgesetzbuch, 54. Auflage, München 2007, vor § 77, Rn. 2, § 77d, Rn 8.

⁷ Richtlinien für das Strafverfahren und das Bußgeldverfahren (RiStBV) vom 1. Januar 1977, zuletzt geändert durch ÄndBek. vom 1. 11. 2007 (BAnz. S. 7950). Hierbei handelt es sich um interne Richtlinien über das korrekte Verhalten der Staatsanwälte und Richter im Strafprozess; sie entfalten als

„Ein besonderes öffentliches Interesse an der Verfolgung von Körperverletzungen (§ 230 Abs. 1 S. 1 StGB) wird namentlich dann anzunehmen sein, wenn der Täter einschlägig vorbestraft ist, roh oder besonders leichtfertig gehandelt hat, durch die Tat eine erhebliche Verletzung verursacht wurde oder **dem Opfer wegen seiner persönlichen Beziehung zum Täter nicht zugemutet werden kann, Strafantrag zu stellen**, und die Strafverfolgung ein gegenwärtiges Anliegen der Allgemeinheit ist. Nummer 235 Abs. 3 gilt entsprechend. Andererseits kann auch der Umstand beachtlich sein, dass der Verletzte auf Bestrafung keinen Wert legt.“

18. Nummer 235 Abs. 2 und 3 RiStBV bestimmen darüber hinaus für die **Kindesmisshandlung**:

(2) Bei einer Kindesmisshandlung ist das besondere öffentliche Interesse an der Strafverfolgung (§ 230 Abs. 1 S. 1 StGB) **grundsätzlich zu bejahen**. Eine Verweisung auf den Privatklageweg gemäß § 374 StPO ist in der Regel nicht angezeigt.

(3) Sind **sozialpädagogische, familientherapeutische** oder **andere unterstützende Maßnahmen** eingeleitet worden und erscheinen diese erfolgversprechend, **kann** ein öffentliches Interesse an der Strafverfolgung entfallen.

19. Grund für diese Anweisung ist, dass gerade im häuslichen Umfeld sich das Opfer oft nicht aus einem freien Entschluss heraus weigert, Strafantrag zu stellen, sondern dies unterlässt oder einen bereits gestellten Strafantrag zurückzieht, weil es Hemmungen oder Angst verspürt, einen ihm nahe stehenden Menschen der Strafverfolgung auszusetzen. Motive sind hier oftmals die Angst vor weiteren Gewalthandlungen, vor dem Verlust der sozialen Bindungen oder auch Sorge um gemeinsame Kinder.⁸ In derartigen Fällen kann der Staatsanwalt unter Berücksichtigung der Nummer 234 RiStBV die Tat dennoch von Amtes wegen und auch gegen den Willen des Opfers verfolgen.

1.2. Verfahren und Massnahmen zur Vereinfachung

20. Die **Erstattung** der **Strafanzeige** erfolgt mündlich (auch telefonisch⁹) oder schriftlich bei der Staatsanwaltschaft, den Amtsgerichten oder den Behörden oder Beamten des Polizeidienstes (§ 159 Abs. 1 S. 1 StPO). Die Vertretung bei der Anzeigeerstattung ist zulässig. Eine vertrauliche Anzeige ist grundsätzlich möglich, wenn sich die Vertraulichkeit darauf beschränkt, dass nur der Name des Anzeigeerstatters nicht genannt, ansonsten aber von den mitgeteilten Tatsachen Gebrauch gemacht werden darf.¹⁰ Die Staatsanwaltschaft ist gehalten, wegen des Officialprinzips auch dann die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens zu prüfen, wenn eine namenlose Strafanzeige eingeht, Nr. 8 RiStBV.

21. Die Voraussetzungen für die **Erstattung** des **Strafantrags** bestimmen sich nach §§ 77 ff. StGB und § 158 StPO. Der Strafantrag ist fristgebunden. Die Frist beträgt nach § 77b StGB 3 Monate ab Kenntnis des Antragsberechtigten von der Tat und der Person des Täters (bzw. der Täterin). Ist das

bloße Richtlinien keine strikte Bindungswirkung, geben dem Staatsanwalt aber eine Orientierungshilfe an die Hand.

⁸ Siehe hierzu den Opferschutzbericht des Ministeriums der Justiz des Landes Sachsen-Anhalt vom Oktober 2010, S. 190, verfügbar unter http://www.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Elementbibliothek/Bibliothek_Politik_und_Verwaltung/Bibliothek_MJ/recht/opferschutzbericht.pdf (18.07.11).

⁹ Graf, Beck'scher Online-Kommentar StPO, Stand 15.04.11, § 158 Rn. 4.

¹⁰ Meyer-Goßner, Strafprozessordnung, op.cit., § 158, Rn. 14 und 16.

Opfer minderjährig, so können gemäss § 77 Abs. 3 StGB der gesetzliche Vertreter in seinen persönlichen Angelegenheiten und der Sorgeberechtigte den Antrag für das Opfer stellen. Bei minderjährigen Opfern kommt es deshalb auf die Kenntnis des gesetzlichen Vertreters und des Sorgeberechtigten an (§ 77b Abs. 2 S. 3 StGB). Ist der Täter (bzw. die Täterin) ein sorgeberechtigter Elternteil, so ist dieser nicht antragsbefugt; die alleinige Antragsbefugnis geht dann auf den anderen sorgeberechtigten Elternteil über.¹¹ Weigert sich dieser, gegen den Täter (bzw. die Täterin) vorzugehen, kann das Familiengericht tätig werden.¹² Wird das bei Begehung der Tat minderjährige Opfer volljährig und damit selbst antragsberechtigt, während die Antragsfrist für seinen Vertreter oder Sorgeberechtigten noch läuft, so beginnt ab Volljährigkeit bzw. Kenntnis des Opfers die dreimonatige Frist erneut.¹³ Denn dann besteht keine Berechtigung des Vertreters nach § 77 Abs. 3 StGB mehr. Das Opfer muss sich nun erstmals selbst Gedanken über den Strafantrag machen und muss hierzu die volle Bedenkzeit erhalten.¹⁴ Ein bereits zuvor von dem minderjährigen Opfer selbst gestellter – unwirksamer – Strafantrag wird durch die Volljährigkeit nicht automatisch wirksam, sondern bedarf einer nach aussen erkennbaren Bestätigung.¹⁵

22. Der Strafantrag muss nicht als solcher bezeichnet werden; es muss nur unmissverständlich aus den Formulierungen hervorgehen, dass der Antragsteller die Tat **verfolgt wissen** will.¹⁶ Ein Strafantrag kann daher auch in einer Strafanzeige **enthalten** sein, so lange ein Wille zur Verfolgung klar erklärt wird. Auch der Anschluss an ein Strafverfahren als Nebenkläger ist als Erstattung der Strafanzeige zu werten.¹⁷

23. Der Antrag ist gemäss § 158 Abs. 2 StPO bei Gericht oder der Staatsanwaltschaft **schriftlich** oder **zu Protokoll** anzubringen; bei den Behörden des Polizeidienstes ist allein die schriftliche Einreichung möglich. Der Strafantrag kann nicht telefonisch, wohl aber durch Telefax oder mittels Fernschreiben eingereicht werden, solange er vom Antragsberechtigten unterzeichnet ist. Auch hier ist die Vertretung zulässig.¹⁸ Ob ein Strafantrag **per E-Mail** erstattet werden kann, ist noch nicht abschliessend geklärt. § 41a StPO sieht die Möglichkeit eines elektronischen Dokuments mit qualifizierter Signatur vor. Bis jedoch eine Rechtsverordnung des jeweiligen Bundeslands hierzu erlassen ist, ist es Sache der Rechtsprechung, ob sie die nicht qualifiziert signierte, einfache E-Mail nach den Grundsätzen, die für ein Computertelefax gelten, anerkennt oder nicht.¹⁹

24. Der Strafantrag kann bei **Gericht**, der **Staatsanwaltschaft** und den **Polizeibehörden** eingereicht werden; anders als die Strafanzeige kann der Strafantrag nicht nur bei einem Amtsgericht, sondern bei jedem mit der Sache befassten Gericht, also auch noch beim Revisionsgericht, angebracht werden.²⁰ Andere Behörden sind nicht verpflichtet, den Strafantrag entgegen zu nehmen; vielmehr wer-

¹¹ Von Heintschel-Heinegg, Beck'scher Online-Kommentar StGB, Stand 01.05.11, § 77, Rn. 15.

¹² Kindhäuser/Neumann/Paeffgen, Strafgesetzbuch, 3. Auflage 2010, § 77, Rn. 42.

¹³ Tröndle/Fischer, Strafgesetzbuch, op.cit., § 77, Rn. 18.

¹⁴ Kindhäuser/Neumann/Paeffgen, Strafgesetzbuch, op.cit., § 77b, Rn. 14.

¹⁵ Karlsruher Kommentar zur Strafprozessordnung, 6. Auflage, München 2008, § 158, Rn. 35.

¹⁶ Schönke/Schröder, Strafgesetzbuch, 28. Auflage, München 2010, § 77, Rn. 38.

¹⁷ Karlsruher Kommentar zur Strafprozessordnung, op.cit., § 158, Rn. 44.

¹⁸ Meyer-Goßner, Strafprozessordnung, op.cit., § 158, Rn. 11 und 15.

¹⁹ Ablehnend OLG Oldenburg, Beschluss vom 14. 8. 2008 - 1 Ws 465/08, NJW 2009, 536.

²⁰ Graf, Strafprozessordnung, op.cit., § 158, Rn. 14.

den sie in der Regel den Antragsteller an die zuständige Stelle verweisen.²¹ Hat eine an sich unzuständige Stelle den Strafantrag/die Strafanzeige angenommen, so ist sie zur Weiterleitung an die zuständige Stelle verpflichtet.²²

25. Spezifische, gesetzlich vorgeschriebene Massnahmen, die ausdrücklich dazu bestimmt sind, die Opfer von häuslicher Gewalt oder minderjährige Opfer sexueller Straftaten zu ermutigen, Strafanzeige zu erstatten, enthält das deutsche Recht **nicht**. Es existiert eine Vielzahl von Internetseiten und Informationsbroschüren²³ von Polizei und Opferberatungsstellen, die das Opfer über seine Rechte und Pflichten im Strafverfahren aufklären sollen. Diese enthalten grundsätzlich den Appell, Strafantrag zu stellen,²⁴ sowie den Hinweis, dass das Opfer verpflichtet ist, bei der Aufklärung der Straftat mitzuwirken.

26. Es ist klarzustellen, dass in der Regel das Opfer, das Strafantrag gestellt bzw. Strafanzeige erhoben hat, **nicht anders behandelt wird**, als das Opfer, das dies unterlassen hat. Ausnahmen von dieser Regel werden im Folgenden an der einschlägigen Stelle des Gutachtens dargestellt.

27. Schliesslich ist darauf hinzuweisen, dass auch die **Information des Opfers** über seine Rechte im Strafprozess gemäss § 406h StPO die Stellung des Strafantrags vereinfachen kann (s. dazu ausführlich, 1.2.4.3.).

2. Sonderregeln im Strafverfahren

28. Grundsätzlich kennt das deutsche Recht **keine Sonderregelungen** für die Behandlung von Opfern häuslicher Gewalt oder von minderjährigen Opfern sexueller Straftaten im Strafverfahren. Soweit verfahrensrechtliche Sonderregelungen bestehen, stellen diese zumeist entweder auf die **besondere Schutzbedürftigkeit** des Opfers aufgrund der besonderen Belastungen im Rahmen des Verfahrens oder aber auf die Tatsache ab, dass das Opfer, egal welcher Art von Straftat, **minderjährig** ist. Die besondere Schutzbedürftigkeit des Opfers wird gerade im Zusammenhang mit Sexualdelikten häufig anzunehmen sein.²⁵ Im Folgenden werden daher die allgemeinen prozessrechtlichen und sonstigen Massnahmen dargestellt, die dem Schutz der Opfer im Strafverfahren dienen sollen.

²¹ Karlsruher Kommentar zur Strafprozessordnung, op.cit., § 158, Rn. 42.

²² Meyer-Goßner, Strafprozessordnung, op.cit., § 158, Rn. 8.

²³ Z.B. „Opferfibel – Rechtswegweiser für Opfer einer Straftat“ vom Bundesministerium der Justiz, verfügbar unter http://www.bmj.de/SharedDocs/Downloads/DE/broschueren_fuer_warenkorb/DE/Opferfibel_Rechtswegweiser_fuer_Opfer_einer_Straftat.pdf;jsessionid=7B840EDDFB38B1DEFDF914027D4C0C84.1_cid093?__blob=publicationFile (18.07.11); diverse Broschüren verschiedener Ministerien und der bayerischen Polizei, auch speziell zum Thema „Häusliche Gewalt“ und des sexuellen Missbrauchs von Kindern und Jugendlichen, zusammengestellt unter <http://www.polizei.bayern.de/schuetzenvorbeugen/beratung/frauenundkinder/index.html/45133> (18.07.11).

²⁴ Z.B. die Broschüre des Bayerischen Staatsministeriums des Inneren zum Thema „Häusliche Gewalt“, verfügbar unter <http://www.verwaltung.bayern.de/Anlage2104469/HaeuslicheGewalt.pdf> (18.07.11).

²⁵ Siehe hierzu im Folgenden die jeweiligen Einzeldarstellungen.

2.1. Sonderregeln bezüglich des Personals

29. **Zwingende** gesetzliche Sonderregelungen bezüglich des in Fällen häuslicher Gewalt und des sexuellen Missbrauchs einzusetzenden Personals bestehen in Deutschland nicht. Der Staatsanwaltschaft wird jedoch in Nr. 222 Abs. 1 RiStBV **nahe gelegt**, bereits bei der ersten **Vernehmung eines Kindes** als Zeugen einen Sachverständigen beizuziehen, der über besondere Kenntnisse und Erfahrungen auf dem Gebiet der Kinderpsychologie verfügt. Diese Regelung entfaltet aber keine Bindungswirkung, sondern gibt dem Staatsanwalt lediglich einen Leitfaden an die Hand.

30. Das Opfer hat jedoch das Recht auf eine **psychosoziale Betreuung** während des Prozesses (siehe unten 2.4.1.). Diese wird jedoch nicht durch Personal der Gerichte oder der Strafverfolgungsbehörden durchgeführt, sondern durch die Opferschutzverbände.

31. Es steht der Polizei und der Staatsanwaltschaft jedoch frei, einen **Sonderbeauftragten** für Frauen und Kinder einzusetzen oder besondere **Arbeitsgruppen** ins Leben zu rufen. Ob und in welcher Form dies geschieht, liegt bei den einzelnen Bundesländern. Beispiele hierfür sind:

- Das Polizeipräsidium München: hier stehen zwei Kriminalbeamtinnen als **Ansprechpartnerinnen** zum Kriminalitätsbereich **Gewalt gegen Frauen und Kinder** zur Verfügung. Diese bieten eine kostenlose Beratung über Anzeigemöglichkeit und Ablauf des Ermittlungsverfahrens, Rechte des Opfers im Strafverfahren, andere Hilfs- und Beratungseinrichtungen sowie über Vorbeugung allgemein oder zum Einzelfall.²⁶
- Das Polizeipräsidium Mittelhessen: In Hessen werden im Bereich der **häuslichen Gewalt**, abhängig von Vorgangsaufkommen, Größe der Ermittlungsgruppen und den örtlichen/geografischen Voraussetzungen einer Polizeidirektion, folgende personelle und organisatorische Überlegungen zur Optimierung der Bearbeitung häuslicher Gewaltdelikte berücksichtigt: Sensibilisierung und Fortbildung der Ermittlungsgruppe, Spezialisierung innerhalb der Ermittlungsgruppen ("Schwerpunktsachbearbeiterin/er"), Konzentration und Anbindung der Delikte an die Regionale Kriminalinspektion oder an eine Ermittlungsgruppe bis hin zur Bildung einer separaten Arbeitsgruppe.²⁷

2.2. Sonderregeln bezüglich der Gerichte und der Verfahren

2.2.1. Zuständigkeit der Gerichte

32. Auch hier gilt, dass **keine zwingenden gesetzlichen Sonderregelungen** speziell für Fälle häuslicher Gewalt und des sexuellen Missbrauchs bestehen. Es existieren jedoch verfahrensrechtliche Regelungen, die es ermöglichen, in derartigen Fällen unter Berufung auf die besondere Schutzbedürftigkeit des Opfers von den allgemeinen Verfahrensregeln abzuweichen.

²⁶ Vgl. die Internetseite des Polizeipräsidiums München, abrufbar unter <http://www.polizei.bayern.de/muenchen/schuetzenvorbeugen/beratung/frauenundkinder/index.html/699> (28.07.11).

²⁷ Vgl. die Internetseite des Polizeipräsidiums Mittelhessen, abrufbar unter <http://www.polizei.hessen.de/internetzentral/nav/48b/broker.jsp?uTem=bff71055-bb1d-50f1-2860-72700266cb59&uCon=43178256-ebc0-af33-62d6-1611142c388e&uBasVariantCon=ed83d448-9a76-4e11-8a5b-28e46ce02000&uMen=48b70ee1-825a-f6f8-6373-a91bbcb63046> (28.07.11).

33. So besteht gemäss § 24 Abs. 1 Nr. 3 Gerichtsverfassungsgesetz (GVG)²⁸ für die Staatsanwaltschaft die Möglichkeit, unter Berufung auf die besondere Schutzbedürftigkeit des Opfers, das als Zeuge in Betracht kommt, die **Anklage** in erster Instanz **direkt beim Landgericht** zu erheben, auch wenn an sich nicht die Zuständigkeit des Landgerichts, sondern die des Amtsgerichts gegeben wäre. Dies führt dazu, dass gegen das erstinstanzliche Urteil nur noch die Revision als Rechtsmittel in Betracht kommt, wodurch eine **erneute Tatsachenerhebung** ausgeschlossen wird. Das Opfer soll auf diese Weise vor den psychischen Belastungen einer weiteren Aussage bewahrt werden. Da dem Angeklagten damit eine zweite Tatsacheninstanz versagt wird, ist im Rahmen einer Einzelfallprüfung auf die individuelle Schutzbedürftigkeit des jeweiligen Zeugen abzustellen. Diese besondere Schutzbedürftigkeit wird insbesondere dann zu bejahen sein, wenn höchstpersönliche Rechtsgüter des Opfers betroffen sind, also vor allem im Falle von Sexualdelikten.²⁹ Vergleichbares gilt im Jugendstrafverfahren (§ 41 Abs. 1 Nr. 4 Jugendgerichtsgesetz - JGG³⁰). Voraussetzung ist jeweils eine besondere Schutzbedürftigkeit des Opfers, nach unseren Recherchen aber weder Strafanzeige noch Strafantrag.

34. Ist das **Opfer minderjährig**, so kann auch in Verfahren gegen Erwachsene das **Jugendgericht** angerufen werden (vgl. § 26 GVG). Auf diese Weise soll die „besondere **erzieherische Befähigung** und **Erfahrung** des Jugendrichters“³¹ im Umgang mit minderjährigen Zeugen soll ausgenutzt werden.

2.2.2. Nebenklage und Adhäsionsverfahren

35. Das Opfer einer Straftat kann den Kreis seiner Rechte im Strafverfahren durch Erhebung einer Nebenklage deutlich erweitern. Die Nebenklage ermöglicht es dem Opfer, selbst **aktiv zu werden** und nicht in einer bloßen Zeugenrolle am Verfahren teilzunehmen. Einen Strafantrag setzt die Nebenklage **nur** im Falle absoluter Antragsdelikte voraus, also solcher Delikte, die einzig auf einen Antrag des Opfers hin verfolgt werden können.³² Als Nebenkläger kann das Opfer bzw. sein Anwalt während der gesamten Verhandlung anwesend sein sowie eigene **Anträge** stellen. Ihm kommt in dieser Rolle unter anderem auch ein **Fragerecht**, ein Recht zur **Ablehnung** eines Richters oder Sachverständigen wegen Befangenheit, ein Beweisantragsrecht, sowie das Recht auf ein Plädoyer zu (§ 397 Abs. 1 StPO). Dennoch ist das Opfer hier nicht Kläger in dem Sinne, dass ausgesprochene Sanktionen ihm zugutekommen. Wird der Täter (bzw. die Täterin) zu einer Geldstrafe verurteilt, so ist diese weiterhin an die Staatskasse zu entrichten.

36. Wenn das Opfer als Nebenkläger auftritt, kann es zwar Stellungnahmen zu einer beabsichtigten **verfahrensbeendenden Verständigung** (sog. „Deal“) abgeben (vgl. § 257c Abs. 3 S. 3 StPO); seine Zustimmung ist jedoch nicht erforderlich. Des Weiteren steht dem Nebenkläger ein eigenes Rechts-

²⁸ Gerichtsverfassungsgesetz (GVG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. Mai 1975 (BGBl. I S. 1077), zuletzt geändert durch Art. 3 Abs. 1 G zur Neuordnung des Rechts der Sicherungsverwahrung und zu begleitenden Regelungen vom 22. 12. 2010 (BGBl. I S. 2300).

²⁹ Meyer-Goßner, Gerichtsverfassungsgesetz, 53. Auflage, München 2010, § 24, Rn. 6.

³⁰ Jugendgerichtsgesetz (JGG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. Dezember 1974 (BGBl. I S. 3427), zuletzt geändert durch BVerfG-Entscheidung - 2 BvR 2365/09, 2 BvR 740/10, 2 BvR 2333/08, 2 BvR 1152/10, 2 BvR 571/10 - vom 4. 5. 2011 (BGBl. I S. 1003).

³¹ Siehe Opferschutzbericht des Ministeriums der Justiz des Landes Sachsen-Anhalt vom Oktober 2010, op.cit., S. 14.

³² Meyer-Goßner, Strafprozessordnung, op.cit., § 395, Rn. 5.

mittelrecht zu (§ 401 Abs. 1 StPO); allein auf die Unzufriedenheit mit den vom Gericht verhängten Rechtsfolgen kann das Rechtsmittel jedoch nicht gestützt werden.

37. Auch im Rahmen des **Jugendstrafrechts** ist die Nebenklage vorgesehen (§ 80 Abs. 3 JGG). Sie ist hier allerdings nur möglich, wenn das Opfer durch ein Verbrechen gegen das Leben, die körperliche Unversehrtheit oder die sexuelle Selbstbestimmung oder andere schwere Straftaten verletzt und dadurch seelisch oder körperlich schwer geschädigt oder der Gefahr einer solchen Schädigung ausgesetzt wurde.

38. Daneben kann das Opfer einer Straftat auch im Rahmen eines sogenannten Adhäsionsverfahrens nach §§ 403 ff StPO direkt im Strafverfahren Schadensersatzansprüche gegen den Täter (bzw. die Täterin) geltend machen. Die vorherige Erstattung von Strafanzeige oder Strafantrag ist nicht erforderlich.

2.3. Sonderregeln im Beweisrecht

2.3.1. Das Opfer als Zeuge

39. Das Opfer sagt in der Regel als **Zeuge** aus. Es ist folglich gemäss § 48 Abs. 1 S. 2 StPO **zur Aussage verpflichtet**, auch wenn es nicht Strafanzeige oder Strafantrag gestellt hat und die Bestrafung des Täters (bzw. der Täterin) nicht wünscht. Allenfalls können Zeugnis- oder Aussageverweigerungsrechte geltend gemacht werden, die insoweit denen der „normalen“ Zeugen entsprechen.³³ Das Opfer muss im Verfahren wahrheitsgemäß antworten. Wie jeder andere Zeuge kann auch der Opferzeuge vereidigt werden.

2.3.2. Körperliche Untersuchungen des Opfers zur Beweissicherung

40. Gemäss § 81 c StPO kommt eine **körperliche Untersuchung** des Opfers nur dann in Betracht, wenn es entweder **zugestimmt** hat oder die Feststellung einer bestimmten Spur oder Folge der Straftat an seinem Körper zur **Erforschung der Wahrheit erforderlich** ist. Dabei kommen nur äußerliche Untersuchungen (inklusive einer Nachschau in den ohne ärztliche Hilfe zugänglichen natürlichen Körperöffnungen) in Betracht. Eingriffe in die Substanz des Körpers sind nicht zulässig.³⁴ Das Opfer muss solche Untersuchungen dulden. Dazu muss es sich einfinden und die jeweils erforderliche Körperhaltung einnehmen;³⁵ darüber hinaus muss das Opfer nicht aktiv mitwirken. Auch Fragen muss das Opfer bei der Untersuchung nicht beantworten.³⁶

41. Das Opfer braucht die Untersuchung nur zu dulden, wenn dies **zumutbar** ist (§ 81c Abs. 4 StPO). Hier sind die Bedeutung der Straftat in den Augen der Allgemeinheit und das Persönlichkeitsrecht des Betroffenen gegeneinander abzuwägen. Wichtige Aspekte sind hierbei auch die Vornahme der

³³ Solche Verweigerungsrechte sind z.B. das Recht, das Zeugnis zu verweigern, wenn der Angeklagte ein naher Angehöriger ist, § 52 StPO, und das Auskunftsverweigerungsrecht im Falle einer Selbstbezeichnung oder der Gefahr einer Strafverfolgung eines nahen Angehörigen nach § 55 StPO.

³⁴ Meyer-Goßner, Strafprozessordnung, op.cit., § 81c, Rn. 16.

³⁵ Graf, Strafprozessordnung, op.cit., § 81c, Rn. 4..

³⁶ Opferschutzbericht des Ministeriums der Justiz des Landes Sachsen-Anhalt vom Oktober 2010, op.cit., S. 33.

Untersuchung durch einen Arzt sowie die Durchführung nach den anerkannten Regeln der Wissenschaft.³⁷

42. Falls die Untersuchung des Opfers sein **Schamgefühl** verletzen kann, stehen ihm weitere Rechte zu. So soll das Opfer von einem Arzt/einer Ärztin oder zumindest einer Person **gleichen Geschlechts** untersucht werden (§ 81d Abs. 1 S. 1 StPO). Einem anderweitigen Wunsch des Opfers wird gemäss § 81d Abs. 1 S. 2 StPO in der Regel zu entsprechen sein, wenn daran ein berechtigtes Interesse besteht. Dies kann z.B. dann der Fall sein, wenn das Opfer gerade von einer Person des gleichen Geschlechts sexuell missbraucht wurde. Bei Gefahr im Verzug, wenn also nur eine unverzügliche Untersuchung zur Beweisfindung geeignet ist und keine Person des gewünschten Geschlechts erreichbar ist, wird jedoch davon ausgegangen, dass ein berechtigtes Interesse des Opfers zurücktritt.³⁸ Dem Opfer soll auf sein Verlangen hin bei Untersuchungen, die das Schamgefühl verletzen können, eine **Vertrauensperson** zur Seite gestellt werden (§ 81d Abs. 1 S. 3 StPO). Auf seine Rechte ist das Opfer vor der Untersuchung **hinzuweisen** (§ 81d Abs. 1 S. 4 StPO). Nur so kann verhindert werden, dass sich das Opfer in seinem Schamgefühl (womöglich nach einem Sexualdelikt) erneut verletzt fühlt.

2.3.3. Vernehmung mittels Videotechnik

43. Vernehmungen mittels **Videotechnik** sind sowohl im Ermittlungsverfahren als auch in der Hauptverhandlung möglich und können sowohl in der Form der Aufzeichnung als auch in der Form der Simultanübertragung erfolgen.

44. Dabei ist die Möglichkeit der Videoaufzeichnung nicht auf richterliche Vernehmungen beschränkt, sondern gilt vielmehr auch für **staatsanwaltliche** und – eingeschränkt als blosse Richtlinie³⁹ - auch für **polizeiliche** Vernehmungen. Für eine sichere **Verwertbarkeit** der im Ermittlungsverfahren durchgeführten Videovernehmung in der nachfolgenden Hauptverhandlung erscheint jedoch die Durchführung einer Vernehmung durch den **Ermittlungsrichter** erstrebenswert.

45. Eine richterliche Vernehmung im **Ermittlungsverfahren** kann in **Abwesenheit** der anderen Verfahrensbeteiligten durchgeführt werden, wenn dem **Wohl des Zeugen** bei einer Vernehmung in Anwesenheit der anderen Beteiligten ein schwerwiegender Nachteil droht (§ 168e S. 1 StPO). Die Vernehmung wird dann per **Videosimultanübertragung**⁴⁰ zu den anderen erschienenen Beteiligten übertragen. Voraussetzung einer ordnungsgemässen getrennten Vernehmung ist nach § 168e S. 3 StPO dennoch, dass die **Mitwirkungsrechte**, also vor allem Fragerechte der anderen Beteiligten nicht untergraben werden. Liegen die Voraussetzungen der für die Verwendung einer Videoaufzeichnung im Hauptverfahren nach § 58a StPO vor (siehe im Folgenden), so sollte die richterliche Vernehmung im Ermittlungsverfahren auch **aufgezeichnet** werden, da nur so dem Zeugen mehrfache

³⁷ Opferschutzbericht des Ministeriums der Justiz des Landes Sachsen-Anhalt vom Oktober 2010, op.cit., S. 33.

³⁸ Opferschutzbericht des Ministeriums der Justiz des Landes Sachsen-Anhalt vom Oktober 2010, op.cit., S. 33.

³⁹ Meyer-Goßner, Strafprozessordnung, op.cit., § 58a, Rn. 2.

⁴⁰ Karlsruher Kommentar zur Strafprozessordnung, op.cit., § 168e, Rn. 1.

Vernehmungen und damit größere Belastungen erspart werden.⁴¹ Eine Aufzeichnung nach § 58a StPO ist jedoch von den Voraussetzungen der getrennten Vernehmung nicht abhängig.⁴²

46. Eine Vernehmung in der **Hauptverhandlung** kann unter Umständen durch eine **Videoaufzeichnung** einer früheren Vernehmung **ersetzt werden**, wenn der Zeugenschutz dies erfordert (§ 58a StPO). Dies kann vor allem bei minderjährigen Opferzeugen oder Opfern schwerer Sexual- oder Gewaltstraftaten der Fall sein. Auf diese Weise kann das Opfer vor einer weiteren Traumatisierung durch eine (erneute) Aussage vor Gericht sowie der Konfrontation mit dem Täter (bzw. der Täterin) in der Hauptverhandlung geschützt werden. Während bei sonstigen Zeugen gemäss § 58a Abs. 1 S. 1 StPO eine Vernehmung aufgezeichnet werden „kann“, „soll“ dies bei Opferzeugen unter 18 Jahren erfolgen, also den Regelfall darstellen.⁴³ Eine Berücksichtigung der Interessen des Opfers hat damit schon im Ermittlungsverfahren zu erfolgen.

47. Die **Verwertung der Aufzeichnung** erfolgt im Rahmen eines **richterlichen Augenscheins**, entsprechend den Regelungen über die Verlesung früherer Vernehmungsprotokolle (vgl. § 255a Abs. 1 StPO). Anders ist dies gemäss § 255a Abs. 2 StPO nur bei minderjährigen Zeugen, die Opfer von Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung, gegen das Leben oder die persönliche Freiheit oder Opfer einer Misshandlung Schutzbefohlener wurden; hier ist die Bild-Ton-Aufzeichnung, die in der Verhandlung abgespielt wird, so zu behandeln, als ob der Zeuge in der Verhandlung **selbst gehört** worden wäre.⁴⁴ Der Opferzeuge kann **Widerspruch** dagegen erheben, dass eine Kopie seiner aufgezeichneten Aussage Teil der Akten wird und damit dem Akteneinsichtsrecht des Angeklagten bzw. dessen Verteidiger unterfällt. In diesem Fall wird ein schriftliches Protokoll seiner Aussage erstellt und dieses in die Akten genommen (§ 58a Abs. 3 StPO). Auf dieses Widerspruchsrecht ist der Zeuge nach § 58a Abs. 3 S. 4 StPO hinzuweisen.

48. Auch in der Hauptverhandlung kann eine Vernehmung mittels **Videokonferenz** erfolgen. Voraussetzung hierfür ist nach § 247a S. 1 Hs. 1 StPO, dass eine **dringende Gefahr eines schwerwiegenden Nachteils** für das Wohl des Zeugen besteht, wenn er in Gegenwart der in der Hauptverhandlung Anwesenden vernommen wird. Möglich ist eine Videovernehmung auch in den Fällen der **Unzumutbarkeit** der Anreise des Zeugen zur Hauptverhandlung oder seine **Abwesenheit** aufgrund gesundheitlicher Probleme oder sonstiger andauernder Hindernisse (§§ 247a S. 1 Hs. 2, 251 Abs. 2 StPO). Die Praxis macht hiervon bisher aber eher selten Gebrauch, da oftmals keine erschöpfende Befragung des Zeugen erreicht wird. Erfolgt daraufhin eine Nachbefragung in der Hauptverhandlung, ist dem Wohl des Zeugen nicht gedient.⁴⁵

2.3.4. Vernehmung in Abwesenheit des Angeklagten und anderer Personen

49. In der Hauptverhandlung kann der Angeklagte während der Vernehmung des (Opfer-)Zeugen gemäss § 247 S. 1, 2 StPO aus dem Sitzungssaal **entfernt** werden, wenn ein minderjähriger Zeuge vernommen wird und bei einer Vernehmung in Anwesenheit des Angeklagten ein **erheblicher**

⁴¹ Meyer-Goßner, Strafprozessordnung, op.cit., § 168e, Rn. 9.

⁴² Graf, Strafprozessordnung, op.cit., § 168e, Rn. 7.

⁴³ Meyer-Goßner, Strafprozessordnung, op.cit., § 58a, Rn. 6.

⁴⁴ Meyer-Goßner, Strafprozessordnung, op.cit., § 255a, Rn. 9.

⁴⁵ Siehe für das Bundesland Sachsen-Anhalt den Opferschutzbericht des Ministeriums der Justiz des Landes Sachsen-Anhalt vom Oktober 2010, op.cit., S. 27.

Nachteil für das Wohl des Zeugen zu befürchten ist. Eine Entfernung des Angeklagten kommt auch in Betracht, wenn bei einem erwachsenen (Opfer-)Zeugen eine dringende Gefahr eines **schwerwiegenden Nachteils für seine Gesundheit** besteht, falls er in Gegenwart des Angeklagten vernommen wird. In Verfahren vor den Jugendgerichten findet § 247 StPO ebenfalls Anwendung. § 51 JGG, der einen Ausschluss des jugendlichen Angeklagten für die Dauer von Erörterungen, aus denen Nachteile für die Erziehung entstehen können, vorsieht, verdrängt die allgemeinen Regeln nicht, sondern ergänzt sie nur.⁴⁶

2.3.5. Einschränkung der Angabe persönlicher Daten und weitere Beschränkungen der Aussagepflicht

50. Dem Zeugen kann gemäss § 68 Abs. 2 StPO gestattet werden, bei seiner Vernehmung zur Person anstelle seines Wohnortes eine **Dienstanschrift** oder eine **sonstige ladungsfähige Adresse** anzugeben, wenn ein begründeter Anlass zur Besorgnis einer Gefährdung seiner Rechtsgüter oder der eines Dritten für den Fall der Nennung des Wohnorts besteht. Um vollumfänglichen Schutz des Zeugen zu erreichen, ist in solchen Fällen auch von einer Nennung des Wohnorts in der Anklageschrift abzusehen (§ 200 Abs. 1 S. 3 StPO). Ist eine Gefahr für Leib, Leben oder Freiheit des Zeugen oder eines Dritten zu befürchten, so kann dem Zeugen darüber hinaus gestattet werden, **keinerlei Angaben zu seiner Identität** zu machen. Ausnahmsweise kann in der Anklageschrift sogar die Identität des Zeugen geheim gehalten werden; darüber ist das Gericht aber gesondert zu unterrichten (§ 200 Abs. 1 S. 5 StPO).

51. Dem Zeugen und damit auch dem Opferzeugen sollen gemäss § 68a Abs. 1 StPO Fragen, die seinen **persönlichen Lebensbereich** betreffen oder seine **Ehre** beeinflussen können, nur dann gestellt werden, wenn dies für die Wahrheitsfindung unerlässlich ist. Damit wird der Pflicht des Opfers, der Wahrheit entsprechend auszusagen, Rechnung getragen und die persönliche Belastung des Zeugen – gerade eines Opfers einer Sexualstraftat –, die durch intime oder rufschädigende Frage entsteht, reduziert.

52. Ein weiterer Schutz, der minderjährigen Opfern, die als Zeugen aussagen müssen, ebenso wie allen anderen, nicht persönlich betroffenen minderjährigen Zeugen gewährt wird, ist das **alleinige Fragerecht des Vorsitzenden**. Soweit nicht der Vorsitzende nach Ausübung seines pflichtgemässen Ermessens Fragen der anderen Prozessbeteiligten an den Zeugen zulässt, darf nur er selbst den Zeugen unmittelbar befragen (§ 241a StPO).

2.4. Sonderregeln bezüglich des Schutzes der Betroffenen

2.4.1. Psychosoziale Prozessbetreuung

53. Dem Opfer einer Straftat soll die Möglichkeit einer psychosozialen Prozessbetreuung gewährt werden. Auf dieses Recht ist auf dieses Recht ist das Opfer gemäss § 406h Abs. 1 Nr. 5 StPO frühzeitig **hinzuweisen**.

54. Die psychosoziale Prozessbetreuung bedeutet, dass das Opfer bei Vernehmungen von besonders **geschultem Personal** der Opferschutzverbände begleitet werden können, das über den Ablauf des Strafprozesses und die Möglichkeiten, den Prozess für den Betroffenen möglichst wenig belastend zu

⁴⁶ BGH, Urteil vom 15. 11. 2001, 4 StR 215/01; Neue Zeitschrift für Strafrecht 2002, S. 331.

gestalten, Bescheid weiß.⁴⁷ Zu beachten ist dabei aber stets, dass eine Beeinflussung des Opferzeugen unterbleiben muss.⁴⁸ In der Regel wird die Tat als solche durch den Betreuer nicht thematisiert werden, sondern allein eine Hilfestellung in allen Fragen des Strafprozesses und der Bewältigung der Folgen der Tat angeboten.⁴⁹

2.4.2. Maßnahmen während der Hauptverhandlung, Öffentlichkeit

55. Durch die Einrichtung **spezieller Zeugenzimmer** bei den Gerichten soll vermieden werden, dass der Zeuge dem Täter oder seinen Angehörigen außerhalb der Gerichtsverhandlung begegnet. Dies ist jedoch **nicht vorgeschrieben**, sondern bleibt dem jeweiligen Bundesland bei der Ausgestaltung des jeweiligen Gerichts überlassen.⁵⁰ Teilweise wird auch die Möglichkeit - gerade für minderjährige Opfer - eingeräumt, den Gerichtssaal vorher zu besichtigen und ein Kennenlerngespräch mit dem Richter geführt werden.⁵¹

56. Ist der Täter (bzw. die Täterin) besonders **gewalttätig**, so kann eine **erhöhte Präsenz** von Polizei oder Justizwachtmeistern im Gerichtssaal angefordert werden.⁵² Auch dies ist jedoch nicht gesondert gesetzlich geregelt und eine Frage des Einzelfalls.

57. Ist ein zur Nebenklage nach § 395 StPO berechtigter Verletzter der deutschen Sprache nicht mächtig oder ist er hör- oder sprachbehindert, so zieht das Gericht gemäss § 187 Abs. 2 Gerichtsverfassungsgesetz für das Verfahren einen **Dolmetscher** oder **Übersetzer** heran.

58. In Betracht kommt ein **Ausschluss der Öffentlichkeit** gemäss § 171b GVG, wenn Umstände aus dem persönlichen Lebensbereich des Opfers zur Sprache kommen, deren öffentliche Erörterung schutzwürdige Interessen verletzen kann. Hierbei ist aber das Interesse der Öffentlichkeit an einer Erörterung gegen das Interesse des Opfers abzuwägen.

59. Die Verhandlung vor dem **Jugendgericht** wird **grundsätzlich nicht öffentlich** geführt (§ 48 JGG). Das Opfer sowie seine Erziehungsberechtigten oder gesetzlichen Vertreter sind aber dennoch zur Anwesenheit berechtigt (§ 48 Abs. 2 S. 1 JGG). In bestimmten Fällen können auch die Erziehungsberechtigten des Angeklagten zu Gunsten des Verletzten ausgeschlossen werden (§ 51 Abs. 2 JGG). Dies ist vor allem dann vorgesehen, wenn eine Gefährdung des Lebens, des Leibes oder der Freiheit des Opferzeugen droht (§ 51 Abs. 2 S. 1 Nr. 3 JGG) oder Umstände aus dem persönlichen Lebensbereich des Verletzten zur Sprache kommen, deren Erörterung in Anwesenheit der Erziehungsberechtigten/gesetzlichen Vertreter schutzwürdige Interessen des Opfers verletzen würden. Hier ist ebenfalls eine Abwägung der widerstreitenden Interessen vorzunehmen (§ 51 Abs. 2 S. 1 Nr. 5 JGG).

⁴⁷ Bundestagsdrucksache 16/12098, S. 39.

⁴⁸ Bundestagsdrucksache 16/12098, S. 39.

⁴⁹ So z.B. AHGATA - Hilfe für die Zeugin Büro für Prozessvorbereitung und Prozessbegleitung gUG, <http://www.ahgata.de/index.php> (18.07.11); Bundesverband Psychosoziale Prozessbegleitung e.V., <http://www.bpp-bundesverband.de/> (18.07.11).

⁵⁰ Siehe hierzu beispielsweise die Internetseite des Landgerichts Bochum: <http://www.lg-bochum.nrw.de/service/Zeugenzimmer/index.php> (12.08.2011).

⁵¹ Siehe die Kurzkonzeption: Zeugenbegleitung im Amts- und Landgerichtsbezirk Stuttgart- Eine Unterstützung für (Opfer-)Zeugen und Justiz -, S. 3, online abrufbar unter: <http://www.zeugenbetreuung.de/pdf/kurzkonzeption-zb-stuttgart.pdf> (12.08.2011).

⁵² Opferschutzbericht des Ministeriums der Justiz des Landes Sachsen-Anhalt vom Oktober 2010, op.cit., S. 178.

Wenn dies zum Schutz des Verletzten erforderlich ist, können auch seine eigenen Erziehungsberechtigten und gesetzlichen Vertreter ausgeschlossen werden (§ 51 Abs. 2 S. 2 JGG). Dies ist vor allem dem Umstand geschuldet, dass durch die Aussage des minderjährigen Zeugen auch sein Verhältnis zu seinen eigenen Erziehungsberechtigten gestört werden könnte.⁵³

2.4.3. Information des Opfers

60. Gemäss § 406h StPO ist das Opfer einer Straftat über seine Rechte im Strafprozess **aufzuklären**. Diese Belehrung kann sowohl durch die Polizei als erste Anlaufstelle des Opfers vorgenommen werden, als auch in einem späteren Stadium durch die Staatsanwaltschaft erfolgen, vgl. hierzu auch Nr. 4 d RiStBV⁵⁴.

61. Stellt das Opfer Strafantrag oder erstattet es Strafanzeige, so ist es gemäss § 171 S. 1 StPO zu informieren, wenn das **Verfahren** gegen den Beschuldigten **eingestellt** wurde. Ist es damit nicht einverstanden, so kann es ein **Klageerzwingungsverfahren** nach § 172 StPO betreiben. Hierüber ist das Opfer in dem Einstellungsbescheid zu belehren. Widerspricht der Antragsteller im Klageerzwingungsverfahren der Einstellung durch die Staatsanwaltschaft, so entscheidet zunächst der Generalstaatsanwalt als vorgesetzter Staatsanwalt über den Fall. Entschliesst auch er sich nicht zur Erhebung der Anklage, so kann der Geschädigte das Gericht anrufen und seinen Fall darlegen. Eine Benachrichtigung über die Einstellung erfolgt nach § 171 StPO aber nur dann, wenn das Opfer Anzeige erstattet hat, bzw. Strafantrag gestellt hat.

62. Dem Opfer einer Straftat sind auf Antrag aber **in jedem Fall**, also auch ohne Strafantragsstellung oder Anzeigeerstattung, die **Einstellung** des Verfahrens und der **Ausgang** des gerichtlichen Verfahrens mitzuteilen, soweit es ihn betrifft (§ 406d Abs. 1 StPO). Auf die Möglichkeit eines solchen Antrags ist der Verletzte nach § 406h Abs. 1 StPO möglichst frühzeitig hinzuweisen. Diese Informationspflichten bestehen, anders als das Klageerzwingungsverfahren, unabhängig davon, ob das Opfer einen Strafantrag gestellt/Strafanzeige erstattet hat, oder nicht.

63. Auf Antrag ist dem Verletzten gemäss § 406d Abs. 2 StPO mitzuteilen, ob dem Verurteilten die Weisung erteilt worden ist, zu dem Verletzten **keinen Kontakt aufzunehmen** oder mit ihm nicht zu verkehren. Zudem ist der Verletzte auf Antrag darüber zu informieren, ob **freiheitsentziehende Maßnahmen** gegen den Beschuldigten oder den Verurteilten angeordnet oder beendet oder ob erstmalig Vollzugslockerungen oder Urlaub gewährt werden, wenn er ein berechtigtes Interesse darlegt und kein überwiegendes schutzwürdiges Interesse des Betroffenen am Ausschluss der Mitteilung vorliegt. Vor allem in den Fällen der Sexualdelikte, Körperverletzungen oder versuchten Tötungen wird das überwiegende schutzwürdige Interesse von Gesetzes wegen vorausgesetzt (§ 406h Abs. 2 Nr. 2 Hs. 2 StPO). Das Opfer soll hierdurch vor einem unvorbereiteten, überraschenden Zusammentreffen mit dem Täter (bzw. der Täterin) geschützt werden.⁵⁵

⁵³ Opferschutzbericht des Ministeriums der Justiz des Landes Sachsen-Anhalt vom Oktober 2010, op.cit., S. 18.

⁵⁴ Die Anweisung an den Staatsanwalt, zu überprüfen, ob der Verletzte bereits belehrt wurde und dies ggf. nachzuholen, ist als reine Richtlinie aber nicht zwingend.

⁵⁵ Opferschutzbericht des Ministeriums der Justiz des Landes Sachsen-Anhalt vom Oktober 2010, op.cit., S. 36.

2.4.4. Akteneinsichtsrecht des Opfers

64. Unter bestimmten Voraussetzungen kann auch dem Opfer, das nicht als Nebenkläger am Verfahren beteiligt ist Akteneinsicht gewährt werden. Die Akteneinsicht ist jedoch zu versagen oder zumindest zu beschränken, wenn andernfalls überwiegende schutzwürdige Interessen des Beschuldigten oder Dritter, oder aber auch der Untersuchungszweck gefährdet oder eine erhebliche Verzögerung drohen würde (§ 406e StPO). Das Opfer muss ein besonderes Interesse an den Informationen darlegen oder aber Opfer einer Straftat geworden sein, die es zur Nebenklage berechtigen würde.

65. Auch im Umfang ist das Akteneinsichtsrecht begrenzt. Das Opfer kann nur Einsicht in solche Akten verlangen, die dem Gericht vorliegen bzw. im Falle der Erhebung einer öffentlichen Klage vorzulegen wären. Zudem kann das Opfer volle Akteneinsicht nur mittels eines Rechtsanwalts nehmen. Der Verletzte selbst kann lediglich Auskünfte und Abschriften aus den Akten erhalten.

2.4.5. Begleitung durch Vertrauensperson oder Rechtsbeistand

66. Das Opfer, das als Zeuge vernommen wird, hat das Recht, eine **selbstgewählte Vertrauensperson** zu einer Vernehmung mit zu bringen (§ 406f Abs. 2 StPO). Dies soll der psychischen Unterstützung des Opfers dienen. Diese Vertrauensperson hat auch dann ein Anwesenheitsrecht während der Vernehmung, wenn die Öffentlichkeit für diesen Teil des Prozesses ausgeschlossen ist. Dem Verlangen des Opfers, eine vertraute Person an der Seite zu wissen, kann allein eine Gefährdung des Untersuchungszwecks entgegen gehalten werden.

67. Der Verletzte kann sich auch eines **Rechtsanwalts** als **rechtlichen Beistands** bei seiner Vernehmung bedienen (§ 406f Abs. 1 StPO). Dabei handelt es sich um einen reinen Zeugenbeistand, der vor und nach der Vernehmung des Zeugen kein Anwesenheitsrecht hat. Er kann lediglich beratende Funktionen erfüllen sowie unzulässige Fragen an den Opferzeugen beanstanden.⁵⁶

68. Dem Opfer kann als Zeuge auch ein Rechtsanwalt als **Zeugenbeistand** beigeordnet⁵⁷ werden, wenn seinen schutzwürdigen Interessen nicht anderweitig Rechnung getragen werden kann (§ 68b StPO). Dies beschränkt jedoch nach § 68 Abs. 1 S. 1 StPO explizit nicht das Recht des Opferzeugen, selbst auf eigene Kosten einen Rechtsanwalt zu beauftragen.

2.4.6. Opferanwalt, Prozesskostenhilfe

69. Ist das Opfer zur Nebenklage berechtigt (vgl. Ziff. 2.2.2), so kann ihm auf seinen Antrag hin, unabhängig von seinem Einkommen, ein **kostenloser Rechtsanwalt als Beistand** (Opferanwalt) beigeordnet werden, wenn eine Tat aus dem Katalog des § 397a Abs. 1 StPO vorliegt. Hierzu gehören insbesondere der schwere sexueller Missbrauch von Kindern, die sexuelle Nötigung und Vergewaltigung, der sexuelle Missbrauch widerstandsunfähiger Personen und die schwere Körperverletzung. Die Kosten des Anwalts trägt dann die Staatskasse, so dass dem Opfer auch nicht das Risiko aufgebürdet wird, die Kosten von einem zahlungsunfähigen Verurteilten wieder heraus zu

⁵⁶ Meyer-Goßner, Strafprozessordnung, op.cit., § 406f, Rn. 3.

⁵⁷ Die Anwaltsgebühren übernimmt die Staatskasse, siehe Monka in: Beck'scher Online-Kommentar StPO, op. cit., § 68b Rn. 5.

verlangen. Der Opferanwalt soll dabei nicht nur rechtlicher Beistand, sondern auch menschlicher Berater sein.⁵⁸

70. Lässt sich das Opfer anwaltlich beraten und kommt es nicht zur Strafanzeige und zum Ermittlungsverfahren, so kann kein kostenloser Opferanwalt beigeordnet werden. In Betracht kommt dann allenfalls Beratungshilfe nach § 2 Abs. 2 S. 2 Gesetz über Rechtsberatung und Vertretung für Bürger mit geringem Einkommen (BerHG). Diese Hilfe setzt allerdings **Bedürftigkeit** voraus.

71. Dem nebenklageberechtigten Opfer kann auch Prozesskostenhilfe gewährt werden (§§ 397a Abs. 2, 406g Abs. 3 S. 1 Nr. 2 StPO), wenn die Voraussetzungen für die Bestellung eines Opferanwalts nicht erfüllt sind, also keine der in § 397 Abs. 1 StPO aufgezählten Katalogtaten gegeben ist, und das Opfer bedürftig ist. Voraussetzung ist zudem, dass das Opfer seine Interessen nicht selbst wahrnehmen kann oder ihm dies nicht zumutbar ist.

2.4.7. *Rechtliche Möglichkeiten des Opfers außerhalb des Strafrechts*

72. Am 1. Januar 2002 trat in Deutschland das Gesetz zum **zivilrechtlichen Schutz vor Gewalttaten und Nachstellungen** (Gewaltschutzgesetz - GewSchG)⁵⁹ in Kraft. Dieses ermöglicht es, dem Opfer häuslicher Gewalt auf Antrag die bisher gemeinsam genutzte bzw. die eheliche Wohnung zur **alleinigen Nutzung** zu überlassen. Dies ist zunächst unabhängig davon, in wessen Eigentum die Wohnung steht; Einfluss können die Rechte des Täters (bzw. der Täterin) an der Wohnung aber insoweit haben, als dann die Wohnungszuweisung an das Opfer zu befristen ist (§ 2 Abs. 2 GewSchG). Hier sind auch Eilentscheidungen möglich.⁶⁰ Zuständig für Maßnahmen nach dem Gewaltschutzgesetz sind die Amtsgerichte und dort die Familiengerichte. Auf die Möglichkeit des zivilrechtlichen Vorgehens nach dem Gewaltschutzgesetz sind Verletzte im Rahmen eines Strafverfahrens möglichst frühzeitig durch die Strafverfolgungsbehörden hinzuweisen (§ 406 h Abs. 1 Nr. 5 StPO).

73. Für eine kurze Zeit (in der Regel für die Dauer von etwa 2 Wochen⁶¹) kommen auch polizeiliche Maßnahmen wie **Kontaktverbote oder Platzverweise** in Betracht. Diese setzen aber eine akute Gefährdung des Opfers voraus und können zeitlich nur sehr eingeschränkt erlassen werden.

74. Richtet sich die Gewalt im familiären Bereich gegen Kinder, so kommen gemäss §§ 1666, 1666a BGB **familienrechtliche Massnahmen** in Betracht. Das Familiengericht hat nach seinem Ermessen die Massnahmen zu ergreifen, die zur Beseitigung der Gefahren für das Kindeswohl erforderlich sind. Mögliche Massnahmen sind unter anderem auch die vorübergehende Wegweisung des Täters (bzw. der Täterin) aus der Familienwohnung bis hin zur Entziehung des Sorgerechts (§ 1666 Abs. 3 BGB).

⁵⁸ Opferschutzbericht des Ministeriums der Justiz des Landes Sachsen-Anhalt vom Oktober 2010, op.cit., S. 40.

⁵⁹ Gesetz zum zivilrechtlichen Schutz vor Gewalttaten und Nachstellungen (Gewaltschutzgesetz - GewSchG) vom 11. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3513).

⁶⁰ zu den zivilrechtlichen Massnahmen auch die Broschüre der bayerischen Polizei, erhältlich unter <http://www.verwaltung.bayern.de/Anlage2104469/HaeuslicheGewalt.pdf>, S. 22 ff. (18.07.11).

⁶¹ Z.B. endet die Wohnungsverweisung in Fällen häuslicher Gewalt in Nordrhein-Westfalen grundsätzlich nach 10 Tagen, § 34a Abs. 5 S. 1 Polizeigesetz des Landes Nordrhein-Westfalen, Bekanntmachung der Neufassung vom 25. Juli 2003.

2.5. Weitere Sonderregeln

75. Weitere Sonderregelungen im Strafverfahren sind nach unseren Recherchen nicht ersichtlich. Besondere Einstellungsmöglichkeit im Rahmen der häuslichen Gewalt bzw. der Sexualdelikte existieren nach unseren Recherchen **nicht**. Bei **Antragsdelikten** steht es der Verfolgung jedoch entgegen, wenn das Opfer den Strafantrag zurücknimmt und die Staatsanwaltschaft kein besonderes öffentliches Interesse an der Strafverfolgung annimmt.⁶² Eine Einstellung kann nur nach den allgemeinen Regeln, also z.B. wegen geringer Schuld nach § 153 StPO oder gegen Auflagen nach § 153a StPO erfolgen.

76. Der Einsatz **elektronischer Fussfesseln** ist in Deutschland nicht auf bundesgesetzlicher Ebene geregelt. Im Bundesland Hessen wurde ihr Einsatz jedoch seit dem Jahr 2000 getestet. Am 29. August 2011 haben nunmehr Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen mit Hessen einen **Staatsvertrag** über die Kooperation der Länder bei der elektronischen Aufenthaltsüberwachung unterzeichnet. Auch der Justizstaatssekretär des Landes Mecklenburg-Vorpommern erklärte den Beitritt zum Staatsvertrag. Im Rahmen dieser elektronischen Aufenthaltsüberwachung können **entlassene Straftäter** (und Straftäterinnen) gerichtlich angewiesen werden, ein elektronisches Band zur Feststellung ihres Aufenthaltsorts mittels GPS zu tragen. Die in Hessen angesiedelte Gemeinsame elektronische Überwachungsstelle der Länder (GÜL) hat die Aufgabe, die eingehenden Ereignismeldungen aus der elektronischen Aufenthaltsüberwachung rund um die Uhr entgegenzunehmen und zu bewerten. Notwendige Maßnahmen der zuständigen Stellen können so umgehend in die Wege geleitet werden, um auf Gefahrensituationen zu reagieren. Zugleich übernimmt die Überwachungsstelle eine wichtige Filterfunktion, um die Anzahl unnötiger Einsätze der Polizei oder der Bewährungshilfe so gering wie möglich zu halten. Die Aufenthaltsüberwachung soll als weiterer Baustein zum Schutz der Bevölkerung vor rückfallgefährdeten Gewalt- und Sexualstraftätern und -täterinnen dienen.⁶³

77. Die elektronische Überwachung kommt nur für Tatpersonen in Betracht, die ihre **Strafe verbüßt** haben und aus rechtlichen Gründen zwingend entlassen werden müssen. Sofern sie als **weiterhin gefährlich beurteilt** werden, müssen sie für die Überwachung eine sogenannte elektronische Fußfessel tragen. Über ein GPS-System und zusätzlich über Mobilfunktechnik wird der Aufenthaltsort permanent erfasst. Nähert sich die überwachte Person **entgegen richterlicher Weisung** beispielsweise einem Spielplatz oder einem Kindergarten, wird sie zunächst durch einen Vibrationsalarm gewarnt. Ignoriert sie den Alarm, informieren die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Überwachungsstelle umgehend die Polizei vor Ort.⁶⁴

⁶² Vgl. hierzu bereits oben, unter 1.1.

⁶³ Siehe die Presseerklärung des Hessischen Ministeriums der Justiz, für Integration und Europa vom 29.08.2011, online abrufbar unter: http://www.hmdj.hessen.de/irj/servlet/prt/portal/prtroot/slimp.CMReader/HMdJ_15/HMdJ_Internet/med/da9/da94030e-d9b4-1231-f012-f31e2389e481,22222222-2222-2222-2222-222222222222.pdf (30.09.2011).

⁶⁴ Siehe Pressemitteilung des Justizministeriums Baden-Württemberg vom 20.07.2011, online abrufbar unter: <http://www.olg-karlsruhe.de/servlet/PB/menu/1270140/index.html?ROOT=1153239> (30.09.2011).

3. Opferberatung

78. Zur Opferberatung besteht nach unseren Recherchen **keine** explizite **gesetzliche Regelung** für Opfer häuslicher Gewalt oder sexueller Straftaten gegen Minderjährige.

79. Trotz Fehlens gesetzlicher Grundlage bestehen existieren jedoch Beratungsangebote und Informationsbroschüren **staatlicher Stellen**. Diese weisen das Hilfe suchende Opfer in der Regel darauf hin, dass eine Anzeige beziehungsweise ein Strafantrag Teil der angemessenen Reaktion auf die Straftat und damit eine wichtige Reaktionsmöglichkeit des Opfers ist.⁶⁵ In der Regel erteilt bereits die Polizei den Betroffenen Hinweise zum weiteren Vorgehen und zu Schutzmöglichkeiten, wenn sie zum Tatort z.B. der häuslichen Gewalt gerufen wird.

80. Die meisten Beratungsangebote werden mit staatlicher Unterstützung von **nichtstaatlicher Seite** angeboten (z.B. Weißer Ring e.V., Wildwasser e.V., etc.; verschiedene professionell arbeitende Opferhilfeeinrichtungen sind auch im Arbeitskreis der Opferhilfen – ado - zusammengefasst⁶⁶). Daneben gibt es teilweise auch bei den jeweiligen Gerichten eine **Zeugen- bzw. Opferbetreuungsstelle**, die über die Abläufe informieren kann und auch darüber hinaus umfassende Hilfestellung leistet.⁶⁷ Eine Beschränkung der Beratung in Abhängigkeit von einer Strafanzeige oder einem Strafantrag konnte nicht festgestellt werden. Vielmehr ist die Frage nach dem richtigen Verhalten nach einer Straftat selbst Gegenstand der Beratung. Die Beratung soll das Opfer auch darauf vorbereiten, Strafanzeige oder Strafantrag zu stellen, und über Vor- und Nachteile dieses Vorgehens aufklären.

4. Staatliche Opferentschädigung

81. Besondere gesetzliche Regelungen über die Entschädigung von Opfern häuslicher Gewalt oder sexueller Straftaten gegen Minderjährige bestehen **nicht**. Allgemeine Regelungen zur Opferentschädigung enthält das **Opferentschädigungsgesetz (OEG)**⁶⁸.

82. Dieses bestimmt in § 1 Abs. 1:

„Wer im Geltungsbereich dieses Gesetzes (...) infolge eines vorsätzlichen, rechtswidrigen tätlichen Angriffs gegen seine oder eine andere Person oder durch dessen rechtmäßige Abwehr eine gesundheitliche Schädigung erlitten hat, erhält wegen der **gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen** auf Antrag Versorgung in entsprechender Anwendung der Vorschriften des Bundesversorgungsgesetzes.“

⁶⁵ Siehe beispielsweise die Broschüre des Bayerischen Staatsministeriums des Innern „Häusliche Gewalt – die Polizei informiert“, S. 12, online abrufbar unter: <http://www.verwaltung.bayern.de/egov-portal/xview/Anlage/2104469/H%E4usliche%20Gewalt.pdf> (12.08.2011).

⁶⁶ Arbeitskreis der Opferhilfe e.V., ado, online verfügbar unter www.opferhilfen.de (12.08.2011).

⁶⁷ Z.B. gibt es derartige Angebote als Teil des Sozialen Dienstes der Justiz des Landes Sachsen-Anhalt; sie umfassen unter anderem Aufklärung über Verfahrensabläufe, Rechte der Opfer und ihre Stellung im Verfahren, Entschädigungsmöglichkeiten und Vermittlung medizinisch-therapeutischer Hilfe, vgl. Opferschutzbericht des Ministeriums der Justiz des Landes Sachsen-Anhalt vom Oktober 2010, op.cit., S. 140ff.

⁶⁸ Gesetz über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten (Opferentschädigungsgesetz - OEG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. Januar 1985 (BGBl. I S. 1), zuletzt geändert durch Art. 3 G zur Änd. des Bundesversorgungsg und and. Vorschriften vom 20. 6. 2011 (BGBl. I S. 1114).

83. Das Bundesversorgungsgesetz regelt grundsätzlich die **staatliche Versorgung von Kriegsoffern** und Personenschäden, die sich aus den Folgen des Krieges ergeben. Der Umfang der Versorgung umfasst nach § 9 des Gesetzes die Heilbehandlung, Versehrtenleibesübungen und Krankenbehandlung, Leistungen der Kriegsopferfürsorge, die Beschädigtenrente und Pflegezulage, das Bestattungsgeld und das Sterbegeld, die Hinterbliebenenrente und das Bestattungsgeld beim Tode von Hinterbliebenen. Auf Antrag werden auch Leistungen der Heil- und Krankenbehandlung, Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben, Leistungen zur Eingliederungshilfe für behinderte Menschen, Leistungen der Hilfe zur Pflege einschließlich der Hilfe zur Weiterführung des Haushalts und eine Pflegezulage erbracht.

84. Nach § 2 Abs. 2 OEG können Entschädigungsleistungen in Form von Heilbehandlungs-, Renten- und Fürsorgeleistungen **versagt werden**, wenn das Opfer bei der Aufklärung der Straftat **nicht mitwirkt**, also vor allem auch dann, wenn keine Anzeige erstattet wurde/kein Strafantrag gestellt wurde. In Betracht kommt hier aber auch eine Gewährung einer verringerten Entschädigung, z.B. eine einfache Grundrente.⁶⁹ Diese Entscheidung über die Entschädigung sowie ihren Umfang liegt dabei im pflichtgemäßen Ermessen der zuständigen Behörde. Diese hat alle Umstände des Einzelfalles zu berücksichtigen. So kann beispielsweise eine Anzeige zur effektiven Rechtsverfolgung entbehrlich sein, wenn es sich nicht um Antragsdelikt handelt und der Täter (bzw. die Täterin) vollumfänglich gestanden hat.

85. Im Rahmen der **Sozialversicherungsleistungen** ermittelt die zuständige Behörde den für sie maßgeblichen Sachverhalt selbst. Gemäss § 66 Sozialgesetzbuch I (SGB I) kann eine Leistung dann verweigert werden, wenn der Leistungsempfänger gegen die sich aus §§ 60 – 62, 65 SGB I ergebenden Mitwirkungspflichten verstößt. Die Voraussetzung der Einreichung einer Strafanzeige ist hier aber nicht genannt. Der Betroffene muss lediglich der jeweiligen Behörde die zugrundeliegenden Tatsachen nennen und zugänglich machen. Nach unseren Recherchen werden die Sozialleistungen nicht von der Erhebung einer Strafanzeige abhängig gemacht. Eine Regelung, die dies explizit verbietet, sieht das deutsche Sozialrecht jedoch nicht vor.

5. Mediation und Täter-Opfer-Ausgleich

5.1. Täter-Opfer-Ausgleich

86. Ein **Täter-Opfer-Ausgleich** ist im deutschen Strafrecht in § 46a StGB vorgesehen. Hat der Täter (bzw. die Täterin) in dem Bemühen, einen Ausgleich mit dem Verletzten zu erreichen, seine (bzw. ihre) Tat ganz oder zum überwiegenden Teil wiedergutmacht oder deren Wiedergutmachung ernsthaft erstrebt, so kann das Gericht die Strafe mildern oder, wenn keine höhere Strafe als Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder Geldstrafe bis zu dreihundertsechzig Tagessätzen verwirkt ist, von Strafe absehen. Dasselbe gilt, wenn die Schadenswiedergutmachung von der Tatperson erhebliche persönliche Leistungen oder persönlichen Verzicht erfordert hat und sie das Opfer ganz oder zum überwiegenden Teil entschädigt hat.

87. Der Täter-Opfer-Ausgleich ist selbst bei schweren Gewalttaten **nicht von vornherein ausgeschlossen**. Allerdings setzt der Täter-Opfer-Ausgleich immer einen **kommunikativen Prozess**

⁶⁹ Hierzu Kunz/Zellner/Gelhausen/Weiner, OEG, 5. Auflage 2010, § 2, Rn. 52

zwischen den Beteiligten, also zwischen Täter(oder Täterin) und Opfer voraus. Ein bloß einseitiges Zugestehen eines Ausgleichs reicht nicht aus.⁷⁰ Bei schwereren Taten kann die Kommunikation aber z.B. über Angehörige, den Verteidiger, den Vertreter des Nebenklägers oder auch den Opferbeistand erfolgen.

88. Auch im **Jugendstrafrecht** ist die Möglichkeit eines Täter-Opfer-Ausgleichs vorgesehen. Hier kann die Herbeiführung eines solchen Ausgleichs als **Erziehungsmaßregel** die gerichtlich verhängte Folge einer Straftat sein (§§ 5 Abs. 1, 9 Nr. 1, 10 Abs. 1 Nr. 7 JGG). Daneben kommt gemäss § 45 Abs. 2 S. 2, Abs. 3 JGG auch eine Einstellung des Verfahrens durch die Staatsanwaltschaft in Betracht, wenn der Jugendliche sich bemüht, einen Ausgleich mit dem Opfer herbeizuführen oder er einer dahingehenden Weisung des Richters Folge leistet.

5.2. Mediation

89. Die Mediation als solche ist dem deutschen Strafrecht fremd. Allerdings ist bei der Verfolgung bestimmter Delikte im Rahmen des sog. **Privatklageverfahrens** ein **Sühne- bzw. Schlichtungsverfahren** vorgesehen.

90. § 374 StPO enthält eine Liste von Straftaten, die nur auf Antrag verfolgt werden. Hierzu zählt unter anderem die einfache Körperverletzung. In diesen Fällen erhebt die Staatsanwaltschaft – trotz vorliegens eines Strafantrags - nur dann öffentliche Klage, wenn dies im **öffentlichen Interesse**⁷¹ liegt (§ 376 StPO). Verneint die Staatsanwaltschaft das öffentliche Interesse, so stellt sie das Verfahren ein, und der Antragsberechtigte kann die Straftat im Wege der Privatklage in der Form eines **adversatorischen Verfahrens** verfolgen. Voraussetzung für die Strafverfolgung ist zwar die Stellung eines Strafantrags, der jedoch in der Klageerhebung gesehen werden kann.⁷²

91. Im Rahmen des Privatklageverfahrens, beispielsweise wegen einer einfachen Körperverletzung oder einer Bedrohung, ist gemäss § 380 Abs. 1 Satz 1 StPO der Nachweis eines **erfolglösen Sühneversuchs** vor einer **staatlichen Vergleichsbehörde** Zulässigkeitsvoraussetzung. Ist dieses Sühneverfahren erfolgreich, so endet es mit einem **Sühnevergleich**.⁷³ Dieser enthält einen Verzicht auf das Privatklagerecht.⁷⁴ Der Sühnevergleich hat auf andere Privatklageberechtigte und die Staatsanwaltschaft keine Auswirkungen, so dass eine weitere Anklage ihrerseits nicht ausgeschlossen ist.⁷⁵

⁷⁰ Von Heintschel-Heinegg, Beck'scher Online-Kommentar StGB, op.cit., § 46a, Rn. 19 und 19.1.

⁷¹ Hiervon zu unterscheiden ist der engere Begriff des besonderen öffentlichen Interesses (siehe oben 1.1.), bei dessen Vorliegen die Staatsanwaltschaft auch ohne Strafantrag des Verletzten ein relatives Antragsdelikt von Amts wegen verfolgen darf. Wird das besondere öffentliche Interesse an der Strafverfolgung bejaht, liegt darin zugleich das notwendige öffentliche Interesse i.S.d. § 376 StPO. Dies bedeutet konkret am Beispiel der Körperverletzung: hat der Verletzte einen Strafantrag nach § 230 Abs. 1 StGB gestellt, betreibt die Staatsanwaltschaft das Verfahren, wenn dies im öffentlichen Interesse liegt. Wurde kein Strafantrag gestellt, kann die Staatsanwaltschaft das Verfahren dennoch einleiten bzw. bei dessen Wegfall fortführen, wenn sie das besondere öffentliche Interesse bejaht. Vgl. Meyer-Goßner, Strafprozessordnung, op.cit., § 376 Rn 3.

⁷² Meyer-Goßner, Strafprozessordnung, op.cit., § 374, Rn. 6.

⁷³ Graf, Strafprozessordnung, op.cit. § 380, Rn. 8.

⁷⁴ Meyer-Goßner, Strafprozessordnung, op.cit., § 380, Rn. 8.

⁷⁵ Von Heintschel-Heinegg, Beck'scher Online-Kommentar StGB, op.cit., § 380, Rn. 8.

92. In Betracht kommt neben dem Sühneverfahren auch ein **gerichtlicher Vergleich**. Dieser ist im Gesetz nicht geregelt, wird aber durch die Gerichte **praktiziert**.⁷⁶ In der Regel wird hier eine Klagerücknahme im Sinne des § 391 Abs. 1 Satz 1 StPO sowie eine Rücknahme des zugrunde liegenden Strafantrags erklärt werden. Im Gegenzug übernimmt der Beschuldigte etwa Geldbußen, Schadensersatzzahlungen oder Kostenpflichten.⁷⁷ Die Vergleichserklärung muss von den Prozessbeteiligten bei gleichzeitiger Anwesenheit in der Hauptverhandlung abgegeben werden. Da dann mangels wirksamer Klage eine Prozessvoraussetzung fehlt, ist das Verfahren durch das Gericht einzustellen.⁷⁸

⁷⁶ Karlsruher Kommentar zur Strafprozessordnung, op.cit., § 391, Rn. 3.

⁷⁷ Von Heintschel-Heinegg, Beck'scher Online-Kommentar StGB, op.cit., § 391, Rn. 6.

⁷⁸ Graf, Strafprozessordnung, op.cit., § 391, Rn. 7f.

B. Frankreich

93. La protection des victimes se trouve au cœur des préoccupations de la politique de justice pénale en France. Ainsi, au cours des quinze dernières années, un certain nombre de mesures législatives ont été adoptées, ayant comme objectif de simplifier les démarches des victimes et de leur assurer une meilleure protection, avant, pendant et après le procès pénal (Cf. notamment la Loi n°83-608 du 8 juillet 1983 renforçant la protection des victimes d'infraction, la Loi n° 2000-516 du 15 juin 2000 renforçant la protection de la présomption d'innocence et les droits des victimes ou la récente Loi n° 2010-769 du 9 juillet 2010, qui porte plus spécifiquement sur les violences faites aux femmes, les violences au sein des couples et les incidences de ces dernières sur les enfants).

94. Le législateur français a accordé une importance particulière à la lutte contre les violences faites aux **femmes** ou sein du couple, qui a été déclarée « grande cause nationale » pour l'année 2010⁷⁹. L'accent est mis à la fois sur la protection, la prévention et la répression de ces violences, qui, à cause des liens particuliers entre la victime et l'auteur, se déroulent souvent à huis clos et ne sont pas portées devant la justice⁸⁰. Des mesures de protection des victimes de violences conjugales sont prévues par la législation spéciale, comme par exemple la Loi n°2006-399 du 4 avril 2006 renforçant la prévention et la répression des violences au sein du couple ou commises contre les mineurs, ou la récente Loi n°2010-769 du 9 juillet 2010 relative aux violences faites spécifiquement aux femmes, aux violences au sein des couples et aux incidences de ces dernières sur les enfants et son décret d'application⁸¹ ; en l'absence de disposition spéciale, de telles mesures de protection sont prévues par les dispositions du Code de Procédure Pénale qui visent la protection des victimes en général.

1. Erstattung von Strafanzeige und Strafantrag

1.1. Dénonciation et plainte

95. Sur le plan pénal, le dépôt d'une plainte et la constitution de partie civile sont les principales voies que la victime peut emprunter. En fait, c'est plutôt l'action civile qui constitue le principal moyen mis à la disposition de la victime afin de protéger ses intérêts et d'obtenir réparation pour le dommage subi. L'article 3 du Code de Procédure Pénale (CPP) permet à la victime d'exercer l'action civile en même temps que l'action publique et devant la même juridiction. Ainsi, la **partie lésée** a, en principe, l'**option** de saisir soit les juridictions répressives soit les juridictions civiles.

96. En ce qui concerne la procédure pénale, peuvent être distinguées deux étapes décisives : le dépôt de plainte d'une part et la constitution de partie civile d'autre part. Cela ne signifie pas pour autant que la victime qui n'a pas porté plainte ou qui ne s'est pas constituée partie civile est dépourvue de tout droit⁸². Afin de faciliter les démarches des victimes, l'article 15-3 du Code de Procédure Pénale -

⁷⁹ Cf. le rapport du Sénat, rédigé par le Sénateur François Pillet et enregistré à la Présidence du Sénat le 17 juin 2010, Session N° 564, p. 9

⁸⁰ V. en ce sens *idem*, p. 10 ;

⁸¹ Décret n°2010-1134 du 29 septembre 2010 relatif à la procédure civile de protection des victimes de violences au sein des couples.

⁸² Cf. *infra*.

tel que modifié par la Loi n° 2000-516 du 15 juin 2000 et celle n° 2004-204 du 9 mars 2009- ainsi que les circulaires de 2000 et 2001⁸³ offrent aux victimes la possibilité de **déposer plainte** auprès de toute brigade de gendarmerie ou de tout commissariat, indépendamment du lieu où l'infraction a été commise ou le lieu de résidence de l'auteur présumé. Les agents de police judiciaire doivent enregistrer la plainte par procès-verbal et délivrer immédiatement un récépissé à la victime ou même une copie de la plainte déposée. La police judiciaire est ensuite tenue de transmettre la plainte au service ou à l'unité territorialement compétents. La rédaction d'un procès-verbal et la délivrance du récépissé différencient le dépôt de plainte de **la simple « main courante »**, qui est une simple déclaration consistant à consigner des faits sans pour autant porter plainte. Si en pratique la grande majorité des plaintes sont déposées devant les brigades de gendarmerie ou les commissariats de police, l'article 40 du Code de Procédure Pénale permet à la victime de s'adresser directement au procureur de la République.

97. Par ailleurs, **l'obligation de dénoncer** s'impose, selon l'article 40 al.2 du Code de Procédure Pénale à toute autorité constituée, tout officier public ou fonctionnaire, qui, dans l'exercice de ses fonctions, acquiert la connaissance d'un crime ou d'un délit. La même obligation pèse, conformément à l'article 434-1 du Code Pénal (CP) sur tout citoyen ayant connaissance d'un crime dont il est encore possible de prévenir ou de limiter les effets ou dont les auteurs sont susceptibles de commettre des nouveaux crimes. Il en résulte donc que le droit pénal français n'édicte pas une obligation générale de délation à l'encontre de toute personne que l'on sait coupable d'un crime⁸⁴. Néanmoins, la loi porte une attention particulière **aux mineurs et autres personnes vulnérables**. Ainsi, en vertu de l'article 434-3 du Code Pénal⁸⁵, tout citoyen ayant eu connaissance « de privations, de mauvais traitement ou d'atteintes sexuelles infligés à un mineur de quinze ans ou à une personne qui n'est pas en mesure de se protéger en raison de son âge, d'une maladie, d'une infirmité, d'une déficience physique ou psychique ou d'un état de grossesse » a l'obligation de les dénoncer en informant les autorités. La non-dénonciation est un délit et la peine prévue par la loi peut atteindre les trois ans d'emprisonnement et 45.000 euros d'amende.

98. Par ailleurs, en cas d'inaction du procureur de la République ou si la partie lésée veut prendre les devants de la procédure⁸⁶, elle a la possibilité de mettre elle-même en mouvement l'action publique. Elle se **constitue donc partie civile par voie d'action**. (cf. à ce sujet infra, 2.2.2.2.).

99. En plus, le législateur a décidé, en prenant en considération les spécificités des infractions contre les **mineurs, d'allonger les délais de prescription** dont disposent les victimes pour exercer une poursuite contre l'auteur. Ainsi, pour un certain nombre d'infractions graves, mentionnées par les articles 7 et 8 CPP, dont les violences sexuelles contre les mineurs, le délai de prescription est allongé et il ne commence à courir qu'à partir de la majorité de ces derniers.

⁸³ Circulaire CRIM 00-13 F1 du 4 décembre 2000 et CRIM 01-07 F1 du 14 mai 2001, présentant les dispositions de la Loi du 15 juin 2000 renforçant la protection de la présomption d'innocence et les droits des victimes concernant la garde à vue et l'enquête de police judiciaire.

⁸⁴ Cf. en ce sens, Cass. Crim., 2 mars 1961, *Bull. crim.*, n°137.

⁸⁵ Tel que modifié par la Loi n°98-468 du 17 juin 1998.

⁸⁶ Cela peut signifier soit que la victime avait déjà porté plainte mais que le procureur de la République n'a pas mis l'action publique en mouvement soit que la victime n'a pas porté plainte mais préfère citer l'auteur directement ou bien de se constituer partie civile en portant plainte.

100. A la différence de la plainte, la **dénonciation** constitue l'acte par lequel un tiers à l'infraction informe l'autorité compétente de la commission d'une infraction dont il a été, ou non, témoin⁸⁷. Elle peut être nominative ou anonyme et s'adresse au procureur de la République, à un agent de la police⁸⁸ ou de la gendarmerie ou une autre autorité, qui ont l'obligation d'en informer le procureur. La dénonciation emporte les mêmes conséquences matérielles et juridiques que la plainte⁸⁹.

101. Aucune précision concernant la forme de la dénonciation n'est prévue par le Code Pénale ou le Code de Procédure Pénale. A l'occasion de la dénonciation calomnieuse, l'article 226-10 du Code Pénal fait référence à la dénonciation «effectuée par tout moyen».

102. En pratique, les dénonciations peuvent être **écrites ou orales** (déclaration verbale)⁹⁰. Cependant, certaines Directions Départementales de la Sécurité Publique ont récemment commencé à mettre en place des structures pour signaler des infractions **par e-mail**. Tel est, par exemple, le cas dans le département du Var ou de l'Essonne, qui ont créé des adresses électroniques permettant aux citoyens de dénoncer des infractions aux services de police en y joignant éventuellement des images ou des vidéos. Cependant, ce moyen de dénonciation a suscité une vive polémique, concernant notamment les risques de délation. Face à la contestation, certains de ces projets ont été suspendus⁹¹.

1.2. Le droit d'être informé

103. Le droit d'être informé étant considéré comme l'un des piliers fondamentaux des droits de la victime, ses expressions se retrouvent lors des différentes étapes de la procédure pénale, voire **même avant le déclenchement de toute action en justice**. La loi charge différents acteurs de la procédure de ce devoir d'informer la victime. Ainsi, selon l'article 75 CPP, tel que modifié par la Loi n° 2010-769 du 9 juillet 2010,

«**les officiers et les agents de police judiciaire informent par tout moyen les victimes** de leur droit :

- 1° D'obtenir réparation du préjudice subi ;
- 2° De se constituer partie civile si l'action publique est mise en mouvement par le parquet ou en citant directement l'auteur des faits devant la juridiction compétente ou en portant plainte devant le juge d'instruction ;
- 3° D'être, si elles souhaitent se constituer partie civile, assistées d'un avocat qu'elles pourront choisir ou qui, à leur demande, sera désigné par le bâtonnier de l'ordre des avocats près la juridiction compétente, les frais étant à la charge des victimes sauf si elles remplissent les conditions d'accès à l'aide juridictionnelle ou si elles bénéficient d'une assurance de protection juridique ;

⁸⁷ Cf. S. Guinchard & J. Buisson, Procédure Civile, 4^{ème} édition, Litec, Paris, 2008, p. 582.

⁸⁸ Cf. l'article 17 CPP qui dispose que « les officiers de police judiciaire exercent les pouvoirs définis à l'article 14 ; ils reçoivent les plaintes et dénonciations ».

⁸⁹ S. Guinchard & J. Buisson, Procédure Civile, ibidem.

⁹⁰ Bernard Bouloc, Procédure pénale, Paris, Dalloz, 21^{ème} édition, 2008, p. 375.

⁹¹ Cf. par exemple le projet dans le département du Var.

- 4° D'être aidées par un service relevant d'une ou de plusieurs collectivités publiques ou par une association conventionnée d'aide aux victimes ;
- 5° De saisir, le cas échéant, la commission d'indemnisation des victimes d'infraction, lorsqu'il s'agit d'une infraction mentionnée aux articles 706-3 et 706-14 ;
- 6° De demander une ordonnance de protection, dans les conditions définies par les articles 515-9 à 515-13 du Code Civil (CC). Les victimes sont également informées des peines encourues par le ou les auteurs des violences et des conditions d'exécution des éventuelles condamnations qui pourraient être prononcées à leur encontre ».

104. Ce dernier point concerne spécifiquement **les victimes de violences au sein des couples**.

105. Si cet article vise la phase des enquêtes préliminaires, les mêmes obligations sont imposées par l'article 53-1 CPP⁹² à la charge du service de police qui recueille la plainte. Comme il ressort de ces dispositions, il s'agit d'un devoir que les officiers et les agents de police judiciaire doivent accomplir d'office.

106. Par ailleurs, l'article 40-2 CPP prévoit **l'obligation du procureur de la République d'aviser les plaignants ou les victimes**, lorsqu'ils sont identifiés, des poursuites ou des mesures alternatives aux poursuites qui ont été décidées⁹³. Le procureur de la République doit également informer la victime de sa décision de classer la procédure sans suite, tout en indiquant les motifs juridiques de sa décision et ce même si l'auteur présumé de l'infraction n'est pas identifié⁹⁴. Il ressort clairement de la disposition de cet article (plaignants OU victimes) que le devoir d'information pesant sur le procureur de la République n'est pas subordonné à l'engagement, par la victime, d'une action en justice.

107. Ce même devoir pèse aussi sur le juge d'instruction, en application de l'article 80-3 CPP, modifié par les Lois du 15 juin 2000 et du 9 mars 2004. Cet article dispose, en effet, que « dès le début de l'information, **le juge d'instruction doit avertir la victime** d'une infraction de l'ouverture d'une procédure, de son droit de se constituer partie civile et des modalités d'exercice de ce droit. Si la victime est mineure, l'avis est donné à ses représentants légaux. L'avis prévu à l'alinéa précédent indique à la victime qu'elle a le droit, si elle souhaite se constituer partie civile, d'être assistée d'un avocat qu'elle pourra choisir ou qui, à sa demande, sera désigné par le bâtonnier de l'ordre des avocats, en précisant que les frais seront à sa charge, sauf si elle remplit les conditions d'accès à l'aide juridictionnelle ou si elle bénéficie d'une assurance de protection juridique ». Comme le précise la circulaire du 20 décembre 2000, « cette obligation d'information de la victime présente un intérêt particulier pour lui permettre d'exercer ses droits pendant la procédure d'instruction, sans attendre l'audience de jugement ».

108. D'autres expressions plus spécifiques du droit de la victime d'être informée peuvent être identifiées dans différentes dispositions du Code de Procédure Pénale, telle que l'article 89-1 CPP.

⁹² Modifié aussi par la Loi n° 2010-769 du 9 juillet 2010.

⁹³ Il ressort clairement de la disposition de cet article (plaignants OU victimes) que le droit d'être informé n'est pas subordonné au dépôt de plainte.

⁹⁴ Modification apportée par la Loi n°2004-204 du 9 mars 2004.

1.3. Le droit d'obtenir une aide juridictionnelle

109. Toute personne qui introduit une instance ou est assignée devant les tribunaux et ne dispose pas de ressources suffisantes peut bénéficier de l'aide juridictionnelle⁹⁵. Cette dernière peut être totale ou partielle en fonction des revenus. Dans le but d'encourager les victimes des atteintes à l'intégrité physique ou psychique de la personne, dont les **violences sexuelles**, l'article 9-2 de la Loi de 1991 relative à l'aide juridique permet aux victimes de ces actes de **bénéficier de l'aide juridictionnelle sans conditions de ressources**, en vue d'exercer l'action civile en réparation des dommages qu'elles ont subis.

2. Sonderregeln im Strafverfahren

2.1. Sonderregeln bezüglich des Personals

110. En dehors de certaines formations sociales des professionnels engagés dans la lutte contre la maltraitance des enfants, prévues par le Code de l'action sociale et des familles, l'acteur qui est censé être spécialisé dans le traitement des **mineurs victimes**, plutôt par expérience que par formation, est le **juge des enfants**. Initialement mis en place pour les mineurs délinquants, ses pouvoirs ont été étendus au fil du temps pour inclure aussi les cas des victimes mineurs ainsi que les mineurs en danger en général.

111. En dehors de ces cas, la loi n'impose pas de formation spécifique des agents de la justice. Certains députés avaient proposé, à l'occasion de la discussion de la Loi de 2010 sur la protection des victimes de violences conjugales, que des **formations spécifiques** puissent être dispensées à l'ensemble des personnels appelés à prendre en charge des victimes de violences conjugales⁹⁶. Même si cette mesure n'a pas finalement été adoptée, les rapports des services judiciaires et policiers énoncent que « les violences et l'accueil des victimes sont pris en compte dans les dispositifs de formation initiale ou continue des professionnels (policiers, gendarmes, magistrats, personnel médical, enseignants, ...). Toutefois, en raison du *turn over* des personnels et de la liberté pédagogique des établissements médicaux et scolaires, l'efficacité des dispositifs repose sur la mise en place de formations proches de l'utilisateur et largement diffusées sur le territoire. Le développement des formations pluridisciplinaires, propices à la mutualisation et aux échanges de bonnes pratiques, est à cet égard prometteur »⁹⁷. A la place de la mesure proposée, l'article 21 de la Loi de 2010 prévoit uniquement qu'un rapport serait remis par le gouvernement sur **la mise en place d'une formation spécifique** en matière de prévention et de prise en charge des violences faites aux femmes et celles commises au sein du couple. Selon ledit article, cette formation serait destinée aux médecins, aux personnels médicaux et paramédicaux, aux travailleurs sociaux, aux agents des services de l'état civil, aux agents des services pénitentiaires, aux magistrats, aux avocats, aux

⁹⁵ Cf. la [Loi n°91-647 du 10 juillet 1991 relative à l'aide juridique](#).

⁹⁶ Cf. le rapport du Sénat, rédigé par le Sénateur François Pillet et enregistré à la Présidence du Sénat le 17 juin 2010, Session N° 564, p. 22.

⁹⁷ Rapport établi conjointement par l'Inspection générale de l'administration, l'Inspection générale de la police nationale, l'Inspection générale des services judiciaires et l'Inspection générale des affaires sociales sur l'évaluation du plan global 2005-2007 de lutte contre les violences faites aux femmes (juillet 2008).

personnels de l'éducation nationale, aux personnels d'animation sportive, culturelle et de loisirs et aux personnels de police et de gendarmerie.

112. Enfin, le procureur de la République ou le juge peuvent faire intervenir des experts, notamment en cas de mineurs victimes de violences sexuelles. Ainsi, en vertu de l'article 706-48 CPP, le procureur de la République peut ordonner, dès le stade de l'enquête, une **expertise médico-psychologique** destinée à apprécier la nature et l'importance du préjudice subi et à établir si celui-ci rend nécessaires des traitements ou des soins appropriés⁹⁸. Pour les personnes impliquées dans l'audition des mineurs, cf. 2.2.3.

2.2. Sonderregeln bezüglich der Gerichte und der Verfahren

2.2.1. En général

113. Si le droit français ne connaît **pas de juridiction spéciale**⁹⁹ en matière de violences au sein du couple ou à l'égard des mineurs, différentes mesures spéciales sont prévues, notamment par la Loi de 2010, visant à mieux protéger ces victimes.

2.2.2. La constitution de partie civile

114. Une fois la plainte déposée, les poursuites pénales sont le plus souvent déclenchées par le procureur de la République. Cela ne signifie pas pour autant que la victime ne joue pas un rôle important lors de la procédure. En effet, la victime devra choisir **si elle se constitue partie civile ou si elle reste simple témoin** au procès pénal. Ce choix est important parce que la constitution de partie civile confère à la partie lésée un certain nombre de droits (cf. infra)¹⁰⁰. En revanche, la victime simple témoin n'a pas un véritable statut dans le procès. Elle a certes le droit d'être informée¹⁰¹ ou d'être protégée en tant que témoin mais elle n'a pas de véritable contrôle sur le déroulement de la procédure.

115. Si la victime décide de se constituer partie civile, elle peut s'associer à l'action publique déjà mise en mouvement par le Ministère public en se **constituant partie civile par intervention** (constitution de partie civile par voie de l'intervention)¹⁰², même si elle n'avait pas précédemment porté plainte. La constitution de partie civile par voie d'intervention peut avoir lieu soit devant la juridiction d'instruction (juge d'instruction ainsi que Chambre de l'instruction) soit devant la juridiction de jugement. Concernant le premier cas de figure, l'article 87 du Code de Procédure Pénale prévoit à cet égard que « la constitution de partie civile peut avoir lieu à tout moment au cours de l'instruction ». Devant le juge d'instruction, la constitution de partie civile peut être réalisée par l'envoi d'une simple lettre, à condition qu'elle soit non équivoque et que son authenticité ne soit pas contestée¹⁰³. Quant à la constitution de partie civile devant la juridiction de jugement, les articles

⁹⁸ Cf. aussi *infra*, sous 2.2.4.

⁹⁹ A l'exception peut-être du juge des enfants mais qui n'est pas une véritable juridiction, cf. *supra*.

¹⁰⁰ Cf. en ce sens, Gérard Lopez, Serge Portelli & Sophie Clément, *Les droits des victimes. Droit, auditions, expertise, clinique*, 2^{ème} édition, Dalloz, Paris, 2007, p. 28.

¹⁰¹ Cf. *infra*.

¹⁰² Pour une analyse approfondie, cf. Bernard Bouloc, *Procédure Pénale*, 21^{ème} édition, Dalloz, Paris, 2008, not. pp. 263 et s.

¹⁰³ Cf. Cass. Crim., 2 octobre 1979, *Bull.crim.*, n°265.

418, 419 et 420 CPP prévoient la constitution de partie civile soit le jour de l'audience soit avant l'audience, par déclaration au greffe, en précisant l'infraction poursuivie et l'élection de domicile.

116. Afin de **faciliter l'accès des victimes à la justice**, la Loi du 15 juin 2000 a modifié l'article 420-1 CPP¹⁰⁴ pour permettre aux victimes de formuler dès le stade de l'enquête, avec l'accord du procureur de la République, une demande de dommages et intérêts, qui vaudra **constitution de partie civile**. Les demandes d'indemnisation ou de restitution de la victime recueillies par procès-verbal ont ainsi la même valeur juridique que celles adressées par lettre simple à la juridiction de jugement¹⁰⁵. Cette possibilité offerte aux victimes permet, selon la circulaire du 4 décembre 2000, de garantir le droit des personnes qui n'ont pas la possibilité de se déplacer à l'audience, sans exiger l'envoi d'un courrier. En vertu de l'article 420-1 CPP, la demande effectuée par la victime vaut constitution de partie civile si le tribunal est saisi de la poursuite, à condition que le procureur de la République donne son accord. Dans la circulaire il est expliqué qu'un tel accord est exigé dans l'intérêt de la victime, à savoir pour éviter qu'une victime ayant fait une demande manifestement insuffisante voie celle-ci faire l'objet d'un jugement définitif sur l'action civile, décision qui lui serait préjudiciable.

117. Comme indiqué ci-dessus (1.1.), en cas d'inaction du procureur de la République la victime peut se constituer **partie civile par voie d'action**. Dès lors, deux cas de figure sont envisageables : en cas de délit ou de contravention et à condition que l'auteur présumé de l'infraction soit identifié et que le procédé de l'information, à savoir l'instruction préparatoire, ne soit pas obligatoire¹⁰⁶, la victime peut **citer directement** l'auteur devant le Tribunal de Police ou le Tribunal correctionnel par un exploit d'huissier, en application des articles 388, 392, 531 et 551 CPP. La partie lésée met ainsi en mouvement l'action publique en même temps que l'action civile¹⁰⁷. L'article 392-1 CPP dispose que, lorsque la victime qui cite directement l'auteur ne bénéficie pas de l'aide juridictionnelle, le Tribunal correctionnel fixe, en fonction des ressources de la partie civile, le montant de la consignation que celle-ci doit déposer au greffe et le délai dans lequel elle devra être faite. Le montant de la

¹⁰⁴ Cet article dispose désormais que « par dérogation aux dispositions qui précèdent, toute personne qui se prétend lésée peut se constituer partie civile, directement ou par son avocat, par lettre recommandée avec avis de réception ou par télécopie parvenue au tribunal vingt-quatre heures au moins avant la date de l'audience, lorsqu'elle demande soit la restitution d'objets saisis, soit des dommages-intérêts ; elle joint à sa demande toutes les pièces justificatives de son préjudice. Ces documents sont immédiatement joints au dossier.

Avec l'accord du procureur de la République, la demande de restitution ou de dommages-intérêts peut également être formulée par la victime, au cours de l'enquête de police, auprès d'un officier ou d'un agent de police judiciaire, qui en dresse procès-verbal. Cette demande vaut constitution de partie civile si l'action publique est mise en mouvement et que le tribunal correctionnel ou de police est directement saisi.

Dans les cas prévus aux deux alinéas précédents, la partie civile n'est pas tenue de comparaître.

En cas de contestation sur la propriété des objets dont la restitution est demandée, ou si le tribunal ne trouve pas dans la demande, dans les pièces jointes à celle-ci et dans le dossier, les motifs suffisants pour statuer, la décision sur les seuls intérêts civils est renvoyée à une audience ultérieure à laquelle toutes les parties sont citées à la diligence du ministère public ».

¹⁰⁵ Circulaire CRIM 00-13 F1 du 4 décembre 2000, article 3.3. Cf. également la circulaire CRIM 01-07 F1 du 14 mai 2001.

¹⁰⁶ Selon l'article 79 CPP « L'instruction préparatoire est obligatoire en matière de crime ; sauf dispositions spéciales, elle est facultative en matière de délit ; elle peut également avoir lieu en matière de contravention si le procureur de la République le requiert en application de l'article 44 ».

¹⁰⁷ Bernard Bouloc, *Procédure Pénale, op.cit.*, p. 282.

consignation, dont le défaut emporte l'irrecevabilité de la citation¹⁰⁸, est destiné à garantir le paiement de l'éventuelle amende civile que le Tribunal pourrait imposer s'il s'avérait que la citation directe était abusive ou dilatoire¹⁰⁹. Cependant, emprunter cette voie pourrait s'avérer risqué pour la partie lésée, notamment lorsqu'elle ne dispose pas de preuves suffisantes, dans la mesure où elle ne pourra pas bénéficier du concours du juge d'instruction¹¹⁰.

118. Le plus souvent, la victime **se constitue partie civile devant le juge d'instruction, soit contre personne dénommée soit contre inconnu**. Ainsi, l'article 85 du CPP permet à toute personne qui se prétend lésée par un crime ou un délit de se constituer partie civile devant le juge d'instruction compétent en portant plainte. En vertu des articles 52, 52-1 et 85 CPP, la victime doit expressément¹¹¹ déclarer qu'elle se constitue partie civile dans sa plainte écrite, datée et signée. Si la partie lésée ne doit pas apporter la preuve de l'infraction, la jurisprudence considère qu'« il suffit que les circonstances sur lesquelles elle s'appuie permettent au juge d'admettre comme possible l'existence du préjudice allégué et la relation directe de celui-ci avec une infraction de la loi pénale »¹¹².

119. Si la loi encourage, d'une part, les victimes à engager des poursuites pénales, elle prévoit, d'autre part, des dispositions pour **éviter les abus**. Ainsi, pour acquérir la qualité de partie civile, le plaignant doit accompagner la manifestation de sa volonté par le **versement de la consignation** fixée par le juge en fonction des ressources de la partie civile¹¹³, sauf dispense ou obtention de l'aide juridictionnelle¹¹⁴. Enfin, la Loi n°2007-291 du 5 mars 2007, qui a modifié l'article 85 CPP, a un peu

¹⁰⁸ V. en ce sens Cass. Crim., 27 mars 2001 ; Cass. Crim., 21 janvier 1997, *Bull. crim.*, n° 20 ; Cass. Crim., 18 décembre 2007, *Bull. crim.*, n° 315. Cependant, la Cour de Cassation a jugé que la citation délivrée par la partie civile ne peut pas être déclarée irrecevable lorsque, dans le délai fixé par le Tribunal, le montant de la consignation a été déposé au greffe par celle-ci ou toute autre personne agissant pour son compte. Cass. Crim., 14 mai 2002, *Bull. crim.*, n° 112.

¹⁰⁹ En effet, le deuxième alinéa de l'article 392-1 CPP, ajouté par la Loi du 15 juin 2000, prévoit que « lorsque le tribunal correctionnel, saisi par une citation directe de la partie civile, prononce une relaxe, il peut, par ce même jugement, sur réquisitions du procureur de la République, condamner la partie civile au paiement d'une amende civile dont le montant ne saurait excéder 15 000 euros s'il estime que la citation directe était abusive ou dilatoire. Les réquisitions du procureur de la République doivent intervenir avant la clôture des débats, après les plaidoiries de la défense, et la partie civile ou son avocat doivent avoir été mis en mesure d'y répliquer. Les dispositions du présent alinéa sont également applicables devant la cour d'appel, lorsque le tribunal correctionnel a, en premier ressort, relaxé la personne poursuivie et statué sur des réquisitions du procureur de la République tendant à la condamnation de la partie civile en application des dispositions du présent alinéa ».

¹¹⁰ Gérard Lopez, Serge Portelli & Sophie Clément, *Les droits des victimes. Droit, auditions, expertise, clinique*, 2^{ème} édition, Dalloz, Paris, 2007, pp. 23-24.

¹¹¹ V. en ce sens Cass. Crim., 13 décembre 1983, *Bull. crim.*, n° 338.

¹¹² V. à titre d'exemple Cass. Crim., 9 février 1961, *D.* 1961, 306 ; Cass. Crim., 13 avril 1967, *Bull. crim.*, n° 66.

¹¹³ Si la fixation du montant de la consignation relève de l'appréciation souveraine des juges (Cass. Crim., 7 juin 2000, *Bull. crim.*, n° 214) et peut atteindre 15.000 euros (Cf. l'article 177-2 CPP), en cas de défaut de versement dans le délai imparti, la plainte avec constitution de partie civile est déclarée irrecevable.

¹¹⁴ V. aussi en ce sens Cass. Crim., 15 mai 2002, *Bull. crim.*, n° 116.

restreint cette procédure de constitution de partie civile devant le juge d'instruction, en imposant des **conditions de recevabilité** supplémentaires¹¹⁵.

2.3. Sonderregeln im Beweisrecht

120. Le droit français ne prévoit pas de mode de preuve spécifique en cas de violences au sein du couple ou à l'égard des mineurs. Cependant, un certain nombre d'aménagements sont prévus dans le but d'adapter la procédure aux particularités des infractions commises ainsi qu'aux intérêts des victimes.

121. Ainsi, l'article 706-52 CPP prévoit des conditions spécifiques de **témoignage d'un mineur victime d'une infraction sexuelle**. L'audition de la victime fait ainsi l'objet d'un **enregistrement audiovisuel ou sonore** qui, selon la circulaire du 20 avril 1999¹¹⁶, est de nature à limiter le nombre d'auditions de la victime mais aussi à faciliter l'expression de l'enfant tout en permettant d'y déceler les éléments non verbalisés et de les mémoriser pour la suite de la procédure. Le procureur de la République, le juge d'instruction ou l'officier de police judiciaire chargé de l'enquête ou agissant sur commission rogatoire peut requérir toute personne qualifiée pour procéder à cet enregistrement, dont ils établissent copie pour en faciliter la consultation ultérieure au cours de la procédure. En plus, l'article 308 al. 2 CPP prévoit pour tous les audiences devant la cour d'assises que: « le président de la cour d'assises peut ordonner que les débats feront l'objet en tout ou partie, sous son contrôle, d'un enregistrement sonore. Il peut également, à la demande de la victime ou de la partie civile, ordonner que l'audition ou la déposition de ces dernières feront l'objet, dans les mêmes conditions, d'un **enregistrement audiovisuel** ».

122. Conscient du traumatisme qu'une audition judiciaire peut provoquer chez une victime mineure, le législateur a adopté des mesures particulières à ce sujet. Outre l'enregistrement audiovisuel ou sonore susmentionné, la loi¹¹⁷ prévoit **la présence d'un psychologue ou d'un médecin spécialistes de l'enfance** ou d'un membre de la famille du mineur ou de l'administrateur ad hoc ou encore d'une personne chargée d'un mandat du juge des enfants tout au long de l'enquête ou de l'information, des auditions ou des confrontations d'un mineur victime d'une agression sexuelle.

123. Des dispositions concernant l'audition des mineurs sont également prévues par le **Code Civil**. L'article 388-1 CC dispose ainsi que dans toute procédure le concernant, le mineur capable de discernement peut, sans préjudice des dispositions prévoyant son intervention ou son consentement, être entendu par le juge ou, lorsque son intérêt le commande, par la personne désignée par le juge à cet effet. Le mineur peut être entendu seul, avec un avocat ou une personne de son choix. Si ce choix n'apparaît pas conforme à l'intérêt du mineur, le juge peut procéder à la désignation d'une

¹¹⁵ En effet, selon l'article 85 CPP dans sa rédaction actuelle, pour que la plainte avec constitution de partie civile soit recevable, il faut que le plaignant justifie soit que le procureur de la République lui a fait connaître, à la suite d'une plainte déposée devant lui ou un service de police judiciaire, qu'il n'engagera pas lui-même des poursuites, soit qu'un délai de trois mois s'est écoulé depuis qu'elle a déposé plainte devant ce magistrat ou devant un service de police judiciaire.

¹¹⁶ Circulaire CRIM 99-4 F1 du 20 avril 1999, relative à l'enregistrement audiovisuel ou sonore de l'audition des mineurs victimes d'infractions sexuelles.

¹¹⁷ Article 706-53 CPP.

autre personne. Même si ces dispositions ne s'appliquent en principe qu'aux procédures civiles, elles mettent en place un **principe** général qui doit aussi « servir de guide au juge pénal »¹¹⁸.

124. Lorsque la victime des violences sexuelles est un mineur ou une personne vulnérable, le médecin qui l'examine est autorisé, en vertu de l'article 226-14 du Code Pénal, de **signaler les faits sans qu'on lui reproche la violation du secret professionnel**. Selon cet article, le médecin peut signaler au procureur de la République, avec l'accord de la victime –voire même sans son accord si la victime est mineure ou n'est pas en mesure de se protéger-, les sévices ou privations qu'il a constatés, sur le plan physique ou psychique, dans l'exercice de sa profession et qui lui permettent de présumer que des violences physiques, sexuelles ou psychiques de toute nature ont été commises.

125. L'**anonymat** constitue une des mesures prévues pour protéger les témoins. L'article 706-58 CPP dispose, à cet égard, qu'« en cas de procédure portant sur un crime ou sur un délit puni d'au moins trois ans d'emprisonnement, lorsque l'audition d'une personne visée à l'article 706-57 est susceptible de mettre gravement en danger la vie ou l'intégrité physique de cette personne, des membres de sa famille ou de ses proches, le juge des libertés et de la détention, saisi par requête motivée du procureur de la République ou du juge d'instruction, peut, par décision motivée, autoriser que les déclarations de cette personne soient recueillies **sans que son identité apparaisse dans le dossier de la procédure** ».

126. La confrontation avec un témoin pour lequel l'anonymat a été autorisé se fait « par l'intermédiaire d'un **dispositif technique** permettant l'audition du témoin à distance ou à faire interroger ce témoin par son avocat par ce même moyen. La **voix** du témoin est alors rendue **non identifiable** par des procédés techniques appropriés »¹¹⁹.

2.4. Sonderregeln bezüglich des Schutzes der Betroffenen

127. Peuvent être distinguées les mesures civiles, notamment l'ordonnance de protection, des mesures administratives et des mesures pénales.

2.4.1. Mesures civiles - Ordonnance de protection

128. Mesure phare de la Loi de 2010, l'ordonnance de protection est un instrument juridique mis à la disposition d'une victime de violences au sein du couple. Rendue par le juge aux affaires familiales en urgence, elle n'a pas comme condition de recevabilité le déclenchement des poursuites pénales et vise à stabiliser temporairement, pour une durée de quatre mois au maximum ou pendant toute la procédure de divorce ou de séparation de corps¹²⁰, la situation juridique et matérielle de la victime,

¹¹⁸ Gérard Lopez, Serge Portelli & Sophie Clément, *Les droits des victimes. Droit, auditions, expertise, clinique, op.cit.*, pp. 50-51.

¹¹⁹ Article 706-61 al. 1 CPP.

¹²⁰ A cet égard, l'article 515-12 CC dispose que : « Les mesures mentionnées à l'article 515-11 sont prises pour une durée maximale de quatre mois. Elles peuvent être prolongées au-delà si, durant ce délai, une requête en divorce ou en séparation de corps a été déposée. Le juge aux affaires familiales peut, à tout moment, à la demande du ministère public ou de l'une ou l'autre des parties, ou après avoir fait procéder à toute mesure d'instruction utile, et après avoir invité chacune d'entre elles à s'exprimer, supprimer ou modifier tout ou partie des mesures énoncées dans l'ordonnance de protection, en décider de nouvelles, accorder à la personne défenderesse une dispense temporaire d'observer certaines des obligations qui lui ont été imposées ou rapporter l'ordonnance de protection ».

en garantissant sa protection et en **organisant provisoirement sa séparation** avec l'auteur des violences¹²¹. Selon l'article 515-9 du Code Civil, les personnes pouvant avoir recours à cette mesure sont les victimes des «violences exercées au sein du couple ou par un ancien conjoint, un ancien partenaire lié par un pacte civil de solidarité ou un ancien concubin mettant en danger la personne qui en est victime, un ou plusieurs enfants ». Par ailleurs, le juge aux affaires familiales peut être saisi par la personne en danger, si besoin assistée, ou, avec l'accord de celle-ci, par le ministère public¹²². Si le juge estime, au vu des éléments produits devant lui et contradictoirement débattus, qu'il existe des raisons sérieuses de considérer comme vraisemblables la commission des faits de violence allégués et le danger auquel la victime est exposée¹²³, il délivre l'ordonnance. A cette occasion, il a la possibilité d'adopter l'une des **mesures mentionnées** par l'article 515-11 CC, à savoir :

- 1° Interdire à la partie défenderesse de **recevoir ou de rencontrer certaines personnes** spécialement désignées par le juge aux affaires familiales, ainsi que d'entrer en relation avec elles, de quelque façon que ce soit ;
- 2° Interdire à la partie défenderesse de détenir ou de **porter une arme** et, le cas échéant, lui ordonner de remettre au greffe contre récépissé les armes dont elle est détentrice ;
- 3° Statuer sur la **résidence séparée des époux** en précisant lequel des deux continuera à résider dans le logement conjugal et sur les modalités de prise en charge des frais afférents à ce logement. Sauf circonstances particulières, la jouissance de ce logement est attribuée au conjoint qui n'est pas l'auteur des violences. L'objectif de cet article est que le juge veille à ce que la victime des violences ne soit pas placée dans une position financièrement délicate, et par conséquent dans une position de dépendance, au cas où elle ne serait pas à même de prendre en charge ses frais de logement.
- 4° Attribuer la **jouissance du logement** ou de la résidence du couple au partenaire ou au concubin qui n'est pas l'auteur des violences et préciser les modalités de prise en charge des frais afférents à ce logement ;
- 5° Se prononcer sur les **modalités d'exercice de l'autorité parentale** et, le cas échéant, sur la contribution aux charges du mariage pour les couples mariés, sur l'aide matérielle au sens de l'article 515-4 pour les partenaires d'un pacte civil de solidarité et sur la contribution à l'entretien et à l'éducation des enfants ;
- 6° Autoriser la partie demanderesse à **dissimuler son domicile ou sa résidence** et à élire domicile chez l'avocat qui l'assiste ou la représente ou auprès du procureur de la République près le tribunal de grande instance pour toutes les instances civiles dans lesquelles elle est également partie. Si, pour les besoins de l'exécution d'une décision de justice, l'huissier chargé de cette exécution doit avoir connaissance de l'adresse de cette personne, celle-ci lui est communiquée, sans qu'il puisse la révéler à son mandant ;
- 7° Prononcer l'admission provisoire à **l'aide juridictionnelle** de la partie demanderesse.

¹²¹ Cf. le rapport du Sénat, rédigé par le Sénateur François Pillet et enregistré à la Présidence du Sénat le 17 juin 2010, Session N° 564, p. 20.

¹²² Article 515-10 CC.

¹²³ Article 515-11 CC.

129. En dehors des violences conjugales au sens strict du terme, l'ordonnance de protection peut également être délivrée par le juge en faveur **d'une personne majeure menacée de mariage forcé**. La victime peut bénéficier des mesures susmentionnées, à l'exception des mesures civiles. En application de l'article 515-13 CC, le juge peut également ordonner, à la demande de la victime, l'interdiction temporaire de sortie du territoire de la personne menacée.

2.4.2. Mesures administratives

130. Des mesures administratives spécifiques sont prévues pour protéger les personnes de nationalité étrangère, victimes des violences conjugales ayant eu lieu sur le territoire français. Ainsi, l'article L.313-12 du code de l'entrée et du séjour des étrangers et du droit d'asile (CESEDA) prévoit que l'autorité administrative doit accorder, dans les plus brefs délais, **la délivrance ou le renouvellement du titre de séjour de l'étranger qui bénéficie d'une ordonnance de protection** en raison des violences commises par son conjoint, son partenaire lié par un pacte civil de solidarité ou son concubin. Selon l'article L.316-3 du même code, l'étranger qui bénéficie d'une ordonnance de protection a le droit de demander et d'obtenir une carte de séjour temporaire portant la mention «vie privée et familiale » qui ouvre droit à l'exercice d'une activité professionnelle.

131. Il ressort de ces articles que **la saisine préalable du juge civil** dans le but de demander une ordonnance de protection constitue une condition pour que la victime puisse bénéficier des mesures administratives susmentionnées.

132. Par ailleurs, en cas de condamnation définitive de la personne mise en cause, une carte de résident peut être délivrée **à l'étranger ayant déposé plainte** pour une infraction mentionnée au premier alinéa de l'article 132-80 du Code Pénal¹²⁴. Afin de protéger les étrangers, victimes des violences qui bénéficient d'un titre de séjour en France mais dont les documents d'identité et le titre de séjour ont été dérobés par leur conjoint lors d'un séjour à l'étranger, l'article L. 211-2-2 CESEDA prévoit que les autorités consulaires françaises délivrent à la victime un visa de retour.

133. Une autre mesure, d'ordre administratif, prévue par la Loi de 2010 en faveur des victimes de violences conjugales, concerne le **logement**. En effet, l'article 5 de la Loi n° 90-449 du 31 mai 1990, visant à la mise en œuvre du droit au logement, prévoit désormais que des logements sont réservés, dans chaque département, à des personnes victimes de violences, protégées ou ayant été protégées par l'ordonnance de protection. Dans la même lignée, l'article L. 822-1 du Code de l'Éducation dispose que des logements sont réservés à des personnes majeures victimes de violences inscrites dans un établissement scolaire ou universitaire qui sont protégées ou qui ont été protégées par l'ordonnance de protection.

2.4.3. Mesures pénales

134. Afin de mieux garantir la protection des intérêts des victimes, la loi offre au procureur de la République la possibilité d'ordonner, préalablement à sa décision sur l'action publique, des **mesures provisoires**¹²⁵. La Loi de 2010 a ajouté un alinéa 6 à l'article 41-1 CPP, dédié aux victimes de violences conjugales. Ainsi, en cas d'infraction commise soit contre son conjoint, son concubin ou son

¹²⁴ Article L. 316-4 du code de l'entrée et du séjour des étrangers et du droit d'asile.

¹²⁵ Cf. *supra*

partenaire lié par un pacte civil de solidarité, soit contre ses enfants ou ceux de son conjoint, concubin ou partenaire, le procureur de la République peut demander à l'auteur des faits de **résider hors du domicile** ou de la résidence du couple et, le cas échéant, de **s'abstenir de paraître** dans ce domicile ou cette résidence ou aux abords immédiats de celui-ci, ainsi que, si nécessaire, de faire l'objet d'une prise en charge sanitaire, sociale ou psychologique. Ces dispositions sont également applicables lorsque l'infraction est commise par l'ancien conjoint ou concubin de la victime, ou par la personne ayant été liée à elle par un pacte civil de solidarité, le domicile concerné étant alors celui de la victime.

2.4.4. Procès à huis clos

135. Si la procédure pénale est en général régie par le principe de la publicité de l'audience de jugement, la loi prévoit certains cas où le procès peut se dérouler à huis clos.

136. En ce qui concerne plus particulièrement¹²⁶ les victimes de violences sexuelles, l'article 306 al. 3 du CPP prévoit, pour la procédure devant la Cour d'Assises, que « lorsque les poursuites sont exercées du chef de **viol** ou de tortures et actes de barbarie accompagnés d'**agressions sexuelles**, le **huis clos est de droit** si la victime partie civile [...]; dans les autres cas, le huis clos ne peut être ordonné que si la victime partie civile [...] ne s'y oppose pas ».

137. En revanche, la disposition concernant la procédure devant le Tribunal Correctionnel et le Tribunal de Police évoque uniquement des raisons plus générales permettant le huis clos. En effet, selon l'article 400 CPP « le tribunal peut, en constatant dans son jugement que la publicité est dangereuse pour l'**ordre**, la **sérénité** des débats, la **dignité** de la personne ou les **intérêts** d'un tiers, ordonner, par jugement rendu en audience publique, que les débats auront lieu à huis clos ».

138. Il en résulte que si le huis clos est de droit devant la Cour d'Assises, lors de la procédure devant le Tribunal Correctionnel, la demande de la partie intéressée est soumise à l'appréciation souveraine du juge qui peut ordonner que les débats auront lieu à huis clos. La victime peut également demander le huis clos partiel, à savoir l'absence de public uniquement lorsqu'elle prend la parole.

139. Il faut enfin mentionner que même dans le cas où le huis clos est ordonné, la sentence au fond est toujours rendue en audience publique¹²⁷.

2.4.5. Expulsion de l'accusé de la salle d'audience

140. L'article 322 du CPP accorde au Président de la Cour d'Assises la possibilité d'ordonner l'expulsion de l'accusé de la salle d'audience s'il trouble l'ordre, sans référence expresse à l'expulsion de l'accusé suite à une demande de la victime. Cependant, l'article 339 CPP prévoit que « le président peut, avant, pendant ou après l'audition d'un témoin ou l'interrogatoire d'un accusé, **faire retirer un ou plusieurs accusés** et les examiner séparément sur quelques circonstances du procès ». La Cour de Cassation a estimé à ce sujet que le Président de la Cour d'Assises qui, sur le fondement de l'article 339 CPP, avait ordonné que la victime, partie civile, soit entendue hors la présence de

¹²⁶ La raison générale invoquée par l'article 306 al. 1 CPP concerne les cas où la publicité serait dangereuse pour l'ordre ou les mœurs.

¹²⁷ Cf. les articles 306 al. 4 et 400 al. 3 CPP. Cf. aussi S. Guinchard & J. Buisson, Procédure Civile, 4^{ème} édition, Litec, Paris, 2008, p. 1059.

l'accusé, n'a pas méconnu les dispositions de l'article 6 § 3 CEDH, « dès lors que l'avocat de l'accusé, qui est demeuré dans la salle, a eu la faculté d'interroger la partie civile et qu'au surplus, l'accusé, ayant été instruit des déclarations faites en son absence, n'a sollicité aucune confrontation »¹²⁸.

2.4.6. Salles d'attente spécifiques au tribunal

141. Il existe des **salles d'attente** spécifiques dans lesquelles les témoins doivent attendre avant leur déposition. Après sa déposition, chaque témoin demeure dans la salle d'audience, si le président n'en ordonne autrement, jusqu'à la clôture des débats, conformément à l'article 334 CPP. Cependant, l'existence de ces salles ne vise pas la protection de la victime, mais plutôt le bon déroulement du procès pénal.

2.4.7. Mesures spécifiques pour protéger les victimes de représailles

142. L'article 515-11 CC, permet au juge qui prononce une ordonnance de protection (cf. 2.4.1.) d'autoriser la victime à **dissimuler son domicile ou sa résidence et à élire domicile chez l'avocat**, qui l'assiste ou la représente, ou auprès du procureur de la République près le Tribunal de grande instance pour toutes les instances civiles dans lesquelles elle est également partie.

143. D'autres mesures de protection de la victime de représailles sont prévues par la Loi de 2010. Le juge pénal peut ainsi ordonner, à l'instar du juge aux affaires familiales prononçant l'ordonnance de protection¹²⁹, **l'éviction du domicile du conjoint violent**, qui peut être obtenue dans le cadre d'une procédure pénale, qu'il s'agisse d'un contrôle judiciaire¹³⁰, d'un sursis avec mise à l'épreuve¹³¹, d'une médiation pénale¹³² ou d'une composition pénale¹³³. Selon ces dispositions, le juge peut ordonner le conjoint violent de résider hors du domicile ou de la résidence du couple et, le cas échéant, de s'abstenir de paraître dans ce domicile ou cette résidence ou aux abords immédiats de celui-ci, ainsi que, si nécessaire, de faire l'objet d'une prise en charge sanitaire, sociale ou psychologique. L'éviction du domicile peut être également ordonnée lorsque l'infraction est commise par l'ancien conjoint ou concubin de la victime, ou par la personne ayant été liée à elle par un pacte civil de solidarité.

2.4.8. Protection de la victime après le procès

144. La Loi de 2010 a mis en place, à titre expérimental¹³⁴, des mesures complémentaires de protection des victimes de violences conjugales. Ainsi, conformément à l'article D. 32-30 CPP, lorsque l'une ou plusieurs des obligations et interdictions mentionnées à l'article D. 32-29 ont été prononcées, la victime des violences commises au sein du couple peut, si elle y consent expressément et pour une durée déterminée, se voir attribuer un **dispositif de télé-protection** lui permettant d'alerter les autorités publiques en cas de violation des obligations imposées au mis en

¹²⁸ Cass. Crim., 17 décembre 1997, Bull. crim. n° 431.

¹²⁹ Cf. *supra*, sous 2.2.2.

¹³⁰ Article 138 CPP.

¹³¹ Article 132-45 CP.

¹³² Article 41-1 CPP, cf. *infra* sous 2.5.

¹³³ Article 41-2 CPP, cf. *infra* sous 2.5.

¹³⁴ Ces mesures sont prévues pour une période de trois ans à compter de la publication de la Loi. La publication de la Loi du 9 juillet 2010 au Journal officiel a eu lieu le 10 juillet 2010. Nous n'avons trouvé aucune information concernant une mesure prévue d'évaluation au terme de cette période, en juillet 2013.

examen ou **le port d'un dispositif électronique permettant de signaler à distance** que la personne mise en examen se trouve à proximité. De tels dispositifs peuvent également être proposés à la victime lorsqu'une personne condamnée pour un crime ou un délit commis à l'encontre de son conjoint, de son concubin ou de son partenaire lié par un pacte civil de solidarité est placée sous surveillance électronique mobile dans le cadre d'un suivi socio-judiciaire ou d'une libération conditionnelle et qu'une interdiction de rencontrer la victime a été prononcée.

2.5. Weitere Sonderregeln

2.5.1. Règles spécifiques prévoyant la possibilité pour le juge de ne pas engager des poursuites lorsque les violences ont eu lieu au sein du couple

145. Il n'existe en droit français aucune disposition qui prévoit cette possibilité.

2.5.2. Suivi socio-judiciaire de l'auteur

146. Mis en place par la Loi du 17 juin 1998 relative à la prévention et à la répression des infractions sexuelles ainsi qu'à la protection des mineurs, le suivi socio-judiciaire est une **peine complémentaire** mise à la disposition du juge pénal et visant autant à protéger la victime qu'à aider les personnes qui ont été condamnées notamment pour des **infractions sexuelles** (cf. l'article 131-36-1 CP¹³⁵). L'objectif du suivi socio-judiciaire est d'assurer un « contrôle post-carcéral » du condamné, ce contrôle pouvant notamment comporter un aspect médical, comme par exemple une injonction de soins¹³⁶.

147. En ce qui concerne **les violences conjugales ou exercées contre des mineurs**, l'article 706-47-1 CPP¹³⁷ dispose que les personnes qui ont été reconnues coupables de ces actes peuvent être soumises à une injonction de soins prononcée soit lors de leur condamnation, dans le cadre d'un suivi socio-judiciaire, soit postérieurement à celle-ci, dans le cadre de ce suivi, d'une libération

¹³⁵ Cet article dispose que « dans les cas prévus par la loi, la juridiction de jugement peut ordonner un suivi socio-judiciaire. Le suivi socio-judiciaire emporte, pour le condamné, l'obligation de se soumettre, sous le contrôle du juge de l'application des peines et pendant une durée déterminée par la juridiction de jugement, à des mesures de surveillance et d'assistance destinées à prévenir la récidive. La durée du suivi socio-judiciaire ne peut excéder dix ans en cas de condamnation pour délit ou vingt ans en cas de condamnation pour crime. Toutefois, en matière correctionnelle, cette durée peut être portée à vingt ans par décision spécialement motivée de la juridiction de jugement ; lorsqu'il s'agit d'un crime puni de trente ans de réclusion criminelle, cette durée est de trente ans ; lorsqu'il s'agit d'un crime puni de la réclusion criminelle à perpétuité, la cour d'assises peut décider que le suivi socio-judiciaire s'appliquera sans limitation de durée, sous réserve de la possibilité pour le tribunal de l'application des peines de mettre fin à la mesure à l'issue d'un délai de trente ans, selon les modalités prévues par [l'article 712-7 du code de procédure pénale](#).

La décision de condamnation fixe également la durée maximum de l'emprisonnement encouru par le condamné en cas d'inobservation des obligations qui lui sont imposées. Cet emprisonnement ne peut excéder trois ans en cas de condamnation pour délit et sept ans en cas de condamnation pour crime. Les conditions dans lesquelles le juge de l'application des peines peut ordonner, en tout ou partie, l'exécution de l'emprisonnement sont fixées par le code de procédure pénale.

Le président de la juridiction, après le prononcé de la décision, avertit le condamné des obligations qui en résultent et des conséquences qu'entraînerait leur inobservation ».

¹³⁶ Cf. en ce sens le rapport rédigé par le Sénateur François Pillet et enregistré à la Présidence du Sénat le 17 juin 2010, Session N° 564.

¹³⁷ Tel que modifié par la Loi de 2010

conditionnelle, d'une surveillance judiciaire ou d'une surveillance de sûreté. Selon le même article, lorsqu'une injonction de soins est ordonnée, le médecin traitant peut prescrire un traitement inhibiteur de libido.

2.5.3. Surveillance électronique mobile de l'auteur des violences conjugales

148. Déjà prévu par les Lois de 2005¹³⁸ et de 2008¹³⁹, le placement de l'auteur sous surveillance électronique mobile signifie pour le condamné le port, pendant toute la durée du placement, d'un dispositif intégrant un émetteur permettant à tout moment de déterminer à distance sa localisation sur l'ensemble du territoire national¹⁴⁰.

149. En ce qui concerne les auteurs des **violences commises soit contre son conjoint**, son concubin ou son partenaire lié par un pacte civil de solidarité **soit contre ses enfants** ou ceux de son conjoint, concubin ou partenaire, le Code de Procédure Pénale prévoit la possibilité de les placer sous surveillance électronique mobile tant dans le cadre d'une assignation à résidence¹⁴¹ que dans le cadre d'un suivi socio-judiciaire¹⁴² (à ce sujet, cf. 2.5.2. et 2.4.8.).

2.5.4. Le fichier judiciaire national automatisé des auteurs d'infractions sexuelles ou violentes

150. Créé par la Loi de 2004¹⁴³ et jugé conforme à la fois à la Constitution¹⁴⁴ et à la Convention Européenne des Droits de l'Homme¹⁴⁵, le fichier judiciaire national automatisé des auteurs d'infractions sexuelles ou violentes (FIJAIS) a été mis en place pour prévenir la récidive des auteurs d'infractions sexuelles ou violentes déjà condamnés, et faciliter l'identification des auteurs de ces mêmes infractions¹⁴⁶. Tenu par les services du casier judiciaire sous le contrôle d'un magistrat et sous l'auto-

¹³⁸ Loi n°2005-1549 du 12 décembre 2005 relative au traitement de la récidive des infractions pénales.

¹³⁹ Loi n°2008-174 du 25 février 2008 relative à la rétention de sûreté et à la déclaration d'irresponsabilité pénale pour cause de trouble mental.

¹⁴⁰ Article 763-12 CPP.

¹⁴¹ Cf. l'article 142-12-1 CPP qui dispose que « par dérogation aux dispositions de l'article 142-5, l'assignation à résidence exécutée sous le régime du placement sous surveillance électronique mobile peut être ordonnée lorsque la personne est mise en examen pour des violences ou des menaces, punies d'au moins cinq ans d'emprisonnement, commises :

1° Soit contre son conjoint, son concubin ou son partenaire lié par un pacte civil de solidarité ;

2° Soit contre ses enfants ou ceux de son conjoint, concubin ou partenaire. Le présent article est également applicable lorsque l'infraction est commise par l'ancien conjoint ou concubin de la victime ou par la personne ayant été liée à elle par un pacte civil de solidarité, le domicile concerné étant alors celui de la victime. »

¹⁴² Cf. l'article 131-36-12-1 CP qui dispose que « par dérogation aux dispositions de l'article 131-36-10, le placement sous surveillance électronique mobile peut être ordonné à l'encontre d'une personne majeure, dont une expertise médicale a constaté la dangerosité, condamnée à une peine privative de liberté d'une durée égale ou supérieure à cinq ans pour des violences ou des menaces commises :

1° Soit contre son conjoint, son concubin ou son partenaire lié par un pacte civil de solidarité ;

2° Soit contre ses enfants ou ceux de son conjoint, concubin ou partenaire. Le présent article est également applicable lorsque les violences ont été commises par l'ancien conjoint ou concubin de la victime, ou par la personne ayant été liée à elle par un pacte civil de solidarité, le domicile concerné étant alors celui de la victime. »

¹⁴³ Loi n°2004-204 du 9 mars 2004 portant adaptation de la justice aux évolutions de la criminalité.

¹⁴⁴ Conseil Constitutionnel, arrêt n° 2004-492 DC du 2 mars 2004.

¹⁴⁵ V. les trois arrêts rendus par la Cour EDH le 17 décembre 2009 (Bouchacourt, Gardel, MB c/ France).

¹⁴⁶ Cf. l'article 706-53-1 CPP qui dispose que « Le fichier judiciaire national automatisé des auteurs d'infractions sexuelles ou violentes constitue une application automatisée d'informations nominatives

rité du ministre de la justice, il contient des informations nominatives concernant le casier judiciaire des auteurs ainsi que des informations relatives à la décision judiciaire ayant justifié l'inscription et la nature de l'infraction¹⁴⁷.

151. Selon la Cour de Cassation¹⁴⁸, peuvent être inscrites au FIJAIS non seulement les personnes condamnées en qualité d'auteur mais aussi de complice.

3. Opferberatung

152. Les associations d'aide aux victimes jouent un rôle capital dans l'accompagnement des victimes, à la fois avant, pendant et après le déclenchement des poursuites pénales. En 1986, **l'Institut National d'Aide aux Victimes et de Médiation (INAVEM)** a été créé afin de coordonner les activités des associations d'aide aux victimes. Par ailleurs, des associations spécialisées dans les violences commises contre les femmes (telles que le Collectif féministe contre le viol) ont progressivement vu le jour et sont coordonnées par la Fédération Nationale Solidarité Femmes. Le rôle des associations est très important pour l'accompagnement social et judiciaire des victimes, notamment celles de violences conjugales. Outre la mise à disposition d'un service d'écoute téléphonique national¹⁴⁹, des lieux d'accueil des victimes ou le travail de sensibilisation du public, les associations informent les victimes de leurs droits, les aident à constituer leurs dossiers et leur offrent un soutien effectif tout au long du procès¹⁵⁰.

tenue par le service du casier judiciaire sous l'autorité du ministre de la justice et le contrôle d'un magistrat. Afin de prévenir le renouvellement des infractions mentionnées à l'article 706-47 et de faciliter l'identification de leurs auteurs, ce traitement reçoit, conserve et communique aux personnes habilitées les informations prévues à l'article 706-53-2 selon les modalités prévues par le présent chapitre ».

¹⁴⁷ Cf. également l'article 706-53-2 CPP qui dispose que « lorsqu'elles concernent, sous réserve des dispositions du dernier alinéa du présent article, une ou plusieurs des infractions mentionnées à l'article 706-47, sont enregistrées dans le fichier les informations relatives à l'identité ainsi que l'adresse ou les adresses successives du domicile et, le cas échéant, des résidences, des personnes ayant fait l'objet :

- 1° D'une condamnation, même non encore définitive, y compris d'une condamnation par défaut ou d'une déclaration de culpabilité assortie d'une dispense ou d'un ajournement de la peine ;
- 2° D'une décision, même non encore définitive, prononcée en application des articles 8, 15, 15-1, 16, 16 bis et 28 de l'ordonnance n° 45-174 du 2 février 1945 relative à l'enfance délinquante ;
- 3° D'une composition pénale prévue par l'article 41-2 du présent code dont l'exécution a été constatée par le procureur de la République ;
- 4° D'une décision d'irresponsabilité pénale pour cause de trouble mental ;
- 5° D'une mise en examen assortie d'un placement sous contrôle judiciaire ou sous assignation à résidence avec surveillance électronique, lorsque le juge d'instruction a ordonné l'inscription de la décision dans le fichier ;
- 6° D'une décision de même nature que celles visées ci-dessus prononcées par les juridictions ou autorités judiciaires étrangères qui, en application d'une convention ou d'un accord internationaux, ont fait l'objet d'un avis aux autorités françaises ou ont été exécutées en France à la suite du transfèrement des personnes condamnées ».

¹⁴⁸ Cass. Crim., 10 octobre 2007, Bull. crim, n°242.

¹⁴⁹ Depuis 2007 le 3919 est le numéro d'écoute anonyme que les femmes victimes de violences conjugales peuvent appeler.

¹⁵⁰ Cf. Gérard Lopez, Serge Portelli & Sophie Clément, *Les droits des victimes. Droit, auditions, expertise, clinique, op.cit.*, notamment pp. 187-194.

153. Si les associations peuvent aider les victimes ou leur conseiller de porter plainte ou de se constituer partie civile, **le déclenchement d'une action pénale n'est pas une condition** pour bénéficier du soutien des associations.

4. Staatliche Opferentschädigung

154. Il existe, en droit français, un certain nombre de voies que la victime peut emprunter afin d'obtenir réparation du dommage que l'infraction lui a causé. Nous nous limiterons aux procédures d'indemnisation auprès des institutions publiques. Si, en règle générale, la victime doit exercer une action contre l'auteur de l'infraction, à la suite ou en même temps (cf. 2.2. sur la constitution en partie civile) de la mise en mouvement d'une action publique, la loi prévoit un recours que la victime peut tenter auprès du Fonds de garantie et qui n'est pas lié à l'action publique. Dans ce cas, **le dépôt de plainte ou la constitution de partie civile n'est pas une condition préalable** pour obtenir une indemnisation ni une fin de non-recevoir de la demande.

4.1. La Procédure d'indemnisation devant la Commission d'Indemnisation des Victimes d'Infractions (CIVI)

155. La Commission d'Indemnisation des Victimes d'Infractions est une **juridiction civile sui generis** mise en place par la Loi du 3 janvier 1977. Elle existe au sein de chaque Tribunal de grande instance et est composée de trois membres : deux magistrats professionnels et un assesseur non magistrat s'étant signalé par l'intérêt qu'il porte aux problèmes des victimes¹⁵¹. Même si ses compétences et les mesures que la Commission ordonne sont de nature civile, les dispositions régissant son fonctionnement sont insérées dans le Code de Procédure Pénale.

156. La procédure de saisine de la Commission présente pour la victime l'avantage de se dérouler **sans la présence de l'auteur présumé de l'infraction**, qui peut très bien être inconnu au moment de la demande d'indemnisation. L'idée est que la requête ne s'adresse pas contre l'auteur mais auprès du Fonds de garantie, constitué des fonds recueillis auprès de chaque assuré lorsqu'il souscrit un contrat d'assurance de biens¹⁵². Le Fonds de garantie est subrogé dans les droits de la victime et peut donc se retourner contre les personnes responsables de l'infraction afin de demander le remboursement de l'indemnité versée à la victime.

157. La loi **n'exige pas que des poursuites pénales aient déjà été engagées ou que la victime se constitue partie civile**¹⁵³. Elle a donc le droit de saisir directement la CIVI « sans effectuer de démarches auprès d'une quelconque autre juridiction et sans avoir affaire à l'auteur des faits »¹⁵⁴. Cependant, certaines conditions doivent être remplies pour que la CIVI puisse allouer une indemnisation.

158. En effet, **deux systèmes d'indemnisation** sont prévus par le Code de la Procédure Pénale en fonction de la nature de l'infraction. Le régime principal, prévu par l'article 706-3, permet à la victime

¹⁵¹ Article 706-4 CPP.

¹⁵² Gérard Lopez, Serge Portelli & Sophie Clément, *Les droits des victimes. Droit, auditions, expertise, clinique, op.cit.*, p. 64.

¹⁵³ V. en ce sens Bernard Bouloc, *Procédure Pénale, op.cit.*, pp. 320-321.

¹⁵⁴ Gérard Lopez, Serge Portelli & Sophie Clément, *Les droits des victimes. Droit, auditions, expertise, clinique, op.cit.*, p. 65.

ayant subi un préjudice, résultant de faits volontaires ou non qui présentent le caractère matériel d'une infraction, d'obtenir la réparation intégrale des dommages qui résultent des **atteintes à la personne**. Il faut donc que la victime prouve le caractère matériel d'une infraction qui a causé un préjudice corporel, à savoir :

- soit avoir **entraîné la mort, une incapacité permanente ou une incapacité totale** de travail personnel égale ou supérieure à un mois ;
- soit constituer une **agression sexuelle** ou une atteinte sexuelle¹⁵⁵.

159. Par ailleurs, pour pouvoir saisir la CIVI, la personne lésée doit être de **nationalité française**. Si tel n'est pas le cas, il faut que les faits aient été commis sur le territoire national et la personne lésée est soit ressortissante d'un Etat membre de l'Union Européenne ou -sous réserve des traités et accords internationaux- en séjour régulier au jour des faits ou de la demande.

160. La réparation accordée par la CIVI est intégrale, aucun plafond n'étant imposé par la loi.

161. Le deuxième régime d'indemnisation, prévu par l'article 706-14 CPP, concerne les **préjudices matériels**. Comme la gravité de l'infraction est moindre, les conditions prévues par la loi sont plus restrictives. Ce régime est plutôt réservé aux personnes dont les revenus sont relativement faibles. La réparation n'est pas intégrale mais au maximum égale au triple du montant mensuel du plafond de ressources prévu pour l'allocation de l'aide juridictionnelle. En vertu de l'article 706-14 CPP, toute personne qui, victime d'un vol, d'une escroquerie, d'un abus de confiance, d'une extorsion de fonds ou d'une destruction, d'une dégradation ou d'une détérioration d'un bien lui appartenant, ne peut obtenir à un titre quelconque une réparation ou une indemnisation effective et suffisante de son préjudice, et se trouve de ce fait dans une situation matérielle ou psychologique grave, peut saisir la CIVI afin de demander une indemnisation.

162. Enfin, l'article 706-12 CPP prévoit que si la victime ou ses ayants droit se constituent partie civile devant la juridiction répressive ou engagent une action contre les personnes responsables du dommage, ils doivent indiquer, en tout état de la procédure, s'ils ont saisi la Commission instituée par l'article 706-4 et si, le cas échéant, celle-ci leur a accordé une indemnité. Il ressort à nouveau de cette disposition que **la saisine de la CIVI n'est pas subordonnée à l'engagement d'une action civile ou pénale contre l'auteur**.

4.2. L'indemnisation par la Sécurité Sociale

163. Si différentes dispositions du Code de la Sécurité Sociale prévoient des indemnisations des victimes, notamment sous la forme de prise en charge de soins médicaux ou de pension d'invalidité, **aucune disposition ne prévoit l'engagement d'une action** contre l'auteur comme condition préalable pour bénéficier de ces indemnisations.

¹⁵⁵

Articles 222-22 à 222-30, 225-4-1 à 225-4-5 et 227-25 à 227-27 du code pénal.

5. Mediation und Täter-Opfer-Ausgleich

164. Le recours à la médiation dans le cadre de la procédure pénale, en tant que voie alternative aux poursuites, est relativement récent. En effet, l'article 41-1 CPP prévoit en son paragraphe 5^{o156}, **la possibilité pour le procureur de la République de faire procéder à une mission de médiation** entre l'auteur des faits et la victime, à condition d'agir après demande de la victime ou au moins avec l'accord de celle-ci, s'il estime qu'une telle mesure est susceptible d'assurer la réparation du dommage causé à la victime. Ledit article dispose par la suite qu'en cas de réussite de la médiation, le procureur de la République ou le médiateur du procureur de la République en dresse procès-verbal, qui est signé par lui-même et par les parties, et une copie leur étant remise. Ce procès-verbal peut être utile à la victime au cas où l'auteur des faits s'est engagé à verser des dommages et intérêts à la victime mais ne respecte pas par la suite son engagement. La victime pourra alors demander le recouvrement suivant la procédure d'injonction de payer, conformément aux règles prévues par le Code de Procédure Civile.

165. Enfin, la Loi du 9 juillet 2010 **a fortement encadré le recours à la médiation en cas de violences conjugales**. Elle a ainsi ajouté un dernier alinéa au paragraphe 5° de l'article 41-1 CPP disposant que « la victime est présumée ne pas consentir à la médiation pénale lorsqu'elle a saisi le juge aux affaires familiales en application de l'article 515-9 du Code Civil en raison de violences commises par son conjoint, son concubin ou le partenaire avec lequel elle est liée par un pacte civil de solidarité ». La raison de cette restriction du champ d'application de la médiation, telle qu'exposée dans le rapport du Sénat¹⁵⁷, est qu'un certain nombre d'associations de défense des droits des femmes avaient fait valoir que la médiation en matière pénale était « particulièrement inadaptée aux faits de violence conjugale », à cause de la nature particulière des liens entre l'auteur des violences et la victime. Le rapporteur a notamment fait valoir qu'« un tel traitement pénal ne serait pas ressenti comme une véritable sanction par l'auteur des faits et ne permettrait donc pas à la victime de se dégager de l'emprise qu'exerce sur elle l'auteur des violences ».

166. Une autre procédure récemment mise en place¹⁵⁸ est celle de la **composition pénale**¹⁵⁹, prévue par les articles 41-2 et 41-3 CPP¹⁶⁰. Il s'agit d'une procédure confiée au procureur de la République qui peut, tant que l'action publique n'a pas été mise en mouvement, proposer la composition pénale à l'auteur qui admet avoir commis un ou plusieurs délits punis à titre de peine principale d'une amende ou d'un emprisonnement n'excédant pas cinq ans (article 41-2 CPP) ou une contravention (article 41-3 CPP). La composition pénale peut consister en une ou plusieurs des mesures men-

¹⁵⁶ Tel que modifié par la Loi du 9 mars 2004 et celle du 9 juillet 2010.

¹⁵⁷ Rapport rédigé par le Sénateur François Pillet et enregistré à la Présidence du Sénat le 17 juin 2010, Session N° 564.

¹⁵⁸ Loi du 23 juin 1999.

¹⁵⁹ V. Rapport d'information n° 17 (2005-2006) de M. François ZOCETTO, fait au nom de la Commission des lois et de la Commission d'information des lois, déposé le 12 octobre 2005 disponible sous <http://www.senat.fr/rap/r05-017/r05-017.html> (21.03.2012). Ce rapport présente une première évaluation de la composition pénale plusieurs années après sa mise en place, La composition pénale y est désignée comme un moyen efficace de conjuguer sanction et réparation même si le rapport expose aussi les diverses interrogations inhérentes à ce dispositif.

¹⁶⁰ Tel que modifié par la Loi n°2011-525 du 17 mai 2011.

tionnées par l'article 41-2 CPP, dont l'une est expressément consacrée au cas des violences conjugales. Ainsi, selon la proposition n°14 dudit article, « en cas **d'infraction commise soit contre son conjoint, son concubin ou son partenaire lié par un pacte civil de solidarité, soit contre ses enfants ou ceux de son conjoint**, concubin ou partenaire, [le procureur de la République peut proposer à l'auteur des violences de] résider hors du domicile ou de la résidence du couple et, le cas échéant, [de] s'abstenir de paraître dans ce domicile ou cette résidence ou aux abords immédiats de celui-ci, ainsi que, si nécessaire, [de] faire l'objet d'une prise en charge sanitaire, sociale ou psychologique ». Ces dispositions sont également applicables lorsque l'infraction est commise par l'ancien conjoint ou concubin de la victime, ou par la personne ayant été liée à elle par un pacte civil de solidarité, le domicile concerné étant alors celui de la victime.

167. Selon l'article 41-2 CPP, si le procureur de la République obtient l'accord de l'auteur des faits sur les mesures proposées, il saisit par requête le président du Tribunal aux fins de validation de la composition. Le président du Tribunal peut, après avoir procédé à l'audition de l'auteur des faits et de la victime, rendre une ordonnance validant la composition, auquel cas les mesures décidées sont mises à exécution. Dans le cas contraire, la proposition devient caduque. La décision du président du Tribunal, qui est notifiée à l'auteur des faits et, le cas échéant, à la victime, n'est pas susceptible de recours. L'exécution de la composition pénale éteint l'action publique. Cependant, si l'auteur des faits n'exécute pas les mesures fixées, le procureur de la République remet en mouvement l'action publique. Si l'auteur des faits s'est engagé à verser des dommages et intérêts mais ne respecte pas ses engagements, la victime a le droit de demander le recouvrement suivant la procédure d'injonction à payer.

C. Niederlande

1. Erstattung von Strafanzeige und Strafantrag

1.1. General Background

168. The legal basis for filing a complaint/demand for prosecution is laid down in articles 160-166a of the Dutch Code of Criminal Procedure (*Wetboek van Strafvordering*, hereinafter CCP). The basic rule is that anyone who has knowledge of a criminal act can file a **complaint** with the police (art. 161 CCP). These persons are allowed, but are not obliged, to report their knowledge to the police. For certain crimes, such as crimes against the safety of the state, crimes which endanger the general safety of persons and goods *and* which have caused a life threatening situation, crimes against a person's life, abduction, and rape, however, there is a legal obligation to file a complaint with the police (art. 160 CCP).

169. Some criminal acts can only be prosecuted on the basis of a **demand for prosecution** (art. 164 CCP), for example, because of the private nature of the act (c.f. art. 30 of the Swiss Penal Code). When that is the case, the complaint must be accompanied by an official request for prosecution from the victim or another person authorized to file a demand for prosecution. Without that official request, the public prosecutor can be barred from prosecution.¹⁶¹ The victim may demand prosecution for up to three months after the day that he or she became aware of the offence committed (art. 66(1) Dutch Criminal Code, hereinafter CC). The person entitled to demand prosecution is authorized to withdraw the complaint at any time within the eight days following the day on which the request was lodged (art. 67 CC). There are, however, only very few criminal acts which fall within the scope of article 164 CCP. Stalking, defamation, defamatory writing, and divulging industrial secrets are examples of crimes that require a demand for prosecution.

170. It is to be noted that since October 2002, **rape** is no longer a crime which can only be prosecuted on the basis of a formal request of the victim. Now, a simple complaint suffices (or the prosecution can be based on other evidentiary material).

1.2. Procedure and measures for facilitating the filing of a complaint

171. A **complaint** may be filed **orally** or in **writing** by the person who has knowledge of the criminal act or by a person who has been given power of attorney to file the complaint on such person's behalf (art. 163 CCP). An oral complaint must be put in writing by the police officer who receives the complaint and, after the officer in question has read the written statement out loud, the statement must be signed by the person reporting (art. 163 (2) CCP). Filing an **electronic complaint** is also possible (art. 163(3) CCP), but not for all crimes.¹⁶² The Governmental Decree on electronic

¹⁶¹ Private prosecution is not possible in the Netherlands.

¹⁶² It is possible that this option does not exist in all police forces, since the website www.politie.nl (the official website of the Dutch police) mentions that 'most police forces' give citizens the opportunity to file a complaint through the internet and/or by telephone (29.09.2011).

complaints (*Besluit elektronische aangifte*) has narrowed the possibility of filing an electronic complaint to complaints of (attempted) theft, intentional damage and vandalism.¹⁶³

172. In cases concerning **sexual offences** and **child abuse**, the **Guidelines on the Investigation and Prosecution of Sexual Abuse** (*Aanwijzing opsporing en vervolging inzake seksueel misbruik*, see below under point 2.) provides that before the victim can file a complaint, there must first be an **informative conversation**, in which the victim is informed of the consequences of filing a complaint. This conversation is carried out by two police officers (at least one of them an officer specialized in vice) and is tape recorded. The victim can bring a person of their choice to the meeting, but this person can only be present during the general part of the meeting (i.e., not during any part related to the specific content of the case). Only after the permission of the public prosecutor has been granted, can this person be present during the substantive part of the meeting. After the informative conversation, the victim can file a complaint (the requirements concerning two police officers; that the conversation be tape recorded; that the person accompanying the victim be absent during substantive part of filing a complaint apply here as well).

173. Another option (not available in all police forces) is to report a crime **by telephone**. The same rules apply as those for electronic complaints. The option of filing a complaint by telephone aids people who do not have access to the internet and people who do not have the time/are otherwise unable to come to the police station. This latter group (people who are unable to come to the police station, e.g., because of a physical handicap) can also request the police to come to their home to take down a statement there.¹⁶⁴

174. Finally, it is possible to report crimes **anonymously** (*Meld Misdaad Anoniem*).¹⁶⁵ Since its establishment in 2002 there have been over 100.000 calls and the program is considered a success.

1.3. The victim's right to information

175. In January 2011, for the first time, a special chapter dedicated to **victims' rights** was included in the Code of Criminal Procedure (articles 51a-51h CCP). The victims' right to information is expressed in articles 51a and 51b CCP, but some rules are also laid down in the **Victim Support Guidelines** (*Aanwijzing slachtofferzorg*) which contain **binding rules** for the police and the public prosecution service. At the victim's request, the police and the public prosecutor will keep him/her informed of the **start and the progress of the case** against the suspect (art. 51a(3) CCP). The police will inform the victim of this option, and if the victim does not wish to be informed, he or she can 'opt-out'.

176. The police must at least inform the victim in writing of whether or not the case is **investigated** further. If the police decide not to investigate the case further or if the investigation has not lead to an identifiable suspect, they must inform the victim of the possibility of **requesting** the public prosecutor to **reopen** the investigation. They must also inform the victim of the possibilities of **mediation**. Furthermore, victims of serious crimes of violence have to be referred to the **Criminal Injuries Compensation Fund** (*Schadefonds Geweldsmisdrijven*; see below under 4.). The right to be

¹⁶³ Besluit elektronische aangifte van 21 December 2006, *Stb* 2006, 727. Theft from a dwelling, robbery and burglary are also excepted from those complaints that may be filed electronically.

¹⁶⁴ See <http://www.politie.nl> (29.09.2011).

¹⁶⁵ See www.meldmisdaad.nl (29.09.2011).

informed of the progress of a case also exists for victims of child abuse.¹⁶⁶ For further details on the victim's right to information, see Section 2.4.3 below.

2. Sonderregeln im Strafverfahren

177. Victims of domestic violence and sexual offences, and children are, indeed, given special treatment in criminal proceedings. The rules for their treatment are mainly laid down in three (quasi-legislative) **binding guidelines** for the police and the public prosecution service (PPS):

- the Domestic Violence and Honor Based violence Guidelines (*Aanwijzing huiselijk geweld en eengerelateerd geweld*);
- the Guidelines on the Investigation and Prosecution of Sexual Abuse (*Aanwijzing opsporing en vervolging inzake seksueel misbruik*) and
- the Guidelines on the Investigation and Prosecution of Child Abuse (*Aanwijzing opsporing en vervolging inzake kindermishandeling*).

178. All guidelines are **gender-neutral** in that they do not make a distinction between male or female victims.

179. The **Domestic Violence and Honor Based Violence Guidelines** (*Aanwijzing huiselijk geweld en eengerelateerd geweld*) provide that the PPS and the police must act quickly. They provide the police and the PPS with an elaborate script on how to investigate cases of domestic violence and how to support the victims. For example, the police must arrest the offender immediately if there is reasonable suspicion of guilt and/or if (s)he has been caught in *flagrante delicto*. All cases of domestic violence must be earmarked which means that data related to the offence must be **registered** in a special domestic violence category; in principle the PPS will **always prosecute** cases of domestic violence when there is adequate proof. Another task provided for by the Guidelines is to provide **help** for the **offender** at the earliest possible stage for the sake of long-term effectiveness. The Guidelines also set out procedural conditions, such as the appointment of a **liaison officer** in the court districts, a local **working arrangement** with the police, probation service and care organizations (the so-called "safehouses" – *Veiligheidshuizen*), and for the professional development of police and prosecution personnel (see also below, 2.1.).

180. One of the explicit goals of the Domestic Violence and Honor Based Violence Guidelines is to **increase** the victims' **willingness to file a complaint**. For that reason they contain rights of victims of domestic violence and of stalking that are in addition to the rights already accorded under more general regulations (see previous paragraph). The Domestic Violence and Honor Based Violence Guidelines have been introduced on 1 June 2010 and replaced the Domestic Violence Guidelines which dated from 2008. In the new Guidelines, honor based violence has been added and also a

¹⁶⁶ Guidelines on the Investigation and Prosecution of Child Abuse (*Aanwijzing opsporing en vervolging inzake kindermishandeling*).

national expert center with expertise and information on honor based violence has been introduced (*Landelijk Expertise Centrum Eergerelateerd Geweld*).¹⁶⁷

181. **The Guidelines on the Investigation and Prosecution of Sexual Abuse** (*Aanwijzing opsporing en vervolging inzake seksueel misbruik*) provide a detailed protocol for the police and the public prosecution service on how to act when investigating and prosecuting sexual offences. It is important to note that the most recent (2011) version of these Guidelines have been **criticized** for placing too much emphasis on discovering false allegations.¹⁶⁸ The wording of the Guideline and some of its provisions even seem to suggest a certain **distrust** of the victim. This raises the question of what the effect will be on the willingness of victims to report crimes to the police (underreporting and high attrition rates in cases of sexual abuse are notorious problems in the Netherlands).

182. The rights and treatment of child victims are predominantly governed by the **Guidelines on the Investigation and Prosecution of Child Abuse** (*Aanwijzing opsporing en vervolging inzake kindermishandeling*), although other guidelines (e.g., on domestic violence, sexual abuse, or victim support) can also be applicable.¹⁶⁹ The Guidelines stress that *'the police will encourage, as much as possible, that a complaint is being filed'*. However, instead of focusing on measures that may increase a child victims' willingness to report a crime, the current focus in the Netherlands is rather on increasing the willingness of **professionals** who work with children to **report** child abuse.¹⁷⁰

183. Further details concerning the rights arising from these guidelines will be described at the appropriate places in this report.

¹⁶⁷ Until present it has not been revealed what the effects are of the introduction of the new Guidelines in June 2010 on the victims' willingness to file a complaint or on other goals of the Guidelines.

¹⁶⁸ See S. van der Aa & P. Okur, 'Slachtoffer of aangever van seksueel misbruik: Nomen est omen?', *Delikt en Delinkwent* (in press).

¹⁶⁹ Being witness to domestic violence is now defined as a form of child abuse; hence the Domestic Violence and Honor Based Violence Guidelines are applicable. Contained in that document is a special protocol on how to handle children who have suffered from or witnessed domestic violence called the 'Child track' (*Kindspoor*). This protocol essentially requires that the police form a consortium with several child victim care agencies (e.g., the Child Abuse Counseling and Reporting Centers). Together they aim to create a safe environment for the child, reduce the risk of developmental difficulties, detect problems in the development of the child at an early stage, and offer adequate help (if necessary, by force).

¹⁷⁰ Cases of child abuse can be reported by the medical system to the local Child Abuse Counseling and Reporting Centre. However, as compared to national numbers [concerning cases reported to law enforcement officials], only very few victims of child abuse come to the attention of the Child Abuse Counseling and Reporting Centers. A recent study showed that many professionals are aware of child abuse, but only few of them report these cases to the Child Abuse Counseling and Reporting Centers, sometimes because they think it would be a violation of their duty of confidentiality. This is apparently true despite the fact that, according to general legal provisions, medical professionals have a right to report to the Child Abuse Centers and they are allowed provide all relevant information. The interest of the child prevails over the privacy of the family. The Department of Justice has therefore widely distributed special guidelines to inform professionals of their responsibilities and legal options to report any form of child abuse (or domestic violence) without jeopardizing their obligation to maintain confidentiality. Furthermore, as of 2011, all professions in fields relevant to child abuse and all forms of 'family violence' are obliged to have a Child Abuse Reporting Code in place. This reporting protocol should improve the problem of underreporting and should improve the actual support provided to victims. We note, however, that reporting is still not mandatory.

2.1. Sonderregeln bezüglich des Personals

184. When it comes to **domestic violence**, each police force and each district's public prosecutor's office are required to have a **domestic violence liaison officer** in place. These officers must take special courses on domestic violence and honor based violence (*Aanwijzing huiselijk geweld en eerge relateerd geweld*). However, other police and public prosecution personnel will be involved in domestic violence cases as well. For these officers, the Domestic violence Guidelines provide that *'the management team of the police force and the PPS must insure that an adequate and structural level of knowledge exists among the employees whose task it is to deal with cases of domestic violence'*. There are no guidelines on special schooling for judges.

185. The rules concerning the police personnel who handle **sexual offences** and **child abuse**, laid down in the **Guidelines on the Investigation and Prosecution of Sexual Abuse** (*Aanwijzing opsporing en vervolging inzake seksueel misbruik*), are much stricter. They must be **specialized police officers**. Each police force must have a **protocol** detailing the assistance to and referral of victims of vice cases as well as sufficient police officers who are capable of receiving victims and can take down a report. In the case of sexual offences, they must have had special schooling on vice cases and devote at least 24 hours per week to vice crimes. Given the preference of many victims to be heard by an officer of a specific gender, the police forces must have sufficient specialized female and male officers available. Before the victim can file a complaint, there is first an **informative conversation**, in which the victim is informed of the consequences of filing a complaint (see above section 1.2.). This conversation is carried out by two police officers (at least one a specialized vice officer) and is **tape recorded**. After the informative conversation, the victim can file a complaint (the requirements that two police officers conduct the informative conversation, that the conversation be tape recorded, that any person accompanying the victim be absent during the substantive part of the procedure apply here as well). For certain, very complex cases (e.g., sexual abuse of a child under the age of 3; ritual sexual abuse; recovered memories of sexual abuse after therapeutic treatment) a **national expertise center** has been established.

186. Victims between the ages of 4 and 12 years, mentally impaired victims and victims with a cognitive disorder must be questioned in accordance with a **special hearing / interview protocol** (*Protocol Studioverhoor*) which essentially requires that children be interviewed by a **specialized police officer** in a **child-friendly interview studio**. It is furthermore 'desirable' that the police inform the child victim of the voluntariness of his/her witness statement, because the child may experience a conflict of loyalty (e.g., when he/she reports his/her parents). A **behavioral psychologist** could advise on this, and the police should discuss this advice with the public prosecutor. The other main requirements as laid down in the Special hearing protocol are:

1. that the interviews be held by **professional police officers**, who have followed a dedicated course on interviewing under-aged witnesses;
2. that the interview be **audio- and video-taped**;
3. that during the interview only the witness and the professional police officers be present (in exceptional cases, a third person accompanying the witness may also be present, but (s)he must remain passive throughout the interview);

4. that **external experts** may be present during the interview with the permission of the public prosecutor;
5. that afterwards, the companion of the witness be informed concerning the interview and (if necessary) advised on the necessity or desirability of (professional) assistance for the witness.

187. Furthermore, child victims (or other people who wish to file an allegation of child abuse) can file a complaint with the **specialized youth and vice cases department**. All police officers working for such a department have received **special training** in order to deal with these cases.¹⁷¹ Our research revealed no information concerning special schooling for public prosecutors or judges, probably because there is no specialization at those levels.

188. Finally, though each police force has contacts with a **medical examiner**, the victim is free to choose his/her own doctor.

189. As for the **public prosecution service**, every prosecutor's department must appoint a **specialist on sexual offences** to coordinate and see to the implementation of the Sexual Abuse Guidelines. This public prosecutor must have followed **courses** on vice crimes and victim support. He deals with vice cases of a more complex nature and/or vice cases which have had a large societal impact.¹⁷² Every public prosecutor should, however, be able to prosecute simple sexual offences. On the level of the (criminal) courts, there is no specialization.

2.2. Sonderregeln bezüglich der Gerichte und der Verfahren

2.2.1. Competent Courts

190. In 2009, there was a debate on the necessity of having **specialized courts** for cases of domestic violence, but this has **not resulted** in the establishment of such courts. Neither are there specialized courts for sexual offences or cases of child abuse.¹⁷³

2.2.2. Right of the victim to join as a party

191. Victims of domestic violence, sexual violence or child victims can **join as a party** to the criminal proceedings to claim damages, as can victims of all crimes. The applicable provisions are Article 51f and 51g CCP. The most important requirements are the following: Any person who has **suffered damages** as a **direct consequence** of the crime, can join as a party (Art. 51f (1) CCP). If the person is deceased his surviving relatives can join instead (Art. 51f (2) CCP). The injured party can also join for only part of the damages (art. 51f (3) CCP), and, for instance, make a claim for the remainder of his or her damages in a civil proceeding. Sometimes 'splitting' the claim for damages is necessary. Although the former requirement that criminal courts only handle claims of €700 or less has been abandoned, the courts can refuse to handle a claim if it would 'disproportionally burden' them (e.g., very complex claims). Furthermore, if the victim would have needed **legal representation** in a civil court, he or she must be represented in the criminal court as well (Art. 51f (4) CCP). The public prosecutor keeps the

¹⁷¹ See www.politie.nl (29.09.2011).

¹⁷² Guidelines on the Investigation and Prosecution of Sexual Abuse (*Aanwijzing opsporing en vervolging inzake seksueel misbruik*).

¹⁷³ There are specialized courts for when the suspect is a minor.

injured party informed in writing of the initiation or continuation of the prosecution, and of the time and date of the trial (Art. 51f (5) CCP). The injured party must fill out a special form in order that the public prosecutor inform the suspect as soon as possible of the claim (Art. 51g (1)(2) CCP).

2.3. Sonderregeln im Beweisrecht

192. There are **no special rules** of evidence for victims of domestic violence, sexual violence or child victims. However, a general factor that may contribute to the willingness of victims to report a crime is the fact that in the Netherlands, so-called ***de auditu evidence*** is admissible in court (in other words: no principle of immediacy). This means that in most cases, it suffices if the victim's **statement** (or a videotaped witness statement) at the police station is added to the file, and the victim need not appear in person in court during the trial.

193. In order to protect the victim, the Domestic Violence and Honor Based Violence Guidelines (*Aanwijzing huiselijk geweld en eergevelateerd geweld*) provide that the police must insure that the victim's **address is not mentioned** in the report if the victim so desires. The victim may designate the police station as the address for service of process; the place of residence of persons in a shelter is never mentioned.

194. There are no real age restrictions for **children giving evidence**. The only difference is that an oath cannot be administered to children below the age of 16, but they will be "asked to tell the whole truth and nothing but the truth" (Art. 216(2) CCP).

2.4. Sonderregeln bezüglich des Schutzes der Betroffenen

195. In addition to the right to be informed about legal proceedings (see above, 1.3. and 2.4.3.), the position of the victim during and after the trial is also positively influenced by other rights, such as the right to add documents to the criminal file (upon obtaining permission of the public prosecutor, art. 51b(2)CCP), the right to a translator¹⁷⁴ (art. 51c(3) CCP), the right to submit a claim for civil damages by joining in the criminal proceedings as an injured party (art. 51f and 51g CCP, see above, 2.2.2.), the possibility of giving an oral or written victim impact statement in serious cases (art. 51e CCP, below 2.4.1.), and the right to legal representation and assistance (art. 51c CCP, see 2.4.5.). Other mechanism provide for a protection during the hearing (below, 2.4.2.), for protection from acts of revenge (2.4.6.) and for protection of children (2.4.7.).

2.4.1. Victim impact statement

196. The right to make a **victim impact statement (VIS) (*spreekrecht*) was introduced in the CCP on 1 January 2005 (article 302 CCP)**. A VIS means that the victim or the surviving relative can make an oral statement during the trial (usually approximately 15 minutes) in which he or she elaborates on

¹⁷⁴ Article 1 (3) of the Act Finance of Criminal Proceedings (*Wet tarieven strafzaken*), states, that when the prosecutor arranges for a translator for the victim, the victim does not need to pay for the translator. Only when the victim brings a translator him or herself, he or she needs to take care of the payment of the translator. See also article 6 (3 sub e) European Convention on Human Rights and article 14 (3 sub f) International Covenant on Civil and Political Rights.

the consequences that the crime has had on his or her life. The victim is allowed to speak about physical, emotional or economic consequences, but cannot give an opinion on the suspect or the sentence. If the victim is afraid to confront the offender during trial, the statement can also be put in writing and added to the police file. The VIS can then be read out loud by someone else. Children older than 12 years are allowed to make a VIS, and an exception can be made for children under the age of 12 as long as they "are able to act in their own interest". Children over the age of 12 that are victims of child abuse may also give a victim impact statement, children under that age may do so only if they are competent to represent their own interests.¹⁷⁵ A victim impact statement can only take place when it concerns a crime of which the imprisonment is set on 8 years or more or when it concerns the following (limitative list) crimes as laid down in article 302 CCP and article 6 of the Dutch Traffic Act (*Wegenverkeerswet 1994*): possession, production or transfer of child pornography, abuse of a child, unconscious or physically or mentally ill person, youth prostitution, indecencies with minor entrusted to one's care, the commission of indecencies with a third person by a minor child entrusted to one's care, human trafficking with criminal exploitation of prostitution, threat of public violence, '*belaging*' (aggression), physical abuse where serious bodily harm or death ensues, premeditated physical abuse where serious bodily harm or death ensues, participation in an attack, death by negligence or carelessness, serious bodily harm by negligence or carelessness, blackmail and death or serious bodily harm by acts in traffic.

197. In 2010 a study has been done on the question to what extent the Oral Victim Impact Statement Act has met its primary goal for those entitled to invoke this law, namely as a beginning of emotional recovery through acknowledgement? The results of this study about the VIS – which entails a wider scope than only the possible recovery through acknowledgement - can be found in the English summary of the report.¹⁷⁶ The study showed overall that the oral Victim Impact Statement is not used on a wide scale in the Netherlands. Two methods of estimation, as laid down in the study, converge on a number of participants of about 230 to 260 per year. The written Victim Impact Statements far outnumber the oral ones.

2.4.2. *Protection of the victim during the hearing*

198. There is no regulation on **special entrances** to courthouses (to the best of my knowledge, there are no such special entrances) or courtrooms for victims. This is also the case for **special waiting areas** in court premises. Nevertheless in **practice**, some courthouses have a standard special waiting area (e.g., The Hague) or the victim can **request** the courthouse to provide a special waiting area (in most courthouses). The victim must make this request in a timely manner, otherwise the victim and the suspect may be required to share a waiting area. As early as 2002, Victim Support in the Netherlands lobbied for standard separate waiting areas.

199. In principle, the trial is held **in public**. Exceptions can be made, for instance in the interest of minors or to protect the privacy of the victim (art. 269(1) CCP). The court can order that a trial be held **in camera** on its own initiative, but it can also act on the request of the public prosecutor or the

¹⁷⁵ See Guidelines on the Investigation and Prosecution of Child Abuse (*Aanwijzing opsporing en vervolging inzake kindermishandeling*).

¹⁷⁶ Drs. K. Lens *et al.*, '*Het spreekrecht in Nederland: een bijdrage aan het emotioneel herstel van slachtoffers?*', English summary on p. 101 ss., available at <http://arno.uvt.nl/show.cgi?fid=113114> (21.03.2012).

victim (or the suspect). The victim can furthermore request the court to have the **suspect removed** while he/she testifies in court. These are general procedures for all victims, however, not just victims of domestic violence, sexual violence or child abuse.

2.4.3. *The victim's right to information*

200. Rules on concerning the victim's right to information are contained in the guidelines that bind the police and the PPS as well as in the Code of Criminal Procedure. The **Domestic Violence and Honor Based Violence Guidelines** (*Aanwijzing huiselijk geweld en eengerelateerd geweld*), contain the following rules on the information of the victim:

- In each phase of the procedure, the victim should be informed beforehand of the time when, and the conditions under which, the suspect will be **released**.
- The victim is informed by the police of the criminal proceedings, is **actively encouraged** to file a complaint and is referred to specialized support organizations.
- The police have the victim indicate whether he or she wants a **restraining order** to be imposed.
- When the examining magistrate decides on whether or not to suspend the suspect's **preventive custody**, the public prosecutor makes certain that the victim is informed of the examining magistrate's decision in a timely manner.

201. After the case has been handed over to the public prosecution service, the public prosecutor must provide the victim with written information on the beginning and the progress of the **prosecution**, the date and time of the **trial**, and the **final judgment** in the criminal case against the suspect. When serious crimes are concerned, it will also inform the victim of the **release** of the suspect or the person sentenced. The victim is also informed of the possibility of obtaining **compensation** (art. 51a (4) CCP). Finally, victims of certain serious crimes are also allowed to have a personal meeting with the public prosecutor (this also applies to children). If the public prosecutor decides not to prosecute, he must inform the victim of the possibility of **appealing** this decision.

2.4.4. *The Access to the Case file*

202. The victim of a crime can request the public prosecutor to grant permission to **inspect the case file** (art. 51b(1) CCP). The permission to inspect the file can be refused on certain grounds, but the victim can appeal this decision to the court.

2.4.5. *Legal assistance, representation and legal aid*

203. When it comes to the **right to legal aid and representation** (art. 51c CCP), under article 44(4) of the Legal Aid Act (*Wet op de Rechtsbijstand*) victims of violent or sexual crimes who have suffered serious mental or physical damages have the right to have a lawyer assigned to them free of charge, regardless of their income, if:

- the suspect is prosecuted, and
- the victim would qualify for payment under the Criminal Injuries Compensation Fund (see section 4).

204. The right to (legal) assistance and representation is not only applicable when a victim joins as a party to the proceedings, but can also be applicable if the victim only appears as a witness. The assistance is **free of charge** when provided for by Victim Support the Netherlands (e.g., for simple damage claims), but legal representation by a lawyer must be paid for. The **Legal Aid Council** (*Raad voor de Rechtsbijstand*) can assign a lawyer free of charge, but this is restricted to certain forms of (serious) damages.¹⁷⁷

2.4.6. Protection and restraining orders

205. As far as measures for the protection of these victims from acts of revenge are concerned, there are several means by which intimidated or vulnerable victims can be protected. First of all, the Dutch **criminal law** provides for **protective orders**. These can be imposed both pre-trial or post-trial. A criminal protective order can be imposed as a condition to:

1. suspension of a pre-trial arrest,¹⁷⁸
2. suspension of a prosecution,¹⁷⁹ or
3. a suspended sentence.¹⁸⁰

206. If the suspect/offender violates the order (s)he will be taken back into custody, the prosecution proceedings will be taken up again, or the sentence will be executed (in practice, however, this does not always happen). The criminal protective orders are free of charge and the police, when handling a domestic violence case, should explicitly address in the official report whether and for what reasons the victim requests that a protective order be imposed.¹⁸¹ It is always, however, the examining magistrate (with respect to preventive custody) or the court (with respect to the sentence) that makes the final determination. The imposition of criminal protective orders is not dependent on whether the victim actually files a criminal complaint.

207. In addition, there are three types of **civil restraining orders**: a restraining order that prohibits the suspect from:

1. entering a designated area or street (**'street restraining order'**),
2. entering a house (**no-entrance order**) or
3. having any contact with the applicant in whatever manner (**no-contact order**).

208. Victims can initiate **civil interlocutory proceedings** to apply for either one at any time; filing a criminal complaint or a demand for prosecution is not necessary. The provision usually takes the form of an order or a prohibition strengthened by incremental penalty payments (*dwangsom*), however the court may also order that the suspect be taken into custody if he or she fails to comply with a judicial order (*lijfswang*). Depending on the judgment of the court, the suspect who violates

¹⁷⁷ See the work instruction on the assignment of a lawyer to the injured party in criminal proceedings of the Legal Aid Council: <http://kenniswijzer.rvr.org/>, document Z110 vordering benadeelde partij in strafproces (29.09.2011).

¹⁷⁸ Article 80 CCP.

¹⁷⁹ Art. 167(2) and 244(3)(4) CCP.

¹⁸⁰ Article 14c under 5 CCP.

¹⁸¹ Aanwijzing huiselijk geweld.

the restraining order is therefore subject either to a penalty payment or imprisonment. The latter is not beneficial for the victim, for (s)he must pay for the maintenance of the suspect during his/her stay in detention. Another disadvantage of civil interlocutory proceedings is that the victim may be liable for the costs of litigation (even the legal costs of the suspect if the claimant loses the case). In addition, it should be noted that proving a violation of a civil restraining order is cumbersome. The bailiff requires two (independent) witnesses of the violation. Civil restraining orders apply for a limited period of time, but can be prolonged.

209. **Administrative** law, finally, offers the possibility of imposing a **temporary barring order** in situations of **domestic violence** that present an acute risk to the victim (and possibly children): the offender can be **banned from the home** for a period of ten days (inspired by the Austrian system). This is the only legal provision in the Netherlands specifically dedicated to effective intervention and prevention of domestic violence (partner abuse, child abuse, elder abuse). In practice, this law is used mostly in cases of partner abuse (90%). The order can be initiated by the police under the authority of the mayor. The imposition of the order may be appealed in court within three days, and the court can lift or confirm the order, or prolong it for a maximum of four weeks. During the ten days (or other period) that the order is in force, a support program for the perpetrator and victim (and children) will be drawn up.

2.4.7. *Child care and shelters*

210. In compliance with the Guidelines on the Investigation and Prosecution of Child Abuse (*Aanwijzing opsporing en vervolging inzake kindermishandeling*), investigation and prosecution of cases which involve child victims is always linked to **child care measures** (and *vice versa*). There are provisions to ensure the **collaboration** between child care and the criminal justice system. The Guidelines provide that the local Child Abuse Counseling and Reporting Centers or the Child Protection Board (*Raad voor de Kinderbescherming*) must report a case to the police if a case of child abuse is identified. Such a report will be made in compliance with internal reporting guidelines. Similarly, the police will report all notifications of child abuse to the Child Abuse Counseling and Reporting Centre; the police and the PPS must gear their investigative activities to the activities of (other) supporting organizations and professionals. Although for the most part the two systems of intervention operate independently of each other (each being specialized in their own field), they act in tandem. The Guidelines mention that 'the police together with the other participants in the network must assure the safety of the other family members and help/shelter to the remaining child(ren)/victim(s).'

211. The Guideline further stresses that the **primary concern** of the police/PPS is the **child's safety**. For example, this means that when both parents are arrested, the police must contact the Child Abuse Counseling and Reporting Centre (*Raad voor de Kinderbescherming*) to arrange for a safe place for the child to stay. In serious cases of abuse (e.g., with visible injury and structural violence) immediate professional support must be arranged for the child.

212. In addition, for child victims, **crisis centers/shelters** are available where parents and their children may stay, if necessary. The **crisis intervention team** of the Youth Care Agency can be contacted, for example, by the police or (if necessary anonymously) by the relevant care professions, for immediate intervention in cases of serious abuse with a risk of recidivism. They can provide

immediate shelter for the child. There are also certain civil provisions which aim to protect (abused) children. The state agency that is authorized to intervene with respect to the rights of parents (under family law) in the medium and long term is the **juvenile court**. This court will decide (on the basis of an investigative report of the Child Protection Board) which the child protection measures should apply. The measures that are available are a (temporary) family supervision order (*ondertoezichtstelling*), custodial placement, restriction of contact between parent and child, (temporary) suspension of parental authority (*onthefing van het ouderlijk gezag*) and permanent removal of parental authority (*ontzetting uit het ouderlijk gezag*).

213. Finally, in serious cases, the victim (and his/her children) may have access to a **safety house/shelter**, and there are **special procedures for witnesses who have been threatened**. If the victim has the status of a “limited threatened witness” (Art. 190 (2)CCP) then his/her identity can be protected to a certain extent; if the victim has the status of a “threatened witness” (Art. 226a CCP) then even more protection can be given (even witness protection programs), but these latter two measures are highly exceptional. They are mainly applied in high profile cases involving organized crime.

214. Another safety measure which has been introduced in some police districts for victims of domestic violence who are being stalked or threatened by a former partner after the relationship has ended is the **AWARE alarm** system. The victims are given a GPS-directed alarm system that they are only allowed to use in life-threatening situations. Once they set off the alarm, a patrol car is immediately sent to the victim without any questions being asked. The alarm system can be combined with assistance to the victim and (if possible) to the offender.

215. With the exception of the (civil) child protection measures, the temporary barring order and the AWARE alarm system, the measures described above can (in theory) be applied to all victims of crime, not just to victims of domestic violence, sexual offences or child abuse.

2.5. Weitere Sonderregeln

216. Domestic violence is covered by the **general provisions of criminal law**. There is no dedicated law on domestic violence in the Netherlands. Various criminal provisions, such as those concerning assault, causing grievous bodily harm, manslaughter or murder, threats, criminal damage, rape or sexual assault can be applicable, irrespective of whether the behavior took place in the private realm. If, however, the perpetrator is a spouse, parent or child of the victim, this relationship counts as an aggravating circumstance which causes the maximum penalty to be increased by 25% (guidelines for the public prosecution service). Only criminal damage or theft within marriage is exempted from criminal prosecution because of the marital relationship.¹⁸²

217. There is no rule which completely prevents **suspension or termination of criminal proceedings** in respect of a minor offence committed within a personal relationship. Of course, given that the Netherlands follows the principle of expediency (not the principle of legality), the public prosecution service can decide whether or not it wishes to prosecute certain (minor) offences. Nevertheless, the

¹⁸² Council of Europe, *Legislation in the Member States of the Council of Europe in the field of Violence against Women. Volume II: Italy to the United Kingdom*, Strasbourg: Council of Europe 2007, p. 72.

Guidelines provide that in cases of domestic violence and/or child abuse, the general rule is that the public prosecution service must prosecute if there is sufficient evidence. In principle, the police are never permitted to drop a case of sexual abuse. Only the public prosecutor may make such a decision.

218. Concerning cases of **child abuse**, the general rule¹⁸³ is that the suspect will be prosecuted if there is sufficient evidence. Only as an **exception** will cases be **dismissed**, and then only under certain conditions (e.g., where court-ordered supervision is imposed). In serious cases, preventive custody may be suspended only on condition that the suspect will not return to the family and can only visit his/her child in the presence of another parent or a social worker. In the sentencing stage, if – despite everything that has happened – there still is a chance of repairing the (family) relations, this must be encouraged by considering conditional sentences.

219. Some special measures concerning violent persons have been dealt with above. **Electronic ankle bracelets** have been experimented with in the past (until 1 July 2010), but they have not been codified in the legislation.¹⁸⁴ They were used as a means to place convicted offenders, or suspects whose pre-trial detention was suspended, under house arrest (either as a replacement for a prison sentence or as a condition to a conditional prison sentence). This measure was not specifically designed for violent offenders.

220. There are, however, **specialized perpetrator programs** which are specifically designed for **violent offenders**. During these programs, for example, violent offenders learn how to control their anger. The violent person can attend some of these programs voluntarily (e.g., during a temporary barring order if there is no simultaneous criminal procedure), as a condition to a suspended prosecution/pre-trial detention as part of a (conditional) sentence.

3. Opferberatung

221. Support for the victim during and after the trial (in the case of acquittal as well as conviction), is offered by **Victim Support the Netherlands**. Victim Support NL offers **practical, legal and psycho-social support free of charge**. Their goal is to support the victim getting to terms with the crime and – if possible – the help the victim with reparation or at least mitigation of the material and immaterial damage suffered.¹⁸⁵ As part of their service, they can prepare the victim for the trial, accompany the victim to the trial or even attend the trial as a representative of the victim in order that the victim not be obligated to attend. If more specialized legal or psycho-social support is needed, Victim Support will refer its client to specialized help organizations. In principle, the victim does not need a legal representative during the trial, unless he or she wishes to claim damages or if he/she is called to the stand to testify.

222. **General information** for victims of crime (i.e., not related to the victim's specific case), is available in the form of official leaflets explaining criminal procedure. In addition, a significant amount of

¹⁸³ According to the Guidelines on the Investigation and Prosecution of Child Abuse (*Aanwijzing opsporing en vervolging inzake kindermishandeling*).

¹⁸⁴ See www.rijksoverheid.nl (29.09.2011).

¹⁸⁵ See www.slachtofferhulpnederland.info (29.09.2011).

information can be found on the official websites of the police and the public prosecutor.¹⁸⁶ On the website of Victim Support the Netherlands, there is also a video of a trial available.¹⁸⁷

223. When reporting a crime, the victim is also asked whether he/she would like his/her contact information to be forwarded to Victim Support the Netherlands. If the victim does not object, Victim Support will contact this victim to see if he/she is in need of support. Moreover, the police, the public prosecution service and Victim Support the Netherlands have now combined forces working in the recently established '**victim information points**' (*slachtofferloket*).¹⁸⁸ It is here that the victim can turn with questions related to his/her case, requests for emotional support and/or general information.

224. It is **not necessary** to have filed a **complaint** to be able to benefit from special advisory services for victims. Any victim is allowed to call Victim Support the Netherlands (*slachtofferhulp Nederland*) without charge and request their help even in the absence of a criminal or other procedure. To the best of our knowledge, there is no explicit prohibition of making availability of special advisory services dependant on the existence of a complaint, but no such link is required in practice.

4. Staatliche Opferentschädigung

225. The primary means for a victim to benefit from special compensatory payments by the state is to apply for compensation from the **Criminal Injuries Compensation Fund** (*Schadefonds Geweldsmisdrijven*). The fund grants once-only **financial compensation** for pain and suffering, medical costs and/or loss of income to victims of violent crimes (e.g., violent theft, robbery, assault, rape, domestic violence, stalking or incest) up to a maximum of €9,100. The victim or his/her (surviving) relatives must have suffered serious physical and/or psychological harm, the victim must not be the cause of the crime, the crime must have been committed in the Netherlands, the request for compensation must be made within 3 years of the date the crime was committed, and the victim must have received no other compensation for his/her damages (e.g., compensation by the offender or an insurance company). It is generally necessary that the victim is able to prove what happened to him/her. Filing a complaint can be helpful in that respect, but it is not a requirement. The commission of the crime can also be established through witness statements or a medical file.¹⁸⁹

226. Another way to apply for compensatory payments by the state is to use the **advance payment scheme** (*voorschotregeling*). The advance payment scheme went into effect on January 1, 2011 together with additional provisions concerning victims' rights that were codified in the Code of Criminal Procedure (see above). This scheme is intended to benefit victims of violent and vice crimes who have been awarded a **compensatory payment measure** by the court. If the convicted **offender has not paid** the compensatory payment within 8 months after the verdict has become final, the **state** will pay the all or any outstanding amount of the compensation awarded to the victim. This

¹⁸⁶ No information on the existence of a video explaining the workings of the criminal procedure could be found.

¹⁸⁷ See <http://www.slachtofferhulp.nl/Algemeen/Strafproces/Strafzitting/> (in Dutch), (21.03.2012).

¹⁸⁸ See the official website of the public prosecution service: www.om.nl (29.09.2011).

¹⁸⁹ See www.schadefonds.nl.

does not exempt the offender from paying the compensatory amount; the state will in turn try to obtain the money from the offender. The advantage is that the victim need not wait to receive the due to him/her and he/she is not responsible for collecting the money from the offender.

227. In a couple of years, as of January 2016, the advance payment scheme will apply to **all victims**, not only those who have suffered from violent or vice crimes.¹⁹⁰ For the latter group of victims, however, the advance payment may not exceed € 5000, whereas for violent and vice crimes, there is no maximum. In order to benefit from the advance payment scheme, the victim must have **filed a complaint** (or at least there must have been a criminal trial which ended in the suspect being sentenced to a compensatory payment measure).

5. Mediation und Täter-Opfer-Ausgleich

228. Although some authors do not consider it to be a means of mediation¹⁹¹, an initial form of **victim-offender-reconciliation** is the option to reach a settlement with respect to damages with the help of the police or the PPS, **before** the actual criminal trial begins. Before the criminal trial, the police must **inform** the victim as soon as possible about the existing possibilities for mediation (*Aanwijzing slachtofferzorg*). If the victim indicates that he/she seeks compensation for damages, the police must actively attempt to bring the victim and the suspect to a settlement agreement at an early stage. The requirements for these so-called “cash on the nail”-cases (*boter-bij-de-vis-zaken*) are:

- The victim seeks compensation for damages.
- The damages are easily established and uncontested.
- The suspect has been heard.
- The suspect is willing to pay the damages.
- The settlement of the damages can be arranged within a short period of time (max. 2 or 3 instalments).

229. The public prosecution service must also insure that the victim is compensated for material and immaterial damages as soon as possible. They, too, can propose payment of compensation before the trial. If the suspect does not pay the entire sum within the timeframe proposed by the PPS (no later than six months after the agreement to pay compensation), the claim for compensation will be dealt with in court. The consequence of these (simple) “cash-on-the-nail”-cases on the criminal proceedings is that often, the payment of the damages results in a **dismissal of the case**.

230. It must also be noted that the recently inserted article 51h CCP provides that (further) rules concerning mediation between victim and suspect can be imposed by governmental decree (*algemene maatregel van bestuur*). This governmental decree has not yet been drafted.

¹⁹⁰ See <http://www.volkskrant.nl/vk/nl/2680/Economie/article/detail/2881661/2011/09/01/Overheid-schiet-schadevergoeding-slachtoffers-misdrijf-voor.dhtml> (29.09.2011).

¹⁹¹ See J. Blad, ‘Herstelrecht in Nederland ? Voorlopig veel nadruk op gesprekken’, Tijdschrift voor Herstelrecht (11) 2011-1, pp. 40-53. Blad does not think this option would qualify as a genuine form of mediation, because, in some cases, the offender can still be prosecuted after payment of the damages (e.g., for retributive purposes), and the victim and offender often do not meet one another.

231. In the interim, victims and offenders may participate in a '**victim-offender conversation**' (*slachtoffer-dadergesprek*). This is defined as 'a contact between victim and offender, which gives both parties the opportunity to see the other side of the crime. By looking together to the consequences, motives and questions surrounding the crime, victim and offender can relate to each other differently'.¹⁹² The principles of these conversations are the following:

- The participation in these conversations by both the victim and the offender is **voluntary**
- They are only an **addition** to the criminal procedure
- If both parties agree, a report of the outcome of the conversation can be sent to the public prosecutor who, in turn, can **take this into account** when formulating his demand for a penalty.

232. Strictly speaking, the victim-offender conversations **have no consequences** for the criminal proceedings. This is criticized by some authors, because it is not in conformity with the Framework Decision on the Standing of Victims in Criminal Proceedings.¹⁹³ According to Article 10 (1) of the Framework Decision, the Netherlands are obliged to promote mediation in criminal cases. Furthermore, the Framework Decision defines 'mediation in criminal cases' as 'the search, prior to or during criminal proceedings, for *a negotiated solution* between the victim and the author of the offence, mediated by a competent person (Article 1(e)) [emphasis added]. According to some authors, the Dutch victim-offender conversations are not strictly speaking a form of mediation, at least not under the definition of the Framework Decision, since their goal is not to reach a *negotiated solution*.

¹⁹² See www.slachtofferinbeeld.nl (29.09.2011).

¹⁹³ See Blad, *op. cit.*

D. Österreich

1. Erstattung von Strafanzeige und Strafantrag

1.1. Strafantrag und Ermächtigung

233. Das österreichische Strafrecht kennt drei verschiedene Möglichkeiten, wie ein Opfer ein Strafverfahren in Gang setzen kann.

234. Zunächst ist hier die einfache **Strafanzeige** nach § 80 Abs. 1 Strafprozessordnung (StPO)¹⁹⁴ zu nennen, mit der jeder, der Kenntnis von einem (mutmasslich) strafbaren Verhalten erlangt, den Sachverhalt den Strafverfolgungsbehörden mitteilen kann. Die Strafverfolgungsbehörden sind verpflichtet, jedem Hinweis auf strafbares Verhalten nachzugehen, solange die Strafverfolgung kein explizites Verlangen des Opfers voraussetzt, § 2 Abs. 1 StPO.

235. Daneben gibt es in Österreich reine **Privatanklagedelikte**. § 71 Abs. 1 S. 2 Hs. 2 StPO bestimmt, dass hinsichtlich reiner Privatanklagedelikte kein staatliches Ermittlungsverfahren durchgeführt wird. Bei diesen Delikten bedarf es nicht lediglich einer Strafanzeige, um ein Strafverfahren in Gang zu setzen, sondern ein explizites Verlangen des Opfers nach einer strafrechtlichen Verfolgung. Eine Verfolgung von Amts wegen ist hier nicht möglich. Welche Delikte nur auf Privatanklage hin verfolgt werden, bestimmt das materielle Recht, § 71 Abs. 1 S. 1 StPO. Delikte im Rahmen der häuslichen Gewalt oder Verletzungen der sexuellen Selbstbestimmung fallen nicht darunter. Einige Delikte gegen fremdes Vermögen werden bei Begehung innerhalb der Familie zu Privatanklagedelikten.¹⁹⁵

236. Des Weiteren gibt es sog. **Ermächtigungsdelikte**, § 92 StPO.¹⁹⁶ Hier können die Strafverfolgungsbehörden zwar von Amts wegen tätig werden, da das staatliche Verfolgungsrecht mit Begehung der Tat entsteht.¹⁹⁷ Zur Verfolgung der Tat bedarf es jedoch einer Ermächtigung seitens des Opfers. Die Strafverfolgungsbehörden müssen gemäss § 92 Abs. 1 S. 1 StPO unverzüglich, also nach Ausforschung der Person des Beschuldigten,¹⁹⁸ bei der gesetzlich zur Ermächtigung berechtigten Person anfragen, ob sie die Ermächtigung erteilt. Verweigert das Opfer als Berechtigter diese Ermächtigung, so kann die Tat nicht weiter verfolgt werden, § 92 Abs. 1 S. 2 StPO, wobei die Ermächtigung als verweigert gilt, wenn sie nicht binnen 14 Tagen nach Anfrage erklärt wird, § 92 Abs. 1 S. 3 StPO. Eine Anschlussklärung als Privatbeteiligter nach § 67 StPO gilt als Ermächtigung, § 92 Abs. 2 S. 2 StPO.

¹⁹⁴ Strafprozessordnung 1975 (StPO), StF: BGBl. Nr. 631/1975 (WV), zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 67/2011 (NR: GP XXIV IA 1580/A AB 1280 S. 113. BR: AB 8550 S. 799.).

¹⁹⁵ § 166 Abs. 3 StGB (Strafgesetzbuch, Bundesgesetz vom 23. Jänner 1974 über die mit gerichtlicher Strafe bedrohten Handlungen (Strafgesetzbuch – StGB, BGBl. Nr. 60/1974 (NR: GP XIII RV 30 u. 1000 AB 959 u. 1011 S. 84. u. 98. BR: S. 326.), zuletzt geändert: BGBl. I Nr. 66/2011 (NR: GP XXIV IA 1507/A AB 1279 S. 113. BR: AB 8549 S. 799.)

¹⁹⁶ Ermächtigungsdelikte sind die Täuschung (§ 108 StGB), der Hausfriedensbruch (§ 109 Abs. 1 StGB), die Beleidigung (§ 117 StGB), Verletzung des Briefgeheimnisses und widerrechtlicher Zugriff auf ein Computersystem (§§ 118, 118a StGB), die Verletzung des Telekommunikationsgeheimnisses und missbräuchliches Abfangen von Daten (§§ 119, 119a StGB), der Missbrauch von Tonaufnahme- oder Abhörgeräten (§ 120 StGB), der Eingriff in fremdes Jagdrecht (§ 139 StGB), die Entwendung (§ 141 StGB), das Erschleichen einer Leistung (§ 149 StGB) und der Notbetrug (§ 150 StGB).

¹⁹⁷ Vgl. Fabrizy, Die österreichische Strafprozessordnung, 10. Auflage, Wien 2008, § 92, Rn. 1.

¹⁹⁸ Vgl. Fabrizy, Die österreichische Strafprozessordnung, op.cit., § 92, Rn. 2.

1.2. Verfahren und Massnahmen zur Vereinfachung

237. Die Strafanzeige kann bei der Kriminalpolizei oder der Staatsanwaltschaft eingereicht werden, § 80 Abs. 1 StPO (Anzeigerecht). Eine besondere Form der Anzeige ist nicht vorgesehen. Sobald die Behörde Kenntnis von dem potentiell strafbaren Sachverhalt hat, ist von Amts wegen zu ermitteln (d.h. ein Ermittlungsverfahren einzuleiten, § 2 StPO).

238. Über das Vorbringen von Personen (z.B. auch der Entgegennahme einer Anzeige) ist ein **Amtsvermerk** zu erstellen (§ 95 StPO). Das bedeutet, dass die Anzeige derart **schriftlich** festzuhalten ist, dass ihr wesentlicher Inhalt nachvollzogen werden kann. Ein Amtsvermerk soll vom aufnehmenden Organ und von anderen Personen **unterfertigt** werden. Gesetzlich zwingend ist aber nur die Unterschrift des aufnehmenden Organs. Es ist also auch eine **anonyme Anzeige** möglich. In der Praxis ist es jedoch meistens zweckmässig, den Inhalt des Amtsvermerkes durch Unterschrift der betroffenen Personen (z.B. Anzeigenden) verifizieren zu lassen.¹⁹⁹

239. Das Gegenstück zum Amtsvermerk wäre die **Protokollierung** (§ 96 StPO), die vergleichsweise aufwendiger ist und gesetzlich Unterschriften von allen Beteiligten zwingend erfordert.

2. Sonderregeln im Strafverfahren

240. In Österreich existieren einige Sonderregelungen, durch die Opfer von Gewalttaten oder Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung aus dem Kreis der Opfer im Allgemeinen herausgehoben werden. Dabei handelt es sich in erster Linie um Massnahmen der Rücksichtnahme auf die besondere psychische Belastung und die besondere Schutzbedürftigkeit dieser Opfer. Zum besseren Verständnis werden im Folgenden die **generellen Massnahmen** zum Schutz der Opfer im Strafverfahren knapp dargestellt. Soweit es Sonderregeln für die **Opfer** von (häuslicher) Gewalt oder von **Sexualdelikten** gibt, werden diese besonders hervorgehoben.

241. Opfer haben ein Recht auf **Beteiligung** am Verfahren. Dies ist ein **allgemeiner Grundsatz** des Strafverfahrens. Das Opfer einer Straftat hat zu jedem Zeitpunkt im Verfahren ein allgemeines Recht auf respektvollen Umgang und Behandlung unter Achtung seiner Menschenwürde, z.B. gewisse Geheimhaltungsrechte, § 10 Abs. 3 StPO. Die Strafverfolgungsbehörden haben jederzeit auf die Rechte und Interessen der Opfer Rücksicht zu nehmen und über Hilfeleistungsmöglichkeiten zu informieren, § 10 Abs. 2 StPO.²⁰⁰ Im Detail sind die Opferrechte in den §§ 65 bis 70 StPO geregelt.

¹⁹⁹ Pilnacek/Pleischl, Das neue Vorverfahren, 2005, S. 75.

²⁰⁰ § 10. „(1) Opfer von Straftaten sind nach Maßgabe der Bestimmungen des 4. Hauptstückes berechtigt, sich am Strafverfahren zu beteiligen. (2) Kriminalpolizei, Staatsanwaltschaft und Gericht sind verpflichtet, auf die Rechte und Interessen der Opfer von Straftaten angemessen Bedacht zu nehmen und alle Opfer über ihre wesentlichen Rechte im Verfahren sowie über die Möglichkeit zu informieren, Entschädigungs- oder Hilfeleistungen zu erhalten. (3) Alle im Strafverfahren tätigen Behörden, Einrichtungen und Personen haben Opfer während des Verfahrens mit Achtung ihrer persönlichen Würde zu behandeln und deren Interesse an der Wahrung ihres höchstpersönlichen Lebensbereiches zu beachten. Dies gilt insbesondere für die Weitergabe von Lichtbildern und die Mitteilung von Angaben zur Person, die zu einem Bekanntwerden der Identität in einem größeren Personenkreis führen kann,

2.1. Sonderregeln bezüglich des Personals

242. Um eine Vernehmung eines Zeugen (damit auch eines Opfers) schonender zu gestalten, kann im Rahmen der kontradiktorischen Vernehmung ein **Sachverständiger** mit der Befragung des Zeugen beauftragt werden. Insbesondere kann hiervon bei der Befragung eines Zeugen, der das 14. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, Gebrauch gemacht werden, § 165 Abs. 3 S. 2 StPO.

243. Bei der Befragung Unmündiger ist bereits seitens der Exekutive nach Möglichkeit ein **besonders geschulter Beamter** oder eine sonst besonders geeignete Person heranzuziehen, § 6 Abs. 2 Z. 3 Richtlinienverordnung (RLV)²⁰¹.

244. Opfer, die in ihrer sexuellen Integrität verletzt worden sein könnten, haben das Recht, im Ermittlungsverfahren nach Möglichkeit von einer **Person des gleichen Geschlechts** vernommen zu werden, § 70 Abs. 2 Z. 1 StPO. Eine Frau, die durch einen Mann misshandelt oder schwer genötigt wurde, soll auch bei der Befragung im Ermittlungsverfahren über die Einzelheiten der Tat von einer Frau vernommen werden, sofern nicht besondere Umstände dagegen sprechen oder sie dies nach einer Belehrung nicht wünscht, § 6 Abs. 2 Z. 2 RLV.

2.2. Sonderregeln bezüglich der Gerichte und der Verfahren

2.2.1. Zuständigkeit und Besetzung der Gerichte

245. Für Verstösse gegen die sexuelle Selbstbestimmung ist das **Landgericht** als Geschworenengericht oder als Schöffengericht zuständig (§ 31 Abs. 2, 3 StPO). Die Zuständigkeit richtet sich dabei nach der Höhe der angedrohten Strafe, soweit die Taten nicht in den Zuständigkeitsvorschriften selbst aufgezählt sind.

246. Handelt es sich bei der Tat um eine **Verletzung der sexuellen Integrität** und Selbstbestimmung nach §§ 201 bis 207 StGB, so gelten besondere Regeln für die Besetzung des Schöffen- und Geschworenengerichts. Gemäss § 32 Abs. 2 StPO müssen dem Geschworenengericht mindestens **zwei** Geschworene, dem Schöffengericht mindestens **ein** Richter oder Schöffe des **Geschlechtes des Angeklagten** sowie dem Geschworenengericht mindestens **zwei** Geschworene, dem Schöffengericht mindestens **ein** Richter oder Schöffe des **Geschlechtes** jener Person angehören, die durch die Straftat in ihrer Geschlechtssphäre **verletzt** worden sein könnte.

247. Besondere Verfahren und weiter spezialisierte Gerichte gibt es dagegen nicht.

2.2.2. Privatbeteiligung

248. Das Opfer kann seine Rechte im Strafverfahren durch die Erklärung einer **Privatbeteiligung** erweitern, § 67 StPO. Eine solche Privatbeteiligung ist möglich, wenn das Opfer **Ersatz** des durch die Straftat erlittenen **Schadens** oder eine Entschädigung für die Beeinträchtigung seiner strafrechtlich

²⁰¹ ohne dass dies durch Zwecke der Strafrechtspflege geboten ist. Staatsanwaltschaft und Gericht haben bei ihren Entscheidungen über die Beendigung des Verfahrens stets die Wiedergutmachungsinteressen der Opfer zu prüfen und im größtmöglichen Ausmaß zu fördern“. Verordnung des Bundesministers für Inneres, mit der Richtlinien für das Einschreiten der Organe des öffentlichen Sicherheitsdienstes erlassen werden (Richtlinien-Verordnung - RLV), StF: BGBl. Nr. 266/1993.

geschützten Rechtsgüter begehrt. In der Erklärung der Privatbeteiligung sind in der Regel die Berechtigung des Opfers zur Mitwirkung am Verfahren darzulegen und die Ansprüche zu begründen, § 67 Abs. 2 S. 2 StPO. Eine Bezifferung der Ansprüche hat bis zum Ende des Beweisverfahrens zu erfolgen, § 67 Abs. 3 S. 2 Hs. 2 StPO. Der Privatbeteiligte ist **Beteiligter des Hauptverfahrens**, § 220 StPO. Er hat zunächst die gleichen Verfahrensrechte wie jedes Opfer einer Straftat, § 67 Abs. 6 StPO.

249. § 67 Abs. 6 StPO bezeichnet darüber hinaus auch **weitere Rechte des Privatbeteiligten**. So kann er auch Beweisanträge stellen, eine Beschwerde gegen eine gerichtliche Einstellung des Verfahrens erheben und wegen seiner privatrechtlichen Ansprüche in Berufung gegen das Urteil gehen. Des Weiteren kann der Privatbeteiligte die Anklage nach einem Rücktritt der Staatsanwaltschaft von der Verfolgung aufrechterhalten und damit zum Subsidiarankläger nach § 72 StPO werden. Der Privatbeteiligte muss zur Verhandlung geladen werden und hat das Recht, nach dem Schlussvortrag des Staatsanwalts seine Ansprüche auszuführen und zu begründen, § 67 Abs. 6 Z. 4 StPO. Der Privatbeteiligte kann schliesslich auch eingeschränkt Nichtigkeitsbeschwerde nach §§ 282 Abs. 2, 281 Abs. 1 Z. 4 StPO ergreifen.

250. Zudem ist Privatbeteiligten, wenn ihnen nicht ohnehin ein Recht auf juristische Prozessbegleitung²⁰² zusteht, **Verfahrenshilfe** durch unentgeltliche Beigebung eines Rechtsanwalts zu bewilligen, soweit die Vertretung durch einen Rechtsanwalt im Interesse der Rechtspflege, vor allem im Interesse einer zweckentsprechenden Durchsetzung ihrer Ansprüche zur Vermeidung eines nachfolgenden Zivilverfahrens erforderlich ist, und sie ausserstande sind, die Kosten ihrer anwaltlichen Vertretung ohne Beeinträchtigung des notwendigen Unterhalts zu bestreiten, § 67 Abs. 7 StPO (siehe auch unten 2.4.6.).

2.3. Sonderregeln im Beweisrecht

2.3.1. Das Opfer als Zeuge

251. Das Opfer ist in der Regel wichtiger Zeuge im Strafverfahren. Als solcher ist es zur vollständigen und richtigen Aussage verpflichtet, § 154 Abs. 2 StPO, so lange es keine Zeugnisentschlagungsrechte oder sonstige Beschränkungen der Aussagepflicht geltend machen kann.

252. Ein **Aussageverweigerungsrecht** steht unter anderem dem Zeugen zu, der durch seine Aussage sich selbst oder einen Angehörigen belasten und der Gefahr strafrechtlicher Verfolgung aussetzen müsste, § 157 Abs. 1 Z. 1 StPO.

253. Eine Befreiung von der Pflicht zur Aussage an sich kommt in Verfahren gegen **Angehörige** sowie in den Fällen zum Tragen, in denen das Opfer bestimmter Taten **bereits** im Ermittlungsverfahren **kontradiktorisch** vernommen²⁰³ wurde, § 156 Abs. 1 StPO.

2.3.2. Körperliche Untersuchungen des Opfers zur Beweissicherung

254. Das Opfer darf ohne seine **Einwilligung** keiner körperlichen Untersuchung unterzogen werden, §§ 120 Abs. 1 letzter Satz, 121 Abs. 1 S. 3, 119 Abs. 2 Z. 3 StPO. Auch eine blossе Durchsuchung der Person des Opfers, gleich ob es sich hierbei um eine reine Durchsuchung der Bekleidung im Sinne des

²⁰² Dazu näher unten 2.4.5.

²⁰³ Hierzu näher unten 2.3.3.

§ 117 Z. 3 lit. a StPO oder eine Besichtigung des unbedeckten Körpers im Sinne des § 117 Z. 3 lit. b StPO handelt, ist gegen seinen Willen nicht zulässig, § 120 Abs. 1 letzter Satz StPO.

2.3.3. *Schonende Vernehmung*

255. Auf **Opfer von Sexualdelikten** sowie Opfer von Gewalt oder Drohung, mithin also Opfer im Sinne des § 65 Z. 1 lit. a StPO, ist bei Vernehmungen besondere Rücksicht zu nehmen. Sie haben gemäss §§ 250 Abs. 3 S. 1 Hs. 1, 165 Abs. 3 S. 1 StPO das Recht, eine **schonende Vernehmung** im Rahmen der Hauptverhandlung zu beantragen. Eine solche Vernehmung erfolgt dergestalt, dass das Opfer in einem anderen Raum vernommen wird und die übrigen Beteiligten des Verfahrens die Vernehmung nur über eine **Wort- und Bildübertragung** mitverfolgen können und auch nur auf diesem Wege ihr Fragerecht ausüben können, § 165 Abs. 3 S. 1 StPO. Darüber hinaus kommt auch schon im Ermittlungsverfahren eine schonende, kontradiktorische Vernehmung in Betracht, bei der lediglich eine Beteiligung per Videoübertragung stattfindet.

256. Gemäss § 165 Abs. 4 Alt. 1 StPO müssen **Zeugen unter 14 Jahren**, die durch die Tat in ihrer Geschlechtssphäre verletzt sein können, **von Amts wegen** auf diese Weise vernommen werden. Bei anderen Zeugen, denen aufgrund ihrer Angehörigeneigenschaft, ihrer Unmündigkeit (vor Vollendung des 14. Lebensjahres) oder aufgrund einer möglichen Verletzung in ihrer Geschlechtssphäre eine Aussagebefreiung nach § 156 Abs. 1 Z. 1, 2 StPO eingeräumt wird, kann eine solche kontradiktorische Vernehmung im Ermittlungsverfahren auf ihren **Antrag** oder den der Staatsanwaltschaft hin durchgeführt werden.

257. In entsprechender Anwendung des § 165 Abs. 4 StPO hat auch der Richter in der **Hauptverhandlung** unmündige Zeugen, die in ihrer Geschlechtssphäre verletzt sein können, kontradiktorisch im Wege der Videoübertragung zu vernehmen, § 250 Abs. 3 S. 1 Hs. 2 StPO.

258. Mit Rücksicht auf die **Verfassung des Opferzeugen** (geringes Alter, seelischer Zustand) kann auch in anderen Fällen eine derartige kontradiktorische Vernehmung durchgeführt werden, § 165 Abs. 3 StPO.

2.3.4. *Vernehmung in Abwesenheit des Angeklagten und anderer Personen*

259. In Ausnahmefällen kommt während der Vernehmung des Opfers auch eine Entfernung des Angeklagten aus dem Sitzungssaal in Betracht, § 250 Abs. 1 StPO. Dies soll der Wahrheitsfindung dienen und dafür sorgen, dass der Zeuge unbehelligt von einer psychischen Beeinträchtigung durch die Anwesenheit des Angeklagten aussagen kann.²⁰⁴ Da eine abgesonderte Einvernahme des Zeugen mittels Videotechnik aber einen geringeren Eingriff in die Verfahrensrechte des Angeklagten darstellt, ist diese Möglichkeit vorrangig in Betracht zu ziehen.²⁰⁵ Dies folgt aus dem Verhältnismässigkeitsgrundsatz des § 5 Abs. 2 StPO.

²⁰⁴ Vgl. Fabrizy, Die österreichische Strafprozessordnung, op.cit., § 250, Rn. 1.
²⁰⁵ Vgl. Bertel/Venier, Strafprozessrecht, 3. Auflage, Wien 2009, Rn. 441.

2.3.5. *Einschränkung der Angabe persönlicher Daten und weitere Beschränkungen der Aussagepflicht*

260. **Opfer**, die durch die Tat in ihrem Intimbereich (Geschlechtssphäre) verletzt wurden oder verletzt sein könnten, haben verglichen mit den Opfern anderer Straftaten erweiterte Aussageverweigerungsrechte. Sie können gemäss § 158 Abs. 1 Z. 2 StPO die **Beantwortung** einzelner Fragen **verweigern**, wenn sie Einzelheiten der Tat zu offenbaren hätten, deren Schilderung sie für unzumutbar halten. **Allen Zeugen**, unabhängig von der Art der Tat, steht dagegen gemäss § 158 Abs. 1 Z. 3 StPO das Recht zu, einzelne Fragen unbeantwortet zu lassen, wenn sie Umstände aus ihrem **höchstpersönlichen Lebensbereich** oder dem höchstpersönlichen Lebensbereich Dritter zu offenbaren hätten. In jedem Fall gilt jedoch, dass die Aussagepflicht trotz Weigerung besteht, wenn die Aussage für das Verfahren wegen ihrer besonderen Bedeutung **unerlässlich** ist, § 158 Abs. 2 StPO.

261. Zum Schutz der Privatsphäre der Opfer kann auch statt der **Wohnanschrift** eine andere ladungsfähige Anschrift genannt werden, § 161 Abs. 1 S.2 StPO.

262. Wurde das Opfer bereits nach § 165 StPO kontradiktorisch vernommen, so kann es von einer **erneuten Aussage befreit** werden, wenn es unter 14 Jahre alt ist oder durch die Tat in seiner Geschlechtssphäre verletzt sein kann, § 156 Abs. 1 Z. 2 StPO.

263. Besteht die Gefahr, dass das Opfer bei einer Zeugenaussage sich oder einen Dritten durch die Bekanntgabe des Namens und anderer Angaben zur Person (§ 161 Abs. 1 StPO) oder durch Beantwortung von Fragen, die Rückschlüsse darauf zulassen, einer ernststen Gefahr für Leben, Gesundheit, körperliche Unversehrtheit oder Freiheit aussetzen würde, so kann ihm gestattet werden, solche Fragen nicht zu beantworten und **anonym** auszusagen, § 162 S. 1 StPO. In diesem Fall kann das Gesicht und die Statur des Zeugen verhüllt werden. Das Mienenspiel des Zeugen muss aber erkennbar bleiben.

264. Als Schutzmassnahme für besonders gefährdete Opfer kommt eine **Begrenzung** des Umfangs der **Akteneinsicht** in Betracht. Besteht bei Bekanntwerden der personenbezogenen Daten oder anderer Umstände, die Rückschlüsse auf die **Identität** oder die höchstpersönlichen Lebensumstände des **Opfers** zulassen, eine ernste Gefahr für Leben, Gesundheit, körperliche Unversehrtheit oder Freiheit des Opfers oder Dritter, so können solche Daten von der Akteneinsicht **ausgenommen** werden und Kopien angefertigt werden, in denen diese Umstände **unkenntlich gemacht** wurden, § 51 Abs. 2 S. 1 in Verbindung mit § 162 S. 1 StPO.

2.3.6. *Fragerecht des Opfers*

265. Das Opfer einer Straftat ist zwar als solches **kein Beteiligter** des Verfahrens.²⁰⁶ Dennoch hat das Opfer nach § 66 Abs. 1 Z. 7 StPO das Recht, während der Hauptverhandlung **anwesend** zu sein und selbständig den Angeklagten, andere Zeugen und Sachverständige zu befragen.

²⁰⁶ Vgl. Bertel/Venier, Strafprozessrecht, op.cit., Rn. 430.

2.4. Sonderregeln bezüglich des Schutzes der Betroffenen

2.4.1. Psychosoziale Prozessbetreuung

266. Die Opfer vorsätzlicher Gewaltdelikte, von gefährlichen Drohungen oder von Taten gegen die sexuelle Integrität (also Opfer im Sinne des § 65 Z. 1 lit. a StPO) haben gemäss § 66 Abs. 2 S. 1 StPO ein Recht auf **psychosoziale Prozessbegleitung**, soweit dies zur Wahrung ihrer prozessualen Rechte unter grösstmöglicher Bedachtnahme auf ihre persönliche Betroffenheit erforderlich ist. Dasselbe Recht haben auch Opfer im Sinne des § 65 Z. 1 lit. b StPO, also der Ehegatte, der eingetragene Partner, der Lebensgefährte, die Verwandten in gerader Linie, der Bruder oder die Schwester einer Person, deren Tod durch eine Straftat herbeigeführt worden sein könnte, oder andere Angehörige, die Zeugen der Tat waren. Die Entscheidung über die Erforderlichkeit trifft dabei die **Opferberatungseinrichtung**.²⁰⁷ Die psychosoziale Prozessbegleitung beinhaltet die Vorbereitung der Betroffenen auf das Verfahren und die mit ihm verbundenen emotionalen Belastungen sowie die Begleitung zu Vernehmungen im Ermittlungs- und Hauptverfahren, § 66 Abs. 2 S. 2 StPO. Die Prozessbegleitung ist für das Opfer kostenlos.²⁰⁸ Es gibt einige Einrichtungen, die sich dieser Aufgabe annehmen und vom Bundesminister der Justiz entsprechend § 66 Abs. 2 S. 3 StPO vertraglich mit der Prozessbegleitung beauftragt wurden.²⁰⁹

2.4.2. Massnahmen während der Hauptverhandlung, Öffentlichkeit

267. Zum Schutz der Privatsphäre und in Fällen, in denen dies für die Sicherheit des Opfers als Zeuge erforderlich ist, kann die **Öffentlichkeit** von der Hauptverhandlung **ausgeschlossen** werden. § 229 Abs. 1 Z. 2 StPO sieht eine Möglichkeit des Ausschlusses für den Fall der Erörterung des persönlichen Lebens- oder Geheimnisbereichs des Opfers vor. Ist auf Grund bestimmter Tatsachen zu befürchten, dass der Zeuge sich oder einen Dritten durch die Bekanntgabe des Namens und anderer Angaben zur Person oder durch Beantwortung von Fragen, die Rückschlüsse darauf zulassen, einer **ernsten Gefahr** für Leben, Gesundheit, körperliche Unversehrtheit oder Freiheit aussetzen würde, so kann ihm gemäss § 162 S. 1 StPO gestattet werden, solche Fragen nicht zu beantworten. Auch in diesem Fall kann die Öffentlichkeit von der Hauptverhandlung ausgeschlossen werden, § 229 Abs. 1 Z. 2 StPO.

268. Wird die Öffentlichkeit von der Hauptverhandlung ausgeschlossen, so steht dem Opfer unabhängig von der Art der Straftat das Recht auf die Begleitung durch drei **Vertrauenspersonen** zu, § 230 Abs. 2 S. 2 StPO (siehe hierzu auch unten 2.4.5.). Diesen Vertrauenspersonen muss der Zutritt gestattet werden.

²⁰⁷ Vgl. hierzu etwa die Informationen des Opfernotrufs des Bundesministeriums der Justiz, betrieben vom Weissen Ring Österreich, zum Thema Prozessbegleitung, im Internet verfügbar unter <http://www.opfer-notruf.at/info/Prozessbegleitung.html> (19.08.11).

²⁰⁸ Die Kosten werden in diesen Fällen vom Bundesministerium der Justiz getragen, vgl. die Informationen zum Thema Prozessbegleitung des Bundeskanzleramts Österreich, im Internet verfügbar unter <https://www.help.gv.at/Portal.Node/hlpd/public/content/291/Seite.2910420.html#begleit> (15.08.11).

²⁰⁹ Beispielsweise sind hier zu nennen: NEUSTART Bewährungshilfe, Konfliktregelung, Soziale Arbeit sowie die Gewaltschutzzentren der einzelnen Bundesländer und verschiedene Frauennotrufe, darunter „Tara“ und das autonome Frauenzentrum.

2.4.3. Information des Opfers

269. Opfer sind gemäss §§ 10 Abs. 2, 70 Abs. 1 S. 1 StPO umfassend über ihre Rechte zu **belehren**, sobald ein Ermittlungsverfahren gegen einen bestimmten Beschuldigten geführt wird. Dies kann nur verzögert werden, wenn der Zweck der Untersuchung sonst gefährdet würde, § 70 Abs. 1 S. 2 StPO. Dabei müssen die Strafverfolgungsbehörden immer besondere Rücksicht auf die Opfer einer Straftat nehmen, § 6 Abs. 1 Z. 3 RLV.

270. Opfer von Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung sowie Opfer von vorsätzlicher Gewalt oder gefährlicher Drohung, mithin Opfer im Sinne des § 65 Z. 1 lit. a StPO, sind spätestens vor der ersten Befragung über die Voraussetzungen der **Prozessbegleitung** zu informieren, § 70 Abs. 1 S. 3 stopp (s. dazu unten, 2.4.5.). Darüber hinaus sind diese Opfer sowie Opfer von Gewalt in Wohnungen (§ 38 a Sicherheitspolizeigesetz -SPG)²¹⁰ von Amts wegen von einer **Freilassung** des Beschuldigten aus der **Untersuchungshaft** sowie vom ersten unbewachten Verlassen des Täters (bzw. der Täterin) der Haftanstalt oder seiner bevorstehenden oder erfolgten Entlassung aus der Untersuchungshaft zu informieren, § 177 Abs. 5 S. 2 StPO. Andere Opfer sind insoweit nur auf Antrag zu informieren, § 177 Abs. 5 S. 1 StPO. Über diese Rechte sind die Betroffenen jeweils frühzeitig zu belehren, § 70 Abs. 1 S. 4 StPO.

271. Opfer von Gewalt in Wohnungen sowie Opfer im Sinne des § 65 Z. 1 lit. a StPO sind auf Antrag vom ersten unbewachten Verlassen und der bevorstehenden oder erfolgten **Entlassung des (verurteilten) Strafgefangenen** zu verständigen, § 149 Abs. 5 StVG²¹¹. Auch darüber ist das Opfer spätestens im Zeitpunkt seiner Vernehmung zu belehren, § 70 Abs. 1 S. 4 StPO.

272. Opfer, die durch die Tat in ihrer sexuellen Integrität verletzt sein können, sind zudem gemäss § 70 Abs. 2 StPO spätestens vor ihrer ersten Vernehmung über ihre **besonderen Rechte** im Strafverfahren aufzuklären, also über das Recht, im Ermittlungsverfahren nach Möglichkeit von einer Person des gleichen Geschlechts vernommen zu werden, die Beantwortung von Fragen nach Umständen aus ihrem höchstpersönlichen Lebensbereich oder nach Einzelheiten der Straftat, deren Schilderung sie für unzumutbar halten, zu verweigern (§ 158 Abs. 1 Z. 2 StPO), das Recht, im Ermittlungsverfahren und in der Hauptverhandlung auf schonende Weise vernommen zu werden (§§ 165, 250 Abs. 3 StPO), sowie die Möglichkeit, die Öffentlichkeit von der Hauptverhandlung auszuschliessen (§ 229 Abs. 1 StPO).

273. Gemäss §§ 194 Abs. 1 S. 1, 192 Abs. 1 StPO ist das Opfer einer Straftat von der **Einstellung** des Ermittlungsverfahrens durch die Staatsanwaltschaft zu informieren. Die Einstellung des Verfahrens ist gegenüber dem Opfer zu begründen, § 194 Abs. 2 StPO. Das Opfer einer Straftat kann einen **Antrag auf Fortführung** des eingestellten Verfahrens nach §§ 195, 66 Abs. 1 Z. 8 StPO stellen und muss über dieses Recht auch belehrt werden, § 194 Abs. 2 S. 2 StPO. Das Opfer ist gemäss § 197

²¹⁰ Bundesgesetz über die Organisation der Sicherheitsverwaltung und die Ausübung der Sicherheitspolizei (Sicherheitspolizeigesetz - SPG), StF: BGBl. Nr. 566/1991 (NR: GP XVIII RV 148 AB 240 S. 41. BR: 4119 AB 4122 S. 545.), zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 33/2011 (NR: GP XXIV RV 1075 AB 1124 S. 102. BR: 8483 AB 8497 S. 796.).

²¹¹ Bundesgesetz vom 26. März 1969 über den Vollzug der Freiheitsstrafen und der mit Freiheitsentziehung verbundenen vorbeugenden Maßnahmen (Strafvollzugsgesetz - StVG.), StF: BGBl. Nr. 144/1969 (NR: GP XI RV 511 AB 1169 S. 136. BR: S. 276.)

Abs. 3 StPO auch von der Abbrechung des Verfahrens gegen einen bekannten Täter (bzw. eine Täterin) und von der Fortsetzung oder Einleitung des Verfahrens zu verständigen.

274. Ziehen die Strafverfolgungsbehörden diversionelle Massnahmen, also einen **Rücktritt** von der Strafverfolgung nach den §§ 198 ff. StPO, in Betracht, so ist das Opfer über seine Rechte und über geeignete Opferschutzeinrichtungen aufzuklären, § 206 Abs. 1 StPO. Das Opfer ist jedenfalls zu verständigen, wenn sich der Beschuldigte bereit erklärt, aus der Tat entstandenen **Schaden** gutzumachen oder sonst zum Ausgleich der Folgen der Tat beizutragen oder wenn der Beschuldigte eine Pflicht übernimmt, welche die Interessen des Geschädigten unmittelbar berührt, § 206 Abs. 2 StPO. Über einen erfolgten Rücktritt von der Strafverfolgung, sei es im Ermittlungsverfahren seitens der Staatsanwaltschaft oder nach Anklageerhebung im Wege einer Einstellung durch das Gericht (§ 199 StPO), ist das Opfer unter Angabe der Gründe zu informieren, § 208 Abs. 3 StPO.

2.4.4. Akteneinsichtsrecht des Opfers

275. Das Opfer einer Straftat hat unabhängig davon, ob es am Verfahren als Privatbeteiligter oder Privatkläger beteiligt ist, das Recht, Einsicht in die Akten zu nehmen, § 68 Abs. 1 S. 1, Abs. 2 StPO. Die Akteneinsicht kann nur dann verweigert oder beschränkt werden, wenn dies erforderlich ist, um eine unvoreingenommene Aussage des Opfers als Zeuge zu gewährleisten, oder wenn ansonsten der Zweck der Ermittlungen gefährdet wäre, § 68 Abs. 1 S. 2 StPO.

2.4.5. Begleitung durch Vertrauensperson oder Rechtsbeistand

276. Das Opfer einer Straftat kann sich gemäss § 160 Abs. 2, 3 StPO in jedem Fall bei Vernehmungen bei Polizei, Staatsanwaltschaft oder Gericht von einer Vertrauensperson, bei Ausschluss der Öffentlichkeit in der Hauptverhandlung gemäss § 230 Abs. 2 S. 2 StPO von drei Vertrauenspersonen, begleiten lassen.

277. Handelt es sich um ein Opfer, das durch die Tat in seiner sexuellen Integrität verletzt sein kann oder liegt ein vorsätzliches Gewaltdelikt oder eine gefährliche Drohung vor, so besteht gemäss §§ 66 Abs. 2 S. 1, 65 Z. 1 lit. a StPO die Möglichkeit der **juristischen Prozessbegleitung**. Dasselbe Recht haben auch Opfer im Sinne des § 65 Z. 1 lit. b StPO, also der Ehegatte, der eingetragene Partner, der Lebensgefährte, die Verwandten in gerader Linie, der Bruder oder die Schwester einer Person, deren Tod durch eine Straftat herbeigeführt worden sein könnte, oder andere Angehörige, die Zeugen der Tat waren. Voraussetzung für juristische Prozessbegleitung ist nach § 66 Abs. 2 S. 1 StPO, dass die Prozessbegleitung zur Wahrung der prozessualen Rechte der Opfer unter grösstmöglicher Bedachtnahme auf ihre persönliche Betroffenheit erforderlich ist. Diese Begleitung ist für das Opfer kostenlos und wird durch Opferschutzeinrichtungen, die das Bundesministerium der Justiz gemäss § 66 Abs. 2 S. 3 StPO mit dieser Aufgabe betraut hat, vermittelt.²¹² Die zuständige Opferschutzeinrichtung ent-

²¹² Beispielsweise sind hier zu nennen: NEUSTART Bewährungshilfe, Konfliktregelung, Soziale Arbeit sowie die Gewaltschutzzentren der einzelnen Bundesländer und verschiedene Frauennotrufe, darunter „Tara“ und das autonome Frauenzentrum.

scheidet darüber, ob in dem bestimmten Fall eine juristische Prozessbegleitung erforderlich ist und leitet diese dann in die Wege.²¹³

278. Unabhängig davon kann sich das Opfer auch auf seine eigenen Kosten jederzeit durch einen Vertreter beraten oder sonst unterstützen lassen, §§ 73, 66 Abs. 1 Z. 1 StPO.

2.4.6. Prozesskostenhilfe

279. Ist das Opfer nicht berechtigt, eine kostenlose juristische Prozessbegleitung in Anspruch zu nehmen, weil die Voraussetzungen des § 66 Abs. 2 StPO nicht erfüllt sind, so kann es dennoch staatliche Unterstützung erlangen. Gemäss § 67 Abs. 7 StPO kann dem Opfer, das dem Verfahren nach § 67 Abs. 1 StPO als **Privatbeteiligter** beitrifft, **Verfahrenshilfe** durch unentgeltliche Beigebung eines Rechtsanwalts zuteilwerden. Voraussetzung hierfür ist, dass die Vertretung durch einen Rechtsanwalt im Interesse der Rechtspflege, vor allem im Interesse einer zweckentsprechenden Durchsetzung der Ansprüche des Opfers zur **Vermeidung eines nachfolgenden Zivilverfahrens** erforderlich ist, und das Opfer selbst ausserstande ist, die Kosten seiner anwaltlichen Vertretung ohne Beeinträchtigung seines notwendigen Unterhalts zu bestreiten, § 67 Abs. 1 S. 1 StPO.

2.4.7. Rechtliche Möglichkeiten des Opfers ausserhalb des Strafrechts

280. Es existieren verschiedene polizeiliche Massnahmen zum Schutz der Opfer von Gewalt im sozialen Nahbereich bzw. Massnahmen anderer Sicherheitsbehörden. So können gegen den Täter oder die Täterin ein Platzverweis, eine **Kontaktsperre** und eine Wegweisung aus der von Opfer und Täter (bzw. Täterin) gemeinsam genutzten Wohnung verfügt werden, § 38a SPG. Diese sicherheitsrechtlichen Massnahmen können allerdings nur für 2 Wochen aufrechterhalten werden, § 38a Abs. 7 S. 2 Hs. 1 SPG. Beantragt das Opfer in diesem Zeitraum eine einstweilige gerichtliche Verfügung nach §§ 382 b oder e Exekutionsordnung (EO)²¹⁴, so kann der Zeitraum bis zur Zustellung der gerichtlichen Entscheidung an den Gegner, höchstens jedoch auf 4 Wochen nach der Anordnung des Betretungsverbots ausgedehnt werden, § 38a Abs. 7 S. 2 Hs. 2 SPG.

281. Zum Schutz vor Gewalt im Allgemeinen und Gewalt in Wohnungen im Speziellen kann ein Antrag auf einstweilige Verfügung zum Zwecke der **Wegweisung** der Tatperson aus der Wohnung oder sonstiger Kontaktsperren oder Platzverweise gemäss §§ 382 b und e EO auch ohne vorherige polizeiliche Massnahmen an das Gericht gestellt werden.

282. Wurde dem Opfer im Strafverfahren **psychosoziale Prozessbegleitung** gewährt, so kann es diese auch in einem anschliessenden **Zivilverfahren** in Anspruch nehmen, wenn der Gegenstand des Zivilprozesses in sachlichem Zusammenhang mit dem Gegenstand des Strafverfahrens steht und soweit dies zur Wahrung der prozessualen Rechte des Opfers unter grösstmöglicher Bedachtnahme

²¹³ Vgl. hierzu etwa die Informationen des Opfernotrufs des Bundesministeriums der Justiz, betrieben vom Weissen Ring Österreich, zum Thema Prozessbegleitung, im Internet verfügbar unter <http://www.opfer-notruf.at/info/Prozessbegleitung.html> (19.08.11).

²¹⁴ Gesetz vom 27. Mai 1896, über das Exekutions- und Sicherungsverfahren (Exekutionsordnung – EO), StF: RGBL. Nr. 79/1896, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 111/2010 (NR: GP XXIV RV 981 AB 1026 S. 90. BR: 8437 AB 8439 S. 792.).

auf seine persönliche Betroffenheit erforderlich ist, § 73b Abs. 1 S. 1 Zivilprozessordnung²¹⁵. Dies ist gemäss § 73b Abs. 1 S. 2 ZPO von der Opferschutzeinrichtung, die die Prozessbegleitung gewährt, zu beurteilen. Das gleiche gilt über die Verweisung des § 7 Außerstreitgesetz²¹⁶ auch im Ausserstreitverfahren.

2.5. Weitere Sonderregeln

2.5.1. Untersuchungshaft

283. Besteht die Gefahr, dass der Beschuldigte weitere Taten begeht oder eine bisher nur angedrohte oder versuchte Tat begeht, so kann er gemäss § 173 Abs. 2 Z. 3 StPO in Untersuchungshaft genommen werden. Voraussetzung ist hier die hohe Wahrscheinlichkeit der Tatbegehung; eine bloss abstrakte Gefahr reicht dagegen nicht aus.²¹⁷

2.5.2. Einstellungen

284. Besondere Einstellungsmöglichkeit im Rahmen der häuslichen Gewalt bzw. der Sexualdelikte existieren nach unseren Recherchen nicht. Eine Einstellung des Verfahrens wegen einer besonderen Nähebeziehung zwischen Opfer und Täter (bzw. Täterin) ist bei schweren Delikten nicht vorgesehen.

285. Einfluss auf das Strafverfahren hat dies nur insoweit, als bei manchen Delikten eine **Ermächtigung** des Opfers Voraussetzung des Strafverfahrens ist (vgl. hierzu oben 1.1.). Wird diese Ermächtigung nicht erteilt oder spätestens bis zum Schluss der Beweisaufnahme zurückgezogen (§ 92 Abs. 2 S. 1 StPO), so ist das Ermittlungsverfahren einzustellen (§ 92 Abs. 1 S. 2 StPO) bzw. ist der Angeklagte nach Erhebung der Anklage freizusprechen, § 259 Z. 3 in Verbindung mit § 92 Abs. 1 S. 2 StPO.

2.5.3. Elektronische Überwachung

286. In Österreich ist die Untersuchungshaft (§ 173a StPO) als auch der Strafvollzug in der Form des elektronisch überwachten Hausarrests möglich (§ 156b StVG). Die Person wird in ihrer Unterkunft elektronisch in der Einhaltung der festgelegten Anwesenheitszeiten überwacht. Zu diesem Zweck hat sie am Fuß einen Sender zu tragen, der mit einer Basisstation in der Unterkunft kommuniziert. Wird eines der Geräte entfernt oder werden die Anwesenheitspflichten verletzt, wird ein Alarm ausgelöst. Die elektronische Überwachung der Insassen wird von einer Aufsichtszentrale wahrgenommen

²¹⁵ Gesetz vom 1. August 1895, über das gerichtliche Verfahren in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten (Zivilprozessordnung - ZPO), StF: RGBl. Nr. 113/1895, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 21/2011 (NR: GP XXIV RV 1055 AB 1125 S. 99. BR: AB 8469 S. 795.).

²¹⁶ Bundesgesetz über das gerichtliche Verfahren in Rechtsangelegenheiten außer Streitsachen (Außerstreitgesetz - AußStrG), StF: BGBl. I Nr. 111/2003 (NR: GP XXII RV 224 AB 268 S. 38. BR: AB 6895 S. 703.), zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 111/2010 (NR: GP XXIV RV 981 AB 1026 S. 90. BR: 8437 AB 8439 S. 792.).

²¹⁷ Vgl. Bertel/Venier, Strafprozessrecht, op.cit., Rn. 364.

werden, die innerhalb des Strafvollzugs angesiedelt ist.²¹⁸ Sexualstraftäter und – täterinnen sind jedoch von dieser Massnahme ausgeschlossen.²¹⁹

3. Opferberatung

287. Nach unseren Recherchen setzt die Opferberatung **keine Strafanzeige** voraus.

288. Den Opfern von Gewaltdelikten oder gefährlicher Drohung sowie den Opfern, die durch die Tat in ihrer sexuellen Integrität verletzt worden sein können (Opfer im Sinne des § 65 Z. 1 lit. a StPO), und Personen, die eine Gewalttat gegen einen Angehörigen miterlebt haben oder die naher Angehöriger des Opfers eines Tötungsdelikts sind (Opfer im Sinne des § 65 Z. 1 lit. b StPO), steht gemäss § 66 Abs. 2 S. 1 StPO ein Anspruch auf psychosoziale und juristische Prozessbegleitung zu. Die Beratung der Opferschutzeinrichtungen im Rahmen der psychosozialen und juristischen Prozessbegleitung umfasst dabei auch die Frage danach, ob Strafanzeige gestellt werden sollte sowie die Aufklärung über Wirkung und Folge der Anzeige für das Verfahren und das Opfer selbst.²²⁰ Auch erfolgt bei Bedarf eine Begleitung des Opfers bereits bei der Anzeigeerstattung.²²¹

289. Der Bundesminister für Inneres ist nach § 25 Abs. 3 Sicherheitspolizeigesetz ermächtigt, bewährte geeignete Opferschutzeinrichtungen **vertraglich** damit **zu beauftragen**, Menschen, die von Gewalt einschließlich beharrlicher Verfolgung bedroht sind, zum Zwecke ihrer Beratung und immateriellen Unterstützung anzusprechen (Interventionsstellen). Sofern eine solche Opferschutzeinrichtung überwiegend der Beratung und Unterstützung von Frauen dient, ist der Vertrag gemeinsam mit dem Bundesminister für Gesundheit und Frauen abzuschließen, sofern eine solche Einrichtung überwiegend der Beratung und Unterstützung von Kindern dient, gemeinsam mit dem Bundesminister für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz.

4. Opferentschädigung

290. Besondere gesetzliche Regelungen über die Entschädigung von Opfern häuslicher Gewalt oder minderjährigen Opfern von Sexualstraftaten bestehen **nicht**. Allgemeine Regelungen zur Opferentschädigung enthält das Verbrechenopfergesetz (VOG)²²².

²¹⁸ Siehe Pressemitteilung des österreichischen Justizministeriums, online verfügbar unter <http://www.justiz.gv.at/internet/html/default/2c94848525f84a63012ac863aaea1ef7.de.html> (13.10.2011).

²¹⁹ Siehe Pressemitteilung des österreichischen Justizministeriums, online verfügbar unter <http://www.justiz.gv.at/internet/html/default/2c94848525f84a63012752b5475207b6.de.html> (13.10.2011).

²²⁰ Siehe z.B. die Informationen über die Prozessbegleitung des Gewaltschutzzentrums Salzburg, online verfügbar unter <http://www.gewaltschutzzentrum.eu/index.php?status=4> (22.08.11); ebenso das Angebot des Vereins Neustart, vgl. dessen Internetauftritt, online verfügbar unter http://www.neustart.at/AT/de/Angebote/_Service/Hilfe_fuer_Opfer/Prozessbegleitung/ (22.08.11).

²²¹ Vgl. hierzu unter anderem die Informationen des Weissen Rings Österreich zur Prozessbegleitung, online abrufbar unter <http://www.opfer-notruf.at/links/> (22.08.11); ebenso die Initiative »Gemeinsam Gegen Gewalt – Burgenländisches Netzwerk gegen physische, psychische, sexuelle und strukturelle Gewalt«, online verfügbar unter <http://www.gemeinsamgegengewalt.at/strafe.html> (22.08.11).

²²² Bundesgesetz vom 9. Juli 1972 über die Gewährung von Hilfeleistungen an Opfer von Verbrechen (Verbrechenopfergesetz - VOG) StF: BGBl. Nr. 288/1972 (NR: GP XIII RV 40 AB 388 S. 38. BR: S. 312.,

291. Gemäss § 1 Abs. 1 VOG haben österreichische Staatsbürger Anspruch auf Hilfen, wenn mit Wahrscheinlichkeit anzunehmen ist, dass sie durch eine mit einer **mehr als sechsmonatigen Freiheitsstrafe bedrohte** rechtswidrige und vorsätzliche Handlung eine **Körperverletzung oder eine Gesundheitsschädigung** erlitten haben oder als Unbeteiligte im Zusammenhang mit einer solchen Handlung eine Körperverletzung oder Gesundheitsschädigung erlitten haben, soweit nicht hieraus Amtshaftungsansprüche bestehen, und ihnen dadurch Heilungskosten erwachsen sind oder ihre Erwerbsfähigkeit gemindert ist. Wird die österreichische Staatsbürgerschaft erst nach der schädigenden Handlung erworben, gebührt die Hilfe nur, sofern diese Handlung im Inland oder auf einem österreichischen Schiff oder Luftfahrzeug begangen wurde. Die gleichen Regelungen wie für Österreicher gelten auch für Unionsbürger oder Bürger eines Staates des EWR, wenn die Tat in Österreich erfolgte oder das Opfer zum Zeitpunkt der Tat seinen rechtmässigen gewöhnlichen Aufenthalt in Österreich hatte (§ 1 Abs. 6 VOG).

292. Die zu gewährenden Hilfeleistungen umfassen gemäss § 2 VOG Ersatz des Verdienst- oder Unterhaltsentganges, Heilfürsorge, orthopädische Versorgung, medizinische, berufliche und soziale Rehabilitation, Pflege- und Blindenzulagen, Ersatz der Bestattungskosten, einkommensabhängige Zusatzleistung sowie Pauschalentschädigung für Schmerzensgeld. Auch Ersatz von beschädigten Hilfsmitteln wie etwa Brillen oder Zahnersatz sind möglich, § 1 Abs. 8 VOG.

293. Dabei **sind** die Entschädigungsleistungen gemäss § 8 Abs. 1 Z. 4 VOG **ausgeschlossen**, wenn das **Opfer** es schuldhaft **unterlassen** hat, zur Aufklärung der Tat, zur Ausforschung der Tatperson oder zur Feststellung des Schadens beizutragen.

294. Das Opfer ist gemäss § 14 VOG über seine Rechte zu belehren.

5. Mediation und Täter-Opfer-Ausgleich

295. Mediation in Strafsachen ist durch **aussergerichtlichen Tatausgleich** nach § 204 StPO möglich. Es erfolgt keine Verurteilung des Täters (bzw. der Täterin) in dem Mediationsverfahren; vielmehr wird angestrebt, eine Wiedergutmachung für das Opfer zu erreichen und dem Beschuldigten vor Augen zu führen, dass er unrecht gehandelt hat. Dabei soll das Opfer nicht nur materiell entschädigt werden, sondern auch eine bessere Verarbeitung des Geschehenen ermöglicht und damit auch an den Ursachen des Konflikts gearbeitet werden, um das zukünftige Verhalten der Parteien zu ändern.²²³ Eine Mediation bietet sich daher besonders dann an, wenn es sich um Konflikte im sozialen Nahbereich handelt.²²⁴

296. In Folge eines aussergerichtlichen Tatausgleichs wird das **Strafverfahren** in der Regel **eingestellt** werden, §§ 204, 198, 199 StPO bzw. §§ 7, 8 Jugendgerichtsgesetz (JGG)²²⁵ in Verbindung mit § 204

zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 58/2011 (NR: GP XXIV RV 1208 AB 1287 S. 114. BR: 8522 AB 8552 S. 799).

²²³ Vgl. hierzu Knoblinger, Mediation im Strafrecht – Der Außergerichtliche Tatausgleich (ATA), in: Töpel/Pritz, Mediation in Österreich, 1. Auflage, Wien 2000, S. 157.

²²⁴ Vgl. hierzu Knoblinger, op.cit., S. 157.

²²⁵ Bundesgesetz vom 20. Oktober 1988 über die Rechtspflege bei Jugendstraftaten (Jugendgerichtsgesetz 1988 - JGG), StF: BGBl. Nr. 599/1988 (NR: GP XVII RV 486 AB 738 S. 76. BR: AB 3573 S. 507, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 111/2010 (NR: GP XXIV RV 981 AB 1026 S. 90. BR: 8437 AB 8439 S. 792.).

StPO im Jugendstrafrecht. Den Interessen des Opfers ist hierbei angemessen Rechnung zu tragen, § 206 StPO. Für einen erfolgreichen Tatausgleich ist die **Zustimmung des Opfers** erforderlich, § 204 Abs. 2 S. 2 StPO, ausser das Opfer verweigert seine Zustimmung aus Gründen, die im Strafverfahren nicht massgeblich sein können. Unterliegt der Fall dem Jugendstrafrecht, so ist die Zustimmung des Opfers dagegen nicht notwendig, § 8 Abs. 3 JGG. Die Staatsanwaltschaft bzw. das Gericht sind in ihrer Entscheidung über die Diversion nach dem Ausgleichsversuch frei, denn §§ 204 Abs. 1 S. 1, 198, 199 StPO räumen insoweit ein Ermessen ein (vgl. Wortlaut des § 204 Abs. 1 S. 1 StPO: „kann“). Reicht der aussergerichtliche Tatausgleich nicht so weit, dass eine Einstellung des Verfahrens erfolgen kann, so kann das Bemühen des Täters (oder der Täterin) gemäss § 34 Abs. 1 Z. 15 StPO als **Strafmilderungsgrund** herangezogen werden.

E. Espagne

297. Suivant un processus qui a commencé dans les années 90, l'Espagne s'est dotée d'une myriade de textes législatifs dans le but d'endiguer les nombreux cas de délits de **violence domestique et de genre** (*violencia doméstica y de género*). Les textes adoptés ont modifié tant le droit matériel que le droit de procédure.

298. Du point de vue du **droit matériel**, le Code pénal espagnol (ci-après CPE) punit ce type d'infraction depuis les réformes qui lui ont été apportées en 1995 et en 1999. L'arsenal répressif prévu par le CPE a été complété par la Loi 14/1999 du 29 juin 1999 sur la protection des victimes de mauvais traitements, ainsi que par la Loi 11/1999, du 29 septembre 1999, sur les mesures concrètes de sécurité citoyenne, violence domestique et intégration sociale des étrangers. En 2004, le législateur espagnol a promulgué la Loi organique 1/2004 sur les mesures de protection intégrale contre la violence de genre (ci-après LO 1/2004). La doctrine souligne qu'il s'agit de la première loi en Europe qui traite de façon intégrale les aspects **préventifs, éducatifs, sociaux, sanitaires, d'assistance et pénaux** de ce type de violence²²⁶. Dans d'autres lois – qui ne règlent pas spécifiquement le sujet de la violence domestique et de genre - on trouve aussi des dispositions qui touchent à ces types d'infractions. Un exemple est la Loi 15/2003 du 25 novembre 2003, qui a introduit des nouvelles peines dans le CPE, notamment les mesures de localisation permanente de l'auteur de l'infraction et les travaux d'intérêt général.

299. S'agissant du droit **procédure**, les infractions sur violence domestique et de genre ont été réglées par la Loi 27/2003 du 31 juillet 2003, qui règle l'Ordre de protection des victimes de violence domestique, la Loi organique 13/2003, du 24 octobre 2003 qui modifie la Loi sur la procédure pénale en matière de détention préventive, ainsi que par les Lois 8/2002 et 38/2002 qui modifient en matière de procédure accélérée et sommaire la Loi sur la procédure pénale.

300. En outre, il y a plusieurs **plans de lutte contre la violence domestique et de genre** lancés par le gouvernement espagnol à partir de 1998 et de nombreuses dispositions légales touchant à l'égalité de sexes adoptées au niveau régional, telles que la Loi 9/2003 du 2 avril 2003 de Valencia, la Loi 7/2004 du 16 juillet 2004 de la Galice et la Loi 1/2003 du 3 mars 2003 de Castilla et León.

301. Cette large panoplie législative a été critiquée par la doctrine, qui l'a décrite comme une débandade normative (*un derroche normativo*)²²⁷. Parmi les conséquences négatives de cette situation, on mentionne le phénomène de **redondance** normative ainsi que des **contradictions** et des **incohérences** entre certaines dispositions²²⁸.

²²⁶ A. Gallego, Aspectos penales y procesales de la violencia de género, in El tratamiento del género en el ordenamiento español (A. Olmeda, coord.), Valencia 2005, p. 388.

²²⁷ R. Cristóbal, Tratamiento penal de la violencia de género, in J. Reig et E. Martínez García (coords.), La nueva Ley contra la violencia de género (LO 1/2004, de 28 de diciembre), Madrid 2005, p. 254.

²²⁸ R. Cristóbal, loc. cit., p. 254 s.

1. Erstattung von Strafanzeige und Strafantrag

302. En Espagne, la **procédure pénale** peut, selon le cas, être déclenchée par le lésé ou par le Ministère public. Ceci se fait soit par le dépôt d'une **dénonciation** (*denuncia*), soit par le dépôt d'une **plainte** (*querrela*)²²⁹.

303. La **dénonciation** correspond à la « mise au courant » des autorités publiques d'un événement délictueux. Il s'agit d'un *acte déclaratoire*, par lequel un organe de l'État est informé de l'existence d'un fait constituant une infraction. La dénonciation est régie aux articles 259 - 269 de la Loi sur la procédure criminelle (Ley de enjuiciamiento criminal, ci-après LECRIM²³⁰). La LECRIM consacre le caractère **non-formel** de la dénonciation.

304. En revanche, la **plainte** (*querrela* – art. 270 ss LECRIM) est un acte de procédure qui manifeste la volonté d'entamer une poursuite pénale. D'un point de vue procédural, le plaignant (*querellante*) se place du côté de l'**accusation**.

305. En ce qui concerne la **poursuite** des infractions, le droit espagnol distingue trois catégories d'infractions, à savoir :

- les infractions privées,
- les infractions semi-publiques (ou semi-privés), et
- les infractions publiques.

306. La poursuite des **infractions privées** – il s'agit d'infractions d'injure et de calomnie dont la victime n'est pas un fonctionnaire (art. 205 - 216 du CPE²³¹) - requiert le dépôt d'une plainte par le lésé. Pour ces infractions, le pardon de la victime éteint la poursuite pénale.

307. En ce qui concerne les infractions **semi-publiques**²³², la poursuite ne peut avoir lieu que si lésé dépose une dénonciation. Pour ce type d'infraction, ni le tiers ni le Ministère public, ne peuvent se substituer au lésé. Le dépôt de la dénonciation n'attribue pas au lésé la droit à faire partie de l'accusation. Ce n'est qu'en déposant une plainte que la victime devient véritablement partie au procès (cf. ég. 2.2.2.).

308. Enfin, les **infractions publiques** (la grande majorité des infractions commises avec violence), **ne requièrent pas le dépôt d'une plainte** pour l'ouverture de la poursuite. Dans ce type d'infraction, le dépôt d'une dénonciation auprès des autorités publiques est suffisant pour poursuivre l'auteur présumé. Les infractions de violence domestique et de genre, telles que l'homicide, les lésions corporelles, la contrainte ou encore les menaces à l'encontre de l'épouse ou d'une personne se

²²⁹ J. de Quiroga, Tratado de Derecho Procesal Penal 3ª ed., Cizur Menor Navarra 2009, p. 118 *et seq.*

²³⁰ Ley de enjuiciamiento criminal, disponible sous http://noticias.juridicas.com/base_datos/ Penal/lecr.html (26.7.2011).

²³¹ Código penal, Ley Orgánica 10/1995, de 23 de noviembre 1995, disponible sous http://noticias.juridicas.com/base_datos/ Penal/lo10-1995.html (12.7.2011).

²³² Parmi les infractions semi-publiques se trouvent celles des articles suivants du Code pénal : art. 161.1º CP (reproduction assistée); art. 91.1º CP (agression, harcèlement, abus et harcèlement sexuel); art. 201 CP (découverte et dévoilement de secrets); art. 215 CP (injure et calomnie); art. 228 CP (non-paiement de prestations dues).

trouvant dans une relation analogue, sont pour la plupart, des infractions **publiques**. Par conséquent, le simple dépôt d'une dénonciation permet d'entamer les poursuites.

309. Dans le cadre d'actes de violence, la loi oblige toute personne ayant été témoin de tels actes de les dénoncer immédiatement (art. 259 et art. 264 LECRIM). Cette obligation peut être accomplie, par exemple, par la transmission du dossier médical constatant les lésions de la victime²³³. De cette manière, la poursuite pénale est facilitée même dans les situations où la victime ne souhaite pas les dénoncer.

310. Le **Ministère public** peut aussi **déclencher d'office** une poursuite pour **les infractions publiques** en déposant une *querrela*²³⁴. A titre d'exemple l'article 191 du CPE prévoit que la dénonciation du lésé ou de son représentant légal suffira, ainsi que la plainte du Ministère public, pour entamer une poursuite pour agression, harcèlement ou contrainte sexuelle.

311. Le **dépôt de la dénonciation** se fait auprès d'un juge d'instruction, d'un juge de Paix, ou d'un fonctionnaire des poursuites le plus proche. Elle peut aussi être déposée auprès du Ministère public ou d'un fonctionnaire de police (arts. 259 et 262 LECRIM). La dénonciation doit être déposée par le **lésé personnellement ou par son représentant** (art. 265 LECRIM). Il n'est pas prévu qu'elle puisse être déposée par voie informatique.

312. D'un point de vue **formel la dénonciation**, lorsqu'elle est formulée par écrit, doit être signée par le dénonçant ou par une personne ayant un pouvoir spécial de signature. Si la dénonciation se fait oralement, le fonctionnaire ou l'autorité qui la reçoit, rédige un **acte de déclaration** qui énonce les informations fournies par le dénonçant sur les faits et les circonstances du cas. L'acte est signé par l'autorité qui l'a rédigé et le dénonçant ou son représentant²³⁵.

313. Cependant, la **plainte** doit être déposée devant le juge d'instruction compétent, sauf si la personne incriminée est soumise à la compétence d'un tribunal spécial prévu par la loi (art. 272 LECRIM). Le dépôt de la plainte s'effectue toujours par l'intermédiaire d'un mandataire (*procurador* ou *abogado* - art. 277 LECRIM). Contrairement à la dénonciation, le dépôt d'une plainte requiert le respect de certaines **conditions formelles**. Les principales exigences de **forme** auxquelles est soumise la plainte sont fixées aux articles 270 à 281 LECRIM :

²³³ Protocolo Común para la Actuación Sanitaria ante la Violencia de Género Comisión Contra la Violencia de Género Consejo Interterritorial del Sistema Nacional de Salud, p. 45 disponible sous <http://www.sergas.es/gal/documentacionTecnica/docs/AtencionPrimaria/ComunGerencias/Protocolo sClinicos/ProtVioGen.pdf> (9.9.2011).

²³⁴ J. M^a. Rifá Soler et al., El proceso penal práctico 4^a ed., Madrid 2003, p. 419 *et seq.* En pratique, lorsque le Ministère public manque d'éléments pour permettre le dépôt d'une plainte, il peut envoyer le dossier au juge d'instruction en indiquant les actes à accomplir : Abogados penalistas Madrid, disponible sous <http://www.querella.net/La-querella-publica-interpuesta-por-el-Ministerio-Fiscal/7> (24.7.2011).

²³⁵ Articles 266 et 267 LECRIM : si le dénonçant ne peut pas signer, ceci sera fait par une autre personne sur demande de celui-ci.

- la plainte doit être déposée sur un formulaire officiel (*papel de oficio*),
- elle doit mentionner le nom du juge et le tribunal devant lequel elle est déposée,
- elle doit inclure les noms et prénoms, les adresses et autres informations qui identifient les parties,
- elle doit contenir les faits reprochés, incluant le lieu, la date et l'heure où ils ont été commis,
- elle doit mentionner les actes qui doivent être accomplis pour établir les faits,
- elle doit mentionner la demande d'admission de la plainte, d'accomplir les actes nécessaires afin d'établir les faits, ainsi que de procéder à détention de l'auteur présumé (ou exiger de lui une caution),
- elle doit être signée par le plaignant ou par une autre personne à sa demande.

314. Il découle de cette description que le législateur espagnol n'a pas adopté, dans le domaine de la violence de genre, des moyens qui facilitent le dépôt d'une plainte par la victime.

2. Sonderregeln im Strafverfahren

315. L'article 17 de la LO 1/2004 sur la protection intégrale contre la violence de genre²³⁶, prévoit que toute victime de ce type de violence bénéficie – **indépendamment de son origine, religion ou toute autre condition ou circonstance personnelle** - de tous les droits garantis par ladite loi. Ces droits peuvent être classés en deux grandes catégories, à savoir : les droits extra-procéduaux et les droits procéduraux (cf. pour les derniers, ci-après sous 3 ss.). La LO 1/2004 reprend les principes posés par la Décision-cadre du Conseil de l'UE du 15 mars 2001 relative au statut de la victime dans le procès pénal et à la garantie des droits à l'information, la participation, l'assistance, la protection et la réparation²³⁷.

2.1. Sonderregeln bezüglich des Personals

316. Le fonctionnaire qui reçoit une dénonciation pour violence domestique et de genre n'a pas besoin d'avoir de formation spéciale. Toutefois, d'autres professionnels peuvent être appelés à intervenir, notamment en raison de leur formation ou leurs connaissances spécifiques. En particulier, il est possible d'avoir - lors des auditions préliminaires – une équipe de **psychologues, juristes et experts médecins-légistes** qui évaluent d'éventuelles atteintes physiques ou psychiques subies par la victime. L'intervention des experts peut, également, avoir lieu lors du procès afin d'apporter leur expertise devant le tribunal qui juge l'affaire²³⁸.

²³⁶ Ley Orgánica 1/2004, de 28 de diciembre, de Medidas de Protección integral contra la violencia de género, disponible sous http://noticias.juridicas.com/base_datos/Admin/lo1-2004.html (17.7.2011).

²³⁷ E. Martínez García, La tutela judicial, loc. cit., p. 82.

²³⁸ Sobre la prueba de la violencia de género y la intervención de distintos sujetos en la causa, J. A. Cobo Plana, La prueba interdisciplinar en la violencia doméstica: un punto de vista médico forense, en M. A. Boldova Pasamar y M. A. Rueda Martín (coords.), *La reforma penal en torno a la violencia doméstica y de género*, Barcelona 2006, p. 355 et seq.

317. Dans la Communauté autonome de Madrid, par exemple, un programme d'accueil et d'assistance spécial a été mis en place (programme *Atiende*²³⁹). Dans le cadre de ce programme, le personnel d'accueil des victimes est composé de spécialistes (**psychiatres, psychologues, travailleurs sociaux et juristes**) dans le traitement de ce type de violence. Ces derniers préparent un dossier clinique pour chaque victime afin d'envisager un traitement et de les diriger vers les services idoines. Le dossier préparé par ce service peut postérieurement être présenté devant les instances judiciaires²⁴⁰.

318. La LO 1/2004 a introduit l'institution du **Procureur contre la violence sur la femme** (art. 70 et ss). Il intervient dans les procès dans lesquels des questions de violence sur les femmes sont soulevées. Il est notamment compétent pour :

- a) Intervenir directement dans les procès pénaux devant les tribunaux de violence sur la femme, suivant l'appréciation du Procureur général de l'Etat²⁴¹,
- b) Intervenir, par délégation du Procureur général de l'Etat, dans les procès civils devant les tribunaux de violence sur la femme (article 87 ter.2 de la Loi organique du Pouvoir Judiciaire 6/1985, ci-après LOPJ),
- c) Superviser et coordonner l'activité des Services contre la Violence sur les femmes du Ministère public et leur demander des rapports,
- d) Coordonner les activités des différents Ministères publics dans le domaine de la violence de genre. Dans ce cadre, il peut proposer au Procureur général de l'Etat des directives à établir en la matière,
- e) Élaborer et présenter semestriellement un rapport au Procureur général de l'État sur les procédures suivies et les activités menées par le Ministère public en matière de violence sur les femmes. Ce rapport est envoyé par la suite à l'Assemblée des Procureurs des chambres du Tribunal suprême. Selon des informations qui nous ont été fournies par le Procureur contre la violence sur les femmes, ces rapports ne sont pas disponibles sur internet.

2.2. Sonderregeln bezüglich der Gerichte und der Verfahren

2.2.1. Les tribunaux contre la violence sur la femme

319. L'article 43 de la LO 1/2004 a créé la base légale pour l'établissement des **Tribunaux contre la violence sur la femme** (cet article a modifié l'art. 87 bis de la LOPJ)²⁴². En matière pénale²⁴³ et selon

²³⁹ Informations disponibles sous http://www.madrid.org/cs/Satellite?c=CM_InfPractica_FA&cid=1142606621536&idTema=114259854_9936&language=es&pagename=ComunidadMadrid%2FEstructura&perfil=1142619466326&pid=12730_78188154 (25.7.2011).

²⁴⁰ Abogados penalistas Madrid, Atención especializada en daño emocional en Madrid, 07 de Octubre del 2009, disponible sous <http://www.violencia-domestica.com/Atencion-especializada-en-dano-emocional-en-Madrid/4> (24.7.2011).

²⁴¹ Selon l'article 87 ter.1 de la Loi Organique du Pouvoir Judiciaire (Ley Orgánica 6/1985, de 1 de julio, del Poder Judicial), disponible sous http://noticias.juridicas.com/base_datos/Admin/lo6-1985.html (28.7.2011).

²⁴² Une autre critique est la possible violation, dans la pratique de ces tribunaux, des droits fondamentaux de l'homme qui est accusé d'agression. En effet, l'existence de tribunaux spéciaux pour juger les cas

l'article 44 LO 1/2004, les Tribunaux contre la violence sur la femme sont compétents pour connaître des infractions suivantes lorsqu'elles ont été commises sur les femmes :

- l'homicide (dans toutes ses configurations),
- l'avortement,
- les lésions,
- les lésions sur le fœtus,
- les infractions contre la liberté et contre l'intégrité morale,
- les infractions contre la liberté et l'intégrité sexuelle, et
- toute autre infraction commise avec violence ou intimidation (l'infraction doit avoir été commise contre l'épouse, l'ex-épouse, ou dans toute autre relation affective analogue même en l'absence de cohabitation),
- les actes réalisés sur des malades mentaux (par l'accusé ou son épouse),
- les actes commis sur des mineurs ou des enfants incapables de discernement qui cohabitent avec l'accusé ou qui sont soumis à l'autorité, à la tutelle, à la curatelle, à l'accueil ou à la garde de fait de l'épouse ou de la femme avec laquelle il cohabite lorsqu'un acte de violence de genre a été aussi commis.

320. Sans préjudice de la compétence attribuée aux juges qui règlent les rapports entre les parents et les enfants, les **Tribunaux contre la violence sur la femme** peuvent aussi adopter des mesures de protection des enfants.

321. En principe, la compétence de ces tribunaux s'étend seulement à la **phase de l'instruction** de la cause. Toutefois, lorsque l'acte reproché est une contravention (*falta*) (titres I et II du livre III du Code pénal), ils peuvent aussi juger au fond.

322. L'instance d'**appel** contre les décisions des Tribunaux contre violence sur la femme est l'Audience provinciale, dont une ou plusieurs sections sont spécialisées dans la matière (art. 71 de la LO 1/2004).

de violence domestique et de genre pourrait transformer la présomption d'innocence de l'homme accusé ainsi que l'obligation d'impartialité que doit respecter tout tribunal en un sentiment de « jugé, puis condamné ».

²⁴³ En vertu de l'alinéa 2 de l'art. 44 de la LO 1/2004, dans les juridictions civiles, les tribunaux de violence contre la femme sont compétents pour traiter des affaires suivantes :

- filiation, maternité et paternité,
- nullité du mariage, séparation et divorce,
- relations parents-enfants,
- l'adoption ou la modification de mesures familiales,
- le traitement des affaires concernant exclusivement la garde (*guarda y custodia*) des enfants mineurs, ainsi que les aliments réclamés par un parent à l'encontre de l'autre au nom de ces enfants,
- les affaires d'adoption,
- les oppositions aux décisions administratives en matière de protection de mineurs.

2.2.2. L'action civile dans le procès pénal

323. Le droit espagnol prévoit le **cumul de l'action pénale et de l'action civile** dans le même procès. Dans ce cadre, la victime ayant subi un préjudice qui découle de l'infraction commise peut participer au procès en tant que **partie civile** (*acusador particular* ou *acusador privado*). La victime n'est pas obligée de se porter partie civile. En effet, la loi oblige le **Ministère public** à exercer l'action civile et pénale²⁴⁴. La doctrine souligne que, dans ce cas, le droit espagnol diffère du droit allemand (*Adhäsionsverfahren*). En effet, ce dernier prévoit que Ministère public ne participe pas à l'action civile dans un procès pénal²⁴⁵.

324. En Espagne, la victime peut renoncer à ce que ses prétentions civiles soient examinées dans le cadre du procès pénal. Elle doit, dans ce cas, faire une déclaration expresse en ce sens. Elle peut, toutefois, **réserver** le droit d'introduire postérieurement l'action civile auprès d'un tribunal civil²⁴⁶.

2.3. Sonderregeln im Beweisrecht

325. L'Espagne ne prévoit pas de règles de preuve spéciales pour les procès sur la violence domestique et de genre. Dès lors, ce sont les règles générales de la procédure pénale qui s'appliquent²⁴⁷. La victime a, toutefois, droit à un **traitement respectant son intimité** et à ne pas être soumise à une victimisation pendant la procédure. Il s'ensuit que les interrogatoires de la victime doivent être réalisés avec sensibilité, dignité²⁴⁸ et en la protégeant de toute publicité non désirée, ainsi que du dévoilement d'informations personnelles.

2.3.1. Examen médical

326. Il existe un protocole de **traitement médical** des victimes de violence domestique²⁴⁹. Selon ce protocole dans le cadre de la prise en charge par les services médicaux, il est nécessaire d'accorder à la victime un traitement compréhensif dans une ambiance qui facilite la communication, la confidentialité et la plus grande intimité. Si la victime le désire, une personne de confiance peut être

²⁴⁴ Code pénal espagnol, art. 108 : « La acción civil ha de entablarse juntamente con la penal por el Ministerio Fiscal, haya o no en el proceso acusador particular; pero si el ofendido renunciare expresamente a su derecho de restitución, reparación o indemnización, el Ministerio Fiscal se limitará a pedir el castigo de los culpables ».

²⁴⁵ X. Baamonde, *La víctima en el proceso penal*, Madrid 2005, p. 426 note 1452.

²⁴⁶ Code pénal espagnol, art. 119 : « En todos los supuestos del artículo anterior, el Juez o Tribunal que dicte sentencia absolutoria por estimar la concurrencia de alguna de las causas de exención citadas, procederá a fijar las responsabilidades civiles salvo que se haya hecho expresa reserva de las acciones para reclamarlas en la vía que corresponda ».

²⁴⁷ Les principaux moyens de preuve sont : l'interrogatoire de l'accusé (qui peut choisir d'exercer son droit de garder le silence), le témoignage (lorsque des tiers ont assisté à l'acte reproché ou à ses effets), les titres (par exemple, un certificat médical), l'expertise, et, avec certaines précautions, les indices (il doit s'agir d'indices prouvés pouvant aboutir à une évaluation raisonnable et dont l'admission est motivée par le juge); J. M^a Rifá Soler *et al.*, *El proceso penal práctico*, *loc. cit.*, p. 1451 *et seq.*

²⁴⁸ M. Solaz, *Tutela Judicial*, in *Violencia de género – perspectiva multidisciplinar y práctica forense* (M. Vallejo et G. Baudr, dir.), Cizur Menor Navarra, 2007, p. 261.

²⁴⁹ *Protocolo Común para la Actuación Sanitaria ante la Violencia de Género Comisión Contra la Violencia de Género Consejo Interterritorial del Sistema Nacional de Salud*, *loc. cit.* Il s'agit d'un protocole destiné aux institutions en charge de la santé physique et psychologique des victimes de violence domestique et de genre.

présente pendant l'examen. La loi ne prévoit pas que la victime puisse choisir le sexe du médecin qui l'examine. Toutefois, il y a des protocoles qui recommandent la prise en charge par une personne du même sexe²⁵⁰.

327. Il est interdit aux personnes procédant à l'examen médical de poser des questions compromettantes. Elles ne peuvent collecter que des informations que la victime souhaite donner. Selon le protocole, la victime doit être **informée** de tous les examens qui seront réalisés et leur objectif ; elle devra donner son consentement pour chaque examen. Les personnes chargées de l'examen médical doivent aussi vérifier l'éventuelle présence d'enfants mineurs ou personnes vulnérables qui auraient pu aussi être victimes de la violence. Le rapport médical doit être lu à la victime avant son envoi au tribunal. La victime ou une personne de sa confiance a le droit d'obtenir une copie du rapport médical.

328. Durant le procès, la personne ayant effectué l'examen médical peut témoigner même sans l'autorisation de la victime. En effet, elle a l'obligation de porter à la connaissance des autorités les cas de blessures découvertes dans l'exercice de son activité.

2.3.2. Vidéoconférence

329. L'article 325 LECRIM permet au juge – d'office ou sur demande d'une partie – d'utiliser la vidéoconférence ou d'autres systèmes dans des cas où la comparution de l'accusé, du témoin, de l'expert ou de toute autre personne peut provoquer un danger ou causer un préjudice (cf. ég. 2.4.2.).

2.3.3. Protection des victimes mineures ayant la qualité de témoins

330. Dans certaines procédures – en particulier lorsqu'un couple ne souhaite pas garder le silence sur la violence domestique – les autorités souhaitent interroger les enfants mineurs du couple. Les avis sont partagés quant à l'opportunité d'une telle démarche²⁵¹. La tendance est de ne pas interroger les enfants mineurs en cas de violence de genre. Cependant, si des enfants âgés de plus de 14 ans venaient à témoigner, il faut les informer qu'ils sont pénalement responsables²⁵² et par conséquent qu'ils ont l'obligation de dire la vérité. En outre, ils doivent être informés de la possibilité prévue par la loi de ne pas témoigner au détriment de leurs parents²⁵³.

²⁵⁰ Par exemple : Gobierno de Cantabria, Protocolo de atención sanitaria a víctimas de agresiones/abusos sexuales, Ch. 2, disponible sous http://www.google.ch/url?sa=t&source=web&cd=1&ved=OCB8QFjAA&url=http%3A%2F%2Fwww.mujerdecantabria.com%2Fgenerico%2Fdescargar_doc.php%3Fid%3D364%26ld2%3D1&rct=j&q=protocolo%20tratamiento%20sanitario%20victimas&ei=7hedTtujBsyzhAelrIWNCQ&usg=AFQjCNG_KQQmrhNIIg4T44ORRoW4AI-bTQ&sig2=WdcTWqrogpYOW8Zlmu9awA (18.10.11).

²⁵¹ S. Rivera, La ley de medidas de protección integral contra la violencia de género, Valencia 2010, p. 60 s. En effet, selon une partie de la doctrine, il est difficile d'admettre qu'un enfant âgé de moins de 14 ans (auquel on ne peut pas demander de jurer ou de promettre de dire la vérité et qui n'est pas pénalement responsable), puisse être placé au même niveau qu'un adulte capable discernement. L'enfant âgé de moins de 14 ans risque de ne pas avoir les moyens de réclamer, par exemple, l'exercice de son droit « à garder le silence ». En outre, en cas de faux témoignage, il n'est pas pénalement responsable.

²⁵² Art. 3 Ley Orgánica 5/2000, de 12 de enero, Responsabilidad Penal de los Menores, art. 1 et art. 3, disponibles sous http://noticias.juridicas.com/base_datos/Penal/lo5-2000.html (25.7.2011).

²⁵³ S. Rivera, loc. cit., p. 61.

331. La Loi organique 1/1996²⁵⁴ sur protection juridique des enfants mineurs prévoit que, dans les procédures judiciaires, le **comparution** des mineurs doit être adaptée à la situation et à leur âge, en veillant à préserver leur intimité. Le critère général est la nécessité d'éviter des situations pouvant nuire au développement personnel des enfants.

332. Dans la **phase de jugement**, le juge peut utiliser tous les moyens techniques nécessaires afin d'éviter, dans la mesure du possible, que les mineurs ne souffrent une deuxième victimisation. L'article 707 al. 2 LECRIM, dispose que le témoignage des mineurs se fera en **évitant toute confrontation visuelle** avec l'accusé. Pour cela, le tribunal peut utiliser tous les moyens techniques qui rendent possible l'obtention de la preuve. Parmi ces moyens techniques il y a l'écran de séparation pour que l'enfant ne soit pas obligé de regarder l'accusé ou la vidéo-conférence.

333. L'article 433 LECRIM dispose que le juge peut ordonner **l'enregistrement** de la déclaration d'un mineur. Lors de cet enregistrement, il faut toutefois préserver le **principe du contradictoire**. Dans ce contexte le Tribunal suprême a souligné que la possibilité d'exclure le prévenu de la procédure de témoignage est restreinte. La garantie de ce principe constitutionnel doit être examinée dans chaque cas d'espèce. Ce dernier est garanti lorsque la défense peut soumettre des questions et elle est physiquement présente (même si invisible) lors de l'enregistrement²⁵⁵.

334. L'article 455 LECRIM prévoit, à son dernier alinéa, qu'il ne faut pas réaliser des **confrontations** (*careo*) entre l'accusé et les témoins mineurs, sauf lorsque le juge – moyennant un rapport d'expert - considère cela indispensable (*imprescindible*) et qu'une telle procédure ne sera pas nuisible aux intérêts de l'enfant.

335. Le **témoignage** d'un mineur dans la phase d'instruction est admis uniquement lorsqu'une **personne qui lui est proche est présente** pendant l'interrogatoire ; ceci afin d'éviter que le mineur ne soit angoissé par la confrontation visuelle avec son agresseur. Selon l'article 433 LECRIM, toute déclaration d'un mineur pourra être effectuée devant des experts²⁵⁶ et en présence du Ministère public. Les personnes qui exercent l'autorité parentale, la tutelle ou la garde du mineur pourront également être présents, à moins qu'ils ne soient inculpés ou que le juge, exceptionnellement et de manière motivée, n'en décide autrement. Le juge pourra décider d'enregistrer la déclaration. Ces règles s'appliquent tant aux cas de déclaration directe, qu'aux cas de déclaration par vidéo-conférence²⁵⁷ ou par tout autre moyen technique permis par la loi.

²⁵⁴ Ley Orgánica 1/1996, de 15 de enero, de Protección Jurídica del Menor, de modificación parcial del Código Civil y de la Ley de Enjuiciamiento Civil, disponible sous http://noticias.juridicas.com/base_datos/Privado/lo1-1996.html (31.8.2011).

²⁵⁵ Tribunal Supremo (Sala de lo Penal, Sección 1ª), Sentencia núm. 96/2009 de 10 marzo 2009.

²⁵⁶ Les experts mentionnés sont des psychologues, pédagogues, psychiatres ou encore des éducateurs sociaux qui ont une connaissance préalable de l'affaire et qui sont liés émotionnellement au mineur.

²⁵⁷ C. Estiarte, Víctima menor de edad y proceso penal : especialidades en la declaración testifical de menores-víctimas, Revista de Derecho Penal y Criminología, 2ª. Epoca, n° 16 (2005), p. 287.

2.3.4. Droit de dissimuler les informations sur le domicile

336. Pour protéger la victime, il est possible de garder secret l'endroit où elle se trouve ainsi que sa famille²⁵⁸.

2.4. Sonderregeln bezüglich des Schutzes der Betroffenen

337. Les articles 61 – 69 de la LO 1/2004 prévoient les mesures de protection spécifiquement destinées aux victimes de la violence domestique et de genre. Ces mesures sont compatibles avec les mesures de prévention et de protection qui peuvent être adoptées par les autorités judiciaires dans le cadre de procédures civiles et pénales.

2.4.1. L'ordre de protection

338. La principale mesure à considérer, en raison de sa portée et de la rapidité de son adoption, est celle connue sous le nom d'**ordre de protection** qui est réglée à l'article 544 ter LECRIM (établie par la Loi 27/2003 de 31 juillet 2003 régulatrice de l'ordre de protection des victimes de ce type de violence). L'ordre de protection unifie les différents instruments de protection des victimes de la violence domestique et de genre dans une décision unique et immédiate, dictée sous la forme d'une **décision judiciaire (auto)**. L'ordre de protection peut être sollicité par la victime, mais aussi par le Ministère public (qui, en l'occurrence, peut agir même contre la volonté de la victime)²⁵⁹.

339. Dans la décision instaurant l'ordre de protection, le tribunal reconnaît que la victime est objectivement en situation de danger et ordonne sa protection pendant la procédure pénale. L'ordre de protection sert de **titre de légitimation** permettant à la victime de bénéficier des différentes aides et de l'assistance, ainsi qu'à lui reconnaître les droits économiques et sociaux contenus dans la LO 1/2004 (cf. 2.4.2. ss).

340. L'ordre de protection ne peut être émis que lorsque les autorités ont eu connaissance d'un acte de violence. Les autorités sont informées par une **dénonciation** qui peut être effectuée par la victime ou par des personnes qui - en raison de leur charge, profession ou activité -, ont eu connaissance d'une infraction et sont obligées de la dénoncer (art. 262 LECRIM). La **querrela du Ministère public** est aussi suffisante pour lancer la procédure afin d'établir un ordre de protection.

341. L'ordre de protection est accordée lorsqu'il y a des indices de violence à l'encontre d'une **épouse** ou d'une personne qui se trouve dans une **relation affective** avec le suspect, mais aussi en cas de violence à l'encontre d'autres personnes **spécialement vulnérables** qui cohabitent avec le suspect (art. 153 CPE). L'ordre de protection peut être accordé soit d'office, soit à la demande de la victime ou du Ministère public. Les institutions d'aide publique ou privée qui ont connaissance de ce type de violence sont obligées d'en rapporter immédiatement au juge de service ou au Ministère public ; ceci afin d'entamer la procédure d'adoption de l'ordre de protection. Ce dernier peut être sollicité directement auprès de l'autorité judiciaire ou du Ministère public, mais également de la

²⁵⁸ Sur la base de la Ley Orgánica 19/1994, de 23 de diciembre, de Protección a Testigos y Peritos en Causas Criminales, disponible sous http://noticias.juridicas.com/base_datos/Penal/lo19-1994.html (13.7.2011).

²⁵⁹ S. Rivera, loc. cit., p. 67.

police, des bureaux d'assistance aux victimes²⁶⁰, des services sociaux ou des institutions d'aide dépendantes des administrations publiques. La demande d'un ordre de protection, outre celle déposée auprès de l'autorité judiciaire, doit être transmise immédiatement au juge.

342. Les **services sociaux** et les **institutions d'aide aux victimes** doivent fournir, aux victimes pour lesquelles un ordre de protection s'avère nécessaire, tous les formulaires, toutes les informations et les voies de communication électroniques nécessaires pour entamer une procédure judiciaire.

343. La **procédure de demande d'un ordre de protection** entraîne la convocation rapide d'une audience (dans un délai maximum de 72 heures) par l'autorité judiciaire. Cette audience (à laquelle participent la victime, l'accusé et le Ministre public), permet d'administrer les preuves nécessaires qui autorisent ou non l'adoption des mesures de protection sollicitées. A l'occasion de cette audience, le juge adopte les mesures opportunes afin d'éviter la confrontation entre l'agresseur et la victime, ses enfants et les autres membres de la famille (cf. ég. 2.4.2.). En particulier, il peut décider que les déclarations sont faites séparément.

344. Lorsque l'ordre de protection est accordé, la victime bénéficie d'un **statut de protection intégrale**²⁶¹. Ce dernier donne droit à bénéficier des mesures préventives prévues par l'ordre judiciaire civil et pénal, ainsi qu'à d'autres mesures d'assistance et de protection sociale établies par la loi (ces mesures sont détaillées à partir du paragraphe suivant). L'ordre de protection est notifié immédiatement par le juge aux parties et à l'administration publique compétente pour l'adoption des mesures de protection (il s'agit des autorités en charge de la sécurité, de l'assistance sociale, juridique, médicale, psychologique ou de tout autre ordre). En outre, l'ordre de protection est inscrit dans le Registre central pour la protection des victimes de la violence domestique.

345. Les mesures de protection que l'autorité judiciaire peut accorder à la victime de violence domestique et de genre (le cas échéant à ses enfants) peuvent avoir un caractère pénal et/ou civil.

Mesures à **caractère pénal**:

- a. expulsion de l'agresseur du domicile familial avec interdiction d'y retourner,
- b. interdiction faite à l'agresseur de résider dans une localité donnée,
- c. interdiction faite à l'agresseur de s'approcher de la victime et/ou des membres de sa famille ou d'autres personnes à une distance plus courte que celle fixée par le juge,
- d. interdiction fait à l'agresseur de communiquer avec la victime et/ou les membres de sa famille ou d'autres personnes, par quelque moyen que ce soit,
- e. interdiction faite à l'agresseur de s'approcher de certains lieux (lieu de travail de la victime, centres scolaires des enfants),
- f. confidentialité des données personnelles de la victime, de ses enfants et d'autres personnes sous sa garde,
- g. protection judiciaire de la victime,

²⁶⁰ Bureaux s'occupant de l'accueil de victimes, du conseil, de l'information, etc.
²⁶¹ Art, 544.5 LECRIM.

h. saisie des armes ou interdiction de leur possession.

Mesures à **caractère civil**:

- a. jouissance pour la victime du logement, du mobilier et des biens familiaux,
- b. attribution de la tutelle et la garde des enfants,
- c. suspension de l'exercice de l'autorité parentale,
- d. suspension du régime de communication, de visite et séjour du père avec les enfants ou l'adoption d'une réglementation fixant la manière dont ceux-ci doivent se dérouler, par exemple, par l'intermédiaire d'un Point-rencontre,
- e. établissement d'une pension alimentaire,
- f. toute autre mesure nécessaire pour éloigner les mineurs d'un danger ou leur éviter un préjudice.

2.4.2. *Séparation des victimes*

346. Dans la Circulaire du 10.11.2009²⁶², le Procureur général de l'État a adopté des mesures sur la manière de recevoir les déclarations des enfants mineurs sans que ceux-ci soient intimidés ou stressés. Parmi ces mesures (cf. 2.3), il est conseillé de **garder l'enfant dans une pièce séparée**, en évitant la confrontation visuelle directe avec l'accusé.

347. En Espagne, il n'y a pas d'obligation légale d'avoir dans les tribunaux des salles séparées pour permettre aux victimes de violence d'attendre avant de venir témoigner. Cependant, le juge doit adopter les **mesures nécessaires afin d'éviter la confrontation** entre l'agresseur et ses victimes. Au Pays Basque, il y a des tribunaux qui possèdent de telles salles. Toutefois, dans un rapport de 2009, la Section espagnole d'Amnistie internationale souligne qu'en raison d'un manque de moyens, la mise en place de salles séparées n'est toujours pas possible²⁶³.

2.4.3. *Information des victimes*

348. La victime de violence a **droit à l'attention et à l'information par les services spécialisés** de la police, des institutions sociales et judiciaires. La victime est informée par l'autorité de poursuite pénale de ses droits ainsi que de sa situation dans la procédure ; ceci à partir du moment où la dénonciation est déposée et durant toute la procédure²⁶⁴.

349. Selon les dispositions générales de la LECRIM, la victime a droit à recevoir des **informations** sur le **cours de la procédure**, même si elle n'exerce pas son droit d'intervenir dans le procès pénal

²⁶² Fiscal General del Estado, Circular 3/2009 Sobre protección de los menores víctimas y testigos, 10 de noviembre de 2009, disponible sous www.fiscal.es/ficheros/memorias/137/149/vol1_circu_03.pdf (09.09.2011).

²⁶³ Sección española de Amnistía Internacional, julio 2009, España, Una vida sin violencia para mujeres y niñas las otras víctimas de violencia de género: violencia sexual y trata de personas, p. 33, disponible sous <http://www.redxlasalud.org/index.php/mod.documentos/mem.detalle/id.1023> (09.09.2011).

²⁶⁴ E. Martínez García, La tutela judicial, loc. cit., p. 75.

(*acusación particular*)²⁶⁵. Elle doit être informée de sa situation par rapport à la procédure en cours (art. 234 de la LOPJ). La victime est informée de toute décision pouvant toucher sa sécurité, l'ordre de protection, l'adoption ou la modification d'autres mesures préventives, ainsi que des décisions sur l'emprisonnement ou la liberté provisoire de l'accusé (art. 109, 506.3, 544 bis et ter de la LECRIM). La victime est informée du lieu et de la date du procès (art. 785.3, 962 et 966 de la LECRIM). Elle doit aussi se voir notifiée la sentence à l'encontre de l'accusé (en première instance et en appel)²⁶⁶. En outre, et en vertu de l'article 544.9 LECRIM, lorsqu'un ordre de protection est accordé (cf. 2.4.1.), les autorités judiciaires **doivent informer la victime de façon constante sur l'état de la procédure, ainsi que sur la portée et l'utilisation des mesures préventives**. En particulier, la victime est informée à tout moment de la situation de l'agresseur. A cet effet, l'ordre de protection est également envoyé à l'administration pénitentiaire.

350. Les normes spécifiques de protection des victimes contre la violence domestique et de genre prévoient un droit d'information plus large que celui prévu par la LECRIM. En effet, elle concerne la procédure d'enquête, l'accueil médical, les mesures provisoires adoptées dans les domaines pénal et civil, les avantages sociaux et économiques, le droit à l'assistance juridique gratuite et la possibilité d'une indemnisation pour les dommages subis (cf. 4.)²⁶⁷. Plus particulièrement, la victime a **le droit d'être informée des droits et avantages dont elle peut bénéficier** (art. 18 de la LO 1/2004). Dans ce cadre, la victime a le droit de recevoir une information complète sur sa situation, sur les conséquences du dépôt d'une dénonciation, sur les droits et les obligations qu'elle est susceptible d'avoir vis-à-vis de l'administration et/ou des services d'assistance²⁶⁸. L'article 18.2 de la LO 1/2004 dispose que les victimes frappées d'invalidité ou d'incapacité seront informées à l'aide de moyens adaptés à leur situation afin de leur permettre une compréhension complète de leur situation. Pour être informée, la victime n'est pas obligée de déposer une dénonciation ou une plainte.

²⁶⁵ Carta de derechos de los ciudadanos ante la justicia, art. 4, 16 de abril de 2002, disponible sous www.juecesdemocracia.es/pdf/carta_derechos.pdf (9.9.11), art. 4. Cette Charte a un statut de « proposition de non-loi ». Contrairement aux lois, les propositions de non-loi sont adoptées par l'une des chambres du Parlement. Elles deviennent parfaites par le simple fait de leur adoption, sans qu'il soit nécessaire d'une quelconque sanction ou promulgation. Ces actes sont dépourvus de force obligatoire, mais ils représentent une manifestation de la volonté du Parlement. La Charte des droits des citoyens devant la justice a été rédigée par un groupe de travail constitué par des représentants des différents partis politiques et du Ministère de la justice.

²⁶⁶ Delegación Especial del Gobierno contra la Violencia sobre la Mujer, Guía de los derechos de las mujeres víctimas de violencia de género, Ministerio de trabajo y asuntos sociales, Secretaría general de políticas de igualdad, Delegación Especial del Gobierno contra la Violencia sobre la Mujer, 2010, p. 31 disponible sous http://buscador.060.es/search?q=Delegaci%C3%B3n+Especial+del+Gobierno+contra+la+Violencia+sobre+la+Mujer&entqr=0&sort=date:D:L:d1&output=xml_no_dtd&site=TAS&client=mtin&hl=es&getfields=description&ie=utf-8&oe=UTF-8&proxystylesheet=mtin&buscar.x=8&buscar.y=6&access=p&ud=1&start=10 (item n° 8, 09.09.2011).

²⁶⁷ E. Martínez García, La protección cautelar de la víctima en la nueva Ley orgánica 1/2004, de 28 de diciembre, in J. Reig et E. Martínez García (coords.), La nueva Ley contra la violencia de género (LO 1/2004, de 28 de diciembre), Madrid 2005, p. 329.

²⁶⁸ E. Martínez García, La tutela judicial de la violencia de género, Madrid, 2008, p. 71.

2.4.4. Accès au dossier

351. Selon l'article 234 de la LOPJ, la victime a le droit d'examiner les pièces du dossier, à moins que celles-ci aient été déclarées confidentielles. Elle doit, toutefois, être accompagnée par son avocat et être partie au procès (cf. 2.2.2.).

2.4.5. Autorisation humanitaire de résidence

352. Les **femmes étrangères** qui sont victimes de violence de genre peuvent bénéficier d'une autorisation de résidence humanitaire en cas de séjour irrégulier, ce qui éviterait leur expulsion de l'Espagne. Si elles sont titulaires d'un permis de résidence temporaire de « regroupement familial », associé au permis de résidence de leur conjoint agresseur, elles pourront solliciter l'octroi d'un permis de résidence temporaire indépendant ; ceci après avoir obtenu un **ordre de protection**²⁶⁹. Les femmes étrangères victimes de violence conjugale, qui ne disposent pas de permis de travail et qui se trouvent en Espagne en situation régulière, pourront s'adresser à l'Agence de l'emploi du Service public afin d'être informées de leur droit à s'inscrire en tant que demandeuses d'emploi et d'avoir accès aux formations, aux intermédiaires professionnels et au revenu actif d'insertion. La victime étrangère pourra bénéficier des mêmes droits que les victimes espagnoles sur la base de la LO 1/2004²⁷⁰. Pour bénéficier de ces aides, il est nécessaire qu'elle obtienne un **ordre de protection** (cf. 2.4.1.).

2.4.6. Assistance judiciaire

353. Pour la phase de l'**enquête de police**, il y a un protocole²⁷¹ qui oblige la police à informer la victime de violence de genre de son droit à recevoir le conseil d'un avocat spécialiste de ce type d'infraction. Cette information est donnée au moment où **la dénonciation** ou la requête **d'ordre de protection** sont déposées, mais également avant tout autre acte auquel la victime doit participer. La séance avec l'avocat est confidentielle et la police doit veiller à ne pas prendre la déposition de la victime **avant l'arrivée de l'avocat**²⁷².

354. Dans la phase de la **procédure judiciaire**, la victime a droit à l'**assistance judiciaire gratuite**. L'article 20 de la LO 1/2004 prévoit que le même avocat accompagnera la victime à tous les stades de la procédure et pour toutes les **démarches administratives**. Ce droit appartient aussi aux proches de la victime en cas de substitution. Pour bénéficier de cette assistance, il est nécessaire d'obtenir un ordre de protection.

²⁶⁹ E. Martínez García, La tutela judicial, loc. cit., p. 74.

²⁷⁰ La liste de ces droits est disponible sous <http://www.guiaviolenciadegenero.com/index.php> (lien profond, 26.7.2011). Il s'agit de la teneur de l'article. 31 bis de la Loi Organique 4/2000, du 11 janvier 2000 sur les droits et libertés des étrangers en Espagne et leur intégration sociale, tel que modifié par l'art. 1 de la Loi Organique 10/2011, du 27 juillet 2011 ; Ley Orgánica 10/2011, de 27 de julio, de modificación de los artículos 31 bis y 59 bis de la Ley Orgánica 4/2000, de 11 de enero, sobre derechos y libertades de los extranjeros en España y su integración social, disponible sous <http://noticias.juridicas.com/> (27.7.2011).

²⁷¹ Protocolo de actuación de las fuerzas y cuerpos de seguridad y de coordinación con los órganos judiciales para la protección de las víctimas de violencia doméstica y de género, disponible sous http://www.observatorioviolencia.org/bbpps-proyecto.php?id_proyecto=81 (18.7.2011).

²⁷² E. Martínez García, La tutela judicial, loc. cit., p. 76.

355. La LO 1/2004 reconnaît à toutes les victimes de violence de genre le droit à une **assistance judiciaire immédiate et gratuite**. Toutefois, si par la suite il s'avère que la victime possède suffisamment de moyens financiers pour assurer sa représentation par un avocat, elle devra prendre en charge les frais de ladite représentation. La demande d'assistance judiciaire gratuite s'effectue en remplissant un formulaire auquel il faut joindre des pièces justificatives, notamment en ce qui concerne la situation économique de la victime. Le formulaire est déposé auprès de l'Ordre des avocats ou de la Cour.

356. Outre la défense et la **représentation gratuite par un avocat** dans les procédures judiciaires et administratives, le droit à l'assistance judiciaire gratuite comprend les prestations suivantes :

- consultation et conseils préalables à la procédure,
- insertion gratuite d'annonces dans des journaux officiels. Il s'agit d'annonces qui concernent la procédure, telles que les *edictos* (citations à comparaître) ; par exemple à l'encontre du mari de la victime (art. 6.4 de la Loi 1/1996, du 10 janvier 1996, sur l'assistance juridique gratuite),
- exonération du paiement des frais judiciaires,
- assistance gratuite d'un expert,
- obtention gratuite (ou réduction de 80%) des droits tarifaires pour les documents notariés.

2.4.7. Procès à huis clos

357. La victime peut demander que le procès se tienne à huis clos (art. 15 de la Loi 35/1995 du 11 décembre 1995).

2.5. Weitere Sonderregeln

2.5.1. Non-lieu

358. L'article 105 de la LECRIM oblige le Ministère public à poursuivre toutes les infractions pénales portées à sa connaissance. La loi espagnole ne prévoit pas la possibilité pour le Ministère public de suspendre la procédure de poursuite. Il s'ensuit que la seule possibilité d'abandonner une procédure est le non-lieu (*sobreseimiento*)²⁷³. A cet égard, l'article 627 de la LECRIM *in fine* dispose que, suite à l'instruction, le Ministère public peut demander le *sobreseimiento*. En vertu de l'article 637 de la LECRIM, le *sobreseimiento* est prononcé lorsqu'il n'y a pas d'indices raisonnables sur les faits constitutifs de l'infraction (*formación de la causa*). La décision de *sobreseimiento* est susceptible de recours (arts. 216 ss de la LECRIM).

2.5.2. Suspension de l'exécution de la peine

359. L'article 83 de la LO 1/2004 prévoit la **suspension de l'exécution de la peine**. Selon l'alinéa 6 *in fine* de cette disposition dans les cas de délits de violence de genre, le juge ou la Cour, peuvent suspendre l'exécution de la peine lorsque les conditions suivantes sont exécutées : interdiction de se rendre à certains endroits, interdiction d'approcher et/ou de communiquer avec la victime, les

²⁷³ Abogados Penalistas Madrid, disponible sous <http://www.querella.net/El-abandono-de-la-querella/6> (24.7.2011).

membres de sa famille ou d'autres personnes comme fixé par le tribunal ainsi que l'obligation de participer à des programmes d'éducation.

2.5.3. *Bracelet électronique*

360. Quant à la possibilité d'utiliser un **bracelet électronique**, l'article 64.3 de la LO 1/2004 prévoit qu'afin de vérifier si les mesures d'éloignement fixées à l'agresseur sont respectées, on pourra utiliser des **instruments de technologie adéquats**. Cette loi s'aligne sur la modification du CPE de 2003²⁷⁴, qui a introduit la possibilité d'imposer la localisation permanente d'un condamné sur la base des nouvelles technologies (Ley Orgánica 15/2003, de 25 novembre, préambule).

361. Le Gouvernement espagnol a autorisé l'utilisation de **bracelets électroniques** liés au GPS (connus comme *homelink*) pour détecter la présence de l'agresseur dans une zone proche de la victime²⁷⁵. La doctrine prône la proportionnalité dans l'utilisation de ce moyen, afin de ne pas porter atteinte aux droits de la personne qui porte le bracelet²⁷⁶.

2.5.4. *Autres mesures*

362. La victime a droit à l'**assistance sociale intégrale** (art. 19 de la LO 1/2004). Il s'agit du droit de bénéficier de services sociaux et de l'assistance des différentes branches de l'administration. En particulier, elle comprend le traitement des situations d'urgence créées par l'agression ainsi que l'accueil de la victime. La nature de ces droits dépend des moyens mis à disposition dans chaque Communauté autonome²⁷⁷. Dans certains cas, il est prévu d'accorder aux victimes de violence domestique et de genre un droit prioritaire d'habitation dans les maisons officielles de protection, la possibilité de changer de lieu de résidence lorsque la victime et l'agresseur sont copropriétaires du logement ou le droit à une place dans une résidence pour personnes âgées (si la situation de la victime le justifie). Pour bénéficier de l'assistance sociale intégrale, la victime doit avoir obtenu un ordre de protection.

363. L'article 19.5 de la LO 1/2004 dispose que **les enfants** qui se trouvent **sous la garde ou l'autorité parentale de la personne agressée** ont également droit à l'assistance sociale intégrale. Les services sociaux doivent disposer d'un personnel spécifiquement formé dans le domaine de l'assistance aux enfants ; ceci afin de prévenir des dommages physiques ou psychiques aux enfants qui habitent dans un cadre familial de violence domestique ou de genre.

364. En ce qui concerne le droit du **travail** et de la **sécurité sociale**, la femme qui travaille et qui est victime de la violence de genre peut solliciter une réduction de sa journée de travail ou une mutation géographique. Durant cette période, la femme ne pourra pas être licenciée en raison de ses absences

²⁷⁴ Ley Orgánica 15/2003, de 25 de noviembre, por la que se modifica la Ley Orgánica 10/1995, de 23 de noviembre, del Código Penal, disponible sous http://noticias.juridicas.com/base_datos/Penal/lo15-2003.html (27.7.2011).

²⁷⁵ Ministerio de Sanidad, Política Social e Igualdad : « Implantación de dispositivos electrónicos de detección de proximidad de agresores », disponible sous http://www.migualdad.es/ss/Satellite?c=MIGU_Generico_FA&cid=1244647545264&pageid=1244647420994&pagename=MinisterioIgualdad%2FMIGU_Generico_FA%2FMIGU_Acuerdo (18.7.2011).

²⁷⁶ E. Martínez García, La protección cautelar de la víctima, loc. cit., p. 376 s.

²⁷⁷ E. Martínez García, La tutela judicial, loc. cit., p. 72.

et ses retards. Il est également envisageable d'obtenir la suspension du contrat de travail tout en conservant le poste. La victime de la violence de genre peut bénéficier d'un programme spécifique de réinsertion dans le monde du travail (art. 21 ss de la LO 1/2004). Ces mesures sont accordées dans le cadre d'un ordre de protection octroyé par un tribunal. Toutefois, même lorsqu'un tel ordre n'a pas encore été accordé, l'avis favorable du Ministère public suffit²⁷⁸.

365. La victime de délits de genre peut **changer de nom de famille** afin de rompre les liens avec l'agresseur²⁷⁹.

3. Opferberatung

366. Les conseils spécifiquement destinés aux victimes de violence domestique et de genre peuvent être rendus par diverses **organisations et associations privées ou publiques**.

367. Dans le domaine **privé**, il existe de nombreuses associations et fondations qui sont actives dans le domaine de la violence domestique et de genre. Dans ce cadre, une consultation juridique est parfois prévue pour les victimes, **sans que les dites associations et fondations n'exigent une quelconque dénonciation de l'agresseur**.

368. En ce qui concerne les **organismes publics**, le Ministère de la santé met à disposition des victimes un centre téléphonique de renseignement permanent (016) qui offre - gratuitement et sans faire mention de l'appel dans la facture mensuelle - des consultations juridiques dans 51 langues pour les victimes de ce type de violence. Outre ce centre d'information, les différentes Communautés autonomes ont mis en place des services de conseil juridique en particulier au moyen de centres d'appels. Ces derniers n'exigent pas la présentation d'une preuve selon laquelle l'agresseur a été dénoncé. En particulier, dans la Communauté autonome de Madrid, le Service d'assistance en cas de violence de genre et les hébergements de protection des victimes n'exigent pas une telle dénonciation afin de prendre soin de la femme agressée et de la protéger²⁸⁰. Ce centre d'appel est à disposition de la victime de violence de genre, de sa famille et du public en général, afin de s'informer sur la procédure à suivre en cas de violence de genre²⁸¹. Pour utiliser ces services, il n'est pas nécessaire de présenter une dénonciation pour violence de genre.

4. Staatliche Opferentschädigung

369. L'Espagne prévoit un système de compensation financière en faveur des victimes de violence domestique et de genre. La base légale de cette compensation est la Loi 35/1995 du 11 décembre

²⁷⁸ E. Martínez García, La tutela judicial, loc. cit., p. 72.

²⁷⁹ Art. 58.2 de la Loi sur le registre de l'état civil.

²⁸⁰ Ayuntamiento de Madrid, Medidas de seguridad para mujeres maltratadas, 26.01.2011, disponible sous <http://www.madrid.es/portales/munimadrid/es/Inicio/Ayuntamiento/Medios-de-Comunicacion/Notas-de-prensa/Medidas-de-seguridad-para-mujeres-maltratadas?vgnextfmt=default&vgnextoid=b99a3980cf38d210VgnVCM1000000b205a0aRCRD&vgnnextchannel=6091317d3d2a7010VgnVCM100000dc0ca8c0RCRD> (25.7.2011).

²⁸¹ Informe del Ministerio de Igualdad, Informe 016 - 3 de septiembre de 2007 a 30 de noviembre de 2008. Accesible en www.migualdad.es (30.9.2011).

1995 sur l'aide et l'assistance aux victimes d'infractions violentes et contre la liberté sexuelle²⁸². Cette loi a été complétée par un règlement du 23 mai 1997 (modifié le 21 février 2006)²⁸³.

370. La Loi 35/95 classe les ayants droit en deux catégories: les **victimes directes** et les **victimes indirectes** :

- **Victimes directes** : l'article 2 al. 2. de la Loi 35/95 prévoit que les bénéficiaires d'aides sont les personnes ayant subi des lésions ou des dommages **graves**²⁸⁴ à leur santé physique ou psychique suite à l'infraction,
- **Victimes indirectes** : l'article 2 al. 3 de la Loi 35/95 énumère les bénéficiaires d'aides sur la base de leur degré de proximité avec le défunt :
 - a) le conjoint du défunt, si le couple n'était pas séparé légalement ; la personne ayant cohabité de façon permanente (de façon analogue à une relation matrimoniale, indépendamment de son orientation sexuelle) avec le défunt pendant au moins deux ans avant le décès, sauf si le couple avait des descendants communs ; dans ce cas, une simple cohabitation suffit,
 - b) les enfants du défunt qui dépendaient économiquement de lui (indépendamment de leurs relations affectives et de leur âge, y compris pour les enfants posthumes),
 - c) les enfants qui ne sont pas ceux du défunt, mais ceux des personnes mentionnées sous la lettre a) et qui étaient économiquement dépendants du défunt,
 - d) à défaut des personnes mentionnées aux paragraphes a), b) et c), seront qualifiés de bénéficiaires les parents du défunt qui dépendaient économiquement de lui.

371. Selon l'alinéa 5 de l'article 2 de la Loi 35/95, les parents d'enfants mineurs décédés en raison de l'infraction sont également bénéficiaires à titre de victimes indirectes.

372. En règle générale, la législation espagnole prévoit une aide **financière** mensuelle. Ce principe se base sur la doctrine dite des **aides publiques** et s'inspire du principe de solidarité. Les aides d'Etat ne comprennent pas une indemnisation pour dommages moraux. L'aide financière est incompatible avec la perception de dommages-intérêts, la perception de prestations de sécurité sociale concernant une incapacité ou le dédommagement versé par une assurance privée (art. 5 de la Loi 35/95). Toutefois, en cas d'incapacité permanente ou de décès de la victime de violence l'aide sociale économique est cumulable avec l'aide financière accordée par la Loi 35/95 (art. 5.3).

²⁸² Ley 35/1995, de 11 de diciembre (RCL 1995, 3319) , de ayudas y asistencia a las víctimas de delitos violentos y contra la libertad sexual, disponible sous http://noticias.juridicas.com/base_datos/Penal/l35-1995.html (6.9.11).

²⁸³ Reglamento de Ayudas a Víctimas de Delitos Violentos, Real Decreto 738/1997, de 23 de mayo 1997.

²⁸⁴ L'article 4 al. 1 de la Loi 35/95 définit le terme lésion grave comme les blessures qui portent atteinte à l'intégrité corporelle ou à la santé physique ou mentale et qui causent une incapacité temporaire ou permanente (l'incapacité permanente doit être d'au moins 33%). Le second alinéa de cet article dispose que, pour donner lieu à une aide, les lésions corporelles doivent avoir une importance suffisante pour être qualifiées d'invalidité permanente ou d'incapacité temporaire supérieure à six mois par la législation de la sécurité sociale.

373. Dans le cadre de l'aide financière prévue par la Loi 35/95, **l'Etat se subrogera à la victime dans ses droits contre l'auteur de l'infraction** ; ceci jusqu'au montant total de l'aide accordée (art. 13).

374. Aux termes de l'article 3 de la Loi 35/95, l'Etat peut **refuser** l'attribution de l'aide financière totalement ou partiellement pour des raisons d'équité ou d'ordre public lorsque les circonstances suivantes sont établies par une décision judiciaire :

- a) la conduite du bénéficiaire a contribué de façon directe ou indirecte à la commission de l'infraction ou à l'aggravation de ses conséquences,
- b) l'existence de relations délictuelles entre le bénéficiaire et le responsable de l'infraction ou leur appartenance à une organisation visant la commission d'infractions.

375. L'article 3 alinéa 2 prévoit que lorsque le bénéficiaire perd son droit à l'aide financière en raison de l'une des causes mentionnées sous a) et b), les victimes indirectes pourront néanmoins se voir octroyer une aide.

376. Le montant de l'aide financière ne pourra pas être supérieur à **l'indemnisation en faveur de la victime fixée par une décision judiciaire** (art. 6 de la Loi 35/95).

377. L'article 10 de la Loi 35/95 prévoit l'octroi **d'une aide provisoire** jusqu'à l'obtention d'une **décision judiciaire définitive**. L'aide provisoire ne peut pas dépasser le 80% du plafond des montants prévus par la Loi en cas d'indemnisation.

378. La victime d'une infraction peut bénéficier d'une assistance financière pour tenter un procès ou pour participer à une telle procédure (*justicia gratuita*), lorsqu'elle prouve qu'elle a des difficultés économiques (art. 15 de la Loi 35/95 et art. 2 de la Loi sur la justice gratuite, ci-après LJG²⁸⁵).

379. Si la victime d'une infraction d'ordre sexuel souffre des lésions psychologiques l'aide couvrira les frais de traitement librement choisi par celle-ci; ceci jusqu'au plafond fixé par voie réglementaire (l'existence d'un dommage psychique doit être démontré par un rapport médical²⁸⁶). Cette aide est accordée même dans les cas où la victime n'est pas frappée d'invalidité temporaire. En vertu de l'article 6 al. 4 de la Loi 35/95, dans le cas d'invalidité temporaire, cette aide est compatible et cumulable avec les subsides d'invalidité.

380. L'article 15 al. 1 de la Loi 35/95 prévoit que les juges, magistrats, autorités et fonctionnaires participant aux enquêtes **informeront** les victimes présumées de la possibilité d'indemnisation et de la procédure à suivre²⁸⁷. Afin d'appliquer la Loi 35/95, le Ministère de la justice demande aux procureurs de rassembler et d'assurer l'inscription dans les dossiers de toute information pertinente

²⁸⁵ RCL 1996\89, Ley 1/1996, de 10 enero JEFATURA DEL ESTADO, BOE 12 enero 1996 , núm. 11 , [pág. 793]; ASISTENCIA JURÍDICA GRATUITA. Ley reguladora.

²⁸⁶ Art. 17 du règlement.

²⁸⁷ L'article 771.1.a) de la Loi de procédure pénale (Ley de enjuiciamiento criminal, RCL 2002\2480 Ley 38/2002, de 24 octubre) dispose que la police judiciaire doit informer la victime par écrit de ses droits.

pour l'octroi d'une aide aux victimes, notamment des éléments de preuve sur les lésions physiques et psychiques (Instruction du 27.12.200²⁸⁸).

381. L'alinéa 2 de l'article 15 de cette même loi recommande à la police responsable de l'enquête de recueillir les données précises d'identification des victimes ainsi que l'estimation des dommages.

382. L'article 25 du règlement de la Loi 35/95 dispose que l'aide définitive sera octroyée seulement sur la base d'un dossier attestant l'existence de l'infraction telle qu'elle figure dans le **jugement pénal**. Afin de reconnaître l'assistance financière temporaire, le règlement requiert l'existence d'indices raisonnables qu'une infraction contre la liberté sexuelle a été commise.

383. En outre, l'article 27 de la LO 1/2004 et le Décret Royal 1452/2005 du 2 décembre 2005 prévoient que la victime de violence de genre dont le salaire n'équivaut pas au 75% du salaire minimum peut avoir droit à un subside de l'État (il s'agit d'un subside unique équivalent à 6 mois de prestation d'allocation chômage, avec une possibilité de prolongation). Il existe également un programme de rente active (*renta activa*) pour les chômeurs qui ont des graves difficultés à trouver un emploi (qui inclut les victimes de la violence de genre). Pour bénéficier de ces aides, il est nécessaire d'obtenir un **ordre de protection**.

384. L'obtention d'aides, prestations ou subsides d'organismes publics spécifiquement destinés aux femmes victimes de violence de genre est subordonnée à l'existence d'un ordre de protection ou, exceptionnellement et provisoirement, à un rapport du Ministère public qui souligne l'existence d'indices suffisants selon lesquels la demanderesse a été victime de violence de genre (art. 23 de la LO 1/2004).

5. Mediation und Täter-Opfer-Ausgleich

385. L'article 44.5 de la LO 1/2004 **exclut la possibilité d'entamer une procédure médiation dans les cas de violence de genre**. Ceci s'applique tant aux aspects civils que pénaux de l'infraction. La raison de cette interdiction semble être la condition précaire (physique et psychique) dans laquelle se trouve la victime et qui empêcherait le bon déroulement de la conciliation.

²⁸⁸ RCL 2001\814, Instrucción 2/2000, de 27 diciembre, FISCALÍA GENERAL ESTADO B. Información M^º Justicia 15 enero 2001 15 enero 2001 , núm. 1884 1885-Suplemento; MINISTERIO FISCAL. Aspectos organizativos de las Secciones de Menores de los Fiscales ante la entrada en vigor de la Ley Orgánica 5/2000, de 12-1-2000 (RCL 2000\90), de Responsabilidad Penal de los Menores.

F. Vereinigtes Königreich (England und Wales)

386. Le Royaume Uni n'est pas un état fédéral mais est néanmoins constitué de quatre « pays » (l'Angleterre, l'Ecosse, l'Irlande du Nord et le Pays de Galles) qui jouissent chacun d'un ordre juridique distinct et plus ou moins différent de celui des autres pays. Au niveau administratif et en particulier par rapport à l'administration de la justice, l'Angleterre et le Pays de Galles sont traités de la même manière. Durant le temps imparti pour la préparation du présent rapport, il ne nous a pas été possible d'examiner la situation en Ecosse ou en Irlande de Nord. La présente contribution traite ainsi des droits de l'Angleterre et du Pays de Galles, droits que nous désignerons ici par l'expression « droit anglais ».

387. Le thème des violences domestiques et des délits sexuels commis sur enfants et mineurs a eu une influence considérable sur le droit anglais dès la fin des années soixante-dix. La gravité de ces infractions et leurs impacts négatifs sur les familles et surtout sur les victimes, ont poussé les législateurs de ces pays à modifier une bonne partie de la législation et à la compléter par d'autres mesures et lois spécifiques destinées à lutter contre ce type de délits.

388. Ces derniers font désormais l'objet d'une législation abondante aussi bien en droit civil qu'en droit pénal, et aussi bien sous l'aspect matériel que sous celui des règles de procédure. Afin de citer quelques exemples²⁸⁹, il convient de mentionner notamment le Domestic Violence, Crime and Victims Act 2004, le Police Reform Act 2002, le Youth Justice and Criminal Evidence Act 1999, le Children Act 2002, l'Education Act 2002, le Family Procedure Rules 2010, le Sexual offences Act 2003, le Criminal Justice and Public Order Act 1994 et enfin le Protection from Harassment Act 1997.

389. Avant de développer les différents points objets de cette étude, il est nécessaire de souligner que le droit pénal anglais ne connaît **pas le concept de plainte pénale**, mais uniquement celui de dénonciation. Les mesures de protection des victimes ne dépendent pas de l'existence d'une plainte ni même, d'après nos recherches, d'une dénonciation.

1. Erstattung von Strafanzeige und Strafantrag

390. Dans la pratique, la procédure pénale débute presque toujours par le signalement d'un délit à la police, soit par la victime elle-même soit par un témoin qui a assisté à la scène. La police demande à la personne concernée de faire une déclaration contenant tous les détails sur le délit commis. La déclaration doit être signée par le plaignant et elle lui permet, grâce à une référence donnée à l'affaire en question, de suivre le déroulement de l'enquête et d'être tenue informée de l'avancée de la procédure²⁹⁰.

²⁸⁹ Pour une liste des Lois, voir la p. 22 d'un document intitulé *Domestic Violence, A Guide to Civil Remedies and Criminal Sanctions* qui a été publié en 2004 par le Department for Constitutional Affairs du gouvernement britannique, disponible sous <http://www.housingcare.org/downloads/kbase/2681.pdf> (30.01.2012).

²⁹⁰ http://www.direct.gov.uk/en/CrimeJusticeAndTheLaw/Reportingcrimeandantisocialbehaviour/DG_181857

391. En cas de violences domestiques, la police **conseille la victime** sur les différentes options possibles, et notamment les mesures civiles disponibles. Elle assure des contacts avec des organisations qui aident et conseillent les victimes de crimes, telles que Women's Aid²⁹¹.

392. Il est aussi possible de **dénoncer** un délit **de manière anonyme**. Cela permet à la personne concernée de ne pas être identifiée par la police. Il suffit de contacter par téléphone un service nommé *Crimestoppers*²⁹² pour transmettre les informations voulues qui seront transférées ensuite à la police avec la garantie que l'appel ne sera pas tracé et que la personne en question n'aura pas à témoigner devant un tribunal ou à faire une déclaration complète, quelle que soit l'utilité des informations communiquées²⁹³.

393. Enfin, des tiers peuvent également provoquer une « enquête pénale » sur le fondement de plusieurs lois en vigueur dans le but de protéger des enfants²⁹⁴.

394. Cette phase de procédure est dominée par le rôle central joué par la **police** qui dispose d'un **pouvoir d'appréciation extrêmement large** dans la conduite de son enquête. L'institution d'un « juge instructeur », ou de toute autre autorité indépendante de la police, qui dirigerait l'enquête policière, est inconnue du droit anglais. L'autorité chargée de la poursuite des délits pénaux peut, tout au plus, signaler à la police le besoin de rechercher des preuves supplémentaires s'il apparaît que le dossier est incomplet.

395. **Le processus de poursuite** est complexe et dépend de l'arrestation ou non du suspect par la police.

396. Pour chaque personne amenée dans un bureau de police en état d'arrestation, il incombe à un officier de police désigné à cet égard (*custody officer*) de décider si les preuves à disposition suffisent pour justifier une accusation formelle de commission d'un ou plusieurs délits pénaux (*charge*). Si sa décision est négative, il doit ordonner que la personne soit relâchée, sauf s'il estime que la détention provisoire de la personne est nécessaire pour permettre à la police d'obtenir ou de préserver des preuves.²⁹⁵ Si sa décision est positive, il a en principe le choix entre trois options : mettre la personne en accusation et la relâcher sous caution (sauf si elle risque fortement de fuir ou de commettre des actes de violence) ; relâcher la personne avec ou sans une *simple caution* (une sorte d'avertissement ou de « mise en garde formelle ») ; relâcher la personne sous caution et lui notifier qu'une décision quant à une accusation interviendra après une évaluation approfondie du dossier.²⁹⁶ En cas de mise en accusation immédiate, la remise en liberté de la personne se fait toujours sous condition de sa présence devant le tribunal de première instance en matière pénale (*Magistrates Court*) à une date

²⁹¹ Cf. <http://www.womensaid.org.uk> (20.11.2011).

²⁹² Cf. <http://www.crimestoppers-uk.org/> (20.11.2011).

²⁹³ Cf. http://www.direct.gov.uk/en/CrimeJusticeAndTheLaw/Reportingcrimeandantisocialbehaviour/DG_181857 (20.11.2011).

²⁹⁴ Voir ci-dessous, au point 2.4. de cette contribution nationale.

²⁹⁵ Police and Criminal Evidence Act 1984, section 37.

²⁹⁶ Police and Criminal Evidence Act 1984, sections 37 et 37B, modifiés par la Criminal Justice Act 2003 et la Police and Justice Act 2006.

et un endroit spécifique. Le suspect doit en effet comparaître devant le tribunal pour « répondre à l'accusation », c'est-à-dire en principe pour plaider coupable ou non-coupable.²⁹⁷

397. Cette procédure qui se déroule avant l'ouverture du procès pénal (*pre-trial criminal procedure*) a été radicalement modifiée en 1985 par la création d'un **bureau du ministère public** (*Crown Prosecution Service*, appelé ci-après le « CPS ») placé sous la direction d'un *Director of Public Prosecutions*. Le CPS a le devoir légal de reprendre les poursuites pénales engagées à l'encontre de chaque personne formellement mise en accusation (*charged*) mais également le droit de reprendre toutes autres poursuites pénales ou d'initier des poursuites pénales à l'encontre de toute autre personne.²⁹⁸ Le CPS a été créé pour permettre une évaluation de la valeur des preuves présentées contre un suspect, indépendamment de la force de police qui les a recueillies, et dans des cas où les preuves sont suffisantes pour justifier des poursuites pénales, de déterminer si celles-ci seraient d'intérêt public.²⁹⁹ Il est du devoir du *Director of Public Prosecutions* de préparer un **code of practice** à l'attention des procureurs publics (*crown prosecutors*) et des officiers de police désignés (*custody officers*).³⁰⁰ Selon le code actuellement en vigueur,³⁰¹ l'officier désigné qui considère que les preuves suffisent pour une mise en accusation, est normalement obligé de relâcher la personne sous caution et de lui notifier qu'une décision sera prise par le CPS quant à une éventuelle accusation, à la suite d'une évaluation approfondie du dossier. L'officier de police désigné peut encore décider lui-même de mettre un suspect en accusation ou de le relâcher avec ou sans *simple caution*, mais uniquement dans des cas où le suspect a indiqué son intention de plaider coupable et dans ceux où le suspect est suspecté d'avoir seulement commis des délits mineurs (*summary offences*) qui n'impliquent ni des violences domestiques, ni des actes sexuelles par ou touchant une personne mineur, ni de la haine contre des minorités³⁰².

398. Après une nouvelle étude du dossier, le CPS doit décider de mettre le suspect en accusation formelle, de lui donner une *simple caution* ou de mettre tout simplement fin à la procédure. Si la personne est toujours en détention provisoire, le CPS notifie sa décision à l'officier de police désigné pour qu'il émette l'accusation formelle, relâche la personne après lui avoir donné la *simple caution* décidée par le CPS, ou relâche la personne après lui avoir donné une confirmation écrite de la décision de ne pas la poursuivre pénalement.³⁰³ Si, en revanche, la personne se trouve en liberté conditionnelle suite à une décision du CPS de la mettre en accusation formelle, ou n'a jamais été arrêtée pour le délit en question, le procureur chargé du dossier doit en principe lui remettre

²⁹⁷ Voir J. Sprack, *A Practical Approach to Criminal Procedure*, 10th ed, Oxford : Oxford University Press, 2004, p. 21, N. 2.33.

²⁹⁸ Prosecution of Offences Act 1985, section 6.

²⁹⁹ *Code for Crown Prosecutors*, 6th ed, February 2010, disponible sous <http://www.cps.gov.uk/publications/docs/code2010english.pdf> (30.01.2012).

³⁰⁰ Police and Criminal Evidence Act 1984, sections 37 et 37A, modifiés par la Police and Justice Act 2006.

³⁰¹ *Director's Guidance on Charging*, 4th ed, January 2011, librement disponible sur le site internet du CPS à l'adresse http://www.cps.gov.uk/publications/directors_guidance/dpp_guidance_4.html (30.01.2012).

³⁰² Nous avons noté ici les trois circonstances les plus pertinentes parmi les huit circonstances listées sous le point 19 du *Director's Guidance on Charging* comme circonstances dans lesquelles une remise du dossier au CPD est obligatoire.

³⁰³ Police and Criminal Evidence Act 1984, section 37B, modifiés par la Criminal Justice Act 2003 et la Police and Justice Act 2006.

l'accusation par écrit, avec l'instruction de comparaître devant le tribunal de première instance compétent en matière pénale (*Magistrates Court*) à une date et un endroit spécifique, pour « répondre à l'accusation ». ³⁰⁴ Le tribunal ne délivre un mandat d'arrêt que dans des cas où l'endroit où séjourne le suspect est inconnu et ceux dans lesquels il existe un risque de fuite. ³⁰⁵

399. Peu de temps après la création du CPS, un office spécialisé, le *Serious Fraud Office*, a été mis en place ³⁰⁶ pour réaliser les enquêtes et engager les poursuites pénales en matière de fraudes spécialement lourdes ou complexes. Cet organisme agit indépendamment du CPS. Au contraire, le *Revenue and Customs Prosecutions Office*, qui a est compétent pour poursuivre toute infraction fiscale ou douanière, a été intégré au CPS ³⁰⁷ au cours de l'année 2010.

400. Avant l'introduction législative en 1879 d'un devoir de la police de poursuivre pénalement des personnes soupçonnées d'avoir commis des délits, l'initiative de telles poursuites étaient principalement laissées à l'initiative des citoyens privés. ³⁰⁸ La législation ³⁰⁹ de 1879 n'a toutefois pas annulé le **droit de qui que ce soit d'initier des poursuites pénales** en déposant une plainte pénale (*laying an information*) au tribunal de première instance statuant en matière pénale (*Magistrates Court*). ³¹⁰ La législation actuelle précise ³¹¹ qu'elle n'est pas censée annuler ce droit, sauf dans la mesure où le CPS est dans l'obligation de reprendre des poursuites pénales. Ladite obligation s'étend à tout cas dans lequel un suspect a été formellement mis en accusation (*charged*). ³¹² Des poursuites pénales privées sont ainsi toujours permises dans des cas par rapport auxquels la police n'a pas été active ou par rapport auxquels elle a décidé de ne pas engager de poursuites, avec ou sans donner une *simple caution* au suspect. Les **poursuites pénales privées** sont néanmoins devenues **rares**. Le CPS a toutefois formellement adopté ³¹³ une politique d'utilisation de son pouvoir de reprendre et d'arrêter toute poursuite pénale initiée après que la personne poursuivie ait reçue une *simple caution*. ³¹⁴ Le droit d'une personne privée d'engager une poursuite pénale jusqu'au jugement est

³⁰⁴ Criminal Justice Act 2003, section 29.

³⁰⁵ Voir J. Sprack, *A Practical Approach to Criminal Procedure*, 10th ed, Oxford : Oxford University Press, 2004, pp. 31-33, N. 2.47 à 2.50.

³⁰⁶ Par la Criminal Justice Act 1987.

³⁰⁷ L'intégration a été effectuée de manière purement administrative mais a été législativement prévue par la section 31 de la Borders, Citizenship and Immigration Act 2009 ; voir Lord MacKay of Clashfern (Ed.-in-Chief), *Halsbury's Laws of England*, 5th ed, London : LexisNexis, Vol. 27 (2010), Title « Criminal Procedure », par. 21, n. 7.

³⁰⁸ Voir *Halsbury's Laws of England*, ibid, par. 21, n. 1, 5 et 8 et les sources citées dans ces notes de bas de page.

³⁰⁹ Prosecution of Offences Act 1879.

³¹⁰ Voir J. Sprack, *A Practical Approach to Criminal Procedure*, 10th ed, Oxford : Oxford University Press, 2004, p. 33, N. 2.53, citant la section 30 de la Criminal Justice Act 2003. Voir aussi Lord MacKay of Clashfern (Ed.-in-Chief), *Halsbury's Laws of England*, 5th ed, London : LexisNexis, Vol. 27 (2010), Title « Criminal Procedure », par. 21, aux n. 8 à 17, expliquant que toute autorité publique ayant le personnalité juridique a le même droit qu'une personne physique d'engager une poursuite pénale.

³¹¹ Prosecution of Offences Act 1985, section 6.

³¹² Par rapport à cette obligation, voir ci-dessus, ce point de la présente contribution nationale.

³¹³ Dans une circulaire publiée par le Ministère de l'Intérieur (*Home Office*) ; voir Lord MacKay of Clashfern (Ed.-in-Chief), *Halsbury's Laws of England*, 5th ed, London : LexisNexis, Vol. 27 (2010), Title « Criminal Procedure », par. 58, n. 13.

³¹⁴ Par rapport à ce pouvoir, voir ci-dessus, ce point de la présente contribution nationale.

ainsi actuellement limité à des cas dans lesquels la police a décidé (elle-même ou sur instruction du CPS) de ne prendre aucune mesure. De plus, un grand nombre de délits ne peuvent être poursuivis qu'avec le consentement préalable de l'*Attorney General*³¹⁵ ou du *Director of Public Prosecutions*.³¹⁶ Une telle restriction se retrouve dans beaucoup de lois qui traitent des sujets politiquement ou socialement délicats (p.ex. les crimes de guerre, ou l'assistance au suicide), introduisent des délits pénaux potentiellement applicables bien au-delà de la problématique qu'elles visent et/ou pourraient être utilisées par des privés afin d'en harceler d'autres (p.ex. l'homicide commis par une entreprise).³¹⁷ Si la décision a été prise, soit par la police, soit par le CPS, de n'engager aucune mesure de poursuite à l'encontre d'un suspect,³¹⁸ il est invraisemblable qu'un privé obtienne un consentement de poursuivre ce suspect.³¹⁹

401. Une option alternative est toutefois offerte à la victime d'un délit ou à une autre personne insatisfaite par une décision de la police ou du CPS de ne pas poursuivre pénalement un suspect : elle peut **mettre en question la validité juridique de cette décision**. Les tribunaux anglais jouissent en effet d'un pouvoir constitutionnel qui leur permet d'annuler tout acte administratif pour non-conformité avec la loi ou, en ce que concerne le présent rapport, avec le *code of practice* qu'il appartient selon la loi au *Director of Public Prosecutions* de préparer à l'attention des procureurs publics et de le soumettre au Parlement. Les décisions prises quant à de possibles poursuites pénales sont en effet assez souvent attaquées en justice mais les juges se sont montrés réticents à intervenir dans des cas concrets. Pour être annulée, la décision d'un officier de police ou d'un procureur doit en principe être clairement incompatible avec le *code of practice* ou avec une politique bien établie du *Director of Public Prosecutions*.³²⁰ Dans la mesure où le code accorde un pouvoir discrétionnaire au procureur, une décision prise en vertu de ce pouvoir ne sera annulée par un juge que si elle lui paraît

³¹⁵ Il s'agit du conseiller juridique du gouvernement (un politicien, mais pas un ministre) envers lequel le *Director of Public Prosecutions*, le *Directeur du Serious Fraud Office*, les *Commissioners* des forces de police régionales, etc. sont responsables. Selon le droit constitutionnel britannique, c'est à l'*Attorney General* de poursuivre lui-même des délits qui visent la sécurité de l'État ou touchent le gouvernement en entier ; voir Lord MacKay of Clashfern (Ed.-in-Chief), *Halsbury's Laws of England*, 5th ed, London : LexisNexis, Vol. 27 (2010), Title « Criminal Procedure », par. 22, à la n. 7.

³¹⁶ Voir Lord MacKay of Clashfern (Ed.-in-Chief), *Halsbury's Laws of England*, 5th ed, London : LexisNexis, Vol. 27 (2010), Title « Criminal Procedure », par. 56.

³¹⁷ Une liste plus ou moins complète des dispositions législatives en question se trouve dans l'Annexe 1 au document intitulé « Consents to Prosecute » qui contient des instructions émises par le *Director of Public Prosecutions* à destination des procureurs publics et qui est librement disponible sur le site internet du CPS à l'adresse http://www.cps.gov.uk/legal/a_to_c/consent_to_prosecute (30.01.2012).

³¹⁸ Pour une explication de ce cas de figure en contexte, voir ci-dessus, ce point de la présente contribution nationale.

³¹⁹ Dans un cas où seul le consentement du *Director of Public Prosecutions* est requis, il est en principe relativement facile de l'obtenir, parce que le Directeur a délégué son pouvoir décisionnel à ce sujet aux procureurs public attitrés, qui sont actuellement presque 17'000. Dans un cas où le consentement de l'*Attorney General* est indispensable, même le CPS doit suivre une procédure pour obtenir ce consentement si elle désire poursuivre le délit et il semble que le consentement soit souvent refusé ; voir sous le titre « Procedure for obtaining the Law Officers' consent » dans le document intitulé « Consents to Prosecute », disponible sur le site internet du CPS à l'adresse http://www.cps.gov.uk/legal/a_to_c/consent_to_prosecute (30.01.2012).

³²⁰ Voir Lord MacKay of Clashfern (Ed.-in-Chief), *Halsbury's Laws of England*, 5th ed, London : LexisNexis, Vol. 27 (2010), Title « Criminal Procedure », par. 57, aux n. 6, 7 et 8 ainsi que la jurisprudence y citée.

« irrationnelle ».³²¹ Une victime qui obtient l'annulation judiciaire d'une décision de ne pas poursuivre un suspect ne peut pas pour autant exiger que des poursuites soient engagées par la suite ; l'annulation a pour seule conséquence juridique d'entraîner la prise d'une nouvelle décision, en tenant compte des motifs de son annulation antérieure.

2. Sonderregeln im Strafverfahren

2.1. Sonderregeln bezüglich des Personals

402. Durant la phase d'enquête policière, les quelques **unités spécialisées** formées au sein des forces de police que sont les **Domestic Violence Units** (DVU) et les *Community Safety Units* (CSU), interviennent dans la majorité des cas. Ces unités sont constituées de personnes entraînées et spécialistes qui peuvent traiter et enquêter sur les affaires de violences domestiques et apportent ainsi leur aide aux victimes de ces infractions. Ces unités offrent aussi conseils et informations aux différentes communautés sur la manière de résoudre les problèmes rencontrés. Ces unités reçoivent des formations spécialisées sur le thème des communications communautaires et les questions culturelles des différentes communautés locales formant le cercle dans lequel elles interviennent habituellement³²².

403. On peut mentionner également deux autres organes spécialisés, l'un au sein de la police (la **Witness Care Unit, WCU**)³²³ et l'autre, indépendant de la police, des organisations ou projets spécialisés d'assistance sociale (les **independent domestic violence advisors**, IDVA). D'une manière particulière, le **rôle de l'IDVA** est de soutenir les victimes de violences domestiques au sein du système de justice pénale à partir du moment de l'arrestation jusqu'à ce que la procédure judiciaire soit terminée. L'IDVA gardera les victimes **informées sur l'activité du tribunal** et les autres procédures judiciaires en cours. Ce service organise également des visites **pré-judiciaires pour les témoins** afin qu'ils aient une certaine compréhension de ce qui se passera quand ils assisteront aux audiences et les assiste également durant cette journée. L'IDVA peut enfin fournir des informations et des conseils sur les procédures à mener devant les juridictions civiles (*non-molestation, occupations orders*, et Child Contact et autres) et mettre les gens en contact avec un avocat pour conduire ces procédures. Ils travaillent en collaboration avec la police et les autres agences gouvernementales³²⁴.

2.2. Sonderregeln bezüglich der Gerichte und des Verfahrens

404. Il n'y a pas de tribunaux anglais créés spécifiquement pour traiter des cas de violences domestiques. Dans la mesure où la violence ne cause pas la mort d'une personne ou des blessures graves

³²¹ Dans le sens qu'aucun procureur raisonnable aurait pu avoir pris cette décision dans les circonstances concrètes du cas d'espèce ; voir *ibid*, par. 39, n. 12 et la jurisprudence y citée.

³²² <http://www.met.police.uk/csu/whatcsu.htm> (31.1.2012)

³²³ Voir ci-dessous, au point 3.

³²⁴ Cf. au sujet des IDVA: <http://www.womencentre.org.uk/idva.php> (31.1.2012) ainsi que http://www.ccrm.org.uk/index.php?option=com_content&view=article&id=176&Itemid=239 (05.02.2012) avec d'autres références ; cf. également <http://www.victimsupport.org> (20.12.2011) et [http://www.bedsdv.org.uk/page.asp?section=0001000100150008§ionTitle=Independent+Domestic+Violence+Advisers+\(IDVA\)](http://www.bedsdv.org.uk/page.asp?section=0001000100150008§ionTitle=Independent+Domestic+Violence+Advisers+(IDVA)) (20.11.2012).

constituant des délits majeurs qui nécessitent la participation d'un jury si le suspect n'admet pas sa culpabilité, l'auteur de la violence est normalement jugé devant un tribunal de première instance en matière pénale, appelé *Magistrates Court*. Afin de traiter des affaires de violences domestiques avec efficacité et compréhension de la situation des victimes, il a été décidé de nommer quelques-uns de ces tribunaux ***Specialist Domestic Violence Courts*** (SDVC). Du point de vu de l'administration de la justice, ce terme se réfère principalement à la procédure suivie devant ces tribunaux. Cette procédure se distingue par deux éléments : le premier consiste dans le **regroupement des affaires (*clustering*)** concernant les violences domestiques dans une seule session du tribunal pour traiter en même temps toutes les questions qui se posent : caution, culpabilité, condamnation et autres. Parfois, des tribunaux tiennent des audiences en consacrant des sessions spécifiques aux affaires de violences domestiques. La deuxième caractéristique de ces tribunaux est la **célérité dans le traitement** des affaires soumises à leur juridiction (*fast-tracking*). La priorité est ainsi donnée à ces questions pour lesquelles on affecte des sessions spécifiques pour les audiences et les procès³²⁵.

405. Les sept tribunaux spécialisés que comptent actuellement l'Angleterre et le Pays de Galles, qui sont West London, Cardiff, Derby, Wolverhampton, Caerphilly, Croydon et Leeds, ont été évalué de manière indépendante et **les avantages suivants** ont été constatés : une nette amélioration de **l'efficacité** du travail des tribunaux et une **meilleure prise en charge** des victimes ont été constatées, l'échange et le partage de l'information sont mieux assurés, la confiance du public et la participation des victimes ont augmenté de manière significative et enfin ces réformes ont permis de placer la victime au cœur du procès lui permettant d'acquérir une place privilégiée dans la procédure judiciaire³²⁶.

406. En outre, les statistiques montrent clairement que les affaires traitées dans le cadre du SDVC ont atteint un pourcentage de 71 % de convictions au stade de l'accusation contre une moyenne nationale de seulement 59 %, ³²⁷ ce qui a poussé les autorités à envisager la possibilité de créer plus de tribunaux basés sur le même exemple ainsi que l'implantation de 64 nouveaux sites en Angleterre et au Pays de Galle à partir d'avril 2007³²⁸.

407. En 2007, un **projet-pilote** a été lancé à Croydon. Il porte le nom d'***Integrated Domestic Violence Court*** (IDVC). Ce projet est évalué en même temps que l'impact des mesures législatives avec la promulgation de la loi *Domestic Violence, Crime and Victims Act du 2004*. La grande caractéristique de ce projet consiste, à l'instar de ce qui se passe aux Etats-Unis, à faire traiter et entendre des questions à la fois **civiles et pénales par un même juge** lorsqu'on est en présence d'un cas de violences domestiques. Ainsi, l'affaire concernant une même famille est traitée par ce juge selon les dispositions légales en vigueur et dans le respect de la garantie du procès équitable pour les parties.

³²⁵ Voir la p. 29 d'un document intitulé *Domestic Violence, A Guide to Civil Remedies and Criminal Sanctions* qui a été publié en 2004 par le Department for Constitutional Affairs du gouvernement britannique, disponible sous <http://www.housingcare.org/downloads/kbase/2681.pdf> (30.01.2012).

³²⁶ Voir *ibid*, pp. 29-30.

³²⁷ Voir *Violence against Women and Girls Crime Report 2010-2011*, disponible sous http://www.cps.gov.uk/publications/docs/CPS_VAW_report_2011.pdf (31.01.2012).

³²⁸ Selon le site internet du CPS (<http://www.cps.gov.uk/publications/equality/vaw/sdvc.html> - consulté le 30.01.2012), il y a actuellement 127 Specialist Domestic Violence Courts repartis en Angleterre et au Pays de Galles.

Les questions pénales sont traitées d'abord pour donner lieu à un jugement de condamnation ou d'acquiescement avant de passer aux questions civiles toujours devant le même juge chargé de l'affaire. Les affaires sont traitées dans un délai raisonnable et l'échange effectif d'informations est assuré, ce qui aide à prendre des décisions sûres et effectives pour les parties impliquées dans le procès³²⁹.

2.3. Sonderregeln im Beweisrecht

408. Comme dans la majorité des domaines du droit anglais, les règles du droit de la preuve en matière pénale (*law of criminal evidence*) ne sont pas codifiées. De plus, ces règles sont plus compliquées que celles en vigueur dans d'autres domaines, parce qu'elles ont été modifiées à maintes reprises en tant que réponses données par des gouvernements successifs à des reportages selon lesquelles une personne qui est (du point de vue des médias) certainement coupable de délits importants, aurait « échappé à une sanction pour manque de preuves ». Nous ne sommes ainsi pas en mesure de dessiner le cadre juridique dans lequel se trouvent les normes spécifiquement pertinentes aux délits de violence et de violences domestiques en particulier. Nous nous contenterons de mentionner deux de ces normes.

409. Le **témoignage de la victime** devant le tribunal représente, en droit pénal anglais, une étape décisive de la procédure judiciaire³³⁰ et constitue souvent le point faible dans le processus de poursuite. Afin de rendre le témoignage moins intimidant et moins dur pour le témoin, la Youth Justice and Criminal Evidence Act 1999 a introduit des règles spéciales pour la déposition des preuves et de témoignage devant les tribunaux comme p.ex. l'utilisation d'un écran pour ne pas confronter la victime à l'accusé³³¹, par *live link*³³², de manière privée³³³ ce qui permet d'exclure certaines personnes de l'audience, ou en gardant son identité secrète avec l'usage d'un déguisement comme le port de perruques³³⁴, ou encore la déposition sur vidéo enregistrée³³⁵, la possibilité de l'intervention d'un intermédiaire comme un interprète³³⁶ et enfin tout moyen électronique ou autre aidant la personne à communiquer avec le tribunal³³⁷. Cette loi protège en plus les témoins vulnérables d'un contre-interrogatoire qui serait conduit par l'accusé en personne³³⁸ durant le procès et impose le recours à un représentant de celui-ci pour procéder à une telle opération, si le besoin s'en fait sentir pour protéger les droits de l'accusé³³⁹.

³²⁹ Voir le pp. 30 et 31 d'un document intitulé *Domestic Violence, A Guide to Civil Remedies and Criminal Sanctions* qui a été publié en 2004 par le Department for Constitutional Affairs du gouvernement britannique, disponible sous <http://www.housingcare.org/downloads/kbase/2681.pdf> (30.01.2012).

³³⁰ Voir http://www.direct.gov.uk/en/CrimeJusticeAndTheLaw/VictimsOfCrime/DG_070444 (20.12.2011).

³³¹ Youth Justice and Criminal Evidence Act 1999 : section 23.

³³² Section 24.

³³³ Section 25.

³³⁴ Section 26.

³³⁵ Section 27.

³³⁶ Section 29.

³³⁷ Section 30.

³³⁸ Youth Justice and Criminal Evidence Act 1999: sections 34 à 40.

³³⁹ Section 38 de la loi; Voir aussi P. Rook & R. Ward, *Sexual offences Law & Practice*, 3rd Edition, London: Sweet & Maxwell, 2004, pp. 535-536.

410. Le témoignage de la victime (ainsi que de tout autre témoin) devait, selon les principes du *common law* anglais en la matière, se faire entièrement de mémoire. Cette règle plaçait souvent les témoins en difficulté, spécialement si le procès se déroulait longtemps après la commission du délit. Afin d'atténuer cette difficulté, la Criminal Justice Act 2003 permet à toutes victimes ou témoins appelés à témoigner oralement devant la cour, de décrire leurs expériences et de répondre à des questions en **se référant (et même en lisant) aux déclarations qu'ils ont déposées au début de procédure** et traduites dans un document écrit en tant que preuves admissibles devant un tribunal³⁴⁰. La loi a toutefois posé des conditions à l'admission de ce type de témoignage (section 120 (7))³⁴¹. Il s'agit des conditions suivantes:

- “(a) the witness claims to be a person against whom an offence has been committed,
- (b) the offence is one to which the proceedings relate,
- (c) the statement consists of a complaint made by the witness (whether to a person in authority or not) about conduct which would, if proved, constitute the offence or part of the offence,
- (d) the complaint was made as soon as could reasonably be expected after the alleged conduct,
- (e) the complaint was not made as a result of a threat or a promise, and
- (f) before the statement is adduced the witness gives oral evidence in connection with its subject matter.”

2.4. Sonderregeln bezüglich des Schutzes der Betroffenen

411. Le droit anglais comprend de nombreuses dispositions civiles et pénales pour lutter contre les violences domestiques et les délits sexuels sur enfants et mineurs. Les **mesures civiles** principales³⁴² sont deux procédures nommées « **non-molestation** » et « **occupations orders** » prévues dans la Domestic Violence, Crime and Victims Act 2004. Nombreuses sont les bases légales qui assurent une protection pour les enfants victimes d'infractions. La loi permet, selon les besoins, au juge d'ordonner l'expulsion d'une personne d'un logement ou de lui interdire de pénétrer dans une zone déterminée si cela est dans l'intérêt de l'enfant en question³⁴³.

412. Dans le cadre de l'instruction de l'affaire, la police peut donner des informations et des détails sur le délit commis aux **médias** afin d'obtenir leur aide. La victime doit préalablement avoir donné son **accord**. En cas de délit sexuel, la loi interdit formellement la publication du nom de la victime, de sa photo ou de tout autre détail qui permettrait son identification par le public³⁴⁴.

413. À partir du juillet 2002, de nouvelles mesures ont été prises en vertu de la législation Youth Justice and Criminal Evidence Act 1999 qui s'applique à toutes les victimes de crime. La police est chargée au début de chaque procédure d'identifier **les personnes vulnérables ou intimidées**. Cela va

³⁴⁰ Voir P. Rook & R. Ward, *Sexual offences Law & Practice*, 3rd Edition, London: Sweet & Maxwell, 2004, pp. 441-442.

³⁴¹ Voir *ibid*, p. 441.

³⁴² Cf. ci-dessus, sous le point 2.2. de la présente contribution nationale.

³⁴³ Schedule 6 à la Family Law Act 1996, modifiant la Children Act 1989.

³⁴⁴ Cf. http://www.direct.gov.uk/en/CrimeJusticeAndTheLaw/VictimsOfCrime/DG_196109 (20.12.2011).

permettre au CPS (Crown Prosecution Service) de considérer leur situation et de décider quelles sont les mesures qui doivent être prises par les tribunaux pour les aider en cas de témoignage ou de déposition dans le procès à l'étape suivante de la procédure³⁴⁵. Ces mesures peuvent consister en la mise à disposition de salles d'attentes séparées, en l'octroi d'une aide spéciale aux victimes et aux témoins, en un témoignage réalisé derrière un écran, via TV/vidéo, ou en une audience à huis-clos comme précédemment expliqué. Ces mesures dépendent bien sûr de la situation particulière de chaque personne concernée et de son degré de vulnérabilité et de ses besoins³⁴⁶. Il existe plusieurs moyens légaux pour saisir un juge, destinés à protéger les enfants victimes de crimes sexuels. Plusieurs lois en vigueur prévoient ces voies d'action comme l'*Adoption and Children Act 2002* et l'*Education Act* de la même année. Ainsi, l'*Adoption and Children Act 2002* permet aux personnes concernées de porter à la connaissance des tribunaux leurs préoccupations à propos des incidents de violences domestiques et leurs éventuels impacts négatifs, même futurs, sur les enfants concernés.

414. La *Children Act 2004* a aussi modifié les règles concernant la divulgation d'informations dans le cadre de délits commis contre les enfants. En gardant le principe de l'intérêt et du bien-être de l'enfant comme élément central de la procédure pénale, ces règles mettent en perspective le besoin de **protection de la sphère privée des enfants** et des adultes avec leur besoin de demander des conseils et une aide appropriée en cas de commission d'infraction à leur rencontre. Les tribunaux jugent l'intérêt de permettre ou au contraire de restreindre la **divulgation d'informations** au vu de la spécificité des cas qui se présentent. La loi permet ainsi, à sa section 62, la divulgation limitée d'informations concernant une procédure impliquant des enfants si le besoin s'en fait sentir et elle prévoit que cette communication ne constitue plus un délit pénal ou un outrage à la cour comme c'était le cas sous la législation antérieure³⁴⁷.

415. Dans l'*Education Act 2002*, une attention particulière a été portée aux **écoliers**. En effet, l'école peut être un lieu privilégié pour identifier les violences domestiques et les abus sur les enfants ce qui permet de contacter les services sociaux en cas de soupçons ou de risques de maltraitances subies ou à subir par les enfants dans le cadre familial. La loi exige³⁴⁸ que les institutions concernées mettent en place des **structures et des procédures pour traiter et signaler ces cas** et assurer ainsi la protection des enfants touchés par ces problèmes.

416. Une loi introduite en 2004 (*Domestic Violence, Crime and Victims Act*) permet désormais aux tribunaux d'imposer des **ordonnances d'interdiction** selon le droit anglais aux personnes jugées ou acquittées s'il apparaît au vu des faits que la victime a besoin d'une **protection continue** après le procès, par exemple contre le harcèlement. Le tribunal allège l'exigence de la preuve dans ce cas et peut se fonder sur des preuves seulement admises dans le cadre d'un procès civil et cela dans un but

³⁴⁵ Voir les pp. 27 et 28 d'un document intitulé *Domestic Violence, A Guide to Civil Remedies and Criminal Sanctions* qui a été publié en 2004 par le Department for Constitutional Affairs du gouvernement britannique, disponible sous <http://www.housingcare.org/downloads/kbase/2681.pdf> (30.01.2012).

³⁴⁶ Voir P. Rook & R. Ward, *Sexual offences Law & Practice*, 3rd Edition, London: Sweet & Maxwell, 2004, p. 515 *et seq.*

³⁴⁷ Voir les pp. 20 et 21 d'un document intitulé *Domestic Violence, A Guide to Civil Remedies and Criminal Sanctions* qui a été publié en 2004 par le Department for Constitutional Affairs du gouvernement britannique et qui est disponible sous <http://www.housingcare.org/downloads/kbase/2681.pdf> (30.01.2012).

³⁴⁸ Dans sa section 175.

préventif, en assurant en même temps le droit d'être entendue à la personne visée par cette mesure³⁴⁹.

417. Le **Code of Practice for Victims of Crime** constitue une référence pour les autorités et pour les particuliers pour lutter contre les crimes et assurer soutien et protection aux victimes de crime, disponible sur le net³⁵⁰.

2.5. Weitere Sonderregeln

418. Afin d'accélérer et d'optimiser l'administration de la justice pénale en réduisant le nombre de poursuites pénales qui doivent donner lieu à un procès devant un tribunal, le droit anglais a été modifié à partir de 2003 par l'introduction d'un **règlement alternatif d'affaires pénales** : la *caution* (une sorte de « mise en garde » ou avertissement).

419. Au moment de décider de la suite à donner à une enquête qui a permis de récolter assez de preuves pour justifier la mise en accusation formelle du suspect, le procureur public ou l'officier de police désigné à cet égard peut décider qu'il vaudrait mieux proposer au suspect de mettre fin aux poursuites par le prononcé d'une *caution*.³⁵¹ D'un point de vue juridique, une telle *caution* ne constitue pas une peine et n'équivaut **pas à une condamnation pénale**. Elle est néanmoins inscrite dans le casier judiciaire du suspect et peut être prise en compte par un juge en fixant le montant de la peine à infliger pour un délit commis subséquemment par la même personne. Elle remplace ainsi la poursuite d'une accusation formelle du suspect et empêche même une telle poursuite, sauf s'il s'avère par la suite que les vraies circonstances du délit n'étaient pas celles connues de la police et admises par le suspect avant le prononcé de la *caution*.³⁵²

420. Les *cautions* sont divisées en différentes catégories, mais toutes doivent respecter trois conditions préalables :

- Les preuves contre le suspect doivent justifier sa mise en accusation formelle (*charging the suspect*) ;
- Le suspect doit admettre sa culpabilité de manière inconditionnelle ;
- Le suspect doit accepter la *caution* à la place de la continuation de la poursuite pénale.³⁵³

³⁴⁹ Voir les pp. 32 et 33 d'un document intitulé *Domestic Violence, A Guide to Civil Remedies and Criminal Sanctions* qui a été publié en 2004 par le Department for Constitutional Affairs du gouvernement britannique et qui est librement disponible en format électronique à l'adresse internet <http://www.housingcare.org/downloads/kbase/2681.pdf> (30.01.2012).

³⁵⁰ <http://www.gloucestershire.police.uk/Other/Code%20of%20Practice%20for%20Victims%20of%20Crime/item5824.html> (20.12.2011).

³⁵¹ Voir ci-dessus, au point 1 de la présente contribution nationale.

³⁵² Voir Lord MacKay of Clashfern (Ed.-in-Chief), *Halsbury's Laws of England*, 5th ed, London : LexisNexis, Vol. 27 (2010), Title « Criminal Procedure », par. 58 et les sources y citées dans les notes de bas de page.

³⁵³ Voir *ibid* et les pars. 59 et 60, où les conditions préalables sont présentées de manière très détaillée en cinq points.

421. Si le suspect est majeur au moment de la commission du délit, il est possible de lui signifier une *simple caution* ou une *conditional caution*. La législation pertinente³⁵⁴ ne précise pas les conditions qui peuvent ou doivent être ajoutées dans le deuxième cas de figure, mais elle donne³⁵⁵ deux exemples :

- le paiement par le suspect d'une sanction monétaire ;
- la présence du suspect à des heures et endroits précis.

422. La législation énonce³⁵⁶ en plus une liste de trois objectifs et précise que toute condition ajoutée à une *caution* doit poursuivre au moins l'un de ces objectifs :

- la **réparation** par le suspect du tort qu'il a fait ;
- la punition du suspect ;
- la réhabilitation du suspect.

423. La législation précise³⁵⁷ également que le non-respect d'une condition permet l'arrestation du suspect sans mandat ainsi que la mise en accusation formelle du suspect pour le délit qui a donné lieu à la *caution*.

424. Si le suspect est mineur au moment de la commission du délit, il est possible de prononcer un *reprimand* ou un *warning*. Un *reprimand* ne peut toutefois être prononcé que par rapport au premier délit commis par le mineur. Un mineur qui commet un délit suite à un *reprimand* peut se voir attribué un *warning* combiné à l'intervention d'une équipe de spécialistes en criminalité de la jeunesse (*Youth Offending Team*). Cette équipe devrait ensuite, sauf si elle le considère clairement inapproprié, organiser la participation du suspect à un programme de réhabilitation. Si le suspect ne participe pas au programme, ce fait sera inscrit dans son casier judiciaire et, le cas échéant dans le registre national des criminels sexuels (*Sex Offenders Register*), afin de protéger la population et de permettre que le fait soit pris en compte dans un procès par rapport à tout délit que le suspect pourrait commettre par la suite.³⁵⁸ Si le suspect est âgé de 16 ans ou de 17 ans au moment de la commission du délit, il est aussi possible de prononcer une *youth conditional caution*. Une telle mesure est de la même nature juridique qu'une *conditional caution* pour un adulte, sauf que :

- le jeune suspect aura la possibilité de se faire excuser pour le non-respect d'une condition en présentant une « explication plausible » (*reasonable excuse*) ;

³⁵⁴ La partie 3 de la Criminal Justice Act 2003.

³⁵⁵ Dans sa section 22(3A).

³⁵⁶ Dans sa section 22(3).

³⁵⁷ Dans sa section 24A.

³⁵⁸ Voir Lord MacKay of Clashfern (Ed.-in-Chief), *Halsbury's Laws of England*, 5th ed, London : LexisNexis, Vol. 27 (2010), Title « Criminal Procedure », par. 60 et les sources y citées dans les notes de bas de page.

- la *caution* ne pourrait être prise en compte en fixant la peine par rapport à un délit commis subséquent par le suspect que pendant une période de deux ans après l'attribution de la *caution*.³⁵⁹

425. Le *Code of Practice for Youth Conditional Cautions for 16 & 17 year olds*³⁶⁰, qui a été formulé par le Ministre de la Justice par analogie au *code of practice* dans le traitement des suspects d'âge adulte, explique que les *youth conditional cautions* :

- devraient être appliquées uniquement par rapport à petite délinquance (*low-level offending*) ;
- constituent le deuxième rang d'une structure dans laquelle les *reprimand* et *warning* figurent au premier rang et des poursuites pénales normales en troisième rang ;
- prennent en compte les observations des victimes des délits ainsi que les besoins comportementaux des suspects et peuvent donc offrir des solutions à des phénomènes de criminalité qui sont plus justes que celles offertes par les condamnations pénales traditionnelles.

426. Depuis le milieu de l'année 2009, le CPS prépare et publie tous les trois mois des statistiques concernant l'application des *conditional cautions* dans la pratique.³⁶¹ Ces statistiques démontrent que l'objectif législatif d'un apport de **réparation** de la part de la personne sous *caution* peut être visée par des conditions qui :

- exigent de cette personne qu'elle écrive une lettre d'excuses à la victime ;
- obligent cette personne à payer une somme d'argent directement à la victime en compensation du délit, ou ;
- prévoient que cette personne rétablisse la situation qui existait avant la commission du délit.³⁶²

427. Les statistiques démontrent également que les **conditions qui obligent le suspect à payer une somme** d'argent directement à sa victime, en compensation du délit, sont les conditions les **plus souvent** rattachées à des *conditional cautions*.

3. Opferberatung

428. À tous les stades de la procédure, la **police** joue un rôle central dans l'aide et le soutien aux victimes de crimes. Elle a le devoir d'assurer une communication continue d'informations sur le

³⁵⁹ Voir *ibid*, par. 61 et les sources y citées dans les notes de bas de page.

³⁶⁰ Le texte du code, tel que soumis au Parlement britannique pour désapprobation en cas d'objection (*negative resolution procedure*), est librement disponible en format électronique à l'adresse internet <http://www.official-documents.gov.uk/document/other/9789999098137/9789999098137.pdf> (consulté le 30.01.2012). Il ne s'agit pas d'un document du CPS, mais le *Director of Public Prosecutions* s'y réfère dans ses instructions à l'attention des procureurs publics et officiers de police par rapport aux *Youth Conditional Cautions* : http://www.cps.gov.uk/publications/directors_guidance/youth_conditional_cautions (30.01.2012).

³⁶¹ Tous les rapports statistiques sont disponibles en format électronique sur le site internet du CPS, en passant par l'adresse http://www.cps.gov.uk/publications/performance/conditional_cautioning (30.01.2012).

³⁶² Voir les remarques introductives formulées par le CPS par rapport aux statistiques concernant les *conditional cautions* dans la pratique, *ibid*. Le troisième type de condition est le plus souvent mise en place dans le cadre d'actes de vandalisme et d'autres destructions de biens publics.

déroulement de la procédure et sur les différentes décisions prises par les organes de justice à travers un organe spécialisé qu'est la **Witness Care Unit** (WCU). Cette unité de la police se charge d'informer les victimes, les témoins et leurs proches sur les facilités et l'aide qu'elles peuvent demander auprès des tribunaux locaux, se charge aussi d'organiser des visites des lieux avant les audiences et conseille les parties sur les frais de transport et sur la manière de les réclamer par la suite³⁶³. Un lien³⁶⁴, contenant aussi une vidéo³⁶⁵, disponible sur un site internet gouvernemental, est destiné aux personnes qui sont appelées à déposer comme témoins explique le déroulement de la procédure et donne des détails pratiques pour comprendre cette étape du procès pénal.

429. Il y a aussi de nombreuses autres institutions étatiques³⁶⁶ ou de la société civile telles que Victim Support³⁶⁷ qui apportent leur aide et conseil aux victimes d'infractions. A titre d'exemples, on peut citer le **Commissioner for Victims and Witnesses**³⁶⁸, les *Youth Offending Teams* ou encore le **Victims' Advisory Panel**.

4. Opferentschädigung

430. A la différence de beaucoup de pays d'Europe Continentale, l'ordre juridique anglais ne connaît pas l'institution de la « partie civile » qui peut se joindre à une procédure pénale afin d'obtenir des dommages et intérêts du suspect dans l'hypothèse où il serait jugé coupable. En Angleterre et au Pays de Galles, la victime du délit doit tenter une **procédure civile**, séparément de la procédure pénale, afin d'obtenir des dommages et intérêts pour les pertes et blessures causées par le comportement du criminel, lesquelles ont des conséquences relevant de la responsabilité civile (*tort law*) autant que de la responsabilité pénale (*criminal law*). Cette option est assez **rarement utilisée** dans la mesure où la victime doit mobiliser des ressources financières pour engager la procédure civile et parce que beaucoup de criminels, en particulier après avoir purgé une peine pour leurs crimes, n'ont pas de ressources financières suffisantes pour satisfaire un jugement civil.

431. Afin de remédier à ce problème, le gouvernement britannique a mis en place, à partir de 1964, une structure destinée à compenser des personnes blessées du fait d'actes criminels (**criminal injuries compensation scheme**). Il s'agit d'une structure **administrative, distincte** de toute **procédure pénale**. Une victime de crime peut ainsi obtenir une compensation sans même pouvoir identifier le

³⁶³ Voir la p. 26 d'un document intitulé *Domestic Violence, A Guide to Civil Remedies and Criminal Sanctions* qui a été publié en 2004 par le Department for Constitutional Affairs du gouvernement britannique et qui est librement disponible en format électronique à l'adresse internet <http://www.housingcare.org/downloads/kbase/2681.pdf> (30.01.2012).

³⁶⁴ http://www.direct.gov.uk/en/CrimeJusticeAndTheLaw/VictimsOfCrime/DG_070444

³⁶⁵ <http://moj.coionline.tv/videos/goingtocourtvideo/>

³⁶⁶ Les obligations des différents organismes étatiques envers les victimes de crimes sont précisées dans le *Code of Practice for Victims of Crime* qui a été formulé par le Ministre de l'Intérieur en application de la section 32 de la Domestic Violence, Crime and Victims Act 2004 et qui est librement disponible via le site internet général du gouvernement britannique à l'attention des citoyens http://www.direct.gov.uk/prod_consum_dg/groups/dg_digitalassets/@dg/@en/documents/digitalasset/dg_073647.pdf (30.01.2012).

³⁶⁷ Voir <http://www.victimsupport.org> (23.03.2012).

³⁶⁸ Voir <http://www.justice.gov.uk/about/vc/> (10.02.2012). Il s'agit d'un organe de surveillance et de consultation de manière générale, qui n'intervient toutefois pas dans des procédures individuelles.

criminel et pouvoir invoquer une condamnation pénale préalable.³⁶⁹ La structure, créée à l'origine sur la base du pouvoir exécutif, a reçu un fondement législatif³⁷⁰ en 1995 et son administration a été confiée à une autorité indépendante (*Criminal Injuries Compensation Authority*).³⁷¹ Tout refus d'octroyer des dommages et intérêts émanant de cette autorité peut ainsi être révisé par une instance administrative. Un appel en justice n'est possible que par rapport à de possibles erreurs faites par l'autorité dans l'application des principes qui gouvernent l'administration de la structure.³⁷² Elle applique actuellement un **système dit de « tarification » de blessures spécifiques** : une somme de compensation est fixée pour chaque blessure subite par une victime. Jusqu'en 1994, la structure prévoyait le paiement de compensations dont le montant était équivalent aux sommes que les victimes auraient reçu en dommages et intérêts si elles avaient agi en justice sur le fondement du droit de la responsabilité civile. Cette approche menait à des résultats plus justes que ceux produits par le système de « tarification », mais était jugée trop longue et coûteuse dans son application.³⁷³

432. Dans les cas (relativement peu nombreux) où l'auteur d'un délit criminel est identifié, est reconnu coupable du délit et possède les moyens financiers pour compenser les victimes de ses actes, les tribunaux anglais ont reçu en 1972 le pouvoir de condamner le criminel à payer une somme de compensation aux victimes, à la place ou en sus de toute autre peine et sans qu'aucune démarche de la part des victimes ne soit nécessaire.³⁷⁴ Selon les dispositions législatives³⁷⁵ qui gouvernent actuellement ce pouvoir judiciaire, le juge devrait l'utiliser en priorité par rapport à son pouvoir de condamner au paiement d'une amende. Le paiement d'une compensation peut aussi être ordonné pour des dommages causés aux biens ou à la fortune de la victime ; une blessure physique ou psychique peut être compensée de cette manière mais cela n'est pas indispensable comme dans le cadre de la *criminal injuries compensation scheme*.³⁷⁶ Si la victime décède suite au délit, une compensation des proches peut être ordonnée à hauteur des dommages et intérêts qui pourraient être obtenus sur le fondement de la responsabilité civile.³⁷⁷ En l'absence de décès de la victime, le

³⁶⁹ Voir Lord MacKay of Clashfern (Ed.-in-Chief), *Halsbury's Laws of England*, 5th ed, London : LexisNexis, Vol. 28 (2010), Title « Criminal Procedure », par. 907 et les sources y citées dans les notes de bas de page.

³⁷⁰ La Criminal Injuries Compensation Act 1995.

³⁷¹ Voir le site internet de l'autorité : www.cica.gov.uk.

³⁷² Ces principes sont actuellement décrits dans le *Criminal Injuries Compensation Scheme (2008)*, librement disponible en format électronique à l'adresse internet <http://www.justice.gov.uk/downloads/guidance/compensation-schemes/cica/am-i-eligible/Criminal%20Injuries%20Compensation%20Scheme%202008.pdf> (consulté le 30.01.2012).

³⁷³ Se référer aux débats dans la chambre haute du Parlement britannique au moment de l'introduction de la structure (*scheme*) de 1995, disponible sous <http://hansard.millbanksystems.com/lords/1995/dec/11/criminal-injuries-compensation-scheme> (30.01.2012).

³⁷⁴ Voir J. Sprack, *A Practical Approach to Criminal Procedure*, 10th ed, Oxford : Oxford University Press, 2004, pp. 478 - 479, expliquant que ce mécanisme de dédommagement de victimes a été introduit par le Criminal Law Act 1972.

³⁷⁵ La section 130 de la Powers of Criminal Courts (Sentencing) Act 2000.

³⁷⁶ Voir ci-dessus, le deuxième paragraphe sous le présent point de cette contribution nationale.

³⁷⁷ Selon les principes du *common law* anglais, il n'est pas permis d'ordonner un paiement en compensation de la perte d'une vie humaine. La Fatal Accidents Act 1976 a modifié ces principes pour permettre à certains proches de la victime d'un accident mortel de demander une somme pour les dédommager symboliquement de leur deuil. Les sous-sections 130(9) et (10) de la Powers of Criminal

montant de la compensation n'est pas limité à la somme des dommages et intérêts pouvant être obtenus sur le fondement de la responsabilité civile dans la mesure où le juge doit prendre en compte les observations faites à cet égard par le procureur et le criminel.³⁷⁸ Lorsque le tribunal décide de ne pas ordonner le paiement d'une compensation, le juge doit justifier cette décision par écrit.³⁷⁹

433. Le pouvoir qui est donné aux procureurs publics et à la police depuis 2003, de mettre fin à une poursuite pénale par une *conditional caution*, donc par une sorte d'avertissement / de « mise en garde » conditionné au **paiement d'une compensation de la victime** par l'auteur du crime,³⁸⁰ peut être considéré comme le « troisième pilier » du système anglais de dédommagement de victimes de crimes.

5. Mediation und Täter oder die Täterin-Opfer-Ausgleich

434. Le Royaume-Uni a connu l'institution de la médiation à partir de 1974 suite à l'initiative qui a suivi les recommandations du rapport *Finer Report on One-Parent Families* qui a visé l'instauration d'un nouveau système de **tribunaux de famille** dans lequel la conciliation, qui est définie dans des termes proches de ceux définissant la médiation, était proposée comme le moyen privilégié de résolution des conflits relatifs à la séparation et au divorce. Le premier service de médiation a commencé à fonctionner à Bristol à partir de 1978. Ce procédé de médiation extra-judiciaire a été développé en parallèle avec la conciliation dirigée au sein des tribunaux. Les services de médiation se répandaient ensuite dans le pays dans les années quatre-vingt et quatre-vingt-dix. La *Family Law Act 1996* a finalement codifié cette pratique dans sa partie III. La section 29 de la loi précitée exige, comme précondition à l'octroi d'une aide financière à une partie au procès, **le recours à la médiation avant toute demande d'intervention du tribunal** dans une affaire concernant le droit de la famille. Au début, les affaires relatives aux violences domestiques ont été dispensées de cette exigence mais la dispense a été limitée en 2007 et encore plus en 2010³⁸¹. La médiation doit prendre en compte les besoins des enfants, leurs sentiments et leurs points de vue comme l'exige³⁸² le *Family Mediation Council (FMC) Code of Practice 2010*. Il appartient aussi au médiateur de prévenir les violences domestiques et les abus commis sur les enfants et d'assurer leur protection³⁸³.

435. Le processus de médiation peut être lancé avant de formuler une demande en justice ou avant les audiences et les auditions des parties à l'initiative du tribunal³⁸⁴. Le but de ce procédé est

Courts (Sentencing) Act 2000 précisent que le montant de la compensation ordonnée suite à une condamnation pénale ne peut pas dépasser celui des dommages qui pourraient être demandés selon la Fatal Accidents Act 1976 et celui des frais de funérailles réellement engagés.

³⁷⁸ Sous-section 130(4) de la Powers of Criminal Courts (Sentencing) Act 2000.

³⁷⁹ Sous-section 130(3) de la Powers of Criminal Courts (Sentencing) Act 2000. Selon J. Sprack, *A Practical Approach to Criminal Procedure*, 10th ed, Oxford : Oxford University Press, 2004, p. 478, le Ministre de l'Intérieur a expliqué que cette disposition est censée encourager les juges à ordonner une compensation dans tous les cas où cette démarche est possible.

³⁸⁰ Voir ci-dessus, au point 2.5. de cette contribution nationale, en particulier le dernier paragraphe.

³⁸¹ Voir L. Parkinson, *Family Mediation*, 2nd ed, Bristol: Family Law, 2011, p. 6-7.

³⁸² Dans ses pars. 5.7.1. à 5.7.3.

³⁸³ Voir L. Parkinson, *Family Mediation*, 2nd ed, Bristol: Family Law, 2011, p. 78-82.

³⁸⁴ Voir L. Parkinson, *Family Mediation*, 2nd ed, Bristol: Family Law, 2011, p. 85-86.

d'informer les parties impliquées dans le conflit sur cette méthode alternative de résolution des conflits, les inciter et les assister dans cette démarche. La médiation peut avoir comme conséquence **l'ajournement de la procédure judiciaire** pour un délai limité. Le *Family Procedure Rules* 2010 oblige, à ses paragraphes 3.2 et 3.3, les tribunaux à considérer toutes les possibilités alternatives de résolution des conflits qui leur sont soumis, comme la médiation à tous les stades de la procédure même au niveau de la Cour d'appel³⁸⁵. Ainsi, si la cour estime qu'il y a une réelle chance de résoudre le conflit par le recours à la médiation, elle **fixe un délai aux parties** pour recourir à ce procédé et précise la manière dont elle sera tenue informée du résultat de la démarche. La médiation peut enfin être utilisée à la suite de la procédure judiciaire surtout dans un but de **protection des enfants** et de prévenir toutes les difficultés qui peuvent naître après un procès entre parents séparés par exemple. Néanmoins, si ce procédé offre des opportunités réelles pour les résolutions des conflits, il ne constitue en aucun cas un « remède magique » à tous les problèmes qui se posent³⁸⁶.

³⁸⁵ Voir le document qui est intitulé "Independent Mediation - Information for Judges, Magistrates and Legal Advisors", qui a été préparé par le Family Mediation Council avec l'aide du Family Justice Council et qui est librement disponible en format électronique via le site internet des juges des tribunaux supérieurs anglais: <http://www.judiciary.gov.uk/NR/rdonlyres/01F618CE-48D1-4886-9646-FEBOA886075C/0/IndependentMediationInformationforJudgesMagistratesandLegalAdvisors.pdf> (consulté le 30.01.2012).

³⁸⁶ Voir L. Parkinson, *Family Mediation*, 2nd ed, Bristol: Family Law, 2011, p. 87-88.

IV. RECHTSVERGLEICHENDE SCHLUSSFOLGERUNG

A. Vergleichende Analyse

1. Erstattung von Strafanzeige und Strafantrag

436. Grundsätzlich kennen alle untersuchten Staaten, mit der Ausnahme des Vereinigten Königreichs, eine Unterscheidung von **Strafantrag** und **Strafanzeige**. Österreich fällt hierbei insoweit aus dem Rahmen, als dass anstelle des vom Opfer gestellten Strafantrags die **Ermächtigung** des Opfers zur Strafverfolgung von den Ermittlungsbehörden eingeholt werden muss. Eine **anonyme** oder zumindest vertrauliche Behandlung der Strafanzeige ist in allen untersuchten Ländern möglich.

437. Die **Erstattung der Anzeige** ist dabei grundsätzlich in mündlicher oder schriftlicher Form möglich. In Deutschland schliesst das die telefonische Erstattung ein, in den Niederlanden ist dies nicht bei allen Polizeidienststellen möglich. Dafür kennen die Niederlande die Anzeigeerstattung in elektronischer Form. Auch in Frankreich wird vereinzelt mit der Anzeigeerstattung per E-Mail experimentiert. In Österreich bestehen keine besonderen Anforderungen an die Form der Strafanzeige. Nach spanischem Recht erfolgt die Anzeige schriftlich oder mündlich; eine Erstattung auf elektronischem Weg ist nicht vorgesehen.

438. Die **Stellung eines Strafantrags** erfolgt in Deutschland schriftlich oder zu Protokoll bei der Polizei, der Staatsanwaltschaft oder jedem mit der Sache befassten Gericht, auch per Fax oder Fernschreiben. In Frankreich sind die Polizei, unabhängig vom Begehungsort, sowie die Staatsanwaltschaft für die Entgegennahme des Strafantrags verantwortlich. Diese erfolgt durch Erstellung eines Protokolls gegen Aushändigung einer Empfangsbestätigung an den Antragssteller. In den Niederlanden erfolgt der Strafantrag gemeinsam mit der Strafanzeige. In Österreich werden dagegen die Strafverfolgungsbehörden aktiv und holen die Ermächtigung des Tatopfers zur Verfolgung der Straftat ein. In Spanien erfolgt die Stellung des Strafantrags vor dem zuständigen Ermittlungsrichter durch einen Rechtsvertreter unter Einhaltung strenger Formvorschriften. Dagegen scheint das Recht des Vereinigten Königreichs kein Äquivalent des Strafantrags zu kennen.

439. Spezielle **Erleichterungen** bei der Erstattung einer Strafanzeige oder der Erstattung eines Strafantrags für Opfer von häuslicher Gewalt und von Sexualstraftaten werden nach unseren Recherchen in **keinem** der hier untersuchten Länder angeboten. Es ist jedoch anzumerken, dass in den **Niederlanden** vor der Aufnahme der Strafanzeige in Fällen von Sexualstraftaten und Kindesmisshandlungen zwingend ein informatives Vorgespräch mit zwei Polizeibeamten, von denen einer eine spezielle Ausbildung im Umgang mit Sexualstraftaten haben muss, geführt wird, in dem das Opfer über die Folgen der Anzeigeerstattung aufgeklärt wird.

2. Sonderregeln im Strafverfahren

2.1. Sonderregeln bezüglich des Personals

440. In Bezug auf das von der **Polizei** im Zusammenhang mit häuslicher Gewalt und Sexualdelikten eingesetzte Personal existieren weder in Deutschland noch in Frankreich, Österreich oder Spanien

zwingende Vorschriften. In den Niederlanden ist der Einsatz von speziell ausgebildetem Personal sowohl für Fälle der häuslichen Gewalt als auch im Zusammenhang mit Sexualstraftaten und Kindesmisshandlungen vorgeschrieben. Dagegen existieren bei der englischen Polizei gleich mehrere spezialisierte Abteilungen, unter anderem für häusliche Gewalt.

441. Bei den **Untersuchungsbehörden** sieht das niederländische Recht vor, dass jede Dienststelle der Staatsanwaltschaft einen Spezialisten für Sexualstraftaten ernennt, der mit der Koordination sowie der Richtlinienumsetzung betraut ist. In Spanien ist ein spezieller Staatsanwalt für Sachen der Gewalt gegen Frauen vorgesehen. In den übrigen Ländern existieren keine zwingenden Vorschriften. In Spanien besteht zudem ein spezielles Gericht, welches in der Phase des Ermittlungsverfahrens zuständig ist.

442. Auf der Ebene der **Gerichte** ist Spanien das einzige der untersuchten Länder, welches ein spezielles Gericht – wenn auch für die Aburteilung von Übertretungen – für Verfahren in Sachen der Gewalt gegen Frauen vorsieht. Dagegen sehen sowohl das deutsche als auch das französische Recht vor, dass die Kompetenz der **Jugendrichter** neben durch Jugendliche begangene Straftaten auch Straftaten erfasst, deren Opfer Minderjährige sind. Dies wird mit ihrer besonderen Erfahrung im Umgang mit Minderjährigen begründet.

2.2. Sonderregeln bezüglich der Gerichte und der Verfahren

443. Neben den oben genannten Spezialisierungen der **Jugendgerichte** besteht in Deutschland die Möglichkeit, bei besonderer Schutzbedürftigkeit des Opfers die Anklage unter Auslassung der Eingangsinstanz direkt beim Landgericht zu erheben. Damit soll die Belastung des Opfers durch das Gerichtsverfahren verringert werden. Im Zusammenhang mit Sexualdelikten wird die besondere Schutzbedürftigkeit des Opfers dabei im Allgemeinen bejaht. In Österreich ist das Landgericht als Geschworenen- oder als Schöffengericht zuständig für Verstöße gegen die sexuelle Selbstbestimmung. Wie bereits im vorangegangenen Punkt dargestellt, existieren in Spanien spezielle Gerichte für das Ermittlungsverfahren in Sachen der Gewalt gegen Frauen. Die übrigen hier untersuchten Länder kennen keine speziellen Gerichte oder Instanzen für Straftaten häuslicher Gewalt oder sexueller Art.

444. Grundsätzlich kennen alle hier untersuchten Länder die Möglichkeit für das Opfer, sich als **Partei in das Strafverfahren einzubringen**. Während dies in Frankreich, den Niederlanden, Österreich und Spanien dem Zweck dient, einen Schadensersatzanspruch geltend zu machen, kennt das deutsche Recht neben dem Adhäsionsverfahren zur Durchsetzung von Ersatzansprüchen zusätzlich die Nebenklage, die dazu dient, dem Opfer eine aktive Rolle im Strafverfahren zu ermöglichen. In England sind die Magistrates Courts als ordentliche Gerichte für Straftaten der häuslichen Gewalt zuständig, wobei an einigen Magistrates Courts ein besonderes zügiges Verfahren (*Specialist Domestic Violence Courts*) angewendet wird. Eine Möglichkeit, dass sich das Opfer zur Durchsetzung von Schadensersatzansprüchen ähnlich einer „partie civile“ in das Strafverfahren einbringt, ist in England jedoch nicht vorgesehen. Allerdings hindert dies den Strafrichter nicht daran, diesem dennoch eine Kompensationszahlung zuzuerkennen.

2.3. Sonderregeln im Beweisrecht

445. Opfer der hier untersuchten Straftaten sind, wie Opfer von Straftaten im Allgemeinen, im Strafverfahren grundsätzlich als **Zeugen** beteiligt. In den **Niederlanden** besteht die Möglichkeit, durch die Verwendung von *de auditu* Beweismitteln auf die Aussage des Opfers im gerichtlichen Verfahren zu verzichten. Auch in **Österreich** kann auf die Aussage eines minderjährigen Opfers oder eines Opfers, das in seiner „Geschlechtssphäre“ verletzt worden sein könnte, im gerichtlichen Verfahren verzichtet werden, wenn die Parteien Gelegenheit hatten, sich an einer vorausgegangenen kontradiktorischen Einvernahme zu beteiligen. Grundsätzlich sind die beweisrechtlichen Regelungen zum Opferschutz **nicht** an die Erstattung einer Strafanzeige oder die Stellung eines Strafantrags gekoppelt.

446. Der **Einsatz von Videotechnik** ist in allen in dieser Studie untersuchten Ländern anerkanntes Mittel, um Opfer während der Gerichtsverhandlung vor der Konfrontation mit dem Täter (bzw. der Täterin) zu schützen. Diese Technik wird in verschiedenen Varianten eingesetzt: Die Verwendung von Video- oder Audioaufzeichnungen ist in **Deutschland, Frankreich, England, den Niederlanden** (s. oben) und **Spanien** unter bestimmten Voraussetzungen möglich; die Simultanübertragung per Video- oder Audiotechnik in **Deutschland, Frankreich, England, Österreich** und **Spanien**. In Frankreich ist es im letzteren Fall möglich, den Zeugen zum Schutz vor Repressalien der Täterschaft durch technische Mittel und Verhüllung **unkenntlich** zu machen.

447. Die Möglichkeit, den **Angeklagten** zum Schutze des Opfers aus dem Gerichtssaal zu **entfernen**, während dieses seine Aussage tätigt, sehen – bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen wie z.B. einer dringenden Gefahr eines schwerwiegenden Nachteils für die Gesundheit (Deutschland), und unter Abwägung der Rechte des Beschuldigten - alle im Rahmen dieser Studie untersuchten Länder vor.

448. Es ist darüber hinaus in allen untersuchten Ländern grundsätzlich möglich, zum Schutze des Opfers Angaben über dessen **Adresse** aus den Verfahrensakten zu entfernen und eine andere ladungsfähige Adresse zur Akte zu geben. **Anonyme Aussagen** sind in **Frankreich, England** und in **Österreich** möglich, sofern das Opfer durch die Aussage ernstlich in Gefahr gebracht werden könnte.

2.4. Sonderregeln bezüglich des Schutzes der Betroffenen

449. In Deutschland sowie in Österreich ist eine **psychosoziale Begleitung** des Opfers **während des Prozesses** vorgesehen, die in Österreich u. A. die Frage behandelt, ob Strafanzeige gestellt werden sollte, und das Opfer über die Wirkungen und Folgen der Anzeige für das Verfahren und das Opfer selbst aufklärt. Die Betreuung wird dabei von den Opferschutzverbänden übernommen. In Frankreich sowie in den Niederlanden ist vorgesehen, dass **bei der Befragung** Minderjähriger ein Psychologe hinzugezogen werden kann. In **Spanien** kann in **allen Stadien des Verfahrens** auf externe Experten, inklusive Psychologen, zurückgegriffen werden.

450. Zwingende gesetzliche Regelungen in Bezug auf die Einrichtung von speziellen **Zeugenzimmern** existieren nach unseren Recherchen in **keinem** der untersuchten Länder. In **Deutschland** sowie in den **Niederlanden** werden derartige Zeugenzimmer in der Praxis jedoch von einigen Gerichten angeboten. In **England** kann das Gericht nach seinem Ermessen die Zurverfügungstellung eines solchen Zimmers anordnen. **Getrennte Eingänge** für Zeugen sind nach unseren Recherchen nicht vorgesehen.

451. Der **Ausschluss der Öffentlichkeit** vom gerichtlichen Verfahren ist zum Schutz der Privatsphäre des Opfers in **allen** untersuchten Ländern möglich. Verfahren vor dem Jugendgericht, das auch zuständig ist, wenn ein Minderjähriger Opfer einer von einem Erwachsenen begangenen Straftat wurde, finden in **Deutschland** grundsätzlich unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Für das Verfahren vor dem **französischen** Cour d'Assises besteht eine besondere Regelung für Opfer von Sexualstraftaten: der Prozess findet unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt, sofern das Opfer, das als *partie civile* am Verfahren beteiligt ist, dem nicht widerspricht.

452. In Bezug auf das Recht des Opfers einer Straftat auf **Information** können zwei grundsätzlich verschiedene Herangehensweisen identifiziert werden. In **Frankreich, den Niederlanden** sowie anscheinend in **England** stehen allen Opfern von Straftaten die gleichen Rechte auf Informationen zu, wobei diese insbesondere durch die *Witness Care Units* gewährleistet wird. Im Gegensatz dazu wird in **Deutschland** sowie in **Österreich** differenziert: tritt das Opfer als einfacher Zeuge auf, so hat er ein Anrecht auf Informationen über seine Rechte im Strafverfahren. Das Opfer wird des Weiteren darüber informiert, dass ihm bestimmte zusätzliche Informationsrechte wie z.B. in Bezug auf freiheitsentziehende Massnahmen und deren Lockerung oder Beendigung zustehen, sofern es einen dahingehenden **Antrag** stellt. In **Österreich** existieren darüber hinaus für Opfer bestimmter Straftaten weitere Informationsrechte: Opfer von Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung, vorsätzlicher Gewalt und gefährlicher Drohung werden über die Voraussetzungen der Prozessbegleitung informiert. Opfer von Gewalt in Wohnungen werden auch ohne Antrag des Opfers über die Freilassung aus Untersuchungshaft und über das erste unbewachte Verlassen Haftanstalt und die Freilassung des Täters oder der Täterin informiert. Auch in **Spanien** erfolgt eine differenzierte Information des Opfers: Neben einem allgemeinen Recht auf Information sind Opfer, zu deren Schutz eine „**ordre de protección**“ (es handelt sich um eine formelle Anerkennung der Schutzbedürftigkeit des Opfers) ausgesprochen wurde, konstant über den Stand des Verfahrens, präventive Massnahmen sowie die Situation des Täters (bzw. der Täterin) zu informieren. Opfern von häuslicher Gewalt und von Sexualstraftaten stehen noch weiter gehende Informationsrechte zu.

453. In Deutschland sowie in Österreich können sich Opfer von Straftaten, die als Zeuge vernommen werden, von einer **Vertrauensperson** begleiten lassen. Das deutsche Recht sieht darüber hinaus die Möglichkeit eines **anwaltlichen Zeugenbeistands** vor. In den Niederlanden dürfen Opfer von einer Vertrauensperson zur polizeilichen Befragung begleitet werden; diese darf ohne besondere Genehmigung durch den Staatsanwalt aber nur während des allgemeinen, nicht tatspezifischen Teils der Befragung anwesend sein (Ausnahme: minderjährige Opfer). Das französische sowie das spanische Recht sehen nach unseren Recherchen ein Recht auf Begleitung **nur für minderjährige** Opfer vor.

454. In **allen** von uns untersuchten Ländern hat das Opfer Anspruch auf **Prozesskostenhilfe** (u.U. mit der Ausnahme Englands). In Deutschland steht dem zur Nebenklage berechtigten Opfer bestimmter Katalogstraftaten (insb. Schwerer sexueller Missbrauch von Kindern, sexuelle Nötigung und Vergewaltigung, sexueller Missbrauch widerstandsunfähiger Personen) darüber hinaus das Recht auf einen kostenlosen **Opferanwalt** zu. In Frankreich haben Opfer von Sexualstraftaten Anspruch auf Prozesskostenhilfe, ohne dass sie Bedürftigkeit nachweisen müssen. In den Niederlanden haben Opfer von Gewalt- oder Sexualstraftaten, die schwere psychische oder körperliche Schäden erlitten haben, ein Recht auf kostenlosen Rechtsbeistand. Auch in Österreich haben Opfer von Straftaten gegen die sexuelle Integrität, Gewaltdelikten oder gefährlichen Drohungen das Recht auf kostenlose juristische

Prozessbegleitung. Das **spanische** Recht sieht während des Ermittlungsverfahrens der Polizei das Recht auf Beratung durch einen auf Fälle sexueller Gewalt spezialisierten Anwalt vor. Während des Gerichtsverfahrens steht Opfern, zu deren Gunsten eine „ordre de protección“ ausgesprochen wurde, eine kostenlose rechtliche Hilfe zu.

455. Des Weiteren kennen **alle** in dieser Studie untersuchten Länder Massnahmen, um das Opfer durch **Ausweisung** des Täters (oder der Täterin) aus der gemeinsamen Wohnung sowie durch **Kontaktverbote** und **Platzverweise** zu schützen, sei es in Form von zivilrechtlichen, strafrechtlichen oder verwaltungsrechtlichen Verfügungen. Das **französische** sowie das **spanische** Recht sehen darüber hinaus Sonderregelungen für die Erlangung von Aufenthaltstiteln für ausländische Opfer häuslicher Gewalt vor.

456. In den **Niederlanden** hat das Opfer darüber hinaus im Strafverfahren das Recht, im Rahmen der Verhandlung in der Form eines „**Victim Impact Statement**“ eine Erklärung zu den Auswirkungen der Tat abzugeben.

2.5. Weitere Sonderregeln

457. **Keines** der untersuchten Länder sieht nach unseren Recherchen spezielle **Einstellungsmöglichkeiten** für Strafverfahren in Fällen von häuslicher Gewalt oder von Sexualstraftaten vor.

458. Die Überwachung von Straftätern und -täterinnen mit sogenannten „**elektronischen Fussfesseln**“ ist dagegen in allen untersuchten Ländern bekannt (ggf. auch hier mit der Ausnahme Englands): während sie in den **Niederlanden** bisher nur experimentell eingesetzt wird, findet sie in **Deutschland** in einigen Bundesländern als Entlassungsaufgabe für als gefährliche eingestufte Straftäter Verwendung. In **Frankreich** ist die „elektronische Fussfessel“ seit dem Jahr 2005 zur Überwachung von Straftätern eingesetzt. Die **Niederlande** wurde mit dieser Methode der Überwachung sowohl im Rahmen der Untersuchungshaft als auch des Strafvollzugs experimentiert, jedoch nicht für die Überwachung von Sexualstraftätern. Nach Ende der Versuchsphase wurde auf eine Umsetzung jedoch verzichtet. In **Spanien** ist der Einsatz elektronischer Mittel für die Überwachung eines Annäherungsverbots des Täter oder die Täterins an das Opfer gestattet.

3. Opferberatung

459. **Beratungsangebote** für die Opfer setzen in den von uns untersuchten Ländern **keine Strafanzeige** bzw. **keinen Strafantrag** voraus. Die Beratung erfolgt durch staatliche sowie durch nichtstaatliche Akteure meist bereits im Vorfeld des Strafverfahrens und umfasst die Begleitung in allen Stadien des Verfahrens und darüber hinaus. Einer der Schwerpunkte der Beratung ist dabei das Hinwirken auf die Erstattung einer Strafanzeige bzw. die Stellung eines Strafantrags, sowie die Information über den Ablauf des Verfahrens.

4. Staatliche Opferentschädigung

460. In Bezug auf die **Entschädigung** von Opfern häuslicher Gewalt und von Sexualstraftaten unterscheiden sich die in den von uns untersuchten Ländern verfolgten Ansätze voneinander. Grundsätzlich lässt sich dabei der deutsche und österreichische Ansatz mit Recht auf staatliche Hilfe von

demjenigen der anderen Rechtsordnungen unterscheiden, wobei einige der letzteren eine Abtretung des Ersatzanspruchs gegen den Täter (bzw. die Täterin) an den Staat vorsehen.

461. In **Deutschland** regelt das Opferentschädigungsgesetz den Anspruch von Personen, die infolge eines tätlichen Angriffs gesundheitliche Schädigungen erlitten haben, auf Versorgungsleistungen wie Heilbehandlungen, Renten und Pflegezulagen. Es steht im **Ermessen** der bewilligenden Behörde, bestimmte Leistungen zu reduzieren oder versagen, wenn das Opfer nicht durch Erstattung von Strafanzeige oder Stellung des Strafantrags bei der Aufklärung der Straftat mitgewirkt hat. In **Österreich** besteht ein vergleichbarer Anspruch auf Hilfen nach dem Verbrechenopfergesetz, wenn sie durch eine mit einer mehr als sechsmonatigen Freiheitsstrafe bedrohte Handlung eine Körperverletzung oder Gesundheitsschädigung erlitten haben, und ihnen dadurch Heilkosten erwachsen oder ihre Erwerbsfähigkeit gemindert ist. Die Entschädigung ist jedoch auch hier **ausgeschlossen**, wenn es das Opfer schuldhaft unterlassen hat, zur **Aufklärung** der Tat beizutragen.

462. In **Frankreich** kann sich das Opfer einer Straftat Entschädigungsansprüche, die ihm gegen den Täter oder die Täterin zustünden, gegenüber der **Commission d'Indemnisation des Victimes** geltend machen. Das Opfer wird aus einem Garantiefonds entschädigt. Die *Commission d'Indemnisation des Victimes* tritt gegenüber dem Täter (bzw. der Täterin) in die Rechte des Opfers ein und kann von diesem die geleistete Entschädigung ersetzt verlangen. Damit soll dem Opfer die erneute Konfrontation mit dem Täterschaft erspart werden. Die Erstattung einer Anzeige bzw. eines Strafantrags ist hier keine Voraussetzung für den Erhalt von Entschädigungsleistungen. In den **Niederlanden** kann ein Opfer einer Straftat sich zum einen an den **Schadefonds Geweldsmisdrijven** wenden, von dem es eine einmalige finanzielle Entschädigungsleistung für erlittene Schmerzen, Kosten der medizinischen Versorgung oder Erwerbsverluste geltend machen kann (Gewaltstraftaten). Zum anderen kennt das niederländische Recht eine Art **Vorschussregelung** (*voorschot-regeling*) für Fälle, in denen der zu einer Entschädigungszahlung verurteilte Täter (oder die Täterin) von Gewalt- oder Sittenstraftaten mit seiner Zahlung in Verzug kommt. Der niederländische Staat übernimmt die Zahlung an das Opfer und treibt anschliessend die Forderung vom Täter oder der Täterin ein. Auch hier ist die Erstattung einer Anzeige bzw. eines Strafantrags keine Voraussetzung für den Erhalt von Entschädigungsleistungen. Auch in **Spanien** haben Opfer von Gewalt- und Sexualstraftaten einen Anspruch auf **Entschädigung** durch den Staat, der anschliessend gegenüber der Täterschaft in die Rechte des Opfers eintritt. Darüber hinaus sieht das spanische Recht besondere finanzielle Hilfen für **geringverdienende** und **arbeitslose** Opfer von Sexualstraftaten vor. Hilfen für Opfer von Sexualstraftaten sind dabei vom Vorliegen einer „ordre de protección“ oder eines Berichts der Staatsanwaltschaft abhängig, aus welchem hervorgeht, dass die Person Opfer einer Sexualstraftat ist. In **England** kann, unabhängig davon, ob es zu einer Verurteilung gekommen ist oder ob der Täter oder die Täterin überhaupt identifiziert wurde, eine Entschädigung für Verletzungen von der *Criminal Injuries Compensation Authority* gewährt werden.

5. Mediation und Täter-Opfer-Ausgleich

463. Die **Mediation** in Strafsachen ist nach unseren Recherchen von den hier untersuchten Ländern nur in Frankreich und in **England** bekannt. In den übrigen Ländern wird dagegen im Rahmen eines **Täter-Opfer-Ausgleichs** oder in ähnlicher Form versucht, eine Wiedergutmachung zwischen Täter (bzw. Täterin) und Opfer herbeizuführen. Das **spanische** Strafrecht kennt nach unseren Recherchen

weder die Mediation noch den Täter-Opfer-Ausgleich, vielmehr schliesst es dies im Hinblick auf Sexualstraftaten sogar ausdrücklich aus.

464. Das **deutsche** Recht sieht einen **Täter-Opfer-Ausgleich** vor, in dem eine erstrebte oder erzielte Wiedergutmachung der Straftat durch den Täter oder die Täterin zu Strafmilderungen oder gar zum Absehen von Strafe führen kann. In Rahmen des Privatklageverfahrens ist nach den Regelungen der StPO ein erfolgloser **Sühneversuch** vor einer staatlichen Vergleichsbehörde Zulässigkeitsvoraussetzung. Die **Mediation** in Strafsachen ist in Deutschland dagegen nicht bekannt. Das **österreichische** Strafrecht kennt ähnlich zum Täter-Opfer Ausgleich den sog. **aussergerichtlichen Tatausgleich**, mit dem für das Opfer eine Wiedergutmachung angestrebt wird und der eine Strafmilderung oder eine Verfahrenseinstellung nach Ermessen des Gerichts ermöglicht.

465. In **Frankreich** dagegen ist die **Mediation** in Strafsachen als Alternative zum Strafverfahren gesetzlich vorgesehen, insbesondere auch ausdrücklich in Fällen der häuslichen Gewalt. Daneben kennt das französische Recht die sogenannte **composition pénale**: Vor Einleitung des Gerichtsverfahrens schlägt der Staatsanwalt dem geständigen Täter (bzw. der Täterin) eine Reihe von Massnahmen (in Fällen der häuslichen Gewalt z.B. Hausverbote und psychologische Betreuung) vor, die anstelle einer Strafe von ihm (bzw. ihr) zu erfüllen sind. Stimmt dieser zu, so hört das Gericht den Täter oder die Täterin und das Opfer an und erlässt eine entsprechende Entscheidung. Die Vollstreckung der **composition pénale** führt zur Beendigung des Strafverfahrens. In **England** scheinen Fälle der häuslichen Gewalt nunmehr unter die Mediation im Familienrecht zu fallen.

466. Das **niederländische** Recht kennt Vermittlungen zwischen Täter (bzw. Täterin) und Opfer sowohl in der Form eines **aussergerichtlichen finanziellen Ausgleichs** von Ersatzansprüchen des Opfers, der in vielen Fällen zur Einstellung des Strafverfahrens führt, sowie in der Form des **Täter-Opfer-Gesprächs** zusätzlich zum Strafverfahren, welches keinen Einfluss auf dessen Ausgang hat.

B. Fazit

467. Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass sich in den von uns im Rahmen dieser Studie untersuchten Ländern zwei verschiedene Vorgehensweisen für den Schutz von Opfern häuslicher Gewalt sowie von Sexualstraftaten unterscheiden lassen. In **Österreich** und **Deutschland** wurde in diesem Zusammenhang auf den Erlass von Spezialgesetzen verzichtet. Es wird vielmehr auf allgemeine Vorschriften zurückgegriffen, die teilweise durch die Verwendung offener Formulierungen wie der „Schutzbedürftigkeit“ des Opfers der Auslegung zugänglich sind. Dagegen wurden in **Frankreich**, den **Niederlanden** und **Spanien** bewusst ausdrückliche Spezialregelungen in der Form von Gesetzen oder Richtlinien für derartige Fälle erlassen. Dieser Ansatz wird in Frankreich und Spanien durch die „ordonnance de protection“ (FR) bzw. die „ordre de protección“ (E) als Schutzanordnung mit einer Vielzahl von Massnahmen zu Gunsten des Opfers unterstützt. In **England** scheint der Opferschutz in einer Vielzahl von Spezialgesetzen und teilweise durch verschiedene spezialisierte Institutionen zu erfolgen, was die Thematik unübersichtlich und schwer durchschaubar macht. Schlussfolgernd lässt sich feststellen, dass trotz der unterschiedlichen Vorgehensweisen der untersuchten Rechtsordnungen die materiellen Regelungen in ihrer Stossrichtung jedenfalls vergleichbar sind.. Lediglich im Rahmen der staatlichen Opferentschädigung sowie bei der Frage der Mediation in Strafsachen, die als solche lediglich in Frankreich anerkannt ist, sind stärker differenzierte Ansätze zu erkennen.

468. Schutzmassnahmen für Opfer sind in den untersuchten Ländern nur in **Ausnahmefällen** an die Erstattung von Strafanzeige oder Strafantrag **gekoppelt**. Hier ist insbesondere auf die staatlichen Entschädigungsleistungen in Österreich und Deutschland hinzuweisen, die im Falle des Unterlassens zwar nicht zwingend ausgeschlossen sind, jedoch zumindest gekürzt werden können. In **Frankreich** und **Spanien** sind einzelne Leistungen vom Vorliegen einer „ordonnance de protection“ (FR) bzw. einer „ordre de protección“ (E) abhängig.

SCHWEIZERISCHES INSTITUT FÜR RECHTSVERGLEICHUNG

Dr. Lukas Heckendorn Urscheler
Vize-Direktor

Anne Marit Mann
Wissenschaftliche Mitarbeiterin

Anhang: Vergleichende Tabellen

Tabelle 1: Erstattung von Strafantrag und Strafanzeige

	Deutschland	Frankreich	Niederlande	Österreich	Spanien	Vereinigtes Königreich
Strafanzeige oder Äquivalent	Strafanzeige	Dénonciation	Complaint	Strafanzeige	Dénonciation	Anzeige
Erstattung	mündlich (telefonisch) oder schriftlich	Code Pénal : «par tout moyen» ; En pratique : écrites ou orales ; parfois par e-mail	orally / in writing; electronic complaint (certain crimes) telephone (not all police forces)	keine besondere Form	par écrit / oral (oral : acte de déclaration signé par les parties) ; pas par voie informatique	Durch Opfer oder Dritten bei Polizei, Unterschrift des Anzeigenden
Anonymität	Name des Anzeigenden kann vertraulich behandelt werden	oui	yes	ja	n/a	Möglich
Strafantrag oder Äquivalent	Strafantrag	Plainte	Demand for prosecution	Ermächtigung	Plainte	--
Erstattung	schriftlich oder zu Protokoll bei Polizei, Staatsanwaltschaft oder Gericht; Fax/Fernschreiben ja, E-Mail ungeklärt	toute brigade de gendarmerie ou de tout commissariat, aussi que le procu- reur de la République, indépendamment du lieu de l'infraction ou de résidence de l'auteur	annex to complaint	Strafverfolgungs- behörden fragen bei Opfer an, ob es Ermächtigung zur Verfolgung der Sache erteilt	Devant le juge d'instruction par représentant légal ; conditions formelles à respecter	--

Tabelle 2.1.: Sonderregeln im Strafverfahren – Personal

	Deutschland	Frankreich	Niederlande	Österreich	Spanien	Vereinigtes Königreich
Speziell geschultes Personal der Polizei	Nicht zwingend; Möglichkeit der Bildung von Arbeitsgruppen bzw. Berufung von Sonderbeauftragten	Pas de disposition impérative	- Domestic violence liaison officer - specialized police officers	Möglichkeit, Sachverständige mit der Befragung minderjähriger Zeugen oder unter Berücksichtigung des seelischen oder gesundheitlichen Zustands, anderer Zeugen zu beauftragen	Pas de disposition impérative	- Domestic Violence Unit - Community Safety Units - Witness Care Unit
Speziell geschultes Personal der Staatsanwaltschaft	Nicht zwingend; Möglichkeit der Bildung von Arbeitsgruppen bzw. Berufung von Sonderbeauftragten	Pas de disposition impérative	Specialist on sexual offences	Nein	Procureur contre la violence sur la femme	n/a
Speziell geschultes Personal der Gerichte	Jugendrichter auch zuständig für Verfahren gegen Erwachsene bei minderjährigen Opfern	Juge des enfants compétent pour des litiges avec des victimes mineurs	No specialisation	Nein	Tribunaux de violence contre la femme (phase d'instruction)	n/a
Sonstiges					Possibilité de l'intervention des experts (psychologues, juristes, experts médecins-légistes) dans tous les stades de la procédure	

Tabelle 2.2.: Sonderregeln im Strafverfahren – Gerichte und Verfahren

	Deutschland	Frankreich	Niederlande	Österreich	Spanien	Vereinigtes Königreich
Besondere Gerichte / Gerichtsstände	<ul style="list-style-type: none"> - Möglichkeit der Anklage beim Landgericht unter Verkürzung des Instanzenzugs; - bei minderjährigen Opfern Anklage vor dem Jugendgericht möglich 	<ul style="list-style-type: none"> Pas de juridiction spéciale sauf que pour le juge des enfants compétent pour des litiges avec des victimes mineurs 	<ul style="list-style-type: none"> No specialisation 	<ul style="list-style-type: none"> - Ordentliche Gerichte - Regeln zur geschlechter- ausgewogenen Besetzung des Gerichts 	<ul style="list-style-type: none"> Tribunaux de violence contre la femme (phase d’instruction) 	<ul style="list-style-type: none"> Magistrates Courts als ordentliche Gerichte zuständig
Besondere Verfahrensarten	<ul style="list-style-type: none"> - Nebenklage: Opfer übernimmt aktive Rolle im Verfahren (nicht zur Erlangung von Schadensersatz) - Adhäsionsverfahren zur Durchsetzung von Ersatzansprüchen 	<ul style="list-style-type: none"> Constitution comme partie civile: <ul style="list-style-type: none"> - par intervention - par voie d’action en cas d’inaction du procureur de la République 	<ul style="list-style-type: none"> Right of the victim to join as a party : to claim damages 	<ul style="list-style-type: none"> Privatbeteiligung: zum Ersatz des durch die Straftat erlittenen Schadens 	<ul style="list-style-type: none"> - La victime peut se constituer partie civile - Le droit espagnol prévoit le cumul de l’action pénale et de l’action civile 	<ul style="list-style-type: none"> Bei bestimmten Magistrates Courts eingerichtete Specialist Domestic Violence Courts: keine Sondergerichte, sondern besondere Verfahrensart, die das Verfahren in einer einzigen Sitzung zusammenfasst (<i>clustering</i>) und die Verfahren beschleunigt abschliesst (<i>fast-tracking</i>)

Tabelle 2.3.: Sonderregeln im Strafverfahren – Beweisrecht

	Deutschland	Frankreich	Niederlande	Österreich	Spanien	Vereinigtes Königreich
Stellung des Opfers im Strafverfahren	Normaler Zeuge; zur Aussage verpflichtet	Simple témoin	Since <i>de auditu</i> evidence is allowed in court, the victim does not necessarily have to appear in court	- Zeuge, zur Aussage verpflichtet - Befreiung von Aussagepflicht, wenn Opfer bestimmter Taten bereits im Ermittlungsverfahren kontradiktorisch vernommen wurde	Règles générales applicable à la victime	Zeuge
Medizinische Untersuchung des Opfers	Nur wenn Opfer zugestimmt hat oder Untersuchung zur Erforschung der Wahr- heit erforderlich (sofern zumutbar)	Médecin peut témoigner sans autorisation de la victime s'il s'agit d'une victime mineure ou qui n'est pas en mesure de se protéger	n/a	Nur mit Einwilligung des Opfers	Interdite d'examiner la victime sans con- sentement; médecin peut témoigner sans autorisation de la victime	k/a
Einsatz von Videotechnik	- Aufzeichnung oder Simultanübertra- gung - Mitwirkungsrechte der Verfahrens- beteiligten dürfen nicht beeinträchtigt werden	- possibilité d'enregistre- ment sonore des débats - à la demande de la victime ou de la partie civile, l'enregistrement audiovisuel de l'audition ou de la déposition - Enregistrement audiovisuel ou sonore de l'audition d'un mineur victime d'une infraction sexuelle	If victim is a minor : interview at police station may be audio- and video- taped (<i>de auditu</i> evidence)	Schonende Vernehmung durch Einsatz von Wort- und Bildübertragung	- en cas de danger ou risque de causer un préjudice au témoin - pour la protection des mineurs (vidéo- conférence de son domicile ; enregistrement)	Möglich : Video oder <i>live link</i>

		- interrogation à distance d'un témoin pour lequel l'anonymat a été autorisé; voix rendue non identifiable				
Ausschluss des Angeklagten	Bei minderjährigen Zeugen oder bei dringender Gefahr e. schwerwiegenden Nachteils für Gesundheit	Oui	Suspect can be removed while victim makes his/her statement	Möglich; aber Videoübertragung ist als geringerer Eingriff in Verfahrensrechte des Angeklagten vorzuziehen	Restreinte: il faut respecter le droit constitutionnel à la contradiction	Kann vom Gericht je nach Lage des Einzelfalls angeordnet werden
Einschränkung der Angabe persönlicher Daten						
Verheimlichung der Adresse des Opfers	Ja	Oui avec autorisation du juge qui prononce und ordonnance de protection	Yes	Ja	Oui	n/a
Anonyme Aussage	--	Oui (dans certains cas)		Ja (in bestimmten Fällen)	--	Möglich; bei Sexualstraftaten ist die Veröffentlichung des Namen des Opfers sowie von Bildern oder anderen, die Identifizierung ermöglichenden Informationen gesetzlich verboten

Besondere Beschränkungen der Aussagepflicht / andere Beschränkungen zum Schutz des Opfers	Schutz von minderjährigen Zeugen durch alleiniges Fragerecht des Vorsitzenden Richters	--	--	Begrenzung des Umfangs der Akteneinsicht des Angeklagten bzgl. Identität des Opfers	--	--
Koppelung an Stellung eines Strafantrags	Nein	Non	No	Nein	Non	Nein

Tabelle 2.4.: Sonderregeln im Strafverfahren – Schutz der Betroffenen

	Deutschland	Frankreich	Niederlande	Österreich	Spanien	Vereinigtes Königreich
Psychologische Betreuung	Psychosoziale Prozessbetreuung = Begleitung des Opfers bei Vernehmungen durch besonders geschultes Personal der Opferschutzver- bände	Présence d'un psy- chologue ou d'un médecin spécialistes de l'enfance toute au long de l'enquête ou de l'information, des auditions ou des confrontations d'un mineur victime d'une agression sexuelle	When the police interviews a child victim, a behavioural psychologist may advise	Psychosoziale Prozessbegleitung für Opfer vorsätzlicher Gewaltdelikte und Taten gegen die sexuelle Integrität	Possibilité de l'inter- vention des experts (psychologues, juristes, experts médecins- légistes) dans tous les stages de la procédure	k/a
Räumlichkeiten bei Gericht	Einrichtung von Zeugenzimmern unterschiedlich je nach Gericht; nicht gesetzlich vorgesehen	Salles spécifiques pour les témoins (mais plutôt pour le bon déroulement du procès pénal)	No legal rules on spe- cial waiting areas. In practice Courts offer this as a standard or victim has to request it.		Pas de disposition impérative ; conseillé pour les enfants, mais en effet pas toujours possible	Kann vom Gericht je nach Lage des Einzelfalls angeordnet werden
Ausschluss der Öffentlichkeit	- Möglich zum Schutz des persönlichen Lebensbereichs des Opfers (Abwägung) - Verfahren vor Jugendgericht nicht öffentlich; Möglich- keit Erziehungs- berechtigte des Verletzten auszu- schliessen	Dépend du Tribunal compétent : - Cour d'Assises (violence sexuelle) : le huis clos est de droit si la victime partie civile ne s'y oppose pas - Tribunal Correc- tionnel / Tribunal de Police : si la publicité est dangereuse pour	Possible e.g. in the interest of minors or to protect the privacy of the victim	Möglich zum Schutz der Privatsphäre des Opfers und wenn dies zur Sicherheit des Opfers als Zeuge erforderlich ist	Oui ; à la demande de la victime	Kann vom Gericht je nach Lage des Einzelfalls angeordnet werden

		l'ordre, la sérénité des débats, la dignité de la personne ou les intérêts d'un tiers				
Informationsrechte	Unterschiedlich je nachdem, ob - Opfer als einfacher Zeuge auftritt - Opfer, das als einfacher Zeuge auftritt, bes. Anträge auf Information gestellt hat - Strafantrag /Strafanzeige erstattet wurde	Les mêmes pour tous les victimes	Same for all victims	Unterschiedlich je nachdem, ob - Opfer als einfacher Zeuge auftritt - Antrag auf Information gestellt wurde - besondere Informationsrechte für Opfer bestimmter Straftaten	- Droit à l'information générale - ordre de protection : devoir d'informer la victime de façon constante sur l'état de la procédure, sur la portée et l'utilisation des mesures préventives ainsi que de la situation de l'agresseur - droit à l'information plus extensif pour les victimes de la violence domestique et de genre	<i>Witness Care Unit</i> der Polizei informiert Opfer, Zeugen und Angehörige u. a. Ablauf der Verfahren und Entscheidungen der Justizorgane
Begleitung des Opfers	- Begleitung durch Vertrauensperson möglich - Anwaltlicher Zeugenbeistand	Une victime mineure peut être accompagnée par un membre de sa famille, par une personne chargée d'un mandat du juge des enfants, ou par une personne de son choix	Victim may be accompanied to the police interview by person of his choice, but this person may only be present during the general part of the interview (exception for minor victims)	Opfer kann sich bei Vernehmungen in allen Verfahrensstagen von einer Vertrauensperson, bei Ausschluss der Öffentlichkeit in der Hauptverhandlung von drei Vertrauenspersonen begleiten lassen	Oui pour les mineures victimes	n/a

Rechtsbeistand für Opfer	<ul style="list-style-type: none"> - Möglichkeit eines kostenlosen Opfer-anwalts des neben-klageberechtigten Opfers bei gewissen Straftaten - Beratungshilfe und Prozesskostenhilfe 	<p>les victimes des violences sexuelles ont droit à l'aide juridictionnelle sans conditions de ressources</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Victims of violent or sexual crimes who have suffered serious mental or physical damages may have the right to free legal representation - If victim only appears as a witness, free legal assistance may be provided by Victim Support the Netherlands - Legal Aid Council can assign a lawyer free of charge, but only for certain serious forms of damages 	<ul style="list-style-type: none"> - Recht auf juristische Prozessbegleitung (kostenlos; durch Opferschutzeinrichtung vermittelt), wenn Opfer von Taten gegen sexuelle Integrität, von Gewaltdelikten oder gefährlicher Drohung - Recht, eigenen Anwalt zu beauftragen - Recht auf Prozesskostenhilfe 	<ul style="list-style-type: none"> - enquête de police : droit au conseil d'un avocat spécialisé sur la violence sexuelle - procédure judiciaire : droit à assistance juridique gratuite (ordre de protection) 	n/a
Anordnungen und Massnahmen zum Schutz des Opfers	<ul style="list-style-type: none"> - Ausweisung des Täters aus der gemeinsamen Wohnung nach Gewaltschutzgesetz - Kontaktverbote und Platzverweise - Familienrechtliche Massnahmen bei Gewalt gegen Minderjährige 	<ul style="list-style-type: none"> - Ordonnance de protection (mesure civile pour la protection de la victime de violences au sein du couple) : visa à stabiliser temporairement la situation juridique et matérielle de la victime - mesures administratives : titre de séjour d'une victime 	<ul style="list-style-type: none"> - Criminal law protective orders as condition to suspensions - Civil restraining orders preventing offender from approaching victim - Administrative measures: temporary barring orders 	<ul style="list-style-type: none"> Kontaktsperre und Wegweisung des Täters aus der gemeinsamen Wohnung 	<ul style="list-style-type: none"> - Ordre de protection (protection de la victime de violence): titre de légitimation qui permet de bénéficier des aides et assistances et des divers droits économiques et sociaux ; donne droit à bénéficiaire des mesures préventives de nature civile et pénale 	<ul style="list-style-type: none"> - <i>non-molestation</i>: Schutz vor Belästigung/Bedrohung - <i>occupations orders</i>: betrifft die Zuteilung der Wohnung

	<p>étrangère de violence qui bénéficie d'une ordonnance de protection; droit à logement</p> <p>- mesures pénales : mesures provisoires comme ordre à l'auteur de résider hors du domicile du couple et de s'abstenir d'y paraître</p>	<p>- autorisation humanitaire de résidence pour les femmes étrangères victimes de violence sexiste (ordre de protection nécessaire)</p>
<p>Sonstige Besonderheiten</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Victim impact statement: oral statement during the trial on consequences of the crime - AWARE alarm system: GPS-directed alarm system which victim may activate in life-threatening situations 	<ul style="list-style-type: none"> - Recht auf psychosoziale Betreuung auch im anschließenden Zivilverfahren und im Ausserstreitverfahren <p>„Caution“ als Alternative zur Bestrafung, ggf. unter Bedingung wie Zahlung einer Geldstrafe oder eines Geldbetrags an das Opfer</p>

Tabelle 2.5.: Sonderregeln im Strafverfahren – Weitere Sonderregelungen

	Deutschland	Frankreich	Niederlande	Österreich	Spanien	Vereinigtes Königreich
Einstellungs- möglichkeiten	Keine besonderen Einstellungs- möglichkeiten	Non	- No rule preventing suspension or termination of criminal pro- ceedings - In domestic violence and child abuse situations, general rule that prosecution service must prosecute	Keine besonderen Einstellungs- möglichkeiten	Non	n/a
Elektronische Überwachung	In einigen Bundes- ländern Einsatz elektronischer Fuss- fesseln als Auflage für entlassene Straftäter , die weiterhin als gefährlich eingestuft werden	Surveillance électronique mobile de l'auteur - suivi socio- judiciaire («contrôle post- carcéral»): possibilité de surveillance électronique de l'auteur des violences commises contre son conjoint / ses enfants	- Experiments, but no codified rules ; both for convicted offend- ers or suspects	Im Rahmen der Untersuchungshaft und des Strafvollzugs, jedoch nicht für Sexualstraftäter	Autorisé pour la détection de l'agresseur (potentiel) dans la proximité de la victime	n/a

Sonstige	--	<ul style="list-style-type: none">- fichier national automatisé des auteurs d'infractions sexuelles ou violentes- dispositif de télé-protection pour alerter les autorités publiques	Domestic violence : maximum penalty automatically increased by 25%	--	<ul style="list-style-type: none">- suspension de l'exécution de la peine sous conditions spécifiques (infractions de violence sexiste)- assistance sociale intégrale- possibilité de changer le nom de famille de la victime	--
-----------------	----	---	---	----	--	----

Tabelle 3.: Opferberatung

	Deutschland	Frankreich	Niederlande	Österreich	Spanien	Vereinigtes Königreich
Staatliche Akteure	Strafverfolgungs- behörden, Landesministerien des Inneren Zeugen- und Opferbetreuungs- stellen der Gerichte	--	--	--	- Ministère de la santé: centre téléphonique de renseignements permanent - communautés autonomes : service de conseil juridique	- Polizei durch <i>Witness Care Unit</i> - diverse andere
Nicht-staatliche Akteure	Opferschutzvereine	-Institut National d'Aide aux Victimes et de Médiation -Fédération Nationale Solidarité Femmes	Victim Support the Netherlands : practical, legal and psycho-social support free of charge	z. B. Gewaltschutz- zentrum Salzburg, der Weisse Ring, teilweise gesetzlich anerkannt	Diverses associations et fondations	Diverse nicht- staatliche Akteure
Koppelung an Strafanzeige/Straf- antrag	Nein	Non	No	Nein	Non	Nein

Tabelle 4.: Staatliche Opferentschädigung

	Deutschland	Frankreich	Niederlande	Österreich	Spanien	Vereinigtes Königreich
Massnahmen	Allgemein für Opfer von Straftaten: Opferschutzgesetz, analog zur staatlichen Versorgung von Kriegsopfern	Procédure d'indemnisation devant la Commission d'Indemnisation des Victimes d'Infractions (CIVI)	- Criminal Injuries Compensation Fund : once-only financial compensation for pain and suffering, medical costs & loss of income - advance payment scheme	Allgemein: Verbrechensofpergesetz; nur für österreichische Staatsbürger und Bürger der EU/EWR	- Compensation financière des victimes d'infractions violentes et de violence sexuelle : l'Etat se subroge à la victime dans ses droits contre l'auteur du crime - victimes de violence sexuelle gagnant moins de 75% du salaire minimum : droit à subside de l'Etat; «rente active» pour chômeurs	<i>Criminal Injuries Compensation Scheme</i> : Kompensation für Verletzungen; Identifikation des Täters / Verurteilung nicht notwendig
Koppelung von Opferentschädigung an Strafanzeige/ Strafantrag	Ermessensentscheidung für bestimmte Arten der Leistung	Non	No	Nicht ausdrücklich, aber: zu versagen, wenn Opfer Mitwirkung an Aufklärung schuldhaft unterlassen hat	Aides, prestations ou subsides destinés aux femmes victimes de violence sexuelle sont subordonnées à l'existence d'un ordre de protection (ou rapport du Ministère public)	Nein
Koppelung von Sozialversicherungsleistungen an Strafanzeige/ Strafantrag	Nein	Non	n/a	Nein	n/a	n/a

Tabelle 5.: Mediation und Täter-Opfer-Ausgleich

	Deutschland	Frankreich	Niederlande	Österreich	Spanien	Vereinigtes Königreich
Täter-Opfer- Ausgleich bzw. Äquivalent	Täter-Opfer-Ausgleich „friedensstiftender Ausgleich“	--	Victim-Offender- Reconciliation prior to criminal proceedings	Aussergerichtlicher Tatausgleich	Non	k/a
Einfluss auf das Strafverfahren	Strafmilderungen; Absehen von Strafe; auch als Auflage möglich	--	quick settlement for cash payment	Strafmilderung oder Absehen von Strafe nach Ermessen des Gerichts und der Staatsanwaltschaft	--	--
Mediation bzw. Äquivalent	--	Médiation	--	--	Non	Mediation
Einfluss auf das Strafverfahren	--	Voie alternative aux poursuites pénales	--	--	--	k/a
Sonstige	Schlichtungsver- fahren für bestimmte Delikte im Rahmen des Privatklagever- fahrens vorgesehen	Composition pénale	Victim-Offender- Conversation in addition to criminal procedure	--	--	--
Einfluss auf das Strafverfahren	Nur bei Scheitern kommt es zur Privatklage	exécution éteint l'action publique	no	--	--	--